

CONV 618/03

BAND I

VERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Teil II der Verfassung**
– **Bericht der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten**

1. Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei den Bericht der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten, die den Auftrag erhalten haben, die technische Anpassung der Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags vorzunehmen, die in Teil II des Verfassungsvertrags aufgenommen werden sollen.

Es handelt sich um eine rein technische Arbeit, die die politische Diskussion erleichtern soll, jedoch den Entscheidungen des Konvents weder vorgreift noch sie präjudiziert.

2. Gemäß dem ihr am 29. Januar 2003 erteilten Mandat (CONV 529/03) hat die Expertengruppe insbesondere
 - in den Bestimmungen des Teils II die Änderungen vorgenommen, die sich im Wesentlichen aus den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe "Vereinfachung der Rechtsetzungsverfahren und Rechtsakte" ergeben;
 - ermittelt, wie die einzelnen Bestimmungen des EGV und des EUV entsprechend dem im Oktober 2002 vorgelegten Schema (CONV 369/02) in den Entwurf eines Verfassungsvertrags übernommen werden können, und so die beiden Verträge miteinander verschmolzen und die Bestimmungen neu angeordnet;

- die sprachliche Formulierung der verschiedenen Rechtsgrundlagen in technischer Hinsicht harmonisiert;
- einige Artikel gestrichen, um der Arbeit des Konvents Rechnung zu tragen, oder weil sie hinfällig geworden sind.

Die Gruppe hat das Präsidium ferner auf weitere technische Vereinfachungsvorschläge sowie auf verschiedene von ihr als zweckmäßig erachtete Umstellungen im zweiten Teil hingewiesen, wie in dem ihr erteilten Mandat gefordert. Gemäß dem Mandat hat sich die Gruppe auf rein technische Änderungen beschränkt und keine sonstigen Änderungen, insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsverfahren, vorgenommen, zu denen sich im Konvent noch kein Konsens abzeichnet bzw. über die das Präsidium und der Konvent noch nicht endgültig entschieden haben.

3. Der von der Expertengruppe auf der Grundlage des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 erstellte Textentwurf für den Teil II ist nachstehend als Band I beige-fügt. Dieser Band enthält in Anlage I die "Terminologischen und typografischen Vereinheitlichungen" und in Anlage II verschiedene Anregungen und Bemerkungen der Expertengruppe, die für die weitere Arbeit an Teil II nützlich sein werden.

Das vorliegende Dokument umfasst ferner einen Band II, der ebenfalls von der Expertengruppe ausgearbeitet wurde; dort sind zur Verdeutlichung die Änderungen aufgeführt, die an den derzeitigen Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags vorgenommen wurden, bevor diese Verträge in Teil II miteinander verschmolzen und umstrukturiert wurden. Dies soll es den Mitgliedern des Konvents ermöglichen, die Änderungen leichter zu erkennen.

In keinem der beiden Bände ist der Abschnitt über die Wirtschafts- und Währungspolitik (Titel VII EGV) enthalten. Da dieses Thema fachlich sehr kompliziert ist, hielt die Expertengruppe eine eingehendere Prüfung für erforderlich. Der Titel VII wird in einem Addendum behandelt, das so rasch wie möglich an die Mitglieder des Konvents verteilt werden wird.

4. Mit dieser technischen Arbeit der Expertengruppe soll ein Basisdokument vorgelegt werden, das die Erörterungen im Präsidium und im Konvent über Aspekte des Teils II, über die eine inhaltliche Entscheidung getroffen werden muss, erleichtert. Hierbei handelt es sich insbesondere um folgende Fragen:

- a) Anwendungsbereich des Gesetzgebungsverfahrens und etwaige Ausnahmen von diesem Verfahren;
- b) Anwendungsbereich der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und die Ausnahmen von dieser Regel;
- c) Änderungen, die im Anschluss an die Arbeit des Konvents und die Prüfung der Artikel über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, über die externen Politikbereiche und die Verteidigung sowie über den Haushalt durch den Konvent erforderlich werden;
- d) Zuordnung der Bestimmungen über die Organe zu Teil I oder Teil II, die erst vorgenommen werden kann, wenn die Debatte über die Organe im Konvent stattgefunden hat;
- e) Vorschläge, die von der Expertengruppe entsprechend der an sie gerichteten Aufforderung über die technische Anpassung hinaus gemacht wurden. Besonderes Augenmerk muss der Frage gelten, an welcher Stelle die von der Expertengruppe ermittelten horizontalen und allgemeinen Bestimmungen eingefügt werden sollen.

5. Zu all diesen Fragen werden dem Konvent vom Präsidium Vorschläge unterbreitet werden.

Text, der dem Präsidium

am 13. März 2003

**von der Gruppe der von den Juristischen Diensten
benannten Experten vorgelegt wurde**

Für das Europäische Parlament

- Christian PENNERA
- Kieran BRADLEY

Für den Rat

- Thérèse BLANCHET
- Emer FINNEGAN

Für die Kommission

- Alain VAN SOLINGE
- Paolo STANCANELLI

BAND I

VORENTWURF DES VERFASSUNGSVERTRAGS

Zweiter Teil

Die Politikbereiche und die Durchführung der Maßnahmen der Union

* * *

*Text der Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags
entsprechend der Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002
(CONV 369/02)*

Die nicht in Teil II des Verfassungsentwurfs aufgenommenen Bestimmungen, die nach Prüfung durch den Konvent entweder in den Teil I oder den Teil III (Allgemeine und Schlussbestimmungen) übernommen werden sollen, sind zur Erinnerung in einem nachstehend beigefügten Addendum zusammengestellt worden.

INHALTSÜBERSICHT

ZWEITER TEIL:

DIE POLITIKBEREICHE UND DIE DURCHFÜHRUNG DER MASSNAHMEN DER UNION

	Seite
<u>[GEMEINSAME BESTIMMUNGEN]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	9
<u>[VERBOT VON DISKRIMINIERUNGEN UND UNIONSbüRGERSCHAFT]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	11
A. INTERNE POLITIKBEREICHE UND MASSNAHMEN	14
A1. BINNENMARKT	14
I. Freizügigkeit und freier Dienstleistungsverkehr	16
1. Arbeitnehmer	16
2. Das Niederlassungsrecht	18
3. Freier Dienstleistungsverkehr	21
4. Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken in Verbindung mit dem freien Personenverkehr <i>(in A4 "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" aufgenommen)</i>	
II. Freier Warenverkehr	23
1. Die Zollunion	23
<u>[1a. Zusammenarbeit im Zollwesen]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	25
2. Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten	25
III. Der Kapital- und Zahlungsverkehr	26
<u>[III a. Steuerliche Vorschriften]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	28
IV. Angleichung der Rechtsvorschriften	29

A2. WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK	32
A3. DIE POLITIK IN ANDEREN EINZELBEREICHEN	33
I. Wettbewerbsregeln	33
II. Sozialvorschriften	38
III. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt	45
IV. Landwirtschaft und Fischerei	47
V. Umwelt	51
VI. Verbraucherschutz	53
VII. Verkehr	54
VIII. Transeuropäische Netze	58
IX. Forschung und technologische Entwicklung	59
A4. INNERE SICHERHEIT <u>RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS</u>	63
Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr (aus Nummer A1.1.4. übernommen)	63
Politik in den Bereichen Polizei und Strafjustiz	68
A.5. BEREICHE, IN DENEN DIE UNION BESCHLIESSEN KANN, EINE UNTERSTÜTZENDE MASSNAHME DURCHZUFÜHREN	76
I. Beschäftigung	76
II. Gesundheitswesen	78
III. Industrie	80
IV. Kultur	81
V. Allgemeine Bildung, berufliche Bildung, Jugend	82

B. EXTERNE POLITIKBEREICHE	84
I. Handelspolitik	84
II. Entwicklungszusammenarbeit	87
[II a. <u>Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern</u> (<i>neue Überschrift</i>)	88
III. Externe Aspekte von in den Kapiteln a1 bis a4 genannten Politikbereichen	89
IV. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	89
1. Außenpolitik	89
2. Krisenbewältigung	89
V. Abschluss internationaler Übereinkünfte	98
[V A. <u>Sonstige Bestimmungen</u>] (<i>neue Überschrift</i>)	101
C. VERTEIDIGUNG	103
D. ARBEITSWEISE DER UNION	103
Institutionelle und verfahrenstechnische Bestimmungen sowie Haushaltsbestimmungen	103
[<u>Sonstige Bestimmungen</u>] (<i>neue Überschrift</i>)	154
* * *	
BESTIMMUNGEN DES EG- UND DES EU-VERTRAGS, DIE NICHT IN TEIL II DES VERFASSUNGSENTWURFS ÜBERNOMMEN WERDEN	150
Aus dem EG-Vertrag übernommene Bestimmungen	151
Aus dem EU-Vertrag übernommene Bestimmungen	162
ANLAGE I: TERMINOLOGISCHE UND TYPOGRAPHISCHE VEREINHEITLICHUNGEN	170
ANLAGE II: BEMERKUNGEN UND VORSCHLÄGE	174

ZWEITER TEIL:
DIE POLITIKBEREICHE UND DIE DURCHFÜHRUNG
DER MASSNAHMEN DER UNION

[GEMEINSAME BESTIMMUNGEN] ¹

Klausel 1 (ex-Artikel 3)

(1) [...] ²

(2) Bei allen in diesem ~~Artikel~~ **Teil** genannten Tätigkeiten wirkt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. ³

Klausel 2 (ex-Artikel 6) ⁴

Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der in ~~Artikel 3~~ **diesem Teil** genannten ~~Gemeinschafts~~**Unions**politiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

¹ Da im Vorentwurf des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 (CONV 369/02) die Platzierung einiger Bestimmungen nicht präzisiert worden ist, wurden diese in Erwartung genauerer Vorgaben des Konvents an verschiedenen Stellen des Texts unter einer vorläufigen Überschrift eingefügt. Ferner sind generell die Überschriften der (vorgeschlagenen oder bestehenden) Zwischentitel und -abschnitte in eckige Klammern gesetzt, bis eine verfeinerte Struktur vorliegt.

² Dieser Absatz ist im Addendum zu diesem Dokument enthalten.

³ Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Absatz könnte mit Artikel 6 (Umwelt) und sogar mit den anderen Bestimmungen dieser Art, die in den verschiedenen Kapiteln verstreut sind, in einem einzigen Artikel z.B. unter der Überschrift "gemeinsame Bestimmungen" zusammengefasst werden. Es ist außerdem festzustellen, dass durch die Formulierung "dieser Teil" - soweit darunter Bereiche fallen, die derzeit zur zweiten und zur dritten Säule zählen - der Geltungsbereich dieses "horizontalen" Absatzes (bzw. dieser "horizontalen" Absätze) ausgeweitet würde.

⁴ Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Artikel könnte mit anderen Artikeln dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2). Die Bemerkung in der genannten Fußnote zu der Formulierung "dieser Teil" gilt auch hier.

Klausel 3 (ex-Artikel 16)

Unbeschadet der [Artikel 73, 86 und 87] und in Anbetracht des Stellenwerts, den Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse innerhalb der [gemeinsamen Werte]¹ der Union einnehmen, sowie ihrer Bedeutung bei der Förderung ~~des~~ **ihres** sozialen und territorialen Zusammenhalts tragen die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse im Anwendungsbereich ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** dafür Sorge, dass die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

Klausel 4 (ex-Artikel 295)

~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** lässt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt.

Klausel 5 (ex-Artikel 296)²

(1) ~~Die Vorschriften dieses Vertrags stehen~~ **Verfassung steht** folgenden Bestimmungen nicht entgegen:

- a) Ein Mitgliedstaat ist nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, deren Preisgabe seines Erachtens seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht;
- b) jeder Mitgliedstaat kann die ~~Maßnahmen ergreifen~~, **Bestimmungen erlassen**, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen; diese ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** dürfen auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen.

(2) Der Rat kann die von ihm am 15. April 1958 festgelegte Liste der Waren, auf die Absatz 1 Buchstabe b Anwendung findet, einstimmig auf Vorschlag der Kommission ändern.

¹ Die Formulierung "gemeinsame Werte" ist zu überdenken, da der Begriff "Werte" in dem Entwurf des Artikels über die "Werte der Union" in Teil I (Artikel 2 in CONV 528/03) definiert wird und sich auf Werte wie die Menschenrechte bezieht. Es wird empfohlen, einen anderen Begriff zu suchen.

² Der Konvent könnte diesen Artikel im Rahmen der Fragen bezüglich der gemeinsamen Verteidigung prüfen.

[VERBOT VON DISKRIMINIERUNGEN UND UNIONSBÜRGERSCHAFT] ¹

Klausel 6 (ex-Artikel 12)

~~Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.~~

Das Europäische Parlament und der Rat kann können nach dem Verfahren des Artikels 251 Gesetzgebungsverfahren Regelungen Maßnahmen für das Verbot solcher von Diskriminierungen treffen aufgrund der Staatsangehörigkeit im Einklang mit [Artikel (...)] ² annehmen.

Klausel 7 (ex-Artikel 13)

(1) ~~Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags~~ **der Verfassung** kann der Rat im Rahmen der durch ~~den Vertrag~~ **die Verfassung** auf die ~~Gemeinschaft~~ **Union** übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einstimmig ~~geeignete Vorkehrungen treffen~~ **die erforderlichen Maßnahmen annehmen**, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

(2) ~~Abweichend von Absatz 1 beschließt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251, wenn er gemeinschaftliche werden die Fördermaßnahmen der Union, zur Unterstützung der mit denen die Maßnahmen annimmt unterstützt werden, die die Mitgliedstaaten treffen, um zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele beizutragen, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten vom Europäischen Parlament und vom Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren angenommen.~~

Klausel 8 (ex-Artikel 18)

(1) ~~Jeder Unionsbürger hat das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in diesem Vertrag und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten.~~ ³

¹ Vorschlag für eine neue Überschrift, die in der Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 (CONV 369/02) nicht enthalten war.

² Hier ist auf den Entwurf des Artikels über das "Verbot von Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit" in Teil I (Artikel 6 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

³ Artikel 18 Absatz 1 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

(2) Erscheint zur Erreichung ~~dieses des in [Artikel (...)]~~ ¹ genannten Ziels ~~des Rechts jedes Unionsbürgers, sich frei zu bewegen und seinen Aufenthalt frei zu nehmen~~, ein Tätigwerden der ~~Gemeinschaft Union~~ erforderlich und sieht ~~dieser Vertrag die Verfassung~~ hierfür keine Befugnisse vor, so ~~kann der Rat Vorschriften erlassen können das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen annehmen~~, mit denen die Ausübung ~~der Rechte nach Absatz 1 dieses Rechts~~ erleichtert wird. Er beschließt ~~gemäß dem Verfahren des Artikels 251~~.

(3) [Absatz 2] gilt nicht für ~~Vorschriften Maßnahmen~~ betreffend Pässe, Personalausweise, Aufenthaltstitel oder diesen gleichgestellte Dokumente und auch nicht für Vorschriften betreffend die soziale Sicherheit oder den sozialen Schutz. ²

Klausel 9 (ex-Artikel 19) ³

(1) ~~Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.~~ ⁴ ~~Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden; Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission einstimmig Maßnahmen an, mit denen die Einzelheiten der Ausübung des in [Artikel (...)]~~ ⁵ ~~genannten aktiven und passiven Wahlrechts jedes Unionsbürgers bei den Kommunalwahlen in dem Mitgliedstaat, in dem dieser seinen Wohnsitz hat, festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In diesen Einzelheiten können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.~~

¹ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

² Es sollte geklärt werden, ob dieser Absatz darauf abzielt, in den aufgeführten Bereichen jegliche Zuständigkeit nach Maßgabe dieses Artikels auszuschließen, oder ob es darum ging, das Mitentscheidungsverfahren oder lediglich die Beschlussfassung des Rates mit qualifizierter Mehrheit auszuschließen. Im zweiten Falle müsste der Konvent prüfen, ob für die Maßnahmen nach Absatz 3 eine spezifische Rechtsgrundlage eingeführt werden sollte.

³ Es wird vorgeschlagen, diese beiden Absätze, die praktisch identisch sind, zusammenzufassen; allerdings müsste eine Lösung für das Problem der Bezugnahme auf Artikel 190 Absatz 4 gefunden werden (siehe Fußnote zu Artikel 19 Absatz 2).

⁴ Der erste Satz der Absätze 1 und 2 von Artikel 19 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

⁵ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

(2) Unbeschadet des [Artikels 190 Absatz 4] ¹ und der ~~Bestimmungen-Maßnahmen~~ zu dessen Durchführung besitzt jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats. Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden; **nimmt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig Maßnahmen an, mit denen die Einzelheiten der Ausübung des in [Artikel (...)] ² genannten aktiven und passiven Wahlrechts jedes Unionsbürgers bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in dem Mitgliedstaat, in dem dieser seinen Wohnsitz hat, festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In diesen Einzelheiten** können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.

Klausel 10 (ex-Artikel 20) ³

~~Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Die Mitgliedstaaten vereinbaren die notwendigen Regeln und leiten die erforderlichen internationalen Verhandlungen ein, um den diplomatischen und konsularischen Schutz der Unionsbürger in Drittstaaten nach [Artikel (...)] ⁴ zu gewährleisten.~~

Klausel 11 (ex-Artikel 21) ⁵

~~Jeder Unionsbürger besitzt das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament nach Artikel 194.~~

~~Jeder Unionsbürger kann sich an den nach Artikel 195 eingesetzten Bürgerbeauftragten wenden.~~

¹ Die Bezugnahme auf Artikel 190 (einheitliches Wahlverfahren für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, das von Teil I abgedeckt wird) betraf das (aktive/passive) Wahlrecht (bei den Wahlen zum Europäischen Parlament), keineswegs aber das Verfahren für die Annahme der Bestimmungen über die Ausübung dieses Rechts (das hier vorgesehen ist). Im Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03), in dem dieses Recht enthalten ist, wird nicht mehr auf Artikel 190 Bezug genommen. Würde die Bezugnahme auf Artikel 190, die nur das Verfahren beträfe, hier beibehalten, würde somit der Geltungsbereich dieser Bezugnahme geändert, es sei denn, in einem gesonderten Satz wird angegeben, dass sie nur für das aktive und passive Wahlrecht gilt.

² Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

³ Der erste Satz von Artikel 20 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt. Um diese Bestimmung zu erfüllen, haben die Mitgliedstaaten im Rat Verhandlungen geführt und untereinander einen völkerrechtlichen Vertrag geschlossen. Der Konvent könnte prüfen, ob das Verfahren für die Festlegung der in diesem Artikel vorgesehenen Regeln geändert werden soll und insbesondere ob es möglich wäre, nicht mehr auf Übereinkommen zurückzugreifen (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 5).

⁴ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

⁵ Die ersten beiden Absätze, in denen keine Anwendungsmodalitäten festgelegt werden und nur auf die Artikel 194 und 195 Bezug genommen wird, müssen gestrichen werden, da das darin festgeschriebene Recht in dem Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) behandelt wird.

Die Sprachen, in denen sich jeder Unionsbürger schriftlich ~~in einer der in Artikel 314 genannten Sprachen an jedes die Organe oder an jede Einrichtungen gemäß [Artikel (...)]¹~~ wenden **und eine Antwort in derselben Sprache erhalten kann, sind in Artikel 314 aufgeführt** ~~die in dem vorliegenden Artikel oder in Artikel 7 genannt sind, und eine Antwort in derselben Sprache erhalten.~~ **Die Organe und Einrichtungen im Sinne dieses Artikels sind jene, die in [Artikel ...] genannt werden, sowie der Bürgerbeauftragte.**²

Klausel 12 (ex-Artikel 22)

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss alle drei Jahre über die Anwendung des **[Artikels (...)]³** und [dieses Teiles] Bericht. In dem Bericht wird der Fortentwicklung der Union Rechnung getragen.

Auf dieser Grundlage kann der Rat unbeschadet der anderen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** zur Ergänzung der in ~~diesem Teil [Artikel (...)]⁴~~ vorgesehenen Rechte einstimmig auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Bestimmungen erlassen~~ **Maßnahmen annehmen**, die er den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfiehlt. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

A. INTERNE POLITIKBEREICHE UND MASSNAHMEN⁵

A1. BINNENMARKT

Klausel 13 (ex-Artikel 14)⁶

(1) Die ~~Gemeinschaft trifft~~ **Union nimmt** die erforderlichen Maßnahmen **an**, um ~~bis zum 31. Dezember 1992~~⁷ gemäß dem vorliegenden Artikel, den [Artikeln 15 und 26], [Artikel 47 Absatz 2] und den [Artikeln 49, 80, 93 und 95] unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** den Binnenmarkt ~~schrittweise~~ zu verwirklichen.

¹ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

² Hier ist auf den Entwurf des Artikels in Teil I Bezug zu nehmen, in dem die Organe und die zwei beratenden Einrichtungen (Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen) aufgeführt werden.

³ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

⁴ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

⁵ Es sei darauf hingewiesen, dass in der Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags (CONV 369/02) keine besondere Platzierung für die Bestimmungen zu einigen Bereichen wie Energie, Raumfahrt, humanitäre Hilfe, Katastrophenschutz und Sport vorgesehen war, die inzwischen in die Entwürfe von Artikeln über die Zuständigkeiten der Union (CONV 528/03) Eingang gefunden haben. Der Konvent müsste demnach angeben, ob und wo er diese Bestimmungen ansiedeln möchte.

⁶ Es wird vorgeschlagen, die Artikel 14 und 15 in das Kapitel "Binnenmarkt" aufzunehmen.

⁷ Die Nennung dieses Zeitpunkts ist hinfällig. Es wird empfohlen, ihn zu streichen.

(2) Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** gewährleistet ist.

(3) Der Rat ~~legt mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission **mit qualifizierter Mehrheit die Maßnahmen an, mit denen** die Leitlinien und Bedingungen festgelegt werden, die erforderlich sind, um in allen betroffenen Sektoren einen ausgewogenen Fortschritt zu gewährleisten.¹

Klausel 14 (ex-Artikel 15)²

Bei der Formulierung ihrer Vorschläge zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] berücksichtigt die Kommission den Umfang der Anstrengungen, die einigen Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ~~im Zuge der~~ **für die** Errichtung des Binnenmarktes abverlangt werden, und kann geeignete ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** vorschlagen.

Erhalten diese ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** die Form von Ausnahmeregelungen, so müssen sie vorübergehender Art sein und dürfen das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** so wenig wie möglich stören.

Klausel 15 (ex-Artikel 297)

Die Mitgliedstaaten setzen sich miteinander ins Benehmen, um durch gemeinsames Vorgehen zu verhindern, dass das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** durch ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** beeinträchtigt wird, die ein Mitgliedstaat bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen **erlässt**, die er im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat.

Klausel 16 (ex-Artikel 298)

Werden auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** die Wettbewerbsbedingungen durch ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** aufgrund der Artikel 296 und 297 verfälscht, so prüft die Kommission gemeinsam mit dem beteiligten Staat, wie diese ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** den Vorschriften ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** angepasst werden können.

¹ Dieser Absatz wurde anscheinend nie angewandt. Soll er gestrichen werden?

² Es wurde vorgeschlagen, nicht mehr auf den Verlauf der Errichtung des Binnenmarktes Bezug zu nehmen (vgl. Fußnote zu Artikel 14). Eine Streichung dieser Bezugnahme könnte jedoch hier dazu führen, dass die in Artikel 15 vorgesehenen Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen, die nur im Laufe des betreffenden Zeitraums angewandt werden konnten, endgültig festgeschrieben werden.

In Abweichung von dem in den Artikeln [226 und 227] vorgesehenen Verfahren kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat die in den Artikeln [296 und 297] vorgesehenen Befugnisse missbraucht. Der Gerichtshof entscheidet unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

I. FREIZÜGIGKEIT UND FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

1. ARBEITNEHMER

Klausel 17 (ex-Artikel 39)

(1) **Die Arbeitnehmer haben das Recht, sich innerhalb der Gemeinschaft frei zu bewegen.** ¹

(2) ~~Sie umfasst die Abschaffung~~ Jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen **ist verboten.** ²

(3) ~~Sie gibt~~ **Die Arbeitnehmer haben** ³ - vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen - ~~den Arbeitnehmern~~ das Recht,

- a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben;
 - b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen;
 - c) sich in einem Mitgliedstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben;
 - d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats unter Bedingungen zu verbleiben, welche die Kommission in ~~Durchführungs-~~ **europäischen** Verordnungen festlegt **annimmt.**
- (4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung.

¹ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

² Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

³ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

Klausel 18 (ex-Artikel 40)

~~Der Rat trifft gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch Richtlinien oder Verordnungen~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren** alle erforderlichen ~~Maßnahmen~~ **europäischen Gesetze oder europäischen Rahmengesetze an**, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Sinne des [Artikels 39] herzustellen. **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses. Diese europäischen Gesetze und europäischen Rahmengesetze haben** insbesondere Folgendes zum Ziel:

- a) ~~durch~~ Sicherstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Arbeitsverwaltungen;
- b) ~~durch die~~ Beseitigung der Verwaltungsverfahren und -praktiken sowie der für den Zugang zu verfügbaren Arbeitsplätzen vorgeschriebenen Fristen, die sich aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften ergeben und deren Beibehaltung die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer hindert;
- c) ~~durch die~~ Beseitigung aller Fristen und sonstigen Beschränkungen, die in innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften vorgesehen sind und die den Arbeitnehmern der anderen Mitgliedstaaten für die freie Wahl des Arbeitsplatzes andere Bedingungen als den inländischen Arbeitnehmern auferlegen;
- d) ~~durch die~~ Schaffung geeigneter Verfahren für die Zusammenführung und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu Bedingungen, die eine ernstliche Gefährdung der Lebenshaltung und des Beschäftigungsstands in einzelnen Gebieten und Industrien ausschließen.

Klausel 19 (ex-Artikel 41)

Die Mitgliedstaaten fördern den Austausch junger Arbeitskräfte im Rahmen eines gemeinsamen Programms.¹

Klausel 20 (ex-Artikel 42)

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren** die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit für die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer notwendigen Maßnahmen **an**²; zu diesem Zweck ~~führten sie~~ **er** insbesondere ein System ein, welches aus- und einwandernden Arbeitnehmern und deren anspruchsberechtigten Angehörigen Folgendes sichert:

¹ Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob diese Bestimmung "modernisiert" und dabei eine noch festzulegende Zuständigkeit der Union vorgesehen werden sollte.

² Diese Rechtsgrundlage gestattet nur die Annahme von Maßnahmen für "Arbeitnehmer", also für abhängig Erwerbstätige. Die Ausweitung der Verordnung über die "soziale Sicherheit" auf Selbstständige erfolgte auf der Grundlage von Artikel 308 EGV. Sollte der Konvent eine Beschränkung der Fälle, in denen auf Artikel 308 zurückgegriffen wird, anstreben, so könnte er prüfen, ob im Kapitel "Niederlassung", das auf Selbstständige Anwendung findet, eine spezielle Rechtsgrundlage für diesen Bereich vorgesehen werden sollte.

- a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen;
- b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten wohnen.

~~Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig.~~¹

2. DAS NIEDERLASSUNGSRECHT

Klausel 21 (ex-Artikel 43)

Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ **[dieses Kapitels]** verboten. Das Gleiche gilt für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig sind.

Vorbehaltlich des [Kapitels] über den Kapitalverkehr ~~umfasst die Niederlassungsfreiheit~~ **haben die Angehörigen eines Mitgliedstaats das Recht, im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Erwerbstätigkeiten aufzunehmen und auszuüben sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2], nach den Bestimmungen des Aufnahmemitgliedstaats für seine eigenen Angehörigen zu gründen und zu leiten.**²

Klausel 22 (ex-Artikel 44)

(1) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren europäische Rahmengesetze zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für eine bestimmte Tätigkeit an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

(2) **Das Europäische Parlament**, der Rat und die Kommission erfüllen die Aufgaben, die ihnen aufgrund ~~der obigen Bestimmungen~~ **von Absatz 1** übertragen sind, indem sie insbesondere

- a) im Allgemeinen diejenigen Tätigkeiten mit Vorrang behandeln, bei denen die Niederlassungsfreiheit die Entwicklung der Produktion und des Handels in besonderer Weise fördert;

¹ Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

² Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt (vgl. auch Artikel 39 über die Arbeitnehmer).

- b) eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungen der Mitgliedstaaten sicherstellen, um sich über die besondere Lage auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten innerhalb der **Gemeinschaft Union** zu unterrichten;
- c) die aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften abgeleiteten Verwaltungsverfahren und -praktiken ausschalten, deren Beibehaltung der Niederlassungsfreiheit entgegensteht;
- d) dafür Sorge tragen, dass Arbeitnehmer eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats beschäftigt sind, dort verbleiben und eine selbstständige Tätigkeit unter denselben Voraussetzungen ausüben können, die sie erfüllen müssten, wenn sie in diesen Staat erst zu dem Zeitpunkt einreisen würden, zu dem sie diese Tätigkeit aufzunehmen beabsichtigen;
- e) den Erwerb und die Nutzung von Grundbesitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats durch Angehörige eines anderen Mitgliedstaats ermöglichen, soweit hierdurch die Grundsätze des [Artikels 33 Absatz 2] nicht beeinträchtigt werden;
- f) veranlassen, dass bei jedem in Betracht kommenden Wirtschaftszweig die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit in Bezug auf die Voraussetzungen für die Errichtung von Agenturen, Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats sowie für den Eintritt des Personals der Hauptniederlassung in ihre Leitungs- oder Überwachungsorgane schrittweise aufgehoben werden;
- g) soweit erforderlich die Schutzbestimmungen koordinieren, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2] im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten;
- h) sicherstellen, dass die Bedingungen für die Niederlassung nicht durch Beihilfen der Mitgliedstaaten verfälscht werden.

Klausel 23 (ex-Artikel 45)

Auf Tätigkeiten, die in einem Mitgliedstaat dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, findet dieses Kapitel in dem betreffenden Mitgliedstaat keine Anwendung.¹

Der Rat kann ~~mit qualifizierter Mehrheit~~ auf Vorschlag der Kommission ~~beschließen~~ **mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen annehmen, dass dieses Kapitel auf durch die** bestimmte Tätigkeiten ~~keine von der Anwendung findet dieses Kapitels ausgenommen werden.~~

¹ Betrifft nicht die deutsche Fassung.

Klausel 24 (ex-Artikel 46)

- (1) [Dieses Kapitel] und die aufgrund desselben ~~getroffenen~~ **angenommenen** Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften **der Mitgliedstaaten**, die eine Sonderregelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.
- (2) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren europäische Rahmengesetze** für die Koordinierung der **in Absatz 1** genannten **nationalen** Vorschriften **an**.

Klausel 25 (ex-Artikel 47) ¹

- (1) Um die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten zu erleichtern, ~~erlässt der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren europäische Rahmengesetze an, die Folgendes zum Ziel haben: für**
- a) die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise;
 - b) die Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten.
- (2) ~~Zu dem gleichen Zweck erlässt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten. Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig über Richtlinien, deren Durchführung in mindestens einem Mitgliedstaat eine Änderung bestehender gesetzlicher Grundsätze der Berufsordnung hinsichtlich der Ausbildung und der Bedingungen für den Zugang natürlicher Personen zum Beruf umfasst. Im Übrigen beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.~~ ²
- (3) Die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen für die ärztlichen, arztähnlichen und pharmazeutischen Berufe setzt die Koordinierung der Bedingungen für die Ausübung dieser Berufe in den einzelnen Mitgliedstaaten voraus.

¹ Es wird vorgeschlagen, die Absätze 1 und 2, in denen ein und dasselbe Verfahren vorgesehen ist, zusammenzufassen (nach der Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates gemäß dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

² Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

Klausel 26 (ex-Artikel 48)

Für die Anwendung [dieses Kapitels] stehen die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der Mitgliedstaaten sind.

Als Gesellschaften gelten die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

Klausel 27 (ex-Artikel 294) ¹

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** stellen die Mitgliedstaaten die Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Kapital von Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48] den eigenen Staatsangehörigen gleich.

3. FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

Klausel 28 (ex-Artikel 49)

Die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen **Mitgliedstaat** der ~~Gemeinschaft~~ **Union** als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen [dieses Kapitels]~~ verboten.

Der Rat kann ~~mit qualifizierter Mehrheit~~ auf Vorschlag der Kommission ~~beschließen, dass mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen annehmen, aufgrund deren~~ dieses Kapitel auch auf Erbringer von Dienstleistungen Anwendung findet, welche die Staatsangehörigkeit eines dritten Landes besitzen und innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** ansässig sind.

Klausel 29 (ex-Artikel 50)

Dienstleistungen im Sinne ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen.

Als Dienstleistungen gelten insbesondere:

- a) gewerbliche Tätigkeiten,

¹ Diese Bestimmung betrifft die Niederlassungsfreiheit und den freien Kapitalverkehr. Es wird vorgeschlagen, sie in den Titel oder das Kapitel aufzunehmen, das diese Freiheiten im Binnenmarkt regelt.

- b) kaufmännische Tätigkeiten,
- c) handwerkliche Tätigkeiten,
- d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des [Kapitels] über die Niederlassungsfreiheit kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

Klausel 30 (ex-Artikel 51)

- (1) Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs ~~gelten die Bestimmungen des~~ **gilt der** [Titel] über den Verkehr.
- (2) Die Liberalisierung der mit dem Kapitalverkehr verbundenen Dienstleistungen der Banken und Versicherungen wird im Einklang mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs durchgeführt.

Klausel 31 (ex-Artikel 52)

- (1) Der Rat ~~erlässt~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ~~und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Parlaments Richtlinien europäischen Rahmengesetze~~ zur Liberalisierung einer bestimmten Dienstleistung **an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**
- (2) Bei den in Absatz 1 genannten ~~Richtlinien europäischen Rahmengesetzen~~ sind im Allgemeinen mit Vorrang diejenigen Dienstleistungen zu berücksichtigen, welche die Produktionskosten unmittelbar beeinflussen oder deren Liberalisierung zur Förderung des Warenverkehrs beiträgt.

Klausel 32 (ex-Artikel 53) ¹

Die Mitgliedstaaten sind bereit, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, zu dem sie aufgrund der **Richtlinien europäischen Rahmengesetze** gemäß [Artikel 52 Absatz 1] verpflichtet sind, hinauszugehen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweigs dies zulassen.

Die Kommission richtet entsprechende Empfehlungen an die betreffenden Staaten.

¹ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung einer derartigen Bestimmung sinnvoll ist.

Klausel 33 (ex-Artikel 54) ¹

Solange die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs nicht aufgehoben sind, wendet sie jeder Mitgliedstaat ohne Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsort auf alle in [Artikel 49 Absatz 1] bezeichneten Erbringer von Dienstleistungen an.

Klausel 34 (ex-Artikel 55)

Die ~~Bestimmungen der~~ [Artikel 45 bis 48] finden auf das in [diesem Kapitel] geregelte Sachgebiet Anwendung.

~~[4. — VISA, ASYL, EINWANDERUNG UND ANDERE POLITIKEN IN VERBINDUNG MIT DEM FREIEN PERSONENVERKEHR]~~ ²

II. FREIER WARENVERKEHR

1. DIE ZOLLUNION

Klausel 35 (ex-Artikel 23)

(1) ~~Grundlage der Gemeinschaft ist~~ **Die Union umfasst** eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt und das Verbot umfasst, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dritten Ländern.

(2) [Artikel 25] und [Kapitel 2] [dieses Titels] gelten für die aus den Mitgliedstaaten stammenden Waren sowie für diejenigen Waren aus dritten Ländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden.

Klausel 36 (ex-Artikel 24)

Als im freien Verkehr eines Mitgliedstaats befindlich gelten diejenigen Waren aus dritten Ländern, für die in dem betreffenden Mitgliedstaat die Einfuhr-Förmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschriebenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet worden sind.

¹ Aus Gründen der Kohärenz könnte hier untersucht werden, ob eine derartige Bestimmung nicht als horizontale Bestimmung für die vier Freiheiten vorgesehen werden sollte.

² Dieser Titel wird in Kapitel A 4 aufgenommen, um dem vom Präsidium derzeit geprüften letzten Entwurf betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts Rechnung zu tragen.

Klausel 37 (ex-Artikel 25)

Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten. Dieses Verbot gilt auch für Finanzzölle.

Klausel 38 (ex-Artikel 26)

~~Der Rat legt die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission fest.~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die Maßnahmen zur Festsetzung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs an.**

Klausel 39 (ex-Artikel 27)

Bei der Ausübung der ihr aufgrund [dieses Kapitels] übertragenen Aufgaben geht die Kommission von folgenden Gesichtspunkten aus:

- a) der Notwendigkeit, den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern zu fördern;
- b) der Entwicklung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der **Gemeinschaft Union**, soweit diese Entwicklung zu einer Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führt;
- c) dem Versorgungsbedarf der **Gemeinschaft Union** an Rohstoffen und Halbfertigwaren; hierbei achtet die Kommission darauf, zwischen den Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen für Fertigwaren nicht zu verfälschen;
- d) der Notwendigkeit, ernsthafte Störungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten zu vermeiden und eine rationelle Entwicklung der Erzeugung sowie eine Ausweitung des Verbrauchs innerhalb der **Gemeinschaft Union** zu gewährleisten.

[1A. ZUSAMMENARBEIT IM ZOLLWESEN] ¹

Klausel 40 (ex-Artikel 135)

~~Der~~ **Das Europäische Parlament und der Rat** ~~trifft~~ **nehmen** im Rahmen des Geltungsbereichs dieses ~~Vertrags der Verfassung~~ gemäß dem Verfahren des Artikels 251 **nach dem Gesetzgebungsverfahren** Maßnahmen zum Ausbau der Zusammenarbeit im Zollwesen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission **an**. Die Anwendung des Strafrechts der Mitgliedstaaten und ihre Strafrechtspflege bleiben von diesen Maßnahmen unberührt.

2. VERBOT VON MENGENMÄSSIGEN BESCHRÄNKUNGEN ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Klausel 41 (ex-Artikel 28) ²

Mengenmäßige Einfuhr- **und Ausfuhr**beschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

~~Artikel 29~~

~~Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.~~

Klausel 42 (ex-Artikel 30)

~~Die Bestimmungen der [Artikel 28] und 29~~ **steht** Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen.

¹ Vorschlag für eine Überschrift, die in der Struktur vom 28. Oktober 2002 noch nicht enthalten war.

² Es wird vorgeschlagen, diesen Artikel mit Artikel 29 zusammenzufassen.

Klausel 43 (ex-Artikel 31)

(1) Die Mitgliedstaaten formen ihre staatlichen Handelsmonopole derart um, dass jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

Dieser Artikel gilt für alle Einrichtungen, durch die ein Mitgliedstaat unmittelbar oder mittelbar die Einfuhr oder die Ausfuhr zwischen den Mitgliedstaaten rechtlich oder tatsächlich kontrolliert, lenkt oder merklich beeinflusst. Er gilt auch für die von einem Staat auf andere Rechtsträger übertragenen Monopole.

(2) Die Mitgliedstaaten unterlassen jede neue Maßnahme, die den in [Absatz 1] genannten Grundsätzen widerspricht oder die Tragweite der Artikel über das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten einengt.

(3) Ist mit einem staatlichen Handelsmonopol eine Regelung zur Erleichterung des Absatzes oder der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden, so sollen bei der Anwendung dieses Artikels gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger gewährleistet werden.

III. DER KAPITAL- UND ZAHLUNGSVERKEHR

Klausel 44 (ex-Artikel 56) ¹

(1) Im Rahmen ~~der Bestimmungen~~ dieses Kapitels sind ~~alle~~ Beschränkungen des Kapital- **und des Zahlungsverkehrs** zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

~~(2) Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.~~

Klausel 45 (ex-Artikel 57)

(1) [Artikel 56] berührt nicht die Anwendung derjenigen Beschränkungen auf dritte Länder, die am 31. Dezember 1993 aufgrund einzelstaatlicher ~~oder gemeinschaftlicher~~ Rechtsvorschriften **oder von Rechtsvorschriften der Union** für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten bestehen.

¹ Es wird empfohlen, die Absätze 1 und 2 zusammenzufassen.

(2) Unbeschadet der anderen [Kapitel] ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sowie seiner Bemühungen um eine möglichst weit gehende Verwirklichung des Zieles eines freien Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern kann der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten ~~beschließen~~ **annehmen. Bei der Annahme von** Maßnahmen nach diesem Absatz, die im Rahmen des ~~Gemeinschafts~~ **Unionsrechts** für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dritten Ländern einen Rückschritt darstellen, ~~bedürfen der Einstimmigkeit~~ **beschließt der Rat einstimmig.**

Klausel 46 (ex-Artikel 58)

- (1) [Artikel 56] berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten,
- a) die einschlägigen Vorschriften ihres Steuerrechts anzuwenden, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln,
 - b) die unerlässlichen ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, um Zuwiderhandlungen gegen innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Aufsicht über Finanzinstitute, zu verhindern, sowie Meldeverfahren für den Kapitalverkehr zwecks administrativer oder statistischer Information vorzusehen oder Maßnahmen zu ergreifen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gerechtfertigt sind.
- (2) Dieses [Kapitel] berührt nicht die Anwendbarkeit von Beschränkungen des Niederlassungsrechts, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.
- (3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen und Verfahren dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs im Sinne des [Artikels 56] darstellen.

Klausel 47 (ex-Artikel 59)

Falls Kapitalbewegungen nach oder aus dritten Ländern unter außergewöhnlichen Umständen das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion schwerwiegend stören oder zu stören drohen, kann der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ~~und nach Anhörung der EZB~~ gegenüber dritten Ländern Schutzmaßnahmen mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten ~~treffen~~ **annehmen**, wenn diese unbedingt erforderlich sind. **Er beschließt nach Anhörung der EZB¹.**

¹ Frage der Verwendung von Abkürzungen in der Verfassung (vgl. Fußnote zu Artikel 8).

[III. A. STEUERLICHE VORSCHRIFTEN]¹

Klausel 48 (ex-Artikel 90)

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben.

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

Klausel 49 (ex-Artikel 91)

Werden Waren **aus einem Mitgliedstaat** in das Hoheitsgebiet eines **anderen** Mitgliedstaats ausgeführt², so darf die Rückvergütung für inländische Abgaben nicht höher sein als die auf die ausgeführten Waren mittelbar oder unmittelbar erhobenen inländischen Abgaben.

Klausel 50 (ex-Artikel 92)

Für Abgaben außer Umsatzsteuern, Verbrauchsabgaben und sonstigen indirekten Steuern sind Entlastungen und Rückvergütungen bei der Ausfuhr nach anderen Mitgliedstaaten sowie Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr aus den Mitgliedstaaten nur zulässig, soweit der Rat **sie die betreffenden Bestimmungen** vorher **durch einen** mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission **angenommenen europäischen Beschluss** für eine begrenzte Frist genehmigt hat.

Klausel 51 (ex-Artikel 93)

Der Rat ~~erlässt~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einstimmig die Bestimmungen~~ **Maßnahmen** zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern **an**, soweit diese Harmonisierung für die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts ~~innerhalb der in Artikel 14 gesetzten Frist~~³ notwendig ist. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

¹ Vorschlag für eine Überschrift, die in der Struktur vom 28. Oktober 2002 noch nicht enthalten war.

² Die Verwendung des Wortes "ausgeführt" in Bezug auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten müsste nochmals geprüft werden.

³ Es wurde vorgeschlagen, diese Frist (bis zum 31.12.1992) zu streichen (siehe Fußnote zu Artikel 14).

IV. ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

Klausel 52 (ex-Artikel 94) ¹

Der Rat ~~erlässt einstimmig~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien~~ **einstimmig Rahmen-**
gesetze für die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten **an**, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~
Binnenmarktes auswirken. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Klausel 53 (ex-Artikel 95) ²

(1) Soweit in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nichts anderes bestimmt ist, gilt abweichend von [Artikel 94] für die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] ~~die nachstehende Regelung die-~~
ser Artikel. Der Das Europäische Parlament und der Rat erlässt nehmen nach dem Verfahren ~~des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **Gesetzgebungs-**
verfahren die Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mit-
gliedstaaten **an**, welche die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes zum Gegenstand
haben. **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bestimmungen über die Steuern, die Bestimmungen über die Freizügigkeit und die Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer.

(3) Die Kommission geht in ihren Vorschlägen nach Absatz 1 in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz von einem hohen Schutzniveau aus und berücksichtigt dabei insbesondere alle auf wissenschaftliche Ergebnisse gestützten neuen Entwick-
lungen. Im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse streben das Europäische Parlament und der Rat die-
ses Ziel ebenfalls an.

¹ Derzeit gestatten die Artikel 94 und 95 lediglich die Annahme von Maßnahmen "zur Anglei-
chung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten". Dies führt dazu, dass
Artikel 308 in einer Reihe von Fällen angewendet wird, die den Binnenmarkt betreffen, ohne
dass dies eine Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften darstellt. Dies ist unter
anderem dort der Fall, wo es darum geht, einen Gemeinschaftstitel für geistiges Eigentum zu
schaffen, der den einzelstaatlichen Titeln übergeordnet ist. Sollte der Konvent eine Ein-
schränkung des Rückgriffs auf Artikel 308 anstreben, so könnte er prüfen, ob entweder
spezielle Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollen oder ob die Bezugnahme auf die
"Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten" in den Artikeln 94 und 95 geändert werden soll,
damit die betreffenden Schritte ermöglicht werden. Darüber hinaus könnte der Konvent das
Verhältnis zwischen den Artikeln 94 und 95 prüfen (siehe Erläuterungen in Anlage II dieses
Berichts).

² Siehe Vorschlag in der vorhergehenden Fußnote.

(4) Hält es ein Mitgliedstaat, wenn **das Europäische Parlament und** der Rat oder die Kommission ¹ eine Harmonisierungsmaßnahme angenommen ~~hat~~ **haben**, für erforderlich, einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten, die durch wichtige Erfordernisse im Sinne des [Artikels 30] oder in Bezug auf den Schutz der Arbeitsumwelt oder den Umweltschutz gerechtfertigt sind, so teilt er diese Bestimmungen sowie die Gründe für ihre Beibehaltung der Kommission mit.

(5) Unbeschadet des Absatzes 4 teilt ein Mitgliedstaat, der es nach der Annahme einer Harmonisierungsmaßnahme durch **das Europäische Parlament und** den Rat oder die Kommission ² für erforderlich hält, auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte einzelstaatliche Bestimmungen zum Schutz der Umwelt oder der Arbeitsumwelt aufgrund eines spezifischen Problems für diesen Mitgliedstaat, das sich nach dem Erlass der Harmonisierungsmaßnahme ergibt, einzuführen, die in Aussicht genommenen Bestimmungen sowie die ~~Gründe für ihre Einführung~~ **entsprechende Begründung** der Kommission mit.

(6) Die Kommission ~~beschließt~~ **nimmt** binnen sechs Monaten nach den Mitteilungen nach den Absätzen 4 und 5 **einen europäischen Beschluss an, in dem** die betreffenden einzelstaatlichen Bestimmungen ~~zu billigen oder abzulehnen~~ **gebilligt oder abgelehnt werden**, nachdem sie geprüft hat, ob sie ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung und eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen und ob sie das Funktionieren des Binnenmarkts behindern.

~~Trifft~~ **Nimmt** die Kommission innerhalb dieses Zeitraums ~~keine Entscheidung~~ **keinen europäischen Beschluss an**, so gelten die in den Absätzen 4 und 5 genannten einzelstaatlichen Bestimmungen als gebilligt.

Die Kommission kann, sofern dies aufgrund des schwierigen Sachverhalts gerechtfertigt ist und keine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht, dem betreffenden Mitgliedstaat mitteilen, dass der in diesem Absatz genannte Zeitraum gegebenenfalls um einen weiteren Zeitraum von bis zu sechs Monaten verlängert wird.

(7) Wird es einem Mitgliedstaat nach [Absatz 6] gestattet, von der Harmonisierungsmaßnahme abweichende einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten oder einzuführen, so prüft die Kommission unverzüglich, ob sie eine Anpassung dieser Maßnahme vorschlägt.

(8) Wirft ein Mitgliedstaat in einem Bereich, der zuvor bereits Gegenstand von Harmonisierungsmaßnahmen war, ein spezielles Gesundheitsproblem auf, so teilt er dies der Kommission mit, die dann umgehend prüft, ob sie dem **Europäischen Parlament und dem Rat** entsprechende Maßnahmen vorschlägt.

(9) In Abweichung von dem Verfahren der [Artikel 226 und 227] kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat die in diesem Artikel vorgesehenen Befugnisse missbraucht.

¹ Es sei daran erinnert, dass die Kommission Harmonisierungsmaßnahmen lediglich auf der Grundlage der ihr im Rahmen des Artikels 202 verliehenen Befugnisse annimmt.

² Siehe Fußnote zu Artikel 95 Absatz 4.

(10) Die ~~vorgenannten in diesem Artikel genannten~~ Harmonisierungsmaßnahmen sind in geeigneten Fällen mit einer Schutzklausel verbunden, welche die Mitgliedstaaten ermächtigt, aus einem oder mehreren der in [Artikel 30] genannten nichtwirtschaftlichen Gründe vorläufige ~~Maßnahmen Bestimmungen zu erlassen~~, die einem ~~gemeinschaftlichen~~ Kontrollverfahren ~~der Union~~ unterliegen.

Klausel 54 (ex-Artikel 96)

Stellt die Kommission fest, dass ~~vorhandene~~ Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** verfälschen und ~~dadurch~~ eine Verzerrung hervorrufen, die zu beseitigen ist, so ~~tritt~~ **berät** sie ~~sich mit den betreffenden Mitgliedstaaten in Beratungen ein~~.

Führen diese Beratungen nicht zur Beseitigung dieser Verzerrung, so ~~erlässt~~ **nimmt** der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen ~~Richtlinien~~ **europäischen Rahmengesetze an**. Die Kommission und der Rat können alle sonstigen, in diesem Vertrag vorgesehenen zweckdienlichen Maßnahmen ~~treffen~~ **annehmen**.

Klausel 55 (ex-Artikel 97)

(1) Ist zu befürchten, dass der ~~Erlaß~~ **die Annahme** oder die Änderung einer **einzelstaatlichen** Rechts- oder Verwaltungsvorschrift eine Verzerrung im Sinne des [Artikels 96] verursacht, so setzt sich der Mitgliedstaat, der diese Maßnahme beabsichtigt, mit der Kommission ins Benehmen. Diese ~~empfiehlt~~ **richtet** nach Beratung mit den Mitgliedstaaten ~~den an die~~ beteiligten Staaten **eine Empfehlung betreffend** die zur Vermeidung dieser Verzerrung geeigneten Maßnahmen.

(2) Kommt der ~~Staat~~ **Mitgliedstaat**, der innerstaatliche Vorschriften erlassen oder ändern will, der an ihn gerichteten Empfehlung der Kommission nicht nach, so kann nicht gemäß [Artikel 96] verlangt werden, dass die anderen Mitgliedstaaten ihre innerstaatlichen Vorschriften ändern, um die Verzerrung zu beseitigen. Verursacht ein Mitgliedstaat, der die Empfehlung der Kommission außer Acht läßt, eine Verzerrung lediglich zu seinem eigenen Nachteil, so findet [Artikel 96] keine Anwendung.

A2. WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Klausel 56 (ex-Artikel 4) ¹

- (1) Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union** im Sinne des [Artikels 2] ² umfasst nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** [und der darin vorgesehenen Zeitfolge] ³ die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.
- (2) Parallel dazu umfasst diese Tätigkeit nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und der darin vorgesehenen [Zeitfolge und] ⁴ Verfahren ~~die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse im Hinblick auf die Einführung einer einheitlichen Währung, den ECU den Euro~~, sowie die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie Wechselkurspolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen und unbeschadet dieses Zieles die allgemeine Wirtschaftspolitik in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen.
- (3) Diese Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union** setzt die Einhaltung der folgenden richtungweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.

Der Rest dieses Titels wird in ein Addendum zu diesem Bericht aufgenommen.

¹ Dieser Artikel könnte an den Anfang des Kapitels "Wirtschafts- und Währungspolitik" gesetzt werden.

² Artikel 2 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 Absatz 2 in CONV 528/03) ersetzt.

³ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung dieser Formulierung (... Zeitfolge) sinnvoll ist.

⁴ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung dieser Formulierung (Zeitfolge ...) sinnvoll ist.

A3. DIE POLITIK IN ANDEREN EINZELBEREICHEN

I. WETTBEWERBSREGELN

[ABSCHNITT 1

VORSCHRIFTEN FÜR UNTERNEHMEN]

Klausel 57 (ex-Artikel 81)

(1) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** bezwecken oder bewirken, insbesondere

- a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;
- b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;
- c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;
- d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) ~~Die Bestimmungen des Absatzes 1 können~~ **Absatz 1 kann** für nicht anwendbar erklärt werden auf

- a) Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
- b) Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,
- c) aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen

- d) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder
- e) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

Klausel 58 (ex-Artikel 82)

Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten ist die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem **Binnenmarkt** ~~Gemeinsamen Markt~~ oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Dieser Missbrauch kann insbesondere in Folgendem bestehen:

- a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;
- b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;
- c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- d) der an den Abschluss von Verträgen geknüpften Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

Klausel 59 (ex-Artikel 83)

(1) ~~Die Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die zweckdienlichen europäischen Gesetze/europäischen Verordnungen¹ oder Richtlinien europäischen Rahmengesetze zur Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschlossen.~~

¹ Da der Rat gemäß den Artikelentwürfen in Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" (Artikel 25 und 26 in CONV 571/03) Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, müsste der Konvent hier die Fälle bestimmen, in denen der Rat in den unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakt oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Anlage II dieses Berichts).

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen ~~Vorschriften europäischen Gesetze/europäischen Verordnungen oder europäischen Rahmengesetze~~ bezwecken insbesondere:

- a) die Beachtung der in [Artikel 81 Absatz 1] und [Artikel 82] genannten Verbote durch die Einführung von Geldbußen und Zwangsgeldern zu gewährleisten;
- b) die Einzelheiten der Anwendung des [Artikels 81 Absatz 3] festzulegen; dabei ist dem Erfordernis einer wirksamen Überwachung bei möglichst einfacher Verwaltungskontrolle Rechnung zu tragen;
- c) gegebenenfalls den Anwendungsbereich der [Artikel 81 und 82] für die einzelnen Wirtschaftszweige näher zu bestimmen;
- d) die Aufgaben der Kommission und des Gerichtshofes bei der Anwendung der in diesem Absatz vorgesehenen Vorschriften gegeneinander abzugrenzen;
- e) das Verhältnis zwischen den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einerseits und ~~den in diesem Abschnitt enthaltenen~~ oder den aufgrund dieses Artikels ~~getroffenen Bestimmungen ange-~~
nommenen Maßnahmen andererseits festzulegen.

Klausel 60 (ex-Artikel 84)

Bis zum ~~Inkrafttreten~~ **Zeitpunkt des Inkrafttretens** der gemäß [Artikel 83] ~~erlassenen Vorschriften~~ **angenommenen europäischen Gesetze/europäischen Verordnungen oder europäischen Rahmengesetze** entscheiden die Behörden der Mitgliedstaaten im Einklang mit ~~ihren eigenen Rechtsvorschriften mit ihrem innerstaatlichen Recht~~ und den ~~Bestimmungen der Artikel [Artikeln 81, insbesondere Absatz 3, und 82]~~ über die Zulässigkeit von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen sowie über die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt**.

Klausel 61 (ex-Artikel 85)

(1) Unbeschadet des [Artikels 84] achtet die Kommission auf die Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze. Sie untersucht auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von Amts wegen in Verbindung mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die ihr Amtshilfe zu leisten haben, die Fälle, in denen Zuwiderhandlungen gegen diese Grundsätze vermutet werden. Stellt sie eine Zuwiderhandlung fest, so schlägt sie geeignete Mittel vor, um diese abzustellen.

(2) Wird die Zuwiderhandlung nicht abgestellt, so ~~trifft~~ **nimmt** die Kommission ~~in einer mit einem~~ mit Gründen versehenen ~~Entscheidung die Feststellung europäischen Beschluss an, in dem festgestellt wird,~~ dass eine ~~derartige~~ Zuwiderhandlung **gegen die Grundsätze** vorliegt. Sie kann ~~die Entscheidung ihren Beschluss~~ veröffentlichen und die Mitgliedstaaten ermächtigen, die erforderlichen ~~Abhilfemaßnahmen Bestimmungen zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen zu~~ **erlassen**, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Klausel 62 (ex-Artikel 86)

- (1) Die Mitgliedstaaten werden in Bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine ~~diesem Vertrag~~ **den Bestimmungen der Verfassung** und insbesondere ~~dessen deren~~ [Artikeln 12 und 81 bis 89] widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.
- (2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten die ~~Vorschriften dieses Vertrags~~ **Bestimmungen der Verfassung**, insbesondere die Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser ~~Vorschriften~~ **Bestimmungen** nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zuwiderläuft.
- (3) Die Kommission achtet auf die Anwendung dieses Artikels und ~~richtet~~ **nimmt** erforderlichenfalls geeignete ~~Richtlinien~~ **[europäischen Verordnungen¹ oder] Entscheidungen europäischen Beschlüsse an die Mitgliedstaaten.**

[ABSCHNITT 2

STAATLICHE BEIHILFEN DER MITGLIEDSTAATEN]

Klausel 63 (ex-Artikel 87)

- (1) Soweit in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nicht etwas anderes bestimmt ist, sind ~~staatliche Beihilfen der Mitgliedstaaten~~ oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.
- (2) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar sind:
- a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden;
 - b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind;

¹ Da Richtlinien nicht mehr zu den Rechtsakten zählen sollen, die die Kommission annehmen kann (vgl. den Entwurf von Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" in CONV 571/03), bliebe ihr nur das Instrument des Beschlusses (vgl. Artikel 26 des vorgenannten Entwurfs) und der Verordnung. Die Verordnung ist jedoch ein Rechtsakt, der im Gegensatz zur Richtlinie, den Mitgliedstaaten keinerlei Handlungsspielraum lässt. Würde sie hier vorgesehen, so würde dies eine Änderung gegenüber der derzeitigen Lage darstellen.

- [c) Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter, durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.] ¹
- (3) Als mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar können angesehen werden:
- a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht;
 - b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats;
 - c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
 - d) Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes, soweit sie die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** nicht in einem Maß beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
 - e) sonstige Arten von Beihilfen, die der Rat durch ~~eine Entscheidung~~ mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission **angenommene Maßnahmen** bestimmt.

Klausel 64 (ex-Artikel 88)

- (1) Die Kommission überprüft fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die in diesen bestehenden Beihilferegelungen. Sie schlägt ihnen die zweckdienlichen Maßnahmen vor, welche die fortschreitende Entwicklung und das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** erfordern.
- (2) Stellt die Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, dass eine von einem ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** nach [Artikel 87] unvereinbar ist oder dass sie missbräuchlich angewandt wird, so ~~entscheidet sie~~ **nimmt sie einen europäischen Beschluss an, der darauf abzielt**, dass der betreffende Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist ~~aufzuheben~~ **aufhebt** oder ~~umzugestalten hat~~ **umgestaltet**.

Kommt der betreffende Staat ~~dieser Entscheidung~~ **diesem europäischen Beschluss** innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission oder jeder betroffene **Mitgliedstaat** in Abweichung von den [Artikeln 226 und 227] den Gerichtshof unmittelbar anrufen.

¹ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Buchstabe noch relevant ist (siehe auch Artikel 78).

Der Rat kann einstimmig auf Antrag eines Mitgliedstaats ~~entscheiden, dass einen europäischen Beschluss annehmen, dem zufolge~~ eine von diesem Staat gewährte oder geplante Beihilfe in Abweichung von [Artikel 87] oder von den ~~nach in [Artikel 89] erlassenen vorgesehenen europäischen Gesetzen/europäischen~~ Verordnungen als mit dem ~~Gemeinsamen Markt Binnenmarkt~~ vereinbar gilt, wenn außergewöhnliche Umstände ~~eine solche Entscheidung einen solchen europäischen Beschluss~~ rechtfertigen. Hat die Kommission bezüglich dieser Beihilfe das in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehene Verfahren bereits eingeleitet, so bewirkt der Antrag des betreffenden Staates an den Rat die Aussetzung dieses Verfahrens, bis der Rat sich geäußert hat.

Äußert sich der Rat nicht binnen drei Monaten nach Antragstellung, so entscheidet die Kommission.

(3) Die Kommission wird von ~~jeder den Mitgliedstaaten über jede~~ beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig unterrichtet, dass sie sich dazu äußern kann. Ist sie der Auffassung, dass ein derartiges Vorhaben nach [Artikel 87] mit dem ~~Gemeinsamen Markt Binnenmarkt~~ unvereinbar ist, so leitet sie unverzüglich das in Absatz 2 vorgesehene Verfahren ein. Der betreffende Mitgliedstaat darf die beabsichtigte Maßnahme nicht durchführen, bevor die Kommission einen ~~abschließenden Entscheidung europäischen Beschluss~~ erlassen hat.

Klausel 65 (ex-Artikel 89)

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ mit qualifizierter Mehrheit ~~alle zweckdienlichen Durchführungsverordnungen zu den Artikeln die europäischen Gesetze/europäischen Verordnungen~~¹ **zur Durchführung der [Artikel 87 und 88] erlassen annehmen** und insbesondere die Bedingungen für die Anwendung des [Artikels 88 Absatz 3] sowie diejenigen Arten von Beihilfen festlegen, die von diesem Verfahren ausgenommen sind. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

II. SOZIALVORSCHRIFTEN

Klausel 66 (ex-Artikel 136)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

¹ Da der Rat gemäß den Artikelentwürfen in Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" (Artikel 25 und 26 in CONV 571/03 Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, müsste der Konvent hier die Fälle bestimmen, in denen der Rat in dem unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakt oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Anlage II dieses Berichts).

Zu diesem Zweck ~~führen~~ **tragen** die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten ~~Maßnahmen durch, die bei ihrer Tätigkeit~~ der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu erhalten, Rechnung ~~tragen~~.

Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** als auch aus den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.¹

Klausel 67 (ex-Artikel 137)

(1) Zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 136] unterstützt und ergänzt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf folgenden Gebieten:

- a) Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer,
- b) Arbeitsbedingungen,
- c) soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer,
- d) Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags,
- e) Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer,
- f) Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung, vorbehaltlich des Absatzes 5,
- g) Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aufhalten,
- h) berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen, unbeschadet des [Artikels 150],
- i) Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz,
- j) Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung,
- k) Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes, unbeschadet des Buchstabens c.

(2) Zu diesem Zweck kann ~~der Rat~~ **Folgendes angenommen werden:**

¹ Dieser Unterabsatz hat offenbar rein deklaratorischen Wert.

- a) Maßnahmen ~~annehmen~~, die dazu bestimmt sind, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen zu fördern, die die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten;
- b) in den in Absatz 1 Buchstaben a bis i genannten Bereichen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Bedingungen und technischen Regelungen ~~durch Richtlinien~~ **europäische Rahmengesetze über** Mindestvorschriften ~~erlassen~~, die schrittweise anzuwenden sind. Diese ~~Richtlinien europäischen Rahmengesetze~~ sollen keine verwaltungsmäßigen, finanziellen oder rechtlichen Auflagen vorschreiben, die der Gründung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen entgegenstehen.

In den in Absatz 1 Buchstaben a, b, e, i, j und k genannten Bereichen beschließen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen. ¹

In den in Absatz 1 Buchstaben c, d, f und g dieses Artikels genannten Bereichen beschließt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

(2a) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission einstimmig beschließen, dass das Gesetzgebungsverfahren auf Absatz 1 Buchstaben d, f und g angewandt wird. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen, außer in den in Absatz 1 Buchstaben e, d, f und g genannten Bereichen, in denen er einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der genannten Ausschüsse beschließt. Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschließen, dass das Verfahren des Artikels 251 auf Absatz 1 Buchstaben d, f und g angewandt wird.~~ ²

(3) Ein Mitgliedstaat kann den Sozialpartnern auf deren gemeinsamen Antrag die Durchführung von aufgrund des Absatzes 2 angenommenen ~~Richtlinien europäischen Rahmengesetzen~~ übertragen.

In diesem Fall vergewissert sich der Mitgliedstaat, dass die Sozialpartner spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem ~~eine Richtlinie ein~~ **europäisches Rahmengesetz nach Artikel 249** umgesetzt sein muss, im Wege einer Vereinbarung die erforderlichen Vorkehrungen getroffen haben; dabei hat der Mitgliedstaat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um jederzeit gewährleisten zu können, dass die durch dieses ~~Richtlinie~~ **Rahmengesetz** vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden.

¹ Der Eindeutigkeit halber wurden in den drei folgenden Unterabsätzen die Bestimmungen des derzeitigen Artikels 137 Absatz 2 Unterabsatz 2 EGV wieder aufgegriffen.

² Der gesamte Unterabsatz ist in den vorausgehenden Text eingeflossen.

- (4) Die aufgrund dieses Artikels ~~erlassenen Bestimmungen~~ **angenommenen Maßnahmen**
- a) berühren nicht die anerkannte Befugnis der Mitgliedstaaten, die Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen, und dürfen das finanzielle Gleichgewicht dieser Systeme nicht erheblich beeinträchtigen;
 - b) hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu treffen, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.
- (5) Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht.

Klausel 68 (ex-Artikel 138)

- (1) Die Kommission hat die Aufgabe, die Anhörung der Sozialpartner auf ~~Gemeinschafts~~ **Unionsebene** zu fördern, und ~~erlässt~~ **nimmt** alle zweckdienlichen Maßnahmen **an**, um den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, wobei sie für Ausgewogenheit bei der Unterstützung der Parteien sorgt.
- (2) Zu diesem Zweck hört die Kommission vor Unterbreitung von Vorschlägen im Bereich der Sozialpolitik die Sozialpartner zu der Frage, wie eine ~~Gemeinschaftsaktion~~ **Unionsaktion** gegebenenfalls ausgerichtet werden sollte.
- (3) Hält die Kommission nach dieser Anhörung eine ~~Gemeinschaftsmaßnahme~~ **Unionsmaßnahme** für zweckmäßig, so hört sie die Sozialpartner zum Inhalt des in Aussicht genommenen Vorschlags. Die Sozialpartner übermitteln der Kommission eine Stellungnahme oder gegebenenfalls eine Empfehlung.
- (4) Bei dieser Anhörung können die Sozialpartner der Kommission mitteilen, dass sie den Prozess nach [Artikel 139] in Gang setzen wollen. Die Dauer des Verfahrens darf höchstens neun Monate betragen, sofern die betroffenen Sozialpartner und die Kommission nicht gemeinsam eine Verlängerung beschließen.

Klausel 69 (ex-Artikel 139)

- (1) Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** kann, falls sie es wünschen, zur Herstellung vertraglicher Beziehungen, einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen, führen.
- (2) Die Durchführung der auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** geschlossenen Vereinbarungen erfolgt entweder nach den jeweiligen Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten oder - in den durch [Artikel 137] erfassten Bereichen - auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch ~~einen Beschluss~~ **eine Maßnahme**¹ des Rates, **die** auf Vorschlag der Kommission **mit qualifizierter Mehrheit angenommen wird**.

¹ Offenbar wird der frz. Begriff "decision" (dt. "Beschluss"/"Entscheidung") hier nicht im Sinne der Definition des Artikels 249 Unterabsatz 4 EGV, sondern unspezifisch verwendet. Der Konvent sollte sich dazu äußern, ob er genau festlegen möchte, welcher Rechtsakt zu verwenden ist; dieser Rechtsakt war bislang die Richtlinie und müsste folglich das Rahmengesetz sein. (siehe Anlage II dieses Berichts).

~~Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit, sofern nicht~~ **Enthält** die betreffende Vereinbarung eine oder mehrere Bestimmungen betreffend einen der Bereiche ~~enthält~~, für die nach [Artikel 137 Absatz 2] Einstimmigkeit erforderlich ist. ~~In diesem Fall, so beschließt der Rat einstimmig.~~

Klausel 70 (ex-Artikel 140)

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** fördert die Kommission im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des [Artikels 136] die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und erleichtert die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter [dieses Kapitel] fallenden Bereichen der Sozialpolitik, insbesondere auf dem Gebiet

- a) der Beschäftigung,
- b) des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen,
- c) der beruflichen Ausbildung und Fortbildung,
- d) der sozialen Sicherheit,
- e) der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten,
- f) des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit,
- g) des Koalitionsrechts und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zu diesem Zweck wird die Kommission in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten durch Untersuchungen, Stellungnahmen und die Vorbereitung von Beratungen tätig, gleichviel ob es sich um innerstaatliche oder um internationalen Organisationen gestellte Probleme handelt.

Vor Abgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Stellungnahmen hört die Kommission den Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Klausel 71 (ex-Artikel 141)

- (1) Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher.
- (2) Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.

Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet,

- a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird,
- b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(3) **Das Europäische Parlament und der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen an, zur Gewährleistung der die die Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit, gewährleisten. Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

(4) Im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.

Klausel 72 (ex-Artikel 142)

Die Mitgliedstaaten sind bestrebt, die bestehende Gleichwertigkeit der Ordnungen über die bezahlte Freizeit beizubehalten. ¹

Klausel 73 (ex-Artikel 143)

Die Kommission erstellt jährlich einen Bericht über den Stand der Verwirklichung der in [Artikel 136] genannten Ziele sowie über die demografische Lage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union**. Sie übermittelt diesen Bericht dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss.

~~Das Europäische Parlament kann die Kommission um Berichte zu Einzelproblemen ersuchen, welche die soziale Lage betreffen.~~ ²

Klausel 74 (ex-Artikel 144)

Der Rat setzt ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einen Ausschuss für Sozialschutz mit beratender Aufgabe ein, um die Zusammenarbeit im Bereich des sozialen Schutzes zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission zu fördern. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.** Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

¹ Fraglich ist, inwieweit sich diese Bestimmung umsetzen lässt.

² Dieser Unterabsatz ist gleich lautend mit Artikel 145 Absatz 2 und kann daher entfallen.

- a) Er verfolgt die soziale Lage und die Entwicklung der Politiken im Bereich des sozialen Schutzes in den Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union**;
- b) er fördert den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission;
- c) unbeschadet des [Artikels 207] arbeitet er auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus in seinem Zuständigkeitsbereich Berichte aus, gibt Stellungnahmen ab oder wird auf andere Weise tätig.

Bei der Erfüllung seines Auftrags stellt der Ausschuss geeignete Kontakte zu den Sozialpartnern her.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission ernennen zwei Mitglieder des Ausschusses.

Klausel 75 (ex-Artikel 145)

Der Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament hat stets ein besonderes Kapitel über die Entwicklung der sozialen Lage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu enthalten.

Das Europäische Parlament kann die Kommission auffordern, Berichte über besondere, die soziale Lage betreffende Fragen auszuarbeiten.

[KAPITEL 2

DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS]

Klausel 76 (ex-Artikel 146)

Um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen, wird nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ **dieses [Kapitels]** ein Europäischer Sozialfonds errichtet, dessen Ziel es ist, innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sowie die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern.

Klausel 77 (ex-Artikel 147)

~~Die Verwaltung des~~ **Die Kommission verwaltet den** Fonds ~~obliegt der Kommission.~~

~~Die Kommission~~ Sie wird hierbei von einem Ausschuss unterstützt, der aus Vertretern der ~~Regierungen~~ **Mitgliedstaaten** sowie der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände besteht; den Vorsitz führt ein Mitglied der Kommission

Klausel 78 (ex-Artikel 148)

Das Europäische Parlament und der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren die den Europäischen Sozialfonds betreffenden Durchführungsbeschlüsse Durchführungsmaßnahmen¹ an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

III. WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

Klausel 79 (ex-Artikel 158)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern.

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern.

Klausel 80 (ex-Artikel 159)

Die Mitgliedstaaten führen und koordinieren ihre Wirtschaftspolitik in der Weise, dass auch die in [Artikel 158] genannten Ziele erreicht werden. Die Festlegung und Durchführung der Politiken und Aktionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sowie die Errichtung des Binnenmarkts berücksichtigen die Ziele des [Artikels 158] und tragen zu deren Verwirklichung bei.² Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** unterstützt auch diese Bemühungen durch die Politik, die sie mit Hilfe der Strukturfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzierungsinstrumente führt.

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen alle drei Jahre Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und über die Art und Weise, in der die in diesem Artikel vorgesehenen Mittel hierzu beigetragen haben. Diesem Bericht werden erforderlichenfalls entsprechende Vorschläge beigefügt.

¹ Offenbar wird der frz. Begriff "decision" (dt. "Beschluss"/"Entscheidung") hier nicht im Sinne der Definition des Artikels 249 Absatz 4 EGV, sondern unspezifisch verwendet. Der Konvent sollte sich dazu äußern, ob er genau festlegen möchte, welcher Rechtsakt zu verwenden ist.

² Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Unbeschadet der im Rahmen der anderen Politiken der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beschlossenen ~~angenommenen~~ Maßnahmen **können das Europäische Parlament und der Rat** ~~Falls sich spezifische Aktionen außerhalb der Fonds und gegebenenfalls erforderliche spezifische Maßnahmen außerhalb der Fonds nach dem Gesetzgebungsverfahren annehmen.~~ als erforderlich erweisen, so können sie vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 **Sie beschließen** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ~~und sowie des Ausschusses der Regionen beschlossen werden.~~

Klausel 81 (ex-Artikel 160)

Aufgabe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ist es, durch Beteiligung an der Entwicklung und an der strukturellen Anpassung der rückständigen Gebiete und an der Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beizutragen.

Klausel 82 (ex-Artikel 161)

Unbeschadet des [Artikels 162] ~~legt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen einstimmig~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen ¹ an, in denen Folgendes festgelegt wird:**

- a) die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds fest, was ihre Neuordnung einschließen kann, **und**
- b) ~~Nach demselben Verfahren legt der Rat ferner~~ die für die Fonds geltenden allgemeinen Regeln sowie die Bestimmungen fest, die zur Gewährleistung einer wirksamen Arbeitsweise und zur Koordinierung der Fonds sowohl untereinander als auch mit den anderen vorhandenen Finanzierungsinstrumenten erforderlich sind.

Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

Nach demselben Verfahren nehmen sie die Maßnahmen zur Einrichtung eines ~~Ein vom Rat nach demselben Verfahren errichteter~~ Kohäsionsfonds **an, der trägt** zu Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur finanziell **beiträgt**.

~~Der Rat beschließt ab dem 1. Januar 2007 mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen, falls die ab dem 1. Januar 2007 geltende mehrjährige Finanzielle Vorausschau und die dazugehörige Interinstitutionelle Vereinbarung bis zu diesem Zeitpunkt angenommen sind. Ist dies nicht der Fall, so wird das in diesem Absatz vorgesehene Verfahren ab dem Zeitpunkt ihrer Annahme angewandt.~~

¹ Das Beschlussfassungsverfahren wurde entsprechend dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" (CONV 424/02, S. 17) geändert: Mitentscheidung ("Gesetzgebungsverfahren") statt Zustimmung.

Klausel 83 (ex-Artikel 162)

Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren die Die den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung betreffenden Durchführungsbeschlüsse **maßnahmen an.** ~~werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und Sie beschließen~~ nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen gefasst.

Für den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, und den Europäischen Sozialfonds sind die [Artikel 37 bzw. 148] ~~weiterhin~~ anwendbar.

IV. LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

Klausel 84 (ex-Artikel 32) ¹

- (1) Der ~~Gemeinsame Markt~~ **Binnenmarkt** umfasst auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen.
- (2) Die Vorschriften für die Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** finden auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung, soweit in den [Artikeln 33 bis 38] nicht etwas anderes bestimmt ist.
- (3) **Für die in [Anhang I] aufgeführten Erzeugnisse, für welche gelten** die Artikel 33 bis 38 ~~gelten, sind in der diesem Vertrag als Anhang I beigefügten Liste aufgeführt.~~ ²
- (4) Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des ~~gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik Hand in Hand gehen.

Klausel 85 (ex-Artikel 33)

- (1) Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es:
 - a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;

¹ Der Wortlaut von Artikel 32 muss an die Aufnahme der Fischerei in den Titel dieses Kapitels angepasst werden.

² Es wird vorgeschlagen, diese überflüssigen Formulierungen zu streichen, da nur auf einen Anhang zur Verfassung Bezug genommen werden kann.

- b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren;
- d) die Versorgung sicherzustellen;
- e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

(2) Bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik und der hierfür anzuwendenden besonderen Methoden ist Folgendes zu berücksichtigen:

- a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;
- b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen;
- c) die Tatsache, dass die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Klausel 86 (ex-Artikel 34)

(1) Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, wird eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte geschaffen.

Diese besteht je nach Erzeugnis aus einer der folgenden Organisationsformen:

- a) gemeinsame Wettbewerbsregeln;
- b) bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen;
- c) eine europäische Marktordnung.

(2) Die nach Absatz 1 gestaltete gemeinsame Organisation kann alle zur Durchführung des [Artikels 33] erforderlichen Maßnahmen einschließen, insbesondere Preisregelungen, Beihilfen für die Erzeugung und die Verteilung der verschiedenen Erzeugnisse, Einlagerungs- und Ausgleichsmaßnahmen, gemeinsame Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr.

Die gemeinsame Organisation hat sich auf die Verfolgung der Ziele des [Artikels 33] zu beschränken und jede Diskriminierung zwischen Erzeugern oder Verbrauchern innerhalb der **Gemeinschaft Union** auszuschließen.

Eine etwaige gemeinsame Preispolitik muss auf gemeinsamen Grundsätzen und einheitlichen Berechnungsmethoden beruhen.

(3) Um der in Absatz 1 genannten gemeinsamen Organisation die Erreichung ihrer Ziele zu ermöglichen, können ein oder mehrere Ausrichtungs- oder Garantiefonds für die Landwirtschaft geschaffen werden.

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band I

Klausel 87 (ex-Artikel 35)

Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, können im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

- a) eine wirksame Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; hierbei können Vorhaben oder Einrichtungen gemeinsam finanziert werden;
- b) gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse.

Klausel 88 (ex-Artikel 36)

Das [Kapitel] über die Wettbewerbsregeln findet auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen nur insoweit Anwendung, als der Rat dies unter Berücksichtigung der Ziele des [Artikels 33] im Rahmen des [Artikels 37 Absätze 2 und 3] und gemäß dem dort vorgesehenen Verfahren bestimmt.

Der Rat kann insbesondere **Maßnahmen annehmen genehmigen, mit denen genehmigt wird**, dass Beihilfen gewährt werden

- a) zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind, oder
- b) im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme.

Klausel 89 (ex-Artikel 37)

~~(1) ——— Zur Erarbeitung der Grundlinien für eine gemeinsame Agrarpolitik beruft die Kommission unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine Konferenz der Mitgliedstaaten ein, um einen Vergleich ihrer Agrarpolitik, insbesondere durch Gegenüberstellung ihrer Produktionsmöglichkeiten und ihres Bedarfs, vorzunehmen. ¹~~

~~(2) Unter Berücksichtigung der Arbeiten der in Absatz 1 vorgesehenen Konferenz legt Die Kommission **legt** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ~~binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags~~ zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik Vorschläge vor, welche unter anderem die Ablösung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehenen gemeinsamen Organisationsformen sowie die Durchführung der in [diesem Titel] bezeichneten Maßnahmen vorsehen.~~

Diese Vorschläge ~~müssen~~ **tragen** dem inneren Zusammenhang der in diesem Titel aufgeführten landwirtschaftlichen Fragen Rechnung ~~tragen~~.

¹ Dieser Absatz ist überholt. Die Konferenz hat 1958 in Stresa stattgefunden. Ihre Ergebnisse sind somit bereits Bestandteil des Besitzstands.

~~Der Rat erlässt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Verordnungen, Richtlinien oder Entscheidungen, unbeschadet seiner etwaigen~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit europäische Gesetze/europäische Verordnungen¹, europäische Rahmengesetze, europäische Beschlüsse und Empfehlungen an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

(3) ~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit²~~ Die einzelstaatlichen Marktordnungen **können** nach Maßgabe des Absatzes 2 durch die in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehene gemeinsame Organisation ~~ersetzen~~ **ersetzt werden**,

- a) wenn sie den Mitgliedstaaten, die sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben und eine eigene Marktordnung für die in Betracht kommende Erzeugung besitzen, gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger bietet; hierbei sind die im Zeitablauf möglichen Anpassungen und erforderlichen Spezialisierungen zu berücksichtigen, und
- b) wenn die gemeinsame Organisation für den Handelsverkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** Bedingungen sicherstellt, die denen eines Binnenmarkts entsprechen.

(4) Wird eine gemeinsame Organisation für bestimmte Rohstoffe geschaffen, bevor eine gemeinsame Organisation für die entsprechenden weiterverarbeiteten Erzeugnisse besteht, so können die betreffenden Rohstoffe aus Ländern außerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** eingeführt werden, wenn sie für weiterverarbeitete Erzeugnisse verwendet werden, die zur Ausfuhr nach dritten Ländern bestimmt sind.

Klausel 90 (ex-Artikel 38)

Besteht in einem Mitgliedstaat für ein Erzeugnis eine innerstaatliche Marktordnung oder Regelung gleicher Wirkung und wird dadurch eine gleichartige Erzeugung in einem anderen Mitgliedstaat in ihrer Wettbewerbslage beeinträchtigt, so erheben die Mitgliedstaaten bei der Einfuhr des betreffenden Erzeugnisses aus dem Mitgliedstaat, in dem die genannte Marktordnung oder Regelung besteht, eine Ausgleichsabgabe, es sei denn, dass dieser Mitgliedstaat eine Ausgleichsabgabe bei der Ausfuhr erhebt.

Die Kommission setzt diese Abgaben in der zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erforderlichen Höhe fest; sie kann auch andere Maßnahmen genehmigen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

¹ Da der Rat gemäß den Artikelentwürfen des Titels V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" des Teils I (Artikel 25 und 26 in CONV 571/03) Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, müsste der Konvent hier die Fälle bestimmen, in denen der Rat in dem unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakt oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Addendum II dieses Berichts).

² Diese Formulierung ist überflüssig, da das hierfür geltende Verfahren bereits durch die Bezugnahme auf Artikel 37 Absatz 2 genannt wird.

V. UMWELT

Klausel 91 (ex-Artikel 174)

(1) Die Umweltpolitik der ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zur Verfolgung der nachstehenden Ziele bei:

- a) Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;
- b) Schutz der menschlichen Gesundheit;
- c) umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen;
- d) Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme.

(2) Die Umweltpolitik der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zielt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auf ein hohes Schutzniveau ab. Sie beruht auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip.

Im Hinblick hierauf umfassen die den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechenden Harmonisierungsmaßnahmen gegebenenfalls eine Schutzklausel, mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, aus nicht wirtschaftlich bedingten umweltpolitischen Gründen vorläufige ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, die einem ~~gemeinschaftlichen~~ Kontrollverfahren **der Union** unterliegen.

(3) Bei der Erarbeitung ihrer Umweltpolitik berücksichtigt die ~~Gemeinschaft~~ **Union**

- a) die verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Daten;
- b) die Umweltbedingungen in den einzelnen Regionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union**;
- c) die Vorteile und die Belastung aufgrund des Tätigwerdens bzw. eines Nichttätigwerdens;
- d) die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** insgesamt sowie die ausgewogene Entwicklung ihrer Regionen.

(4) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse mit dritten Ländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** können Gegenstand von Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

Klausel 92 (ex-Artikel 175)

(1) **Das Europäische Parlament und der Rat beschließt nehmen** nach dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen** über das Tätigwerden der Gemeinschaft zur Erreichung der in [Artikel 174] genannten Ziele **an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.**

(2) Abweichend von dem ~~Beschlussverfahren des Absatzes Absatz 1~~ und unbeschadet des [Artikels 95] **erlässt nimmt** der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ einstimmig **Folgendes an:**

- a) ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** überwiegend steuerlicher Art;
- b) Maßnahmen, die
 - i) die Raumordnung berühren;
 - ii) die mengenmäßige Bewirtschaftung der Wasserressourcen berühren oder die Verfügbarkeit dieser Ressourcen mittelbar oder unmittelbar betreffen;
 - iii) die Bodennutzung mit Ausnahme der Abfallbewirtschaftung berühren;
- c) Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren.

Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.

Nach demselben Verfahren kann der Rat ~~kann nach dem Verfahren des Unterabsatzes 1 festlegen, in welchen der in diesem Absatz genannten Bereiche er mit qualifizierter Mehrheit beschlos-~~
~~sen wird beschließt.~~

(3) In anderen Bereichen ¹ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat beschließt** gemäß dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen in anderen Bereichen~~ **nach dem Gesetzgebungsverfahren** allgemeine Aktionsprogramme an, in denen die vorrangigen Ziele festgelegt werden. **Sie beschließen** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

¹ Dieser Satzteil könnte entfallen, da das Europäische Parlament und der Rat in Wirklichkeit Rahmenprogramme von allgemeiner Tragweite annehmen.

~~Der Rat legt nach Absatz 1 bzw. Absatz 2~~ Die zur Durchführung dieser Programme erforderlichen Maßnahmen **werden nach dem in Absatz 1 bzw. Absatz 2 vorgesehenen Verfahren angenommen** fest.

(4) Unbeschadet bestimmter Maßnahmen **der Union** ~~gemeinschaftlicher Art~~ tragen die Mitgliedstaaten für die Finanzierung und Durchführung der Umweltpolitik Sorge.

(5) Sofern eine Maßnahme nach Absatz 1 mit unverhältnismäßig hohen Kosten für die Behörden eines Mitgliedstaats verbunden ist, ~~sieht der Rat~~ **wird darin** unbeschadet des Verursacherprinzips ~~in dem Rechtsakt zur Annahme dieser Maßnahme geeignete Bestimmungen in folgender in geeigneter Form Folgendes vorgesehen vor:~~

- a) vorübergehende Ausnahmeregelungen und/oder
- b) eine finanzielle Unterstützung aus dem ~~nach Artikel 161 errichteten~~¹ Kohäsionsfonds.

Klausel 93 (ex-Artikel 176)

Die ~~Schutzmaßnahmenbestimmungen~~, die aufgrund des [Artikels 175] ~~getroffen~~ **angenommen** werden, hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, verstärkte ~~Schutzmaßnahmenbestimmungen~~ **Bestimmungen** beizubehalten oder ~~zu ergreifen einzuführen~~. Die betreffenden ~~Maßnahmen Bestimmungen~~ müssen mit ~~diesem Vertrag der Verfassung~~ vereinbar sein. Sie werden der Kommission notifiziert.

VI. VERBRAUCHERSCHUTZ

Klausel 94 (ex-Artikel 153)

(1) Zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus leistet die ~~Gemeinschaft~~ **Union** einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie zur Förderung ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen.

(2) Den Erfordernissen des Verbraucherschutzes wird bei der Festlegung und Durchführung der anderen ~~Gemeinschafts~~ **Unions**politiken und -maßnahmen Rechnung getragen.²

¹ Dieser Zusatz ist überflüssig, da es nur einen einzigen Kohäsionsfonds gibt.

² Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

(3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** leistet einen Beitrag zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele durch

- a) Maßnahmen, die sie im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts nach [Artikel 95] ~~erlässt~~ **annimmt**;
- b) Maßnahmen zur Unterstützung, Ergänzung und Überwachung der Politik der Mitgliedstaaten.

(4) **Das Europäische Parlament und der Rat beschließt nehmen gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die Maßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe b nach dem Gesetzgebungsverfahren an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

(5) Die nach Absatz 4 ~~beschlossenen~~ **angenommenen** Maßnahmen hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutz**maßnahmenbestimmungen** beizubehalten oder zu **ergreifen erlassen**. Diese ~~Maßnahmen Bestimmungen~~ **Bestimmungen** müssen mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sein. Sie werden der Kommission mitgeteilt.

VII. VERKEHR

Klausel 95 (ex-Artikel 70)

Auf dem in diesem Titel geregelten Sachgebiet ¹ ~~verfolgen die Mitgliedstaaten werden~~ die Ziele ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** im Rahmen einer gemeinsamen Verkehrspolitik **verfolgt**.

Klausel 96 (ex-Artikel 71)

(1) Zur Durchführung des [Artikels 70] ~~wird~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat** unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Verkehrs ~~gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen an. Sie beschließen** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen. **Diese Maßnahmen umfassen Folgendes:**

- a) **gemeinsame Regeln** für den internationalen Verkehr aus oder nach dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder für den Durchgangsverkehr durch das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ~~gemeinsame Regeln aufstellen~~;
- b) **Bedingungen** für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Verkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind, ~~die Bedingungen festlegen~~;

¹ Da hier eine geteilte Zuständigkeit gegeben ist, wird vorgeschlagen, die Formulierung "verfolgen die Mitgliedstaaten", die im einleitenden Teil der anderen Politikbereiche nicht verwendet wird, zu streichen. Siehe auch den Vorschlag für eine Zusammenlegung mit Artikel 80.

c) Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ~~erlassen~~;

d) alle sonstigen zweckdienlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **Maßnahmen**.

(2) Abweichend von dem in [Absatz 1] vorgesehenen Verfahren werden die ~~Vorschriften über~~ **Maßnahmen betreffend** die Grundsätze der Verkehrsordnung, deren Anwendung die Lebenshaltung und die Beschäftigungslage in bestimmten Gebieten sowie den Betrieb der Verkehrseinrichtungen ernstlich beeinträchtigen könnte, vom Rat **einstimmig** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einstimmig erlassen~~ **angenommen**; dabei berücksichtigt er die Notwendigkeit einer Anpassung an die sich aus der Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** ergebende wirtschaftliche Entwicklung. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Klausel 97 (ex-Artikel 72)

Bis ~~zum Erlass~~ **zur Annahme** der in [Artikel 71 Absatz 1] genannten ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** darf ein Mitgliedstaat die verschiedenen, am 1. Januar 1958 oder, im Falle später beigetretener Staaten, zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf diesem Gebiet geltenden Vorschriften in ihren unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmer anderer Mitgliedstaaten im Vergleich zu den inländischen Verkehrsunternehmern nicht ungünstiger gestalten, es sei denn, dass der Rat einstimmig ~~etwas anderes billigt~~ **Maßnahmen annimmt, die eine Ausnahmeregelung zulassen**.

Klausel 98 (ex-Artikel 73)

Mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordination des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

Klausel 99 (ex-Artikel 74)

Jede Maßnahme auf dem Gebiet der Beförderungsentgelte und -bedingungen, die im Rahmen ~~dieses Vertrags getroffen~~ **der Verfassung angenommen** wird, hat der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmer Rechnung zu tragen.

Klausel 100 (ex-Artikel 75)

(1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft werden~~ **Union sind** die Diskriminierungen ~~beseitigt~~ **verboten**, die darin bestehen, dass ein Verkehrsunternehmer in denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem ~~Herkunfts- oder Bestimmungsland~~ **Herkunfts- oder Bestimmungsmitgliedstaat** unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet.

(2) Absatz 1 schließt sonstige Maßnahmen nicht aus, die **das Europäische Parlament und der Rat** gemäß [Artikel 71 Absatz 1] ~~treffen kann~~ **annehmen können**.

(3) Der Rat ~~trifft mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses eine Regelung mit qualifizierter Mehrheit~~ **die** zur Durchführung des Absatzes 1 **erforderlichen Maßnahmen an. Er beschließt nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Er kann insbesondere die erforderlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **Maßnahmen annehmen**, um es den Organen ~~der Gemeinschaft~~ zu ermöglichen, für die Beachtung des Absatzes 1 Sorge zu tragen, und um den Verkehrsnutzern die Vorteile dieser Bestimmung voll zukommen zu lassen.

(4) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die Diskriminierungsfälle des Absatzes 1 und ~~erlässt~~ **nimmt** nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **europäischen Beschlüsse** im Rahmen der ~~gemäß~~ in Absatz 3 ~~getroffenen Regelung~~ **genannten Maßnahmen an.**

Klausel 101 (ex-Artikel 76)

(1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sind die von einem Mitgliedstaat auferlegten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstützung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei denn, dass die Kommission **mit einem europäischen Beschluss** die Genehmigung hierzu erteilt.

(2) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die in Absatz 1 bezeichneten Frachten und Beförderungsbedingungen; hierbei berücksichtigt sie insbesondere sowohl die Erfordernisse einer angemessenen Standortpolitik, die Bedürfnisse der unterentwickelten Gebiete und die Probleme der durch politische Umstände schwer betroffenen Gebiete als auch die Auswirkungen dieser Frachten und Beförderungsbedingungen auf den Wettbewerb zwischen den Verkehrsarten.

Die Kommission ~~erlässt~~ **nimmt** die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **europäischen Beschlüsse** nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat **an.**

(3) Das in Absatz 1 genannte Verbot ~~trifft~~ **gilt nicht für** die Wettbewerbstarife.

Klausel 102 (ex-Artikel 77)

Die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten [beim Grenzübergang] in Rechnung stellt ¹, dürfen unter Berücksichtigung der hierdurch tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht übersteigen.

Die Mitgliedstaaten werden bemüht sein, diese Kosten ~~schrittweise~~ zu verringern.

¹ Es stellt sich die Frage, welche Arten von Abgaben vom Verkehrsunternehmer in Rechnung gestellt werden. Ferner dürfte bei einem Binnenmarkt ohne Binnengrenzen die Formulierung "beim Grenzübergang" hinfällig sein. Es wäre zu prüfen, ob dieser Artikel nicht überflüssig ist.

Die Kommission kann zur Durchführung dieses Artikels Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten.

Klausel 103 [(ex-Artikel 78)]¹

Die Bestimmungen dieses Titels stehen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegen, soweit sie erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, die der Wirtschaft bestimmter, von der Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik aus dieser Teilung entstehen.]

Klausel 104 (ex-Artikel 79)

Bei der Kommission wird ein beratender Ausschuss gebildet; er besteht aus Sachverständigen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Die Kommission hört den Ausschuss je nach Bedarf in Verkehrsfragen an[; die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses bleiben unberührt]².

Klausel 105 (ex-Artikel 80)

(1) Dieser Titel gilt für die Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr.

(2) ~~Der~~ **Das Europäische Parlament und der Rat** ~~kann können nach dem Gesetzgebungsverfahren~~ mit qualifizierter Mehrheit ~~darüber entscheiden, ob, inwieweit und nach welchen Verfahren~~³ ~~geeignete Vorschriften~~ **Maßnahmen** für die Seeschifffahrt und Luftfahrt zu erlassen sind **annehmen**.⁴ **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.**

~~Die Verfahrensvorschriften des Artikels 71 finden Anwendung.~~

¹ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Artikel noch relevant ist (siehe auch Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe c).

² Es wird vorgeschlagen, diesen überflüssigen Satz zu streichen, da es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Anhörung dieses Ausschusses die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses nicht berühren darf.

³ Der Verweis auf das "geeignete Verfahren" hat keinen Sinn, da das betreffende Verfahren, nämlich das Mitentscheidungsverfahren, in Unterabsatz 2 festgelegt ist.

⁴ Nach den aufeinander folgenden Änderungen am EG-Vertrag ist die dem Rat mit Artikel 80 Absatz 2 Unterabsatz 1 verliehene Befugnis schwerlich mit Unterabsatz 2 des betreffenden Absatzes zu vereinbaren. Im Übrigen ist allem Anschein nach in der Praxis von Artikel 80 Absatz 2 Unterabsatz 1 kein Gebrauch gemacht worden. Seit der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte wurden die Bestimmungen über die Seeschifffahrt und Luftfahrt direkt angenommen.

Eine knappere und verständlichere Alternativformulierung für Absatz 2 könnte folgendermaßen lauten: "Geeignete Maßnahmen für die Seeschifffahrt und Luftfahrt können nach dem Verfahren des Artikels 71 angenommen werden."

VIII. TRANSEUROPÄISCHE NETZE

Klausel 106 (ex-Artikel 154)

- (1) Um einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der [Artikel 14 und 158] zu leisten und den Bürgern der Union, den Wirtschaftsbeteiligten sowie den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in vollem Umfang die Vorteile zugute kommen zu lassen, die sich aus der Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen ergeben, trägt die **Gemeinschaft Union** zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur bei.
- (2) Die Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** zielt im Rahmen eines Systems offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf die Förderung des Verbunds und der Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie des Zugangs zu diesen Netzen ab. Sie trägt insbesondere der Notwendigkeit Rechnung, insulare, eingeschlossene und am Rande gelegene Gebiete mit den zentralen Gebieten der **Gemeinschaft Union** zu verbinden.

Klausel 107 (ex-Artikel 155)

- (1) Zur Erreichung der Ziele des Artikels 154 geht die **Gemeinschaft Union** wie folgt vor:
- a) Sie stellt eine Reihe von Leitlinien auf, in denen die Ziele, die Prioritäten und die Grundzüge der im Bereich der transeuropäischen Netze in Betracht gezogenen Aktionen erfasst werden; in diesen Leitlinien werden Vorhaben von gemeinsamem Interesse ausgewiesen;
 - b) sie führt jede Aktion durch, die sich gegebenenfalls als notwendig erweist, um die Interoperabilität der Netze zu gewährleisten, insbesondere im Bereich der Harmonisierung der technischen Normen;
 - c) sie kann von den Mitgliedstaaten unterstützte Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die im Rahmen der Leitlinien gemäß ~~dem ersten Gedankenstrich~~ **Buchstabe a** ausgewiesen sind, insbesondere in Form von Durchführbarkeitsstudien, Anleihebürgschaften oder Zinszuschüssen unterstützen; die **Gemeinschaft Union** kann auch über den ~~nach Artikel 161 errichteten~~ Kohäsionsfonds zu spezifischen Verkehrsinfrastrukturvorhaben in den Mitgliedstaaten finanziell beitragen.

Die **Gemeinschaft Union** berücksichtigt bei ihren Maßnahmen die potenzielle wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Vorhaben.

- (2) **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen die** ~~Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 Absatz 1 werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und Gesetzgebungsverfahren an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und sowie des Ausschusses der Regionen festgelegt.~~

Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats. ¹

(2)(3) Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander in Verbindung mit der Kommission die einzelstaatlichen Politiken, die sich erheblich auf die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 154] auswirken können. Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3)(4) Die **Gemeinschaft Union** kann beschließen, ~~mit dritten Ländern~~ zur Förderung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse sowie zur Sicherstellung der Interoperabilität der Netze **mit dritten Ländern** zusammenzuarbeiten.

~~Artikel 156~~

~~Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 Absatz 1 werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen festgelegt.~~

~~Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats. ²~~

IX. FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

Klausel 108 (ex-Artikel 163)

(1) Die **Gemeinschaft Union** hat zum Ziel, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der **Gemeinschaft Union** zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie alle Forschungsmaßnahmen zu unterstützen, die aufgrund anderer Kapitel ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** für erforderlich gehalten werden.

(2) In diesem Sinne unterstützt sie in der gesamten **Gemeinschaft Union** die Unternehmen - einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen -, die Forschungszentren und die Hochschulen bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung von hoher Qualität; sie fördert ihre Zusammenarbeitsbestrebungen, damit die Unternehmen vor allem die Möglichkeiten des Binnenmarkts voll nutzen können, und zwar insbesondere durch Öffnen des einzelstaatlichen öffentlichen Auftragswesens, Festlegung gemeinsamer Normen und Beseitigung der dieser Zusammenarbeit entgegenstehenden rechtlichen und steuerlichen Hindernisse.

¹ Zur Vereinfachung wurde Artikel 156 vollständig in den neuen Absatz 2 übernommen, der die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Union in Bezug auf die transeuropäischen Netze bildet; die markierten Änderungsvorschläge beziehen sich auf die derzeitige Fassung dieses Artikels.

² Dieser Artikel könnte entfallen; siehe vorausgehende Fußnote.

(3) Alle Maßnahmen der **Gemeinschaft Union** aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, einschließlich der Demonstrationsvorhaben, werden nach Maßgabe [dieses Titels] beschlossen und durchgeführt.

Klausel 109 (ex-Artikel 164)

Zur Erreichung dieser Ziele trifft die **Gemeinschaft Union** folgende Maßnahmen, welche die in den Mitgliedstaaten durchgeführten Aktionen ergänzen:

- a) Durchführung von Programmen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration unter Förderung der Zusammenarbeit mit und zwischen Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen;
- b) Förderung der Zusammenarbeit mit dritten Ländern und internationalen Organisationen auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;
- c) Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der Tätigkeiten auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;
- d) Förderung der Ausbildung und der Mobilität der Forscher aus der **Gemeinschaft Union**.

Klausel 110 (ex-Artikel 165)

(1) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, um die Kohärenz der einzelstaatlichen Politiken und der Politik der **Gemeinschaft Union** sicherzustellen.

(2) Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die der Koordinierung nach Absatz 1 förderlich sind.

Klausel 111 (ex-Artikel 166)

(1) **Das Europäische Parlament und der Rat ~~stellt nehmen nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ Gesetzgebungsverfahren ein europäisches Gesetz über ein** mehrjähriges Rahmenprogramm ~~auf an~~, in dem alle Aktionen der **Gemeinschaft Union** zusammengefasst werden. **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

In dem Rahmenprogramm werden

- a) die wissenschaftlichen und technologischen Ziele, die mit den Maßnahmen nach [Artikel 164] erreicht werden sollen, sowie die jeweiligen Prioritäten festgelegt;

- b) die Grundzüge dieser Maßnahmen angeben;
- c) der Gesamthöchstbetrag und die Einzelheiten der finanziellen Beteiligung der **Gemeinschaft Union** am Rahmenprogramm sowie die jeweiligen Anteile der vorgesehenen Maßnahmen festgelegt.

(2) Das Rahmenprogramm wird je nach Entwicklung der Lage angepasst oder ergänzt.

(3) Die Durchführung des Rahmenprogramms erfolgt durch spezifische Programme, die innerhalb einer jeden Aktion entwickelt werden. In jedem spezifischen Programm werden die Einzelheiten seiner Durchführung, seine Laufzeit und die für notwendig erachteten Mittel festgelegt. Die Summe der in den spezifischen Programmen für notwendig erachteten Beträge darf den für das Rahmenprogramm und für jede Aktion festgesetzten Gesamthöchstbetrag nicht überschreiten.

(4) ~~Die spezifischen Programme werden vom~~ Der Rat **nimmt mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission **mit qualifizierter Mehrheit** ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses beschlossen~~ **die Maßnahmen an, mit denen die spezifischen Programme festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Klausel 112 (ex-Artikel 167) ¹

Zur Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen an, in denen** ~~legt der Rat Folgendes festgelegt wird:~~

- a) die Regeln für die Beteiligung der Unternehmen, der Forschungszentren und der Hochschulen;
- b) die Regeln für die Verbreitung der Forschungsergebnisse.

Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Klausel 113 (ex-Artikel 168)

Bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms können Zusatzprogramme ~~beschlossen~~ **angenommen** werden, an denen nur bestimmte Mitgliedstaaten teilnehmen, die sie vorbehaltlich einer etwaigen Beteiligung der ~~Gemeinschaft Union~~ auch finanzieren.

Das Europäische Parlament und der Rat ~~legt~~ **nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen an, mit denen** die Regeln für die Zusatzprogramme ~~fest~~, insbesondere hinsichtlich der Verbreitung der Kenntnisse und des Zugangs anderer Mitgliedstaaten, **festgelegt werden. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

¹ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die derzeit in Artikel 172 EGV aufgeführten Beschlussfassungsverfahren den jeweiligen Rechtsgrundlagen (Artikel 167, 168, 169 und 171) angefügt.

Für die Annahme der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich.¹

Klausel 114 (ex-Artikel 169)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** kann im Einvernehmen mit den betreffenden Mitgliedstaaten bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen mehrerer Mitgliedstaaten, einschließlich der Beteiligung an den zu ihrer Durchführung geschaffenen Strukturen, vorsehen.

Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren die erforderlichen Maßnahmen an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Klausel 115 (ex-Artikel 170)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** kann bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union** mit dritten Ländern oder internationalen Organisationen vorsehen.

Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit können Gegenstand von Abkommen zwischen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Klausel 116 (ex-Artikel 171)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** kann gemeinsame Unternehmen gründen oder andere Strukturen schaffen, die für die ordnungsgemäße Durchführung der Programme für ~~gemeinschaftliche~~ Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration **der Union** erforderlich sind. **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die erforderlichen Maßnahmen an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Klausel 117 (ex-Artikel 172)²

~~Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses mit qualifizierter Mehrheit die in Artikel 171 vorgesehenen Bestimmungen fest.~~

¹ Dieser Unterabsatz entspricht dem letzten Satz des derzeitigen Artikels 172 Absatz 2 EGV.

² Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die Bestimmungen dieses Artikels in die Artikel 167, 168, 169 und 171 aufgenommen.

~~Der Rat legt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die in den Artikeln 167, 168 und 169 vorgesehenen Bestimmungen fest. Für die Verabschiedung der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich.~~

Klausel 118 (ex-Artikel 173)

Zu Beginn jedes Jahres unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht. Dieser Bericht erstreckt sich insbesondere auf die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung und der Verbreitung der Ergebnisse dieser Tätigkeiten während des Vorjahrs sowie auf das Arbeitsprogramm des laufenden Jahres.

A4. INNERE SICHERHEIT **RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS¹**

[TITEL IV²

VISA, ASYL, EINWANDERUNG UND ANDERE POLITIKEN BETREFFEND DEN FREIEN PERSONENVERKEHR]

Klausel 119 (ex-Artikel 61)

Zum schrittweisen Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erlässt der Rat

- a) innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam Maßnahmen zur Gewährleistung des freien Personenverkehrs nach Artikel 14 in Verbindung mit unmittelbar damit zusammenhängenden flankierenden Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, Asyl und Einwanderung nach Artikel 62 Nummern 2 und 3, Artikel 63 Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 2 Buchstabe a sowie Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität nach Artikel 31 Buchstabe e des Vertrags über die Europäische Union;*
- b) sonstige Maßnahmen in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatsangehörigen dritter Länder nach Artikel 63;*

¹ Diese Überschrift wurde geändert, um dem letzten Entwurf Rechnung zu tragen, der derzeit vom Präsidium geprüft wird und der den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts betrifft (in diesem Entwurf sind sowohl die Bestimmungen über Visa, Asyl, Einwanderung usw. als auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Polizei und Strafjustiz zusammengefasst).

² Dieser Titel wird nochmals vom Konvent geprüft. Daher wird er hier nicht behandelt.

- c) *Maßnahmen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen nach Artikel 65;*
- d) *geeignete Maßnahmen zur Förderung und Verstärkung der Zusammenarbeit der Verwaltungen nach Artikel 66;*
- e) *Maßnahmen im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die durch die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität in der Union nach dem Vertrag über die Europäische Union auf ein hohes Maß an Sicherheit abzielen.*

Klausel 120 (ex-Artikel 62)

Der Rat beschließt nach dem Verfahren des Artikels 67 innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam

1. *Maßnahmen, die nach Artikel 14 sicherstellen, dass Personen, seien es Bürger der Union oder Staatsangehörige dritter Länder, beim Überschreiten der Binnengrenzen nicht kontrolliert werden;*
2. *Maßnahmen bezüglich des Überschreitens der Außengrenzen der Mitgliedstaaten, mit denen Folgendes festgelegt wird:*
 - a) *Normen und Verfahren, die von den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Personenkontrollen an diesen Grenzen einzuhalten sind;*
 - b) *Vorschriften über Visa für geplante Aufenthalte von höchstens drei Monaten einschließlich*
 - i) *der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind;*
 - ii) *der Verfahren und Voraussetzungen für die Visumerteilung durch die Mitgliedstaaten;*
 - iii) *der einheitlichen Visumgestaltung;*
 - iv) *der Vorschriften für ein einheitliches Visum.*
3. *Maßnahmen zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Staatsangehörige dritter Länder im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten während eines Aufenthalts von höchstens drei Monaten Reisefreiheit genießen.*

Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 67 innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam

1. *in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 und dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie einschlägigen anderen Verträgen Asylmaßnahmen in folgenden Bereichen:*
 - a) *Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, den ein Staatsangehöriger eines dritten Landes in einem Mitgliedstaat gestellt hat;*
 - b) *Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten;*
 - c) *Mindestnormen für die Anerkennung von Staatsangehörigen dritter Länder als Flüchtlinge;*
 - d) *Mindestnormen für die Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft;*
2. *Maßnahmen in Bezug auf Flüchtlinge und vertriebene Personen in folgenden Bereichen:*
 - a) *Mindestnormen für den vorübergehenden Schutz von vertriebenen Personen aus dritten Ländern, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, und von Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen;*
 - b) *Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen und vertriebenen Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten;*
3. *einwanderungspolitische Maßnahmen in folgenden Bereichen:*
 - a) *Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen sowie Normen für die Verfahren zur Erteilung von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und Aufenthaltstiteln, einschließlich solcher zur Familienzusammenführung, durch die Mitgliedstaaten;*
 - b) *illegale Einwanderung und illegaler Aufenthalt, einschließlich der Rückführung solcher Personen, die sich illegal in einem Mitgliedstaat aufhalten;*
4. *Maßnahmen zur Festlegung der Rechte und der Bedingungen, aufgrund derer sich Staatsangehörige dritter Länder, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, in anderen Mitgliedstaaten aufhalten dürfen.*

Maßnahmen, die vom Rat nach den Nummern 3 und 4 beschlossen worden sind, hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, in den betreffenden Bereichen innerstaatliche Bestimmungen beizubehalten oder einzuführen, die mit diesem Vertrag und mit internationalen Übereinkünften vereinbar sind.

Der vorgenannte Fünffjahreszeitraum gilt nicht für nach Nummer 2 Buchstabe b, Nummer 3 Buchstabe a und Nummer 4 zu beschließende Maßnahmen.

Klausel 122 (ex-Artikel 64)

- (1) Dieser Titel berührt nicht die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.*
- (2) Sehen sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Staatsangehörigen dritter Länder gegenüber, so kann der Rat unbeschadet des Absatzes 1 auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten vorläufige Maßnahmen mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten beschließen.*

Klausel 123 (ex-Artikel 65)

Die Maßnahmen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitenden Bezügen, die, soweit sie für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich sind, nach Artikel 67 zu treffen sind, schließen ein:

- a) Verbesserung und Vereinfachung*
- des Systems für die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;*
 - der Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;*
 - der Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;*
- b) Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;*
- c) Beseitigung der Hindernisse für eine reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften.*

Klausel 124 (ex-Artikel 66)

Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 67 Maßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Dienststellen der Behörden der Mitgliedstaaten in den Bereichen dieses Titels sowie die Zusammenarbeit zwischen diesen Dienststellen und der Kommission zu gewährleisten.

Klausel 125 (ex-Artikel 67)

- (1) *Der Rat handelt während eines Übergangszeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam einstimmig auf Vorschlag der Kommission oder auf Initiative eines Mitgliedstaats und nach Anhörung des Europäischen Parlaments.*
- (2) *Nach Ablauf dieser fünf Jahre*
- *handelt der Rat auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission; die Kommission prüft jeden Antrag eines Mitgliedstaats, wonach sie dem Rat einen Vorschlag unterbreiten soll;*
 - *fasst der Rat einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments einen Beschluss, wonach auf alle Bereiche oder Teile der Bereiche, die unter diesen Titel fallen, das Verfahren des Artikels 251 anzuwenden ist und die Bestimmungen über die Zuständigkeit des Gerichtshofs angepasst werden.*
- (3) *Abweichend von den Absätzen 1 und 2 werden die in Artikel 62 Nummer 2 Buchstabe b Ziffern i und iii genannten Maßnahmen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Amsterdam an vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschlossen.*
- (4) *Abweichend von Absatz 2 werden die in Artikel 62 Nummer 2 Buchstabe b Ziffern ii und iv genannten Maßnahmen nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 beschlossen.*
- (5) *Abweichend von Absatz 1 beschließt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251*
- *die Maßnahmen nach Artikel 63 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstabe a, sofern der Rat zuvor gemäß Absatz 1 Gemeinschaftsvorschriften erlassen hat, in denen die gemeinsamen Regeln und wesentlichen Grundsätze für diese Bereiche festgelegt sind;*
 - *die Maßnahmen nach Artikel 65 mit Ausnahme der familienrechtlichen Aspekte.*

Klausel 126 (ex-Artikel 68)

- (1) *Artikel 234 findet auf diesen Titel unter folgenden Umständen und Bedingungen Anwendung: Wird eine Frage der Auslegung dieses Titels sowie der Gültigkeit oder Auslegung von auf diesen Titel gestützten Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so legt dieses Gericht dem Gerichtshof die Frage zur Entscheidung vor, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.*
- (2) *In jedem Fall ist der Gerichtshof nicht für Entscheidungen über Maßnahmen oder Beschlüsse nach Artikel 62 Nummer 1 zuständig, die die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit betreffen.*
- (3) *Der Rat, die Kommission oder ein Mitgliedstaat können dem Gerichtshof eine Frage der Auslegung dieses Titels oder von auf diesen Titel gestützten Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft zur Entscheidung vorlegen. Die Entscheidung, die der Gerichtshof auf dieses Ersuchen hin fällt, gilt nicht für Urteile von Gerichten der Mitgliedstaaten, die rechtskräftig geworden sind.*

Klausel 127 (ex-Artikel 69)

Für die Anwendung dieses Titels gelten unbeschadet des Protokolls über die Anwendung bestimmter Aspekte des Artikels 14 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft auf das Vereinigte Königreich und auf Irland die Bestimmungen des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands und des Protokolls über die Position Dänemarks.

[TITEL VI¹

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE POLIZEILICHE UND JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT IN STRAFSACHEN]

Klausel 128 (ex-Artikel 29 EU)

Unbeschadet der Befugnisse der Europäischen Gemeinschaft verfolgt die Union das Ziel, den Bürgern in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein hohes Maß an Sicherheit zu bieten, indem sie ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen entwickelt sowie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verhütet und bekämpft.

¹ Dieser Titel wird vom Konvent noch geprüft. Er wird daher an dieser Stelle nicht behandelt.

Dieses Ziel wird erreicht durch die Verhütung und Bekämpfung der - organisierten oder nicht organisierten - Kriminalität, insbesondere des Terrorismus, des Menschenhandels und der Straftaten gegenüber Kindern, des illegalen Drogen- und Waffenhandels, der Bestechung und Bestechlichkeit sowie des Betrugs im Wege einer

- *engeren Zusammenarbeit der Polizei-, Zoll- und anderer zuständiger Behörden in den Mitgliedstaaten, sowohl unmittelbar als auch unter Einschaltung des Europäischen Polizeiamts (Europol), nach den Artikeln 30 und 32;*
- *engeren Zusammenarbeit der Justizbehörden sowie anderer zuständiger Behörden der Mitgliedstaaten, auch unter Einschaltung der Europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust), nach den Artikeln 31 und 32;*
- *Annäherung der Strafvorschriften der Mitgliedstaaten nach Artikel 31 Buchstabe e, soweit dies erforderlich ist.*

Klausel 129 (ex-Artikel 30 EU)

- (1) *Das gemeinsame Vorgehen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit schließt ein:*
 - a) *die operative Zusammenarbeit der zuständigen Behörden einschließlich der Polizei, des Zolls und anderer spezialisierter Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten bei der Verhütung von Straftaten sowie ihrer Aufdeckung und Ermittlung;*
 - b) *das Einholen, Speichern, Verarbeiten, Analysieren und Austauschen sachdienlicher Informationen, einschließlich Informationen der Strafverfolgungsbehörden zu Meldungen über verdächtige finanzielle Transaktionen, insbesondere unter Einschaltung von Europol, wobei die entsprechenden Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten zu beachten sind;*
 - c) *die Zusammenarbeit sowie gemeinsame Initiativen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Austausch von Verbindungsbeamten, Abordnungen, Einsatz von Ausrüstungsgegenständen und kriminaltechnische Forschung;*
 - d) *die gemeinsame Bewertung einzelner Ermittlungstechniken in Bezug auf die Aufdeckung schwerwiegender Formen der organisierten Kriminalität.*
- (2) *Der Rat fördert die Zusammenarbeit durch Europol und geht innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam insbesondere wie folgt vor:*
 - a) *Er ermöglicht es Europol, die Vorbereitung spezifischer Ermittlungsmaßnahmen der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, einschließlich operativer Aktionen gemeinsamer Teams mit Vertretern von Europol in unterstützender Funktion, zu erleichtern und zu unterstützen und die Koordinierung und Durchführung solcher Ermittlungsmaßnahmen zu fördern;*

- b) *er legt Maßnahmen fest, die es zum einen Europol ermöglichen, sich an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten mit dem Ersuchen zu wenden, Ermittlungen in speziellen Fällen vorzunehmen und zu koordinieren, und die es zum anderen gestatten, spezifisches Fachwissen zu entwickeln, das den Mitgliedstaaten zu deren Unterstützung bei Ermittlungen in Fällen organisierter Kriminalität zur Verfügung gestellt werden kann;*
- c) *er fördert Mechanismen für die Zusammenarbeit zwischen Beamten der Strafverfolgungs-/ Ermittlungsbehörden, deren Spezialgebiet die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist und die eng mit Europol zusammenarbeiten;*
- d) *er richtet ein Netz für Forschung, Dokumentation und Statistik über die grenzüberschreitende Kriminalität ein.*

Klausel 130 (ex-Artikel 31 EU)

(1) *Das gemeinsame Vorgehen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen schließt ein:*

- a) *die Erleichterung und Beschleunigung der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ministerien und den Justizbehörden oder entsprechenden Behörden der Mitgliedstaaten, auch unter Einschaltung von Eurojust, wenn sich dies als zweckmäßig erweist, bei Gerichtsverfahren und der Vollstreckung von Entscheidungen;*
- b) *die Erleichterung der Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten;*
- c) *die Gewährleistung der Vereinbarkeit der jeweils geltenden Vorschriften der Mitgliedstaaten untereinander, soweit dies zur Verbesserung dieser Zusammenarbeit erforderlich ist;*
- d) *die Vermeidung von Kompetenzkonflikten zwischen Mitgliedstaaten;*
- e) *die schrittweise Annahme von Maßnahmen zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen in den Bereichen organisierte Kriminalität, Terrorismus und illegaler Drogenhandel.*

(2) *Der Rat fördert die Zusammenarbeit durch Eurojust auf folgende Weise:*

- a) *Er ermöglicht Eurojust, zu einer sachgerechten Koordinierung zwischen den für die Strafverfolgung zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten beizutragen;*
- b) *er fördert die Unterstützung durch Eurojust bei den Ermittlungen in Fällen, die mit schwerer grenzüberschreitender, namentlich organisierter Kriminalität zusammenhängen, insbesondere unter Berücksichtigung von Europol-Analysen;*
- c) *er erleichtert die enge Zusammenarbeit von Eurojust mit dem Europäischen Justiziellen Netz, insbesondere mit dem Ziel, die Erledigung von Rechtshilfe- und Auslieferungersuchen zu erleichtern.*

Klausel 131 (ex-Artikel 32 EU)

Der Rat legt fest, unter welchen Bedingungen und innerhalb welcher Grenzen die in den Artikeln 30 und 31 genannten zuständigen Behörden im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats in Verbindung und in Absprache mit dessen Behörden tätig werden dürfen.

Klausel 132 (ex-Artikel 33 EU)

Dieser Titel berührt nicht die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.

Klausel 133 (ex-Artikel 34 EU)

- (1) *In den Bereichen dieses Titels unterrichten und konsultieren die Mitgliedstaaten einander im Rat, um ihr Vorgehen zu koordinieren. Sie begründen hierfür eine Zusammenarbeit zwischen ihren zuständigen Verwaltungsstellen.*
- (2) *Der Rat ergreift Maßnahmen und fördert in der geeigneten Form und nach den geeigneten Verfahren, die in diesem Titel festgelegt sind, eine Zusammenarbeit, die den Zielen der Union dient. Hierzu kann er auf Initiative eines Mitgliedstaats oder der Kommission einstimmig*
- a) *gemeinsame Standpunkte annehmen, durch die das Vorgehen der Union in einer gegebenen Frage bestimmt wird;*
 - b) *Rahmenbeschlüsse zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten annehmen. Rahmenbeschlüsse sind für die Mitgliedstaaten hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlassen jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel. Sie sind nicht unmittelbar wirksam;*
 - c) *Beschlüsse für jeden anderen Zweck annehmen, der mit den Zielen dieses Titels in Einklang steht, mit Ausnahme von Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten. Diese Beschlüsse sind verbindlich und nicht unmittelbar wirksam; der Rat nimmt mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen an, die zur Durchführung dieser Beschlüsse auf Unionsebene erforderlich sind;*
 - d) *Übereinkommen erstellen, die er den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfiehlt. Die Mitgliedstaaten leiten die entsprechenden Verfahren innerhalb einer vom Rat gesetzten Frist ein.*

Sofern in den Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist, treten sie, sobald sie von mindestens der Hälfte der Mitgliedstaaten angenommen wurden, für diese Mitgliedstaaten in Kraft. Maßnahmen zur Durchführung der Übereinkommen werden im Rat mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Vertragsparteien angenommen.

(3) *Ist für einen Beschluss des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogen; Beschlüsse kommen mit einer Mindeststimmenzahl von 62 Stimmen zustande, welche die Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedern umfassen.*

(4) *In Verfahrensfragen beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

Klausel 134 (ex-Artikel 35 EU)

(1) *Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen im Wege der Vorabentscheidung über die Gültigkeit und die Auslegung der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse, über die Auslegung der Übereinkommen nach diesem Titel und über die Gültigkeit und die Auslegung der dazugehörigen Durchführungsmaßnahmen.*

(2) *Jeder Mitgliedstaat kann durch eine bei der Unterzeichnung des Vertrags von Amsterdam oder zu jedem späteren Zeitpunkt abgegebene Erklärung die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Vorabentscheidungen nach Absatz 1 anerkennen.*

(3) *Ein Mitgliedstaat, der eine Erklärung nach Absatz 2 abgibt, bestimmt, dass*

- a) *entweder jedes seiner Gerichte, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, eine Frage, die sich in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Gültigkeit oder die Auslegung eines Rechtsakts nach Absatz 1 bezieht, dem Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorlegen kann, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält,*
- b) *oder jedes seiner Gerichte eine Frage, die sich in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Gültigkeit oder die Auslegung eines Rechtsakts nach Absatz 1 bezieht, dem Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorlegen kann, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.*

(4) *Jeder Mitgliedstaat kann unabhängig davon, ob er eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben hat oder nicht, beim Gerichtshof in Verfahren nach Absatz 1 Schriftsätze einreichen oder schriftliche Erklärungen abgeben.*

(5) *Der Gerichtshof ist nicht zuständig für die Überprüfung der Gültigkeit oder Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen der Polizei oder anderer Strafverfolgungsbehörden eines Mitgliedstaats oder der Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.*

(6) *Der Gerichtshof ist für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse bei Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt. Das in diesem Absatz vorgesehene Gerichtsverfahren ist binnen zwei Monaten nach Veröffentlichung der Maßnahme einzuleiten.*

(7) *Der Gerichtshof ist für Entscheidungen über alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten bezüglich der Auslegung oder der Anwendung der nach Artikel 34 Absatz 2 angenommenen Rechtsakte zuständig, die der Rat nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach seiner Befassung durch eines seiner Mitglieder beilegen kann. Ferner ist der Gerichtshof für Entscheidungen über alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und der Kommission bezüglich der Auslegung oder der Anwendung der nach Artikel 34 Absatz 2 Buchstabe d erstellten Übereinkommen zuständig.*

Klausel 135 (ex-Artikel 36 EU)

(1) *Es wird ein aus hohen Beamten bestehender Koordinierungsausschuss eingesetzt. Zusätzlich zu seiner Koordinierungstätigkeit hat er die Aufgabe,*

- auf Ersuchen des Rates oder von sich aus Stellungnahmen an den Rat zu richten;*
- unbeschadet des Artikels 207 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft zur Vorbereitung der Arbeiten des Rates in den in Artikel 29 genannten Bereichen beizutragen.*

(2) *Die Kommission wird in vollem Umfang an den Arbeiten in den in diesem Titel genannten Bereichen beteiligt.*

Klausel 136 (ex-Artikel 37 EU)

Die Mitgliedstaaten vertreten in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, bei denen sie vertreten sind, die im Rahmen dieses Titels angenommenen gemeinsamen Standpunkte.

Die Artikel 18 und 19 sind sinngemäß auf die unter diesen Titel fallenden Angelegenheiten anzuwenden.

Klausel 137 (ex-Artikel 39 EU)

(1) *Der Rat hört das Europäische Parlament, bevor er eine Maßnahme nach Artikel 34 Absatz 2 Buchstaben b, c und d annimmt. Das Europäische Parlament gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Frist ab, die der Rat festsetzen kann und die mindestens drei Monate beträgt. Ergeht innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme, so kann der Rat beschließen.*

(2) *Der Vorsitz und die Kommission unterrichten das Europäische Parlament regelmäßig über die in den Bereichen dieses Titels durchgeführten Arbeiten.*

(3) *Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat richten. Einmal jährlich führt es eine Aussprache über die Fortschritte in den in diesem Titel genannten Bereichen.*

Klausel 138 (ex-Artikel 40 EU)

(1) *Eine verstärkte Zusammenarbeit in einem unter diesen Titel fallenden Bereich hat zum Ziel, dass sich die Union unter Wahrung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft sowie der in diesem Titel festgelegten Ziele rascher zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entwickeln kann.*

(2) *Für eine verstärkte Zusammenarbeit nach diesem Artikel gelten die Artikel 29 bis 39 und die Artikel 40 a, 40 b und 41, soweit nicht in Artikel 40 a und in den Artikeln 43 bis 45 etwas anderes bestimmt ist.*

(3) *Die Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die Zuständigkeit des Gerichtshofs und die Ausübung dieser Zuständigkeit finden auf diesen Artikel sowie auf die Artikel 40 a und 40 b Anwendung.*

Klausel 139 (ex-Artikel 40 A EU)

(1) *Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit nach Artikel 40 zu begründen, richten einen Antrag an die Kommission, die dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen kann. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, so teilt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre Gründe dafür mit. Diese können dann dem Rat eine Initiative unterbreiten, die auf die Erteilung einer Ermächtigung zur Einleitung der betreffenden verstärkten Zusammenarbeit abzielt.*

(2) *Die Ermächtigung nach Absatz 1 wird nach Maßgabe der Artikel 43 bis 45 vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission oder auf Initiative von mindestens acht Mitgliedstaaten und nach Anhörung des Europäischen Parlaments erteilt. Die Stimmen der Mitglieder des Rates werden nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogen.*

Ein Mitglied des Rates kann verlangen, dass der Europäische Rat befasst wird. Nach dieser Befassung kann der Rat gemäß Unterabsatz 1 beschließen.

Klausel 140 (ex-Artikel 40 B EU)

Jeder Mitgliedstaat, der sich einer nach Artikel 40 a begründeten verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat und der Kommission seine Absicht mit; die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor, der gegebenenfalls eine Empfehlung für die spezifischen Regelungen beigefügt ist, die sie für notwendig hält, damit sich der Mitgliedstaat der betreffenden Zusammenarbeit anschließen kann. Der Rat entscheidet

über den Antrag binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung. Die Entscheidung gilt als angenommen, es sei denn, der Rat beschließt innerhalb dieser Frist mit qualifizierter Mehrheit, sie zurückzustellen; in diesem Fall gibt der Rat die Gründe für seinen Beschluss an und setzt eine Frist für dessen Überprüfung.

Für die Zwecke dieses Artikels beschließt der Rat nach Maßgabe des Artikels 44 Absatz 1.

Klausel 141 (ex-Artikel 41 EU)

(1) Die Artikel 189, 190, 195, 196 bis 199, 203, 204, Artikel 205 Absatz 3 sowie die Artikel 206 bis 209, 213 bis 219, 255 und 290 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft finden auf die Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche Anwendung.

(2) Die Verwaltungsausgaben, die den Organen aus den Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche entstehen, gehen zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften.

(3) Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Bestimmungen gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften, mit Ausnahme von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt. In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen, gehen sie nach dem Brutto-sozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt.

(4) Das im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgesehene Haushaltsverfahren findet auf die Ausgaben Anwendung, die zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen.

Klausel 142 (ex-Artikel 42 EU)

Der Rat kann auf Initiative der Kommission oder eines Mitgliedstaats und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig beschließen, dass Maßnahmen in den in Artikel 29 genannten Bereichen unter Titel IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft fallen, und gleichzeitig das entsprechende Abstimmungsverfahren festlegen. Er empfiehlt den Mitgliedstaaten, diesen Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

A5. BEREICHE, IN DENEN DIE UNION BESCHLIESSEN KANN, EINE UNTERSTÜTZENDE MASSNAHME DURCHZUFÜHREN

I. BESCHÄFTIGUNG ¹

Klausel 143 (ex-Artikel 125)

Die Mitgliedstaaten und die ~~Gemeinschaft~~ **Union** arbeiten nach diesem [Titel] auf die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hin, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren, um die Ziele des [Artikels 2 ~~des Vertrags über die Europäische Union und des Artikels 2 ...~~] ² ~~des vorliegenden Vertrags~~ **der Verfassung** zu erreichen.

Klausel 144 (ex-Artikel 126)

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen durch ihre Beschäftigungspolitik im Einklang mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zur Erreichung der in [Artikel 125] genannten Ziele bei.
- (2) Die Mitgliedstaaten betrachten die Förderung der Beschäftigung als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und stimmen ihre diesbezüglichen Tätigkeiten nach Maßgabe des [Artikels 128] im Rat aufeinander ab, wobei die einzelstaatlichen Gepflogenheiten in Bezug auf die Verantwortung der Sozialpartner berücksichtigt werden.

Klausel 145 (ex-Artikel 127)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zu einem hohen Beschäftigungsniveau bei, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und deren Maßnahmen in diesem Bereich unterstützt und erforderlichenfalls ergänzt. Hierbei wird die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten beachtet.
- (2) Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus wird bei der Festlegung und Durchführung der ~~Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen~~ **Politiken und Maßnahmen der Union** berücksichtigt. ³

¹ Dieser Titel muss möglicherweise inhaltlich je nach den Ergebnissen der Beratungen des Konvents über den Bericht der Gruppe XI "Soziales Europa" (Dok. CONV 516/03) überprüft werden.

² Es ist ein Verweis auf den Entwurf eines Artikels mit dem Titel "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 in Dok. CONV 528/03) einzufügen

³ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (s. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Klausel 146 (ex-Artikel 128)

- (1) Anhand eines gemeinsamen Jahresberichts des Rates und der Kommission prüft der Europäische Rat jährlich die Beschäftigungslage in der **Gemeinschaft Union** und nimmt hierzu Schlussfolgerungen an.
- (2) Anhand der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates ~~legt~~ **nimmt** der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des in Artikel 130 genannten Beschäftigungsausschusses~~ jährlich mit qualifizierter Mehrheit Leitlinien ~~fest an~~, welche die Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Beschäftigungsausschusses.**
- Diese Leitlinien müssen mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen in Einklang stehen.
- (3) Jeder Mitgliedstaat übermittelt dem Rat und der Kommission jährlich einen Bericht über die wichtigsten ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die er zur Durchführung seiner Beschäftigungspolitik im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien nach Absatz 2 ~~getroffen~~ **erlassen** hat.
- (4) Anhand der in Absatz 3 genannten Berichte und nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses unterzieht der Rat die Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien jährlich einer Prüfung. Der Rat kann dabei auf Empfehlung der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ~~Empfehlungen~~ an die Mitgliedstaaten ~~richten~~ **gerichtete Empfehlungen annehmen**, ~~wenn er dies aufgrund der Ergebnisse dieser Prüfung für angebracht hält.~~
- (5) Auf der Grundlage der Ergebnisse der genannten Prüfung erstellen der Rat und die Kommission einen gemeinsamen Jahresbericht für den Europäischen Rat über die Beschäftigungslage in der **Gemeinschaft Union** und über die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien.

Klausel 147 (ex-Artikel 129)

~~Der Das Europäische Parlament und der Rat kann können gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **nach dem Gesetzgebungsverfahren** Anreizmaßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zur Unterstützung ihrer Beschäftigungsmaßnahmen durch Initiativen ~~beschließen~~ **annehmen**, die darauf abzielen, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zu entwickeln, vergleichende Analysen und Gutachten bereitzustellen sowie innovative Ansätze zu fördern und Erfahrungen zu bewerten, und zwar insbesondere durch den Rückgriff auf Pilotvorhaben. **Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.**

Diese Maßnahmen schließen keinerlei Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ein.

Klausel 148 (ex-Artikel 130)

Der Rat setzt ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einen Beschäftigungsausschuss mit beratender Funktion zur Förderung der Koordinierung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten ein. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Er verfolgt die Beschäftigungslage und die Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union**;
- b) er gibt unbeschadet des [Artikels 207] auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen ab und trägt zur Vorbereitung der in [Artikel 128] genannten Beratungen des Rates bei.

Bei der Erfüllung seines Auftrags hört der Ausschuss die Sozialpartner.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission entsenden zwei Mitglieder in den Ausschuss.

II. GESUNDHEITSWESEN ¹

Klausel 149 (ex-Artikel 152) ²

- (1) Bei der Festlegung und Durchführung aller ~~Gemeinschafts~~**Unions**politiken und -maßnahmen wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt. ³

Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung der weit verbreiteten schweren Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.

¹ Die Einordnung des Kapitels "Gesundheitswesen" hier im Abschnitt A5, in dem die Bereiche für unterstützende Maßnahmen zusammengefasst sind, entspricht der Einordnung im Entwurf der Struktur des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 (CONV 369/02) und nicht der Einordnung gemäß dem Entwurf des Artikels über geteilte Zuständigkeiten des Teils I (CONV 528/03), nach der das Gesundheitswesen zu den geteilten Zuständigkeiten zählt.

² Die Gruppe XI "Soziales Europa" hat vorgeschlagen, den Geltungsbereich dieses Artikels dahingehend auszudehnen, dass "Fragen, wie beispielsweise eine grenzüberschreitende Bedrohung, übertragbare Krankheiten, Bioterrorismus und WHO-Abkommen, mit abgedeckt werden" (CONV 516/03, Nr. 35).

³ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** ergänzt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen.

(2) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in den in diesem Artikel genannten Bereichen und unterstützt erforderlichenfalls deren Tätigkeit.

Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander im Benehmen mit der Kommission ihre Politiken und Programme in den in Absatz 1 genannten Bereichen. Die Kommission kann in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen.

(4) **Das Europäische Parlament und der Rat trägt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen tragen mit folgenden Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem sie nach dem Gesetzgebungsverfahren folgende Maßnahmen annehmen:**

- a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;
- b) abweichend von [Artikel 37] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben;
- c) Fördermaßnahmen, die den Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten.

Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

Für die in diesem Artikel genannten Zwecke kann der Rat ~~kann~~ ferner mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit für die in diesem Artikel genannten Zwecke Empfehlungen erlassen annehmen.

(5) Bei der Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in vollem Umfang gewahrt. Insbesondere lassen die Maßnahmen nach Absatz 4 Buchstabe a die einzelstaatlichen Regelungen über die Spende oder die medizinische Verwendung von Organen und Blut unberührt.

III. INDUSTRIE

Klausel 150 (ex-Artikel 157)

(1) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der **Gemeinschaft Union** gewährleistet sind.

Zu diesem Zweck zielt ihre Tätigkeit entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf Folgendes ab:

- a) Erleichterung der Anpassung der Industrie an die strukturellen Veränderungen;
- b) Förderung eines für die Initiative und Weiterentwicklung der Unternehmen in der gesamten **Gemeinschaft Union**, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, günstigen Umfelds;
- c) Förderung eines für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen günstigen Umfelds;
- d) Förderung einer besseren Nutzung des industriellen Potenzials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung.

(2) Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die **Gemeinschaft Union** trägt durch die Politik und die Maßnahmen, die sie aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** durchführt, zur Erreichung der Ziele des Absatzes 1 bei. ¹ **Das Europäische Parlament und der Rat** ~~kann~~ können nach dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **Gesetzgebungsverfahren** spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Absatzes 1 ~~beschließen~~ **annehmen. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Dieser Titel bietet keine Grundlage dafür, dass die **Gemeinschaft Union** irgendeine Maßnahme einführt, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte oder steuerliche Vorschriften oder Bestimmungen betreffend die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer enthält.

¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

IV. KULTUR

Klausel 151 (ex-Artikel 151)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.
- (2) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:
- a) Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker,
 - b) Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,
 - c) nichtkommerzieller Kulturaustausch,
 - d) künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich.
- (3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Kulturbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.
- (4) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.¹
- (5) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~
- a) **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Ausschusses der Regionen Gesetzgebungsverfahren** Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten **an. Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig; Sie beschließen nach Anhörung des Ausschusses der Regionen;**
 - b) **nimmt der Rat einstimmig** auf Vorschlag der Kommission **einstimmig** Empfehlungen **an.**

¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

V. ALLGEMEINE BILDUNG, BERUFLICHE BILDUNG, JUGEND

Klausel 152 (ex-Artikel 149)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zur Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.
- (2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat folgende Ziele:
- a) Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten;
 - b) Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden, auch durch die Förderung der akademischen Anerkennung der Diplome und Studienzeiten;
 - c) Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen;
 - d) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten;
 - e) Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer;
 - f) Förderung der Entwicklung der Fernlehre.
- (3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Bildungsbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere dem Europarat.
- (4) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~
- a) **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen Gesetzgebungsverfahren** Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ~~an~~; **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.**
 - b) **nimmt der Rat mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission **mit qualifizierter Mehrheit Empfehlungen an.**

Klausel 153 (ex-Artikel 150)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** führt eine Politik der beruflichen Bildung, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für Inhalt und Gestaltung der beruflichen Bildung unterstützt und ergänzt.
- (2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat folgende Ziele:
- a) Erleichterung der Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse, insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung;
 - b) Verbesserung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt;
 - c) Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung sowie Förderung der Mobilität der Ausbilder und der in beruflicher Bildung befindlichen Personen, insbesondere der Jugendlichen;
 - d) Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen;
 - e) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten.
- (3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für die berufliche Bildung zuständigen internationalen Organisationen.
- (4) ~~Das Europäische Parlament und der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen an**, die zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels beitragen, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten. **Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.**

B. EXTERNE POLITIKBEREICHE¹

I. HANDELSPOLITIK²

Klausel 154 (ex-Artikel 131)

Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschränken beizutragen.

Bei der gemeinsamen Handelspolitik werden die günstigen Auswirkungen berücksichtigt, welche die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Staaten haben kann.

Klausel 155 (ex-Artikel 132)

(1) Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten im Rahmen anderer internationaler Organisationen eingegangenen Verpflichtungen werden die Systeme der von den Mitgliedstaaten für die Ausfuhr nach dritten Ländern gewährten Beihilfen schrittweise vereinheitlicht, soweit dies erforderlich ist, um eine Verfälschung des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen der Gemeinschaft zu vermeiden.

Auf Vorschlag der Kommission erlässt der Rat die hierzu erforderlichen Richtlinien mit qualifizierter Mehrheit.

(2) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für die Rückvergütung von Zöllen oder Abgaben gleicher Wirkung sowie von indirekten Abgaben, einschließlich der Umsatzsteuer, der Verbrauchsabgaben und der sonstigen indirekten Steuern bei der Ausfuhr einer Ware eines Mitgliedstaats nach einem dritten Land, soweit derartige Rückvergütungen nicht höher sind als die Belastungen, welche die ausgeführten Waren unmittelbar oder mittelbar treffen.

¹ Das ganze Kapitel wird noch vom Konvent zu prüfen sein.

² Dieser Titel sollte vom Konvent im Zusammenhang mit dem Thema "Außenbeziehungen der Union" geprüft werden und wird daher nicht hier behandelt.

Klausel 156 (ex-Artikel 133)

(1) *Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen.*

(2) *Die Kommission unterbreitet dem Rat Vorschläge für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik.*

(3) *Sind mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen Abkommen auszuhandeln, so legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Aufnahme der erforderlichen Verhandlungen. Es ist Sache des Rates und der Kommission, dafür zu sorgen, dass die ausgehandelten Abkommen mit den internen Politiken und Vorschriften der Gemeinschaft vereinbar sind.*

Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschuss nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann. Die Kommission erstattet dem besonderen Ausschuss regelmäßig Bericht über den Stand der Verhandlungen.

Die einschlägigen Bestimmungen des Artikels 300 finden Anwendung.

(4) *Bei der Ausübung der ihm in diesem Artikel übertragenen Befugnisse beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.*

(5) *Die Absätze 1 bis 4 gelten unbeschadet des Absatzes 6 auch für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen betreffend den Handel mit Dienstleistungen und Handelsaspekte des geistigen Eigentums, soweit diese Abkommen nicht von den genannten Absätzen erfasst sind.*

Abweichend von Absatz 4 beschließt der Rat einstimmig über die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen in einem der Bereiche des Unterabsatzes 1, wenn solche Abkommen Bestimmungen enthalten, bei denen für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit erforderlich ist, oder wenn ein derartiges Abkommen einen Bereich betrifft, in dem die Gemeinschaft bei der Annahme interner Vorschriften ihre Zuständigkeiten nach diesem Vertrag noch nicht ausgeübt hat.

Der Rat beschließt einstimmig über die Aushandlung und den Abschluss eines Abkommens horizontaler Art, soweit dieses Abkommen auch den vorstehenden Unterabsatz oder Absatz 6 Unterabsatz 2 betrifft.

Dieser Absatz berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten, mit dritten Ländern oder mit internationalen Organisationen Abkommen beizubehalten und zu schließen, soweit diese Abkommen mit den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und anderen einschlägigen internationalen Abkommen in Einklang stehen.

(6) *Ein Abkommen kann vom Rat nicht geschlossen werden, wenn es Bestimmungen enthält, die die internen Zuständigkeiten der Gemeinschaft überschreiten würden, insbesondere dadurch, dass sie eine Harmonisierung der Rechts- oder Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten in einem Bereich zur Folge hätten, in dem dieser Vertrag eine solche Harmonisierung ausschließt.*

Abweichend von Absatz 5 Unterabsatz 1 fallen in dieser Hinsicht Abkommen im Bereich des Handels mit kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich Bildung sowie in den Bereichen Soziales und Gesundheitswesen in die gemischte Zuständigkeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten. Zur Aushandlung solcher Abkommen ist daher außer einem Beschluss der Gemeinschaft gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 300 auch die einvernehmliche Zustimmung der Mitgliedstaaten erforderlich. Die so ausgehandelten Abkommen werden gemeinsam von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten geschlossen.

Die Aushandlung und der Abschluss internationaler Abkommen im Verkehrsbereich fallen weiterhin unter Titel V und Artikel 300.

(7) *Unbeschadet des Absatzes 6 Unterabsatz 1 kann der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments durch einstimmigen Beschluss die Anwendung der Absätze 1 bis 4 auf internationale Verhandlungen und Abkommen über geistiges Eigentum ausdehnen, soweit sie durch Absatz 5 nicht erfasst sind.*

Klausel 157 (ex-Artikel 134)

Um sicherzustellen, dass die Durchführung der von den Mitgliedstaaten im Einklang mit diesem Vertrag getroffenen handelspolitischen Maßnahmen nicht durch Verlagerungen von Handelsströmen verhindert wird, oder wenn Unterschiede zwischen diesen Maßnahmen zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einem oder mehreren Staaten führen, empfiehlt die Kommission die Methoden für die erforderliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Genügt dies nicht, so kann sie die Mitgliedstaaten ermächtigen, die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Im Dringlichkeitsfall ersuchen die Mitgliedstaaten die Kommission, die umgehend entscheidet, um die Ermächtigung, selbst die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, und setzen sodann die anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis. Die Kommission kann jederzeit entscheiden, dass die betreffenden Mitgliedstaaten diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben haben.

Es sind mit Vorrang solche Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes am wenigsten stören.

II. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ¹

Klausel 158 (ex-Artikel 177)

(1) *Die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, die eine Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten darstellt, fördert*

- *die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Entwicklungsländer;*
- *die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft;*
- *die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.*

(2) *Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.*

(3) *Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten kommen den im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer zuständiger internationaler Organisationen gegebenen Zusagen nach und berücksichtigen die in diesem Rahmen gebilligten Zielsetzungen.*

Klausel 159 (ex-Artikel 178)

Die Gemeinschaft berücksichtigt die Ziele des Artikels 177 bei den von ihr verfolgten Politiken, welche die Entwicklungsländer berühren können.

Klausel 160 (ex-Artikel 179)

(1) *Unbeschadet der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags erlässt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 die zur Verfolgung der Ziele des Artikels 177 erforderlichen Maßnahmen. Diese Maßnahmen können die Form von Mehrjahresprogrammen annehmen.*

(2) *Die Europäische Investitionsbank trägt nach Maßgabe ihrer Satzung zur Durchführung der Maßnahmen im Sinne des Absatzes 1 bei.*

(3) *Dieser Artikel berührt nicht die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans im Rahmen des AKP-EG-Abkommens.*

¹ Dieser Titel sollte vom Konvent im Zusammenhang mit dem Thema "Außenbeziehungen der Union" geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

Klausel 161 (ex-Artikel 180)

- (1) *Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und stimmen ihre Hilfsprogramme, auch in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, ab. Sie können gemeinsame Maßnahmen ergreifen. Die Mitgliedstaaten tragen erforderlichenfalls zur Durchführung der Hilfsprogramme der Gemeinschaft bei.*
- (2) *Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die der in Absatz 1 genannten Koordination förderlich sind.*

Klausel 162 (ex-Artikel 181)

Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse mit dritten Ländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der Gemeinschaft können Gegenstand von Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach Artikel 300 ausgehandelt und geschlossen werden.

Absatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

[II A. WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN]¹

[Aus dem EG-Vertrag übernommene Bestimmungen]

Klausel 163 (ex-Artikel 181 a)

- (1) *Unbeschadet der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags und insbesondere des Titels XX führt die Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Maßnahmen der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Drittländern durch. Diese Maßnahmen ergänzen die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und stehen im Einklang mit der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft.*

Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel der Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.

¹ Dieser Titel sollte vom Konvent im Zusammenhang mit dem Thema "Außenbeziehungen der Union" geprüft werden und wird daher nicht hier behandelt. Er ist an dieser Stelle eingefügt worden, obwohl er nicht in der Struktur vom 28. Oktober 2002 enthalten ist.

(2) *Der Rat erlässt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit die zur Durchführung des Absatzes 1 erforderlichen Maßnahmen. Der Rat beschließt einstimmig in Bezug auf Assoziierungsabkommen im Sinne des Artikels 310 sowie in Bezug auf Abkommen, die mit Staaten zu schließen sind, die den Beitritt zur Union beantragt haben.*

(3) *Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten mit Drittländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der Gemeinschaft können in Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien geregelt werden, die nach Artikel 300 ausgehandelt und geschlossen werden.*

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

III. EXTERNE ASPEKTE VON IN DEN KAPITELN A1 BIS A4 GENANNTEN POLITIKBEREICHEN ¹

[...]

IV. GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK ²

- [1. AUSSENPOLITIK**
- 2. KRISENBEWÄLTIGUNG]**

Klausel 164 (ex-Artikel 11 EU)

(1) *Die Union erarbeitet und verwirklicht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt und Folgendes zum Ziel hat:*

- *die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen;*

¹ Dieser Titel wurde frei gelassen, da abgewartet werden soll, welche Entscheidungen der Konvent über die dort aufzunehmenden Elemente trifft.

² Die Gruppe hat die verschiedenen Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik für diesen Bericht (mit Ausnahme der Bestimmung über den Abschluss internationaler Übereinkünfte) nicht aufgegliedert, da diese Bestimmungen zum einen derzeit sehr verschachtelt sind und einer anderen Logik folgen als der, die für die Struktur vom 28. Oktober 2002 gewählt wurde, und zum anderen die Gesamtheit dieser Bestimmungen derzeit oder in Zukunft vom Konvent eingehend geprüft werden.

- *die Stärkung der Sicherheit der Union in allen ihren Formen;*
- *die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, welche die Außen-
grenzen betreffen;*
- *die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;*
- *die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.*

(2) Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität.

Die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um ihre gegenseitige politische Solidarität zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte.

Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge.

Klausel 165 (ex-Artikel 12 EU)

Die Union verfolgt die in Artikel 11 aufgeführten Ziele durch

- *Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,*
- *Beschlüsse über gemeinsame Strategien,*
- *Annahme gemeinsamer Aktionen,*
- *Annahme gemeinsamer Standpunkte,*
- *Ausbau der regelmäßigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Führung ihrer Politik.*

Klausel 166 (ex-Artikel 13 EU)

(1) Der Europäische Rat bestimmt die Grundsätze und die allgemeinen Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und zwar auch bei Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen.

(2) Der Europäische Rat beschließt gemeinsame Strategien, die in Bereichen, in denen wichtige gemeinsame Interessen der Mitgliedstaaten bestehen, von der Union durchzuführen sind.

In den gemeinsamen Strategien sind jeweils Zielsetzung, Dauer und die von der Union und den Mitgliedstaaten bereitzustellenden Mittel anzugeben.

(3) Der Rat trifft die für die Festlegung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erforderlichen Entscheidungen auf der Grundlage der vom Europäischen Rat festgelegten allgemeinen Leitlinien.

Der Rat empfiehlt dem Europäischen Rat gemeinsame Strategien und führt diese durch, indem er insbesondere gemeinsame Aktionen und gemeinsame Standpunkte annimmt.

Der Rat trägt für ein einheitliches, kohärentes und wirksames Vorgehen der Union Sorge.

Klausel 167 (ex-Artikel 14 EU)

(1) Der Rat nimmt gemeinsame Aktionen an. Gemeinsame Aktionen betreffen spezifische Situationen, in denen eine operative Aktion der Union für notwendig erachtet wird. In den gemeinsamen Aktionen sind ihre Ziele, ihr Umfang, die der Union zur Verfügung zu stellenden Mittel sowie die Bedingungen und erforderlichenfalls der Zeitraum für ihre Durchführung festgelegt.

(2) Tritt eine Änderung der Umstände mit erheblichen Auswirkungen auf eine Angelegenheit ein, die Gegenstand einer gemeinsamen Aktion ist, so überprüft der Rat die Grundsätze und Ziele dieser Aktion und trifft die erforderlichen Entscheidungen. Solange der Rat keinen Beschluss gefasst hat, bleibt die gemeinsame Aktion bestehen.

(3) Die gemeinsamen Aktionen sind für die Mitgliedstaaten bei ihren Stellungnahmen und ihrem Vorgehen bindend.

(4) Der Rat kann die Kommission ersuchen, ihm geeignete Vorschläge betreffend die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zur Gewährleistung der Durchführung einer gemeinsamen Aktion zu unterbreiten.

(5) Jede einzelstaatliche Stellungnahme oder Maßnahme, die im Rahmen einer gemeinsamen Aktion geplant ist, wird so rechtzeitig mitgeteilt, dass erforderlichenfalls eine vorherige Abstimmung im Rat stattfinden kann. Die Pflicht zur vorherigen Unterrichtung gilt nicht für Maßnahmen, die eine bloße praktische Umsetzung der Entscheidungen des Rates auf einzelstaatlicher Ebene darstellen.

(6) Bei zwingender Notwendigkeit aufgrund der Entwicklung der Lage und mangels einer Entscheidung des Rates können die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der allgemeinen Ziele der gemeinsamen Aktion die erforderlichen Sofortmaßnahmen ergreifen. Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet den Rat sofort über derartige Maßnahmen.

(7) Ein Mitgliedstaat befasst den Rat, wenn sich bei der Durchführung einer gemeinsamen Aktion größere Schwierigkeiten ergeben; der Rat berät darüber und sucht nach angemessenen Lösungen. Diese dürfen nicht im Widerspruch zu den Zielen der gemeinsamen Aktion stehen oder ihrer Wirksamkeit schaden.

Klausel 168 (ex-Artikel 15 EU)

Der Rat nimmt gemeinsame Standpunkte an. In den gemeinsamen Standpunkten wird das Konzept der Union für eine bestimmte Frage geografischer oder thematischer Art bestimmt. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass ihre einzelstaatliche Politik mit den gemeinsamen Standpunkten in Einklang steht.

Klausel 169 (ex-Artikel 16 EU)

Zu jeder außen- und sicherheitspolitischen Frage von allgemeiner Bedeutung findet im Rat eine gegenseitige Unterrichtung und Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten statt, damit gewährleistet ist, dass der Einfluss der Union durch konzertiertes und konvergierendes Handeln möglichst wirksam zum Tragen kommt.

Klausel 170 (ex-Artikel 17 EU)

(1) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik wird in einer von den Mitgliedstaaten als angemessen erachteten Weise durch eine rüstungspolitische Zusammenarbeit zwischen ihnen unterstützt.

(2) Die Fragen, auf die in diesem Artikel Bezug genommen wird, schließen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen ein.

(3) Beschlüsse mit verteidigungspolitischen Bezügen nach diesem Artikel werden unbeschadet der Politiken und Verpflichtungen im Sinne des Absatzes 1 Unterabsatz 2 gefasst.

(4) Dieser Artikel steht der Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten auf zweiseitiger Ebene sowie im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) und der NATO nicht entgegen, soweit sie der nach diesem Titel vorgesehenen Zusammenarbeit nicht zuwiderläuft und diese nicht behindert.

(5) Zur Förderung der Ziele dieses Artikels werden dessen Bestimmungen nach Artikel 48 überprüft.

Klausel 171 (ex-Artikel 18 EU)

- (1) *Der Vorsitz vertritt die Union in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.*
- (2) *Der Vorsitz ist für die Durchführung der nach diesem Titel gefassten Beschlüsse verantwortlich; im Rahmen dieser Aufgabe legt er grundsätzlich den Standpunkt der Union in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen dar.*
- (3) *Der Vorsitz wird vom Generalsekretär des Rates unterstützt, der die Aufgabe eines Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wahrnimmt.*
- (4) *Die Kommission wird an den Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 in vollem Umfang beteiligt. Der Vorsitz wird gegebenenfalls von dem Mitgliedstaat, der den nachfolgenden Vorsitz wahrnimmt, bei diesen Aufgaben unterstützt.*
- (5) *Der Rat kann einen Sonderbeauftragten für besondere politische Fragen ernennen, wenn er dies für notwendig hält.*

Klausel 172 (ex-Artikel 19 EU)

- (1) *Die Mitgliedstaaten koordinieren ihr Handeln in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen. Sie treten dort für die gemeinsamen Standpunkte ein.*

In den internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, bei denen nicht alle Mitgliedstaaten vertreten sind, setzen sich die dort vertretenen Mitgliedstaaten für die gemeinsamen Standpunkte ein.

- (2) *Unbeschadet des Absatzes 1 und des Artikels 14 Absatz 3 unterrichten die Mitgliedstaaten, die in internationalen Organisationen oder auf internationalen Konferenzen vertreten sind, die dort nicht vertretenen Mitgliedstaaten laufend über alle Fragen von gemeinsamem Interesse.*

Die Mitgliedstaaten, die auch Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sind, werden sich abstimmen und die übrigen Mitgliedstaaten in vollem Umfang unterrichten. Die Mitgliedstaaten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, werden sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unbeschadet ihrer Verantwortlichkeiten aufgrund der Charta der Vereinten Nationen für die Standpunkte und Interessen der Union einsetzen.

Klausel 173 (ex-Artikel 20 EU)

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Mitgliedstaaten und die Delegationen der Kommission in dritten Ländern und auf internationalen Konferenzen sowie ihre Vertretungen bei internationalen Organisationen stimmen sich ab, um die Einhaltung und Umsetzung der vom Rat angenommenen gemeinsamen Standpunkte und gemeinsamen Aktionen zu gewährleisten.

Sie intensivieren ihre Zusammenarbeit durch Informationsaustausch, gemeinsame Bewertungen und Beteiligung an der Durchführung des Artikels 20 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Klausel 174 (ex-Artikel 21 EU)

Der Vorsitz hört das Europäische Parlament zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und achtet darauf, dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden. Das Europäische Parlament wird vom Vorsitz und von der Kommission regelmäßig über die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Union unterrichtet.

Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat richten. Einmal jährlich führt es eine Aussprache über die Fortschritte bei der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Klausel 175 (ex-Artikel 22 EU)

(1) Jeder Mitgliedstaat oder die Kommission kann den Rat mit einer Frage der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik befassen und ihm Vorschläge unterbreiten.

(2) In den Fällen, in denen eine rasche Entscheidung notwendig ist, beruft der Vorsitz von sich aus oder auf Antrag der Kommission oder eines Mitgliedstaats innerhalb von 48 Stunden, bei absoluter Notwendigkeit in kürzerer Zeit, eine außerordentliche Tagung des Rates ein.

Klausel 176 (ex-Artikel 23 EU)

(1) Beschlüsse nach diesem Titel werden vom Rat einstimmig gefasst. Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen dieser Beschlüsse nicht entgegen.

Bei einer Stimmenthaltung kann jedes Ratsmitglied zu seiner Enthaltung eine förmliche Erklärung im Sinne dieses Unterabsatzes abgeben. In diesem Fall ist es nicht verpflichtet, den Beschluss durchzuführen, akzeptiert jedoch, dass der Beschluss für die Union bindend ist. Im Geiste gegenseitiger Solidarität unterlässt der betreffende Mitgliedstaat alles, was dem auf diesem Beschluss beruhenden Vorgehen der Union zuwiderlaufen oder es behindern könnte, und die anderen Mitgliedstaaten respektieren seinen Standpunkt. Verfügen die Mitglieder des Rates, die sich auf diese Weise enthalten, über mehr als ein Drittel der nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogenen Stimmen, so wird der Beschluss nicht angenommen.

(2) Abweichend von Absatz 1 beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, wenn er

- auf der Grundlage einer gemeinsamen Strategie gemeinsame Aktionen oder gemeinsame Standpunkte annimmt oder andere Beschlüsse fasst;*
- einen Beschluss zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder eines gemeinsamen Standpunkts fasst;*
- nach Artikel 18 Absatz 5 einen Sonderbeauftragten ernennt.*

Erklärt ein Mitglied des Rates, dass es aus wichtigen Gründen der nationalen Politik, die es auch nennen muss, die Absicht hat, einen mit qualifizierter Mehrheit zu fassenden Beschluss abzulehnen, so erfolgt keine Abstimmung. Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit verlangen, dass die Frage zur einstimmigen Beschlussfassung an den Europäischen Rat verwiesen wird.

Die Stimmen der Mitglieder des Rates werden nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogen. Beschlüsse kommen mit einer Mindeststimmenzahl von 62 Stimmen zustande, welche die Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedern umfassen.

Dieser Absatz gilt nicht für Beschlüsse mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen.

(3) In Verfahrensfragen beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

Klausel 177 (ex-Artikel 5 EU)

Unbeschadet des Artikels 207 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft verfolgt ein Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee die internationale Lage in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und trägt auf Ersuchen des Rates oder von sich aus durch an den Rat gerichtete Stellungnahmen zur Festlegung der Politiken bei. Ferner überwacht es die Durchführung vereinbarter Politiken; dies gilt unbeschadet der Zuständigkeiten des Vorsitzes und der Kommission.

Im Rahmen dieses Titels nimmt das Komitee unter der Verantwortung des Rates die politische Kontrolle und strategische Leitung von Operationen zur Krisenbewältigung wahr.

Der Rat kann das Komitee für den Zweck und die Dauer einer Operation zur Krisenbewältigung, die vom Rat festgelegt werden, ermächtigen, unbeschadet des Artikels 47 geeignete Beschlüsse hinsichtlich der politischen Kontrolle und strategischen Leitung der Operation zu fassen.

Klausel 178 (ex-Artikel 26 EU)

Der Generalsekretär des Rates und Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt den Rat in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, indem er insbesondere zur Formulierung, Vorbereitung und Durchführung politischer Entscheidungen beiträgt und gegebenenfalls auf Ersuchen des Vorsitzes im Namen des Rates den politischen Dialog mit Dritten führt.

Klausel 179 (ex-Artikel 27 EU)

Die Kommission wird in vollem Umfang an den Arbeiten im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt.

Klausel 180 (ex-Artikel 27 a EU)

(1) Eine verstärkte Zusammenarbeit in einem unter diesen Titel fallenden Bereich hat zum Ziel, die Werte der gesamten Union zu wahren und ihren Interessen zu dienen, unter Behauptung der Identität der Union als kohärenter Kraft auf internationaler Ebene. Bei einer solchen Zusammenarbeit werden beachtet

- die Grundsätze, die Ziele, die allgemeinen Leitlinien und die Kohärenz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die im Rahmen dieser Politik gefassten Beschlüsse,*
- die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und*
- die Kohärenz zwischen der Unionspolitik insgesamt und dem außenpolitischen Handeln der Union.*

(2) Für eine verstärkte Zusammenarbeit nach diesem Artikel gelten die Artikel 11 bis 27 und die Artikel 27 b bis 28, soweit nicht in Artikel 27 c und in den Artikeln 43 bis 45 etwas anderes bestimmt ist.

Klausel 181 (ex-Artikel 27 b EU)

Die verstärkte Zusammenarbeit nach diesem Titel betrifft die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder die Umsetzung eines gemeinsamen Standpunkts. Sie kann nicht Fragen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen betreffen.

Klausel 182 (ex-Artikel 27 c EU)

Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit nach Artikel 27 b zu begründen, richten einen entsprechenden Antrag an den Rat.

Der Antrag wird der Kommission und zur Unterrichtung dem Europäischen Parlament übermittelt. Die Kommission nimmt insbesondere zur Kohärenz der beabsichtigten verstärkten Zusammenarbeit mit der Unionspolitik Stellung. Die Ermächtigung wird vom Rat gemäß Artikel 23 Absatz 2 Unterabsätze 2 und 3 unter Einhaltung der Artikel 43 bis 45 erteilt.

Klausel 183 (ex-Artikel 27 d EU)

Unbeschadet der Befugnisse des Vorsitzes und der Kommission trägt der Generalsekretär des Rates und Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik insbesondere dafür Sorge, dass das Europäische Parlament und alle Mitglieder des Rates in vollem Umfang über die Durchführung jeder verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unterrichtet werden.

Klausel 184 (ex-Artikel 27 e EU)

Jeder Mitgliedstaat, der sich einer nach Artikel 27 c begründeten verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat seine Absicht mit und unterrichtet die Kommission. Die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor. Binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung entscheidet der Rat über den Antrag und über eventuelle spezifische Regelungen, die er für notwendig hält. Die Entscheidung gilt als angenommen, es sei denn, der Rat beschließt innerhalb dieser Frist mit qualifizierter Mehrheit, sie zurückzustellen; in diesem Fall gibt der Rat die Gründe für seinen Beschluss an und setzt eine Frist für dessen Überprüfung.

Für die Zwecke dieses Artikels beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit. Als qualifizierte Mehrheit gelten derselbe Anteil der gewogenen Stimmen und derselbe Anteil der Anzahl der betroffenen Mitglieder des Rates, wie sie in Artikel 23 Absatz 2 Unterabsatz 3 festgelegt sind.

Klausel 185 (ex-Artikel 28 EU)

(1) *Die Artikel 189, 190, 196 bis 199, 203, 204, 206 bis 209, 213 bis 219, 255 und 290 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft finden auf die Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche Anwendung.*

(2) *Die Verwaltungsausgaben, die den Organen aus den Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche entstehen, gehen zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften.*

(3) *Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Bestimmungen gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.*

In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen, gehen sie nach dem Bruttosozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt. Die Mitgliedstaaten, deren Vertreter im Rat eine förmliche Erklärung nach Artikel 23 Absatz 1 Unterabsatz 2 abgegeben haben, sind nicht verpflichtet, zur Finanzierung von Ausgaben für Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen beizutragen.

(4) *Das im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgesehene Haushaltsverfahren findet auf die Ausgaben Anwendung, die zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen.*

V. ABSCHLUSS INTERNATIONALER ÜBEREINKÜNFTE

Klausel 186 (ex-Artikel 300) ¹

(1) *Soweit dieser Vertrag den Abschluss von Abkommen zwischen der Gemeinschaft und einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen vorsieht, legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen. Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit den zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschüssen nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann.*

Bei der Ausübung der ihm in diesem Absatz übertragenen Zuständigkeiten beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, außer in den Fällen des Absatzes 2 Unterabsatz 1, in denen er einstimmig beschließt.

(2) *Vorbehaltlich der Zuständigkeiten, welche die Kommission auf diesem Gebiet besitzt, werden die Unterzeichnung, mit der ein Beschluss über die vorläufige Anwendung vor dem Inkrafttreten einhergehen kann, sowie der Abschluss der Abkommen vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschlossen. Der Rat beschließt einstimmig, wenn das Abkommen einen Bereich betrifft, in dem für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit vorgesehen ist, sowie im Fall der in Artikel 310 genannten Abkommen.*

¹ Dieser Artikel sollte vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

Abweichend von Absatz 3 gelten diese Verfahren auch für Beschlüsse zur Aussetzung der Anwendung eines Abkommens oder zur Festlegung von Standpunkten, die im Namen der Gemeinschaft in einem durch ein Abkommen eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sobald dieses Gremium rechtswirksame Beschlüsse - mit Ausnahme von Beschlüssen zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens des betreffenden Abkommens - zu fassen hat.

Das Europäische Parlament wird über alle nach diesem Absatz gefassten Beschlüsse über die vorläufige Anwendung oder die Aussetzung eines Abkommens oder die Festlegung des Standpunkts, den die Gemeinschaft in einem durch ein Abkommen eingesetzten Gremium vertritt, unverzüglich und umfassend unterrichtet.

(3) Mit Ausnahme der Abkommen im Sinne des Artikels 133 Absatz 3 schließt der Rat die Abkommen nach Anhörung des Europäischen Parlaments, und zwar auch in den Fällen, in denen das Abkommen einen Bereich betrifft, bei dem für die Annahme interner Vorschriften das Verfahren des Artikels 251 oder des Artikels 252 anzuwenden ist. Das Europäische Parlament gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Frist ab, die der Rat entsprechend der Dringlichkeit festlegen kann. Ergeht innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme, so kann der Rat einen Beschluss fassen.

Abweichend von Unterabsatz 1 bedarf der Abschluss von Abkommen im Sinne des Artikels 310 sowie sonstiger Abkommen, die durch Einführung von Zusammenarbeitsverfahren einen besonderen institutionellen Rahmen schaffen, von Abkommen mit erheblichen finanziellen Folgen für die Gemeinschaft und von Abkommen, die eine Änderung eines nach dem Verfahren des Artikels 251 angenommenen Rechtsakts bedingen, der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Der Rat und das Europäische Parlament können in dringenden Fällen eine Frist für die Zustimmung vereinbaren.

(4) Abweichend von Absatz 2 kann der Rat die Kommission bei Abschluss eines Abkommens ermächtigen, Änderungen, die nach jenem Abkommen im Weg eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein durch das Abkommen geschaffenes Organ anzunehmen sind, im Namen der Gemeinschaft zu billigen; der Rat kann diese Ermächtigung gegebenenfalls mit besonderen Bedingungen verbinden.

(5) Beabsichtigt der Rat, ein Abkommen zu schließen, das Änderungen dieses Vertrags bedingt, so sind diese Änderungen zuvor nach dem Verfahren des Artikels 48 des Vertrags über die Europäische Union anzunehmen.

(6) Das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission oder ein Mitgliedstaat kann ein Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit eines geplanten Abkommens mit diesem Vertrag einholen. Ist dieses Gutachten ablehnend, so kann das Abkommen nur nach Maßgabe des Artikels 48 des Vertrags über die Europäische Union in Kraft treten.

(7) Die nach Maßgabe dieses Artikels geschlossenen Abkommen sind für die Organe der Gemeinschaft und für die Mitgliedstaaten verbindlich.

Klausel 187 (ex-Artikel 24 EU)

- (1) *Ist zur Durchführung dieses Titels der Abschluss einer Übereinkunft mit einem oder mehreren Staaten oder mit internationalen Organisationen erforderlich, so kann der Rat den Vorsitz, der gegebenenfalls von der Kommission unterstützt wird, ermächtigen, zu diesem Zweck Verhandlungen aufzunehmen. Solche Übereinkünfte werden vom Rat auf Empfehlung des Vorsitzes geschlossen.*
- (2) *Betrifft die Übereinkunft eine Frage, bei der zur Annahme interner Beschlüsse Einstimmigkeit erforderlich ist, so beschließt der Rat einstimmig.*
- (3) *Wird die Übereinkunft zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder eines gemeinsamen Standpunkts ins Auge gefasst, so beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Artikel 23 Absatz 2.*
- (4) *Dieser Artikel gilt auch für Angelegenheiten des Titels VI. Betrifft die Übereinkunft eine Frage, bei der zur Annahme interner Beschlüsse oder Maßnahmen die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, so beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Artikel 34 Absatz 3.*
- (5) *Ein Mitgliedstaat, dessen Vertreter im Rat erklärt, dass in seinem Land bestimmte verfassungsrechtliche Vorschriften eingehalten werden müssen, ist durch eine solche Übereinkunft nicht gebunden; die anderen Mitglieder des Rates können übereinkommen, dass die Übereinkunft dennoch vorläufig gilt.*
- (6) *Die nach Maßgabe dieses Artikels geschlossenen Übereinkünfte binden die Organe der Union.*

Klausel 188 (ex-Artikel 38 EU)

In Übereinkünften nach Artikel 24 können Angelegenheiten geregelt werden, die unter diesen Titel fallen.

[V A. SONSTIGE BESTIMMUNGEN] ¹

Klausel 189 (ex-Artikel 3 EU)

[...] ²

Die Union achtet insbesondere auf die Kohärenz aller von ihr ergriffenen außenpolitischen Maßnahmen im Rahmen ihrer Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Der Rat und die Kommission sind für diese Kohärenz verantwortlich und arbeiten zu diesem Zweck zusammen. Sie stellen jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich die Durchführung der betreffenden Politiken sicher. ³

Klausel 190 (ex-Artikel 60) ⁴

(1) *Falls ein Tätigwerden der Gemeinschaft in den in [Artikel 301] vorgesehenen Fällen für erforderlich erachtet wird, kann der Rat nach dem Verfahren des [Artikels 301] die notwendigen Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des Kapital- und Zahlungsverkehrs mit den betroffenen dritten Ländern ⁵ ergreifen.*

(2) *Solange der Rat keine Maßnahmen nach Absatz 1 ergriffen hat, kann jeder Mitgliedstaat unbeschadet des [Artikels 297] bei Vorliegen schwerwiegender politischer Umstände aus Gründen der Dringlichkeit gegenüber dritten Ländern einseitige Maßnahmen auf dem Gebiet des Kapital- und Zahlungsverkehrs treffen. Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten sind über diese Maßnahmen spätestens bei deren Inkrafttreten zu unterrichten.*

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission entscheiden, dass der betreffende Mitgliedstaat diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben hat. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über die betreffenden Entscheidungen des Rates.

¹ Vorschlag für eine neue Überschrift, die nicht in der Struktur vom 28. Oktober enthalten ist.

² Der erste Absatz dieses Artikels ist im Addendum wiedergegeben.

³ Dieser Punkt ist vom Konvent im Rahmen der "Außenbeziehungen" zu prüfen und wird daher an dieser Stelle nicht behandelt.

⁴ Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen der "Außenbeziehungen" geprüft werden und wird daher an dieser Stelle nicht behandelt. Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob dieser Artikel mit Artikel 301 zusammengefasst werden könnte.

⁵ Da hier nur "Länder" genannt werden, ist es derzeit nicht möglich, diesen Artikel im Hinblick auf Sanktionen gegenüber Einzelpersonen oder nichtstaatlichen Gebilden anzuwenden (z.B. Sanktionen gegen die Taliban und namentlich genannte Terroristen). Aufgrund dieser Lücke muss derzeit zusätzlich auf Artikel 308 EGV zurückgegriffen werden. Daher wird vorgeschlagen zu prüfen, ob eine Ausweitung des Geltungsbereichs dieses Artikels zweckmäßig wäre (vgl. auch Vorschlag zu Artikel 301).

Klausel 191 (ex-Artikel 301) ¹

Ist in gemeinsamen Standpunkten oder gemeinsamen Aktionen, die nach den Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angenommen worden sind, ein Tätigwerden der Gemeinschaft vorgesehen, um die Wirtschaftsbeziehungen zu einem oder mehreren dritten Ländern ² auszusetzen, einzuschränken oder vollständig einzustellen, so trifft der Rat die erforderlichen Sofortmaßnahmen; der Rat beschließt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit.

Klausel 192 (ex-Artikel 302) ³

Die Kommission unterhält alle zweckdienlichen Beziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen und ihrer Fachorganisationen.

Sie unterhält ferner, soweit zweckdienlich, Beziehungen zu allen internationalen Organisationen.

Klausel 193 (ex-Artikel 303)

Die Gemeinschaft führt jede zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat herbei.

Klausel 194 (ex-Artikel 304)

Die Gemeinschaft führt ein enges Zusammenwirken mit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung herbei; die Einzelheiten werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

Klausel 195 (ex-Artikel 310) ⁴

Die Gemeinschaft kann mit einem oder mehreren Staaten oder einer oder mehreren internationalen Organisationen Abkommen schließen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.

¹ Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt. Es wird jedoch vorgeschlagen zu prüfen, ob er nicht mit dem derzeitigen Artikel 60 EGV "fusioniert" werden sollte.

² Da hier nur "Länder" genannt werden, ist es derzeit nicht möglich, diesen Artikel im Hinblick auf Sanktionen gegenüber Einzelpersonen oder nichtstaatlichen Gebilden anzuwenden. Weitere Ausführungen und Vorschläge zu dieser Frage sind der Fußnote zu Artikel 60 zu entnehmen.

³ Die Artikel 302 bis 304 sollten vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und werden daher hier nicht behandelt.

⁴ Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

C. VERTEIDIGUNG¹

D. ARBEITSWEISE DER UNION

An diesem Teil wurden entsprechend dem Mandat technische Änderungen vorgenommen. Mit diesen wird inhaltlichen Änderungen durch den Konvent nicht vorgegriffen. Im übrigen gilt folgende, in Dokument CONV 369/02 (Fußnote 1 auf Seite 7) getroffene Feststellung:

"Der Umfang der institutionellen und verfahrenstechnischen Bestimmungen in diesem Teil wird davon abhängen, wie detailliert der erste Teil gestaltet ist. Es könnte auch in Betracht gezogen werden, in diesen Bestimmungen nur die interinstitutionellen Verfahren zu behandeln: die Bestimmungen über die interne Durchführung durch die Organe könnten dann in Protokollen enthalten sein."

[TITEL I

VORSCHRIFTEN ÜBER DIE ORGANE]

[KAPITEL 1

DIE ORGANE]

[ABSCHNITT 1

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Klausel 196 (ex-Artikel 189)

Das Europäische Parlament besteht aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten; es übt die Befugnisse aus, die ihm nach diesem Vertrag zustehen.

Die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments darf 732 nicht überschreiten.

¹ Dieser Titel wurde aus den in der Fußnote zu Kapitel B.IV (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) genannten Gründen freigelassen.

Klausel 197 (ex-Artikel 190)

(1) *Die Abgeordneten der Völker der in der Gemeinschaft vereinigten Staaten im Europäischen Parlament werden in allgemeiner unmittelbarer Wahl gewählt.*

(2) *Die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt:*

<i>Belgien</i>	<i>25</i>
<i>Dänemark</i>	<i>16</i>
<i>Deutschland</i>	<i>99</i>
<i>Griechenland</i>	<i>25</i>
<i>Spanien</i>	<i>64</i>
<i>Frankreich</i>	<i>87</i>
<i>Irland</i>	<i>15</i>
<i>Italien</i>	<i>87</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>6</i>
<i>Niederlande</i>	<i>31</i>
<i>Österreich</i>	<i>21</i>
<i>Portugal</i>	<i>25</i>
<i>Finnland</i>	<i>16</i>
<i>Schweden</i>	<i>22</i>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	<i>87.</i>

Wird dieser Absatz geändert, so muss durch die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten eine angemessene Vertretung der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten gewährleistet sein.

(3) *Die Abgeordneten werden auf fünf Jahre gewählt.*

(4) *Das Europäische Parlament arbeitet einen Entwurf für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten oder im Einklang mit den allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen aus.*

Der Rat erlässt nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die mit der Mehrheit seiner Mitglieder erteilt wird, einstimmig die entsprechenden Bestimmungen und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

(5) *Das Europäische Parlament legt nach Anhörung der Kommission und mit Zustimmung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt, die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben seiner Mitglieder fest. Alle Vorschriften und Bedingungen, die die Steuerregelung für die Mitglieder oder ehemaligen Mitglieder betreffen, sind vom Rat einstimmig festzulegen.*

Klausel 198 (ex-Artikel 191)

Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.

~~Der~~ **Das Europäische Parlament und der Rat** ~~legt nehmen gemäß dem Verfahren des Artikels 251 die~~
nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen zur Festlegung der Regelungen für die politischen
Parteien auf europäischer Ebene und insbesondere die Vorschriften über ihre Finanzierung ~~fest an~~.

Klausel 199 (ex-Artikel 192)

Das Europäische Parlament ist an dem Prozess, der zur Annahme der ~~Gemeinschaftsakte~~ **Rechtsakte der Union** führt, in dem in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Umfang durch die Ausübung seiner Befugnisse im Rahmen ~~der Verfahren der Artikel 251 und 252 des Gesetzgebungsverfahrens~~ sowie durch die Erteilung seiner Zustimmung oder die Abgabe von Stellungnahmen beteiligt.¹

Das Europäische Parlament kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder die Kommission auffordern, geeignete Vorschläge zu Fragen zu unterbreiten, die nach seiner Auffassung die Ausarbeitung ~~eines Gemeinschaftsakts~~
einer Maßnahme der Union² zur Durchführung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** erfordern.

Klausel 200 (ex-Artikel 193)

Das Europäische Parlament kann bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder³ die Einsetzung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses beschließen, der unbeschadet der Befugnisse, die anderen Organen oder Institutionen durch ~~diesen Vertrag~~ **die Verfassung** übertragen sind, behauptete Verstöße gegen das ~~Gemeinschaftsrecht~~ **Unionsrecht**⁴ oder Missstände bei der Anwendung desselben prüft; dies gilt nicht, wenn ein Gericht mit den behaupteten Sachverhalten befasst ist, solange das Gerichtsverfahren nicht abgeschlossen ist.

Mit der Vorlage seines Berichts hört der nichtständige Untersuchungsausschuss auf zu bestehen.

-
- ¹ Diese allgemeine Beschreibung der Aufgaben des Europäischen Parlaments müsste durch einen Verweis auf seine Haushalts-, Kontroll- und Einsetzungsbefugnisse ergänzt werden; es verfügt ferner über autonome Entscheidungsbefugnisse (siehe Anlage II dieses Berichts).
- ² Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Ersuchen um Vorlage eines Vorschlags) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche darstellen könnte.
- ³ Präzisierung im französischen Text entsprechend der übrigen Bestimmungen des EG-Vertrags, die für die Annahme eines Beschlusses bzw. einer Entscheidung eine Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments vorschreiben (betrifft nicht die deutsche Fassung).
- ⁴ Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Ersuchen um Vorlage eines Vorschlags) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche zur Folge haben könnte.

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band I

Die Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts werden vom Europäischen Parlament, vom Rat und von der Kommission im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt ¹.

Klausel 201 (ex-Artikel 194)

Jeder Bürger der Union sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat kann allein oder zusammen mit anderen Bürgern oder Personen in Angelegenheiten, die in die Tätigkeitsbereiche der **Gemeinschaft Union** ² fallen und die ihn oder sie unmittelbar betreffen, eine Petition an das Europäische Parlament richten. ³

Klausel 202 (ex-Artikel 195)

(1) Das Europäische Parlament ernennt einen Bürgerbeauftragten ⁴, der befugt ist, Beschwerden von jedem Bürger der Union oder von jeder natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat über Missstände bei der Tätigkeit der Organe oder Einrichtungen der **Gemeinschaft Union** ⁵, mit Ausnahme des Gerichtshofs, ~~und~~ des Gerichts erster Instanz **und der gerichtlichen Kammern** ⁶ in Ausübung ihrer Rechtsprechungsbefugnisse, entgegenzunehmen.

Der Bürgerbeauftragte führt im Rahmen seines Auftrags von sich aus oder aufgrund von Beschwerden, die ihm unmittelbar oder über ein Mitglied des Europäischen Parlaments zugehen, Untersuchungen durch, die er für gerechtfertigt hält; dies gilt nicht, wenn die behaupteten Sachverhalte Gegenstand eines Gerichtsverfahrens sind oder waren. Hat der Bürgerbeauftragte einen Missstand festgestellt, so befasst er das betreffende Organ, das über eine Frist von drei Monaten verfügt, um ihm seine Stellungnahme zu übermitteln. Der Bürgerbeauftragte legt anschließend dem Europäischen Parlament und dem betreffenden Organ einen Bericht vor. Der Beschwerdeführer wird über das Ergebnis dieser Untersuchungen unterrichtet.

Der Bürgerbeauftragte legt dem Europäischen Parlament jährlich einen Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen vor.

(2) Der Bürgerbeauftragte wird nach jeder Wahl des Europäischen Parlaments für die Dauer der Wahlperiode ernannt. Wiederernennung ist zulässig.

¹ Ein derartiger Rechtsakt ist in der Typologie der Rechtsakte im Artikelentwurf "Rechtsakte der Union" in Titel I (Artikel 24 in Dok. CONV 571/03) nicht enthalten.

² Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Petitionsrecht) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche zur Folge haben könnte.

³ Der Konvent könnte prüfen, ob dieser Artikel durch eine spezifische Rechtsgrundlage für die Annahme der Modalitäten zur Ausübung des Petitionsrechts ergänzt werden sollte.

⁴ An dieser Stelle könnte dem üblichen Sprachgebrauch folgend der Ausdruck "Europäischer Bürgerbeauftragter" verwendet werden.

⁵ Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Bürgerbeauftragter) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche zur Folge haben könnte.

⁶ Auch wenn die gerichtlichen Kammern dem Gericht erster Instanz beigeordnet sind, sollten sie an dieser Stelle ausdrücklich genannt werden.

Der Bürgerbeauftragte kann auf Antrag des Europäischen Parlaments vom Gerichtshof seines Amtes enthoben werden, wenn er die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat.

(3) Der Bürgerbeauftragte übt sein Amt in völliger Unabhängigkeit aus. Er darf bei der Erfüllung seiner Pflichten von keiner Stelle Anweisungen anfordern oder entgegennehmen. Der Bürgerbeauftragte darf während seiner Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben.

(4) Das Europäische Parlament ~~legt~~ **nimmt nach Stellungnahme der Kommission und nach mit qualifizierter Mehrheit erteilter Zustimmung des Rates die Maßnahmen zur Festlegung der Regelungen** und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten ~~fest an~~¹. **Es beschließt nach Stellungnahme der Kommission und nach Zustimmung des Rates, die dieser mit qualifizierter Mehrheit erteilt.**

Klausel 203 (ex-Artikel 196)

Das Europäische Parlament hält jährlich eine Sitzungsperiode ab. Es tritt, ohne dass es einer Einberufung bedarf, am zweiten Dienstag des Monats März zusammen.

Das Europäische Parlament kann auf Antrag der Mehrheit seiner Mitglieder sowie auf Antrag des Rates oder der Kommission zu einer außerordentlichen **Tagung**² zusammentreten.

Klausel 204 (ex-Artikel 197)

Das Europäische Parlament wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium.

Die Mitglieder der Kommission können an allen Sitzungen teilnehmen und müssen auf ihren Antrag im Namen der Kommission jederzeit gehört werden.

Die Kommission antwortet mündlich oder schriftlich auf die ihr vom Europäischen Parlament oder von dessen Mitgliedern gestellten Fragen.

Der Rat wird nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung vom Europäischen Parlament jederzeit gehört.

Klausel 205 (ex-Artikel 198)

Soweit ~~dieser Vertrag~~ **die Verfassung** nicht etwas anderes bestimmt, beschließt das Europäische Parlament mit der ~~absoluten~~³ Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

¹ Es sei darauf hingewiesen, dass im Entwurf von Teil I Titel V der Verfassung (Dok. CONV 571/03) nicht vorgesehen ist, dass das Parlament die Möglichkeit hat, für sich allein Rechtssetzungsakte anzunehmen (siehe Anlage II dieses Berichts).

² Der bislang verwendete Terminus entspricht weder dem Sprachgebrauch noch dem in Absatz 1 verwendeten Terminus; die Unterscheidung zwischen "Sitzungsperiode" und "Tagung" wurde Artikel 10 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments entnommen.

³ Das Wort "absolut" könnte zu Verwechslungen zwischen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der (qualifizierten) Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments führen (siehe Anlage II dieses Berichts).

Die Geschäftsordnung legt die Beschlussfähigkeit fest.

Klausel 206 (ex-Artikel 199)

Das Europäische Parlament ~~gibt sich~~ **nimmt** seine Geschäftsordnung **an**; hierzu sind die Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder erforderlich.

Die Verhandlungsniederschriften des Europäischen Parlaments werden nach den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung veröffentlicht.

Klausel 207 (ex-Artikel 200)

Das Europäische Parlament erörtert in öffentlicher Sitzung den jährlichen Gesamtbericht, der ihm von der Kommission vorgelegt wird.

Klausel 208 (ex-Artikel 201)

Wird wegen der Tätigkeit der Kommission ein Misstrauensantrag eingebracht, so darf das Europäische Parlament nicht vor Ablauf von drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in offener Abstimmung darüber entscheiden.

Wird der Misstrauensantrag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments angenommen, so müssen die Mitglieder der Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen. Sie führen die laufenden Geschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger gemäß [Artikel 214] weiter. In diesem Fall endet die Amtszeit der als Nachfolger ernannten Mitglieder der Kommission zu dem Zeitpunkt, zu dem die Amtszeit der geschlossen zur Amtsniederlegung verpflichteten Mitglieder der Kommission geendet hätte.

[ABSCHNITT 2

DER RAT]

Klausel 209 (ex-Artikel 202)

Zur Verwirklichung der Ziele und nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**

- a) sorgt der Rat für die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten;
- b) besitzt der Rat eine Entscheidungsbefugnis;

- c) *überträgt der Rat der Kommission in den von ihm angenommenen Rechtsakten die Befugnisse zur Durchführung der Vorschriften, die er erlässt. Der Rat kann bestimmte Modalitäten für die Ausübung dieser Befugnisse festlegen. Er kann sich in spezifischen Fällen außerdem vorbehalten, Durchführungsbefugnisse selbst auszuüben. Die oben genannten Modalitäten müssen den Grundsätzen und Regeln entsprechen, die der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments vorher einstimmig festgelegt hat.*¹

Klausel 210 (ex-Artikel 203)

Der Rat besteht aus je einem Vertreter jedes Mitgliedstaats auf Ministerebene, der befugt ist, für die Regierung des Mitgliedstaats verbindlich zu handeln.

Der Vorsitz im Rat wird von den Mitgliedstaaten nacheinander für je sechs Monate wahrgenommen; die Reihenfolge wird vom Rat einstimmig beschlossen.

Klausel 211 (ex-Artikel 204)

Der Rat wird von seinem Präsidenten aus eigenem Entschluss oder auf Antrag eines seiner Mitglieder oder der Kommission einberufen.

Klausel 212 (ex-Artikel 205)

(1) *Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

(2) *Ist zu einem Beschluss des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder wie folgt gewogen:*

<i>Belgien</i>	<i>5</i>
<i>Dänemark</i>	<i>3</i>
<i>Deutschland</i>	<i>10</i>
<i>Griechenland</i>	<i>5</i>
<i>Spanien</i>	<i>8</i>
<i>Frankreich</i>	<i>10</i>
<i>Irland</i>	<i>3</i>
<i>Italien</i>	<i>10</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>2</i>
<i>Niederlande</i>	<i>5</i>
<i>Österreich</i>	<i>4</i>
<i>Portugal</i>	<i>5</i>
<i>Finnland</i>	<i>3</i>
<i>Schweden</i>	<i>4</i>

¹ Siehe den Artikelentwurf mit dem Titel "Durchführungsrechtsakte" in Teil I (Artikel 28 Absatz 3 in Dok. CONV 571/03).

Beschlüsse kommen zustande mit einer Mindeststimmenzahl von

- *zweiundsechzig Stimmen in den Fällen, in denen die Beschlüsse nach diesem Vertrag auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind;*
- *zweiundsechzig Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedern umfassen, in allen anderen Fällen.*

(3) *Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen des Rates, zu denen Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht entgegen.*

Klausel 213 (ex-Artikel 206)

Jedes Mitglied kann sich das Stimmrecht höchstens eines anderen Mitglieds übertragen lassen.

Klausel 214 (ex-Artikel 207)

(1) Ein Ausschuss, der sich aus den Ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt, hat die Aufgabe, die Arbeiten des Rates vorzubereiten und die ihm vom Rat übertragenen Aufträge auszuführen. Der Ausschuss kann in Fällen, die in der Geschäftsordnung des Rates festgelegt sind, Verfahrensbeschlüsse fassen.

(2) Der Rat wird von einem Generalsekretariat unterstützt, das einem Generalsekretär und Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik untersteht; diesem steht ein Stellvertretender Generalsekretär zur Seite, der für die organisatorische Leitung des Generalsekretariats verantwortlich ist. Der Generalsekretär und der Stellvertretende Generalsekretär werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt.

Der Rat entscheidet über die Organisation des Generalsekretariats.

(3) Der Rat ~~gibt sich eine~~ **nimmt seine** Geschäftsordnung an.

Der Rat legt zur Anwendung des [Artikels 255 Absatz 3] in seiner Geschäftsordnung die Bedingungen fest, unter denen die Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten des Rates erhält. Für die Zwecke dieses Absatzes bestimmt der Rat die Fälle, in denen davon auszugehen ist, dass er als Gesetzgeber tätig wird, damit in solchen Fällen umfassenderer Zugang zu den Dokumenten gewährt werden kann, gleichzeitig aber die Wirksamkeit des Beschlussfassungsverfahrens gewahrt bleibt. In jedem Fall werden, wenn der Rat als Gesetzgeber tätig wird, die Abstimmungsergebnisse sowie die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Protokollerklärungen veröffentlicht.

Klausel 215 (ex-Artikel 208)

Der Rat kann die Kommission auffordern, die nach seiner Ansicht zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele geeigneten Untersuchungen vorzunehmen und ihm entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Klausel 216 (ex-Artikel 209)

Der Rat ~~regelt nach Stellungnahme der Kommission~~ **nimmt die Maßnahmen zur Festlegung der rechtliche rechtlichen** Stellung der in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Ausschüsse **an. Er beschließt nach Anhörung der Kommission.**

Klausel 217 (ex-Artikel 210)

Der Rat ~~setzt~~ **nimmt** mit qualifizierter Mehrheit die **Maßnahmen zur Festlegung der** Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission, für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs sowie für die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz ~~fest~~ **an**. Er setzt mit derselben Mehrheit alle sonstigen als Entgelt gezahlten Vergütungen fest.

[ABSCHNITT 3

DIE KOMMISSION]

Klausel 218 (ex-Artikel 211) ¹

[Um das ordnungsgemäße Funktionieren und die Entwicklung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** zu gewährleisten] ², erfüllt die Kommission folgende Aufgaben:

- a) für die Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sowie der von den Organen aufgrund ~~dieses Vertrags der Verfassung~~ **getroffenen Bestimmungen angenommenen Maßnahmen** Sorge zu tragen;
- b) Empfehlungen oder Stellungnahmen auf den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** bezeichneten Gebieten abzugeben, soweit ~~der Vertrag~~ **die Verfassung** dies ausdrücklich vorsieht oder soweit sie es für notwendig erachtet;
- c) nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** in eigener Zuständigkeit Entscheidungen zu treffen und am Zustandekommen der Handlungen des **Europäischen Parlaments und des Rates** ~~und des Europäischen Parlaments~~ mitzuwirken;
- d) die Befugnisse auszuüben, die ihr **das Europäische Parlament und der Rat, oder der Rat**, zur Durchführung der von ~~ihm erlassenen Vorschriften~~ **überträgt ihnen angenommenen Maßnahmen übertragen.**

¹ Es sei darauf hingewiesen, dass der Wegfall der Säulen vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Erweiterung der in die Zuständigkeiten der Kommission fallenden Bereiche um die bisherigen Bereiche der zweiten und dritten Säule zur Folge haben könnte.

² Die Kohärenz zwischen der Tragweite dieses Satzes und dem Umfang der in den Buchstaben a bis d aufgeführten Zuständigkeiten der Kommission ist fraglich.

Klausel 219 (ex-Artikel 212)

Die Kommission veröffentlicht jährlich, und zwar spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments, einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der **Gemeinschaften Union**.

Klausel 220 (ex-Artikel 213)

(1) *Die Kommission besteht aus zwanzig Mitgliedern, die aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.*

Die Zahl der Mitglieder der Kommission kann vom Rat einstimmig geändert werden.

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder der Kommission sein.

Der Kommission muss mindestens ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedstaats angehören, jedoch dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder der Kommission dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen.

(2) Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der **Gemeinschaften Union** aus.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen Grundsatz zu achten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Kommission bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Die Mitglieder der Kommission dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein. Werden diese Pflichten verletzt, so kann der Gerichtshof auf Antrag des Rates oder der Kommission das Mitglied je nach Lage des Falles gemäß [Artikel 216] seines Amtes entheben oder ihm seine Ruhegehaltsansprüche oder andere an ihrer Stelle gewährte Vergünstigungen aberkennen.

Klausel 221 (ex-Artikel 214)

(1) *Die Mitglieder der Kommission werden, gegebenenfalls vorbehaltlich des Artikels 201, nach dem Verfahren des Absatzes 2 für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt.*

Wiederernennung ist zulässig.

(2) *Der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, benennt mit qualifizierter Mehrheit die Persönlichkeit, die er zum Präsidenten der Kommission zu ernennen beabsichtigt; diese Benennung bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments.*

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band I

Der Rat nimmt mit qualifizierter Mehrheit im Einvernehmen mit dem designierten Präsidenten die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der anderen Persönlichkeiten an, die er zu Mitgliedern der Kommission zu ernennen beabsichtigt.

Der Präsident und die übrigen Mitglieder der Kommission, die auf diese Weise benannt worden sind, stellen sich als Kollegium einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments. Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments werden der Präsident und die übrigen Mitglieder der Kommission vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt.

Klausel 222 (ex-Artikel 215)

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Mitglieds der Kommission durch Rücktritt oder Amtsenthebung.

Für das zurückgetretene, seines Amtes enthobene oder verstorbene Mitglied wird für die verbleibende Amtszeit vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ein neues Mitglied ernannt. Der Rat kann einstimmig entscheiden, für diese Zeit einen Nachfolger nicht zu ernennen.

Bei Rücktritt, Amtsenthebung oder Tod des Präsidenten wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt. Für die Ersetzung findet das Verfahren des [Artikels 214 Absatz 2] Anwendung.

Außer im Falle der Amtsenthebung nach [Artikel 216] bleiben die Mitglieder der Kommission bis zur Neubesetzung ihres Sitzes oder bis zu einer **einstimmigen** Entscheidung des Rates ~~gemäß Absatz 2~~, keinen Nachfolger zu ernennen, im Amt.

Klausel 223 (ex-Artikel 216)

Jedes Mitglied der Kommission, das die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat, kann auf Antrag des Rates oder der Kommission durch den Gerichtshof seines Amtes enthoben werden.

Klausel 224 (ex-Artikel 217)

(1) Die Kommission übt ihre Tätigkeit unter der politischen Führung ihres Präsidenten aus; dieser entscheidet über ihre interne Organisation, um sicherzustellen, dass ihr Handeln kohärent und effizient ist und auf der Grundlage der Kollegialität beruht.

(2) Die Zuständigkeiten der Kommission werden von ihrem Präsidenten gegliedert und zwischen ihren Mitgliedern aufgeteilt. Der Präsident kann diese Zuständigkeitsverteilung im Laufe der Amtszeit ändern. Die Mitglieder der Kommission üben die ihnen vom Präsidenten übertragenen Aufgaben unter dessen Leitung aus.

(3) Nach Billigung durch das Kollegium ernennt der Präsident unter den Mitgliedern der Kommission Vizepräsidenten.

(4) Ein Mitglied der Kommission erklärt seinen Rücktritt, wenn der Präsident es nach Billigung durch das Kollegium dazu auffordert.

Klausel 225 (ex-Artikel 218)

(1) Der Rat und die Kommission ziehen einander zurate und regeln einvernehmlich die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit.¹

(2) Die Kommission ~~gibt sich eine~~ **nimmt ihre** Geschäftsordnung **an**, um ihr ordnungsgemäßes Arbeiten und das ihrer Dienststellen ~~nach Maßgabe dieses Vertrags~~ zu gewährleisten. Sie sorgt für die Veröffentlichung dieser Geschäftsordnung.

Klausel 226 (ex-Artikel 219)

Die Beschlüsse der Kommission werden mit der Mehrheit der in [Artikel 213] bestimmten Anzahl ihrer Mitglieder gefasst.

Die Kommission kann nur dann wirksam tagen, wenn die in ihrer Geschäftsordnung festgesetzte Anzahl von Mitgliedern anwesend ist.

[ABSCHNITT 4

DER RICHTSHOF]²

Die Bestimmungen dieses Abschnitts müssten möglicherweise im Anschluss an die Beratungen des Arbeitskreises zum Gerichtshof (CONV 543/03) angepasst werden.

Klausel 227 (ex-Artikel 220)

Der Gerichtshof und das Gericht erster Instanz sichern im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**.

¹ Die Zweckmäßigkeit dieses rein deklaratorischen Absatzes ist fraglich.

² Es sei darauf hingewiesen, dass der Wegfall der Säulen sich auf die Tragweite der Befugnisse des Gerichtshofs auswirken könnte. Zu der derzeitigen Lage siehe den derzeitigen Artikel 46 EUV. Anlage II dieses Berichts enthält zusätzliche Bemerkungen zu diesem Gegenstand.

Außerdem können dem Gericht erster Instanz nach Maßgabe des [Artikels 225 a] gerichtliche Kammern beigeordnet werden, die in einigen besonderen Bereichen in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehene gerichtliche Zuständigkeiten ausüben.

Klausel 228 (ex-Artikel 221)

Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat.

Der Gerichtshof tagt in Kammern oder als Große Kammer entsprechend den hierfür in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehenen Regeln.

Wenn die Satzung es vorsieht, kann der Gerichtshof auch als Plenum tagen.

Klausel 229 (ex-Artikel 222)

Der Gerichtshof wird von acht Generalanwälten unterstützt. Auf Antrag des Gerichtshofs kann der Rat einstimmig die Zahl der Generalanwälte erhöhen.

Der Generalanwalt hat öffentlich in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlussanträge zu den Rechtssachen zu stellen, in denen nach der Satzung des Gerichtshofs seine Mitwirkung erforderlich ist.

Klausel 230 (ex-Artikel 223)

Zu Richtern und Generalanwälten des Gerichtshofs sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf sechs Jahre ernannt.

Alle drei Jahre findet nach Maßgabe der Satzung des Gerichtshofs eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Richter und Generalanwälte statt.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofs für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Die Wiederernennung ausscheidender Richter und Generalanwälte ist zulässig.

Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und bestimmt dessen Stellung.

Der Gerichtshof erlässt seine Verfahrensordnung ¹. Sie bedarf der Genehmigung des Rates, der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Klausel 231 (ex-Artikel 224)

Das Gericht erster Instanz besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat. Die Zahl der Richter wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass das Gericht von Generalanwälten unterstützt wird.

Zu Mitgliedern des Gerichts erster Instanz sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung hoher richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen für sechs Jahre ernannt. Alle drei Jahre wird das Gericht teilweise neu besetzt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichts erster Instanz für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Das Gericht erster Instanz ernennt seinen Kanzler und ~~bestimmt~~ **nimmt die Bestimmungen über dessen Stellung an.**

Das Gericht erster Instanz ~~erlässt~~ **nimmt** seine Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof ~~an~~ ². ~~Sie bedarf der Genehmigung~~ **Es beschließt nach Zustimmung** des Rates, der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Soweit die Satzung des Gerichtshofs nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** auf das Gericht erster Instanz Anwendung.

Klausel 232 (ex-Artikel 225)

(1) Das Gericht erster Instanz ist für Entscheidungen im ersten Rechtszug über die in den [Artikeln 230, 232, 235, 236 und 238] genannten Klagen zuständig, mit Ausnahme derjenigen Klagen, die einer gerichtlichen Kammer übertragen werden, und der Klagen, die gemäß der Satzung dem Gerichtshof vorbehalten sind. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass das Gericht erster Instanz für andere Kategorien von Klagen zuständig ist.

Gegen die Entscheidungen des Gerichts erster Instanz aufgrund dieses Absatzes kann nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, beim Gerichtshof ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel eingelegt werden.

(2) Das Gericht erster Instanz ist für Entscheidungen über Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der nach [Artikel 225 a] gebildeten gerichtlichen Kammern zuständig.

¹ In diesem Absatz wird dem Gerichtshof eine Rechtsetzungsbefugnis verliehen. Es sei darauf hingewiesen, dass derzeit in dem Entwurf des Titels V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" in Teil I (Dok. CONV 571/03) nicht vorgesehen ist, dass der Gerichtshof Rechtssetzungsakte annehmen kann.

² Siehe Fußnote zu Artikel 223.

Die Entscheidungen des Gerichts erster Instanz aufgrund dieses Absatzes können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, in Ausnahmefällen vom Gerichtshof überprüft werden, wenn die ernste Gefahr besteht, dass die Einheit oder Kohärenz des ~~Gemeinschaftsrechts~~ **Unionsrechts** berührt wird.

(3) Das Gericht erster Instanz ist in besonderen in der Satzung festgelegten Sachgebieten für Vorabentscheidungen nach [Artikel 234] zuständig.

Wenn das Gericht erster Instanz der Auffassung ist, dass eine Rechtssache eine Grundsatzentscheidung erfordert, die die Einheit oder die Kohärenz des ~~Gemeinschaftsrechts~~ **Unionsrechts** berühren könnte, kann es die Rechtssache zur Entscheidung an den Gerichtshof verweisen.

Die Entscheidungen des Gerichts erster Instanz über Anträge auf Vorabentscheidung können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, in Ausnahmefällen vom Gerichtshof überprüft werden, wenn die ernste Gefahr besteht, dass die Einheit oder die Kohärenz des ~~Gemeinschaftsrechts~~ **Unionsrechts** berührt wird.

Klausel 233 (ex-Artikel 225 a)

~~Der Rat kann durch einstimmigen Beschluss auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Gerichtshofs oder auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission~~ gerichtliche Kammern bilden, die für Entscheidungen im ersten Rechtszug über bestimmte Kategorien von Klagen zuständig sind, die in besonderen Sachgebieten erhoben werden. **Er beschließt einstimmig entweder auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Gerichtshofs oder auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung der Kommission. In beiden Fällen beschließt er nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

~~In dem Beschluss über die~~ **Mit der Maßnahme¹ zur** Bildung einer gerichtlichen Kammer werden die Regeln für die Zusammensetzung dieser Kammer und der ihr übertragene Zuständigkeitsbereich festgelegt.

Gegen die Entscheidungen der gerichtlichen Kammern kann vor dem Gericht erster Instanz ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel oder, wenn ~~der Beschluss über die~~ **Maßnahme zur** Bildung der Kammer dies vorsieht, ein auch Sachfragen betreffendes Rechtsmittel eingelegt werden.

Zu Mitgliedern der gerichtlichen Kammern sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden einstimmig vom Rat ernannt.

¹ Allem Anschein nach wird das Wort "Beschluss" hier im generischen Sinne gebraucht, da es nicht der Begriffsbestimmung im derzeitigen Artikel 249 EGV (nämlich ein Rechtsakt, der an einen oder mehrere genau bestimmte Adressaten gerichtet ist) entspricht. Der Konvent sollte angeben, ob er einen speziellen Rechtsakt vorsehen möchte.

Die gerichtlichen Kammern ~~erlassen~~ **nehmen** ihre Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof an ¹. ~~Diese Verfahrensordnung bedarf der Genehmigung~~ **Sie beschließen darüber nach Zustimmung** des Rates, der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Soweit ~~der Beschluss über die~~ **Maßnahme zur** Bildung der gerichtlichen Kammer nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und die Satzung des Gerichtshofs auf die gerichtlichen Kammern Anwendung.

Klausel 234 (ex-Artikel 226)

Hat nach Auffassung der Kommission ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen, so gibt sie eine mit Gründen versehene Stellungnahme hierzu ab; sie hat dem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Kommt der Staat dieser Stellungnahme innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen.

Klausel 235 (ex-Artikel 227)

Jeder Mitgliedstaat kann den Gerichtshof anrufen, wenn er der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen hat.

Bevor ein Mitgliedstaat wegen einer angeblichen Verletzung der Verpflichtungen aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** gegen einen anderen Staat Klage erhebt, muss er die Kommission damit befassen.

Die Kommission erlässt eine mit Gründen versehene Stellungnahme; sie gibt den beteiligten Staaten zuvor Gelegenheit zu schriftlicher und mündlicher Äußerung in einem kontradiktorischen Verfahren.

Gibt die Kommission binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem ein entsprechender Antrag gestellt wurde, keine Stellungnahme ab, so kann ungeachtet des Fehlens der Stellungnahme vor dem Gerichtshof geklagt werden.

Klausel 236 (ex-Artikel 228)

(1) Stellt der Gerichtshof fest, dass ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen hat, so hat dieser Staat die ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** zu ~~ergreifen~~ **erlassen**, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

(2) Hat nach Auffassung der Kommission der betreffende Mitgliedstaat diese ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** nicht ~~ergreifen~~ **erlassen**, so gibt sie, nachdem sie ihm Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat, eine mit Gründen versehene Stellungnahme ab, in der sie aufführt, in welchen Punkten der betreffende Mitgliedstaat dem Urteil des Gerichtshofes nicht nachgekommen ist.

¹ Siehe Fußnote zu Artikel 223.

Hat der betreffende Mitgliedstaat die ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben, nicht innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist ~~getroffen erlassen~~, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen. Hierbei benennt sie die Höhe des von dem betreffenden Mitgliedstaat zu zahlenden Pauschalbetrags oder Zwangsgelds, die sie den Umständen nach für angemessen hält.

Stellt der Gerichtshof fest, dass der betreffende Mitgliedstaat seinem Urteil nicht nachgekommen ist, so kann er die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds verhängen.

Dieses Verfahren lässt den [Artikel 227] unberührt.

Klausel 237 (ex-Artikel 229)

Aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** vom Europäischen Parlament und vom Rat ~~gemeinsam angenommene europäische Gesetze~~ sowie vom Rat ~~erlassene~~ **angenommene europäische Gesetze/Verordnungen** ¹ können ~~hinsichtlich der~~ **in Bezug auf die** darin vorgesehenen Zwangsmaßnahmen dem Gerichtshof eine Zuständigkeit übertragen, welche die Befugnis zu unbeschränkter Ermessensnachprüfung und zur Änderung oder Verhängung solcher **Zwangsmaßnahmen** umfasst.

Klausel 238 (ex-Artikel 229 a)

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** kann der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einstimmig ~~Bestimmungen erlassen~~ **Maßnahmen annehmen**, mit denen ~~durch die~~ dem Gerichtshof ~~in dem vom Rat festgelegten Umfang~~ die Zuständigkeit übertragen wird, über Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung von aufgrund dieses ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** **angenommenen** Rechtsakten, mit denen ~~gemeinschaftliche~~ Titel für den [gewerblichen] ² Rechtsschutz **auf Unionsebene** geschaffen werden, zu entscheiden. Der Rat **beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments**. Er empfiehlt den Mitgliedstaaten, diese ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

¹ Da der Rat nach dem Entwurf der Artikel des Titels V "Umsetzung der Zuständigkeiten und Maßnahmen der Union" in Teil I (Artikel 25 und 26 CONV 571/03) entweder Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, ist es erforderlich, in der Verfassung die Fälle zu benennen, in denen er für den unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakten oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Anlage II zum vorliegenden Bericht).

² Es stellt sich die Frage, ob dieser restriktiv erscheinende Begriff angemessen ist; es wird darauf hingewiesen, dass Artikel 133 Absatz 7 des EG-Vertrags sich auf den breiter gefassten Begriff des "geistigen Eigentums" bezieht.

Klausel 239 (ex-Artikel 230) ¹

Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit der gemeinsamen Handlungen des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Handlungen des Rates, der Kommission und der EZB ², soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt, und der Handlungen des Europäischen Parlaments mit Rechtswirkung gegenüber Dritten. ³

Zu diesem Zweck ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt.

Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen des Rechnungshofs und der EZB, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen.

*Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als **[europäisches Gesetz]** ⁴, **europäische** Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete ~~Entscheidung~~ **Beschluss** ergangen sind, sie unmittelbar und individuell betreffen.*

Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe der betreffenden Handlung, ihrer Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von dieser Handlung Kenntnis erlangt hat.

Klausel 240 (ex-Artikel 231)

Ist die Klage begründet, so erklärt der Gerichtshof ~~die~~ **den** angefochtenen **Rechtsakt** ~~Handlung~~ für nichtig.

Erklärt er **einen Rechtsakt** ⁵ ~~der Gerichtshof eine Verordnung~~ für nichtig, so bezeichnet er, falls er dies für notwendig hält, diejenigen ~~ihre~~ **seiner** Wirkungen, die als fortgeltend zu betrachten sind.

¹ Dieser Artikel ist Gegenstand einer spezifischen Analyse des Diskussionskreises "Gerichtshof" und wird an dieser Stelle daher nicht behandelt.

² Siehe Fußnote zu Artikel 8 über die Frage, ob die Verwendung von Abkürzungen in der Verfassung angebracht ist und über mögliche Alternativen.

³ Im Rahmen der Diskussion über den Gerichtshof könnte der Konvent die Frage prüfen, ob die in diesem Artikel definierte Zuständigkeit des Gerichtshofs auf die Rechtsakte der Gemeinschaftsagenturen und anderer Organe ausgedehnt werden sollte, die Rechtswirkung gegenüber Dritten haben. Eine solche Zuständigkeit ist derzeit in bestimmten Verordnungen zur Gründung von Agenturen vorgesehen.

⁴ Es wird darauf hingewiesen, dass die Einfügung des Wortes "Gesetz" eine inhaltliche Änderung darstellen würde.

⁵ Die Ersetzung des Ausdruckes "Verordnung" durch "Rechtsakt" ist eine notwendige Anpassung, um diesen Absatz in Einklang mit der Rechtsprechung zu bringen, durch die der Gerichtshof die Gültigkeit der Wirkungen von Rechtsakten, bei denen es sich nicht um Verordnungen handelt, aufrecht erhalten hat.

Klausel 241 (ex-Artikel 232)

Unterlässt es das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission unter Verletzung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**¹, einen Beschluss zu fassen, so können die Mitgliedstaaten und die anderen Organe der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beim Gerichtshof Klage auf Feststellung dieser Vertragsverletzung erheben.

Diese Klage ist nur zulässig, wenn das in Frage stehende Organ zuvor aufgefordert worden ist, tätig zu werden. Hat es binnen zwei Monaten nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten erhoben werden.

Jede natürliche oder juristische Person kann nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 vor dem Gerichtshof Beschwerde darüber führen, dass ein Organ ~~der Gemeinschaft~~ es unterlassen hat, einen anderen Akt als eine Empfehlung oder eine Stellungnahme an sie zu richten.

Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen, die von der *EZB* in ihrem Zuständigkeitsbereich erhoben oder gegen sie angestrengt werden.

Klausel 242 (ex-Artikel 233)

Das oder die Organe, denen das für nichtig erklärte Handeln zur Last fällt oder deren Untätigkeit als ~~vertragsverfassungswidrig~~ erklärt worden ist, haben die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Verpflichtung besteht unbeschadet der Verpflichtungen, die sich aus der Anwendung des [Artikels 288 Absatz 2] ergeben.

Dieser Artikel gilt auch für die *EZB*.

Klausel 243 (ex-Artikel 234)

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**,
- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der ~~Gemeinschaft~~ und der *EZB*,
- c) über die Auslegung der Satzungen der [*durch den Rat*] geschaffenen Einrichtungen, soweit diese Satzungen dies vorsehen.²

¹ Siehe Fußnote zu Artikel 230 zu der Frage, ob eine Ausdehnung auf Agenturen und andere Einrichtungen angebracht ist.

² Die Tragweite des Buchstabens c gegenüber dem Buchstaben b gibt Anlass zu Fragen. Der Text ist auf jeden Fall anzupassen, um den Einrichtungen Rechnung zu tragen, die durch einen im Wege des Mitentscheidungsverfahrens angenommenen Rechtsakt geschaffen werden.

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaats gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofes verpflichtet.

Klausel 244 (ex-Artikel 235)

Der Gerichtshof ist für Streitsachen über den in [Artikel 288 Absatz 2] vorgesehenen Schadensersatz zuständig.

Klausel 245 (ex-Artikel 236)

Der Gerichtshof ist für alle Streitsachen zwischen der **Gemeinschaft Union** und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben.

Klausel 246 (ex-Artikel 237)

Der Gerichtshof ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zuständig in Streitsachen über

- a) die Erfüllung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus der Satzung der Europäischen Investitionsbank. Der Verwaltungsrat der Bank besitzt hierbei die der Kommission in [Artikel 226] übertragenen Befugnisse;
- b) die Beschlüsse des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank. Jeder Mitgliedstaat, die Kommission und der Verwaltungsrat der Bank können hierzu nach Maßgabe des [Artikels 230] Klage erheben;
- c) die Beschlüsse des Verwaltungsrats der Europäischen Investitionsbank. Diese können nach Maßgabe des [Artikels 230] nur von Mitgliedstaaten oder der Kommission und lediglich wegen Verletzung der Formvorschriften des Artikels 21 Absätze 2 und 5 bis 7 der Satzung der Investitionsbank angefochten werden;
- d) die Erfüllung der sich aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** und der Satzung des *ESZB* ergebenden Verpflichtungen durch die nationalen Zentralbanken. Der Rat der *EZB* besitzt hierbei gegenüber den nationalen Zentralbanken die Befugnisse, die der Kommission in [Artikel 226] gegenüber den Mitgliedstaaten eingeräumt werden. Stellt der Gerichtshof fest, dass eine nationale Zentralbank gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen hat, so hat diese Bank die ~~Maßnahmen zu ergreifen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

Klausel 247 (ex-Artikel 238)

Der Gerichtshof ist für Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel zuständig, die in einem von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** oder für ihre Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Vertrag enthalten ist.

Klausel 248 (ex-Artikel 239)

Der Gerichtshof ist für jede mit dem Gegenstand ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** in Zusammenhang stehende Streitigkeit zwischen Mitgliedstaaten zuständig, wenn diese bei ihm aufgrund eines Schiedsvertrags anhängig gemacht wird.

Klausel 249 (ex-Artikel 240)

Soweit keine Zuständigkeit des Gerichtshofes aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** besteht, sind Streitsachen, bei denen die ~~Gemeinschaft~~ **Union** Partei ist, der Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte nicht entzogen.

Klausel 250 (ex-Artikel 241)

Ungeachtet des Ablaufs der in [Artikel 230 Absatz 5] genannten Frist kann jede Partei in einem Rechtsstreit, bei dem es auf die Geltung ~~einer vom eines europäischen Gesetzes des Europäischen Parlaments und vom des Rates, eines europäischen Gesetzes des Rates gemeinsam erlassenen Verordnung~~ oder einer **europäischen** Verordnung des Rates, der Kommission oder der *EZB* ankommt, vor dem Gerichtshof die Unanwendbarkeit **des entsprechenden Rechtsakts** ~~dieser Verordnung~~ aus den in [Artikel 230 Absatz 2] genannten Gründen geltend machen.

Klausel 251 (ex-Artikel 242)

Klagen bei dem Gerichtshof haben keine aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch, wenn er dies den Umständen nach für nötig hält, die Durchführung der angefochtenen Handlung aussetzen.

Klausel 252 (ex-Artikel 243)

Der Gerichtshof kann in den bei ihm anhängigen Sachen die erforderlichen einstweiligen Anordnungen treffen.

Klausel 253 (ex-Artikel 244)

Die Urteile des Gerichtshofes sind gemäß [Artikel 256] vollstreckbar.

Klausel 254 (ex-Artikel 245)

Die Satzung des Gerichtshofs wird in einem ~~besonderen~~ Protokoll festgelegt.

~~Der Rat kann auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission oder auf Antrag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Gerichtshofs einstimmig die Satzung mit Ausnahme ihres Titels I ändern. Er beschließt einstimmig entweder auf Antrag des Gerichtshofs nach Anhörung der Kommission oder auf Antrag der Kommission nach Anhörung des Gerichtshofs. In beiden Fällen beschließt er nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~

[ABSCHNITT 5

DER RECHNUNGSHOF]

Klausel 255 (ex-Artikel 246)

Der Rechnungshof nimmt die Rechnungsprüfung wahr.

Klausel 256 (ex-Artikel 247)

- (1) *Der Rechnungshof besteht aus einem Staatsangehörigen je Mitgliedstaat.*
- (2) Zu Mitgliedern des Rechnungshofes sind Persönlichkeiten auszuwählen, die in ihren Ländern Rechnungsprüfungsorganen angehören oder angehört haben oder die für dieses Amt besonders geeignet sind. Sie müssen jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten.
- (3) Die Mitglieder des Rechnungshofs werden auf sechs Jahre ernannt. **Ihre Wiederernennung ist zulässig.** Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ mit qualifizierter Mehrheit an. ~~Die Wiederernennung der Mitglieder des Rechnungshofs ist zulässig. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~¹

~~Sie~~ **Die Mitglieder des Rechnungshofs** wählen aus ihrer Mitte ~~den ihren~~ Präsidenten ~~des Rechnungshofs~~ für drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

- (4) Die Mitglieder des Rechnungshofes üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aus.

¹ Es erscheint logischer, wenn erst die Dauer und die Verlängerbarkeit des Mandats erwähnt wird und anschließend das Ernennungsverfahren.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist.

(5) Die Mitglieder des Rechnungshofes dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein.

(6) Abgesehen von regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Mitglieds des Rechnungshofes durch Rücktritt oder durch Amtsenthebung durch den Gerichtshof gemäß Absatz 7.

Für das ausscheidende Mitglied wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt.

Außer im Fall der Amtsenthebung bleiben die Mitglieder des Rechnungshofes bis zur Neubesetzung ihres Sitzes im Amt.

(7) Ein Mitglied des Rechnungshofes kann nur dann seines Amtes enthoben oder seiner Ruhegehaltsansprüche oder anderer an ihrer Stelle gewährter Vergünstigungen für verlustig erklärt werden, wenn der Gerichtshof auf Antrag des Rechnungshofes feststellt, dass es nicht mehr die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt oder den sich aus seinem Amt ergebenden Verpflichtungen nicht mehr nachkommt.

(8) Der Rat setzt **mit qualifizierter Mehrheit** die Beschäftigungsbedingungen für den Präsidenten und die Mitglieder des Rechnungshofes fest, insbesondere die Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter. ~~Er setzt mit derselben Mehrheit,~~ **sowie** alle sonstigen als Entgelt gezahlten Vergütungen fest.

(9) Die für die Richter des Gerichtshofes geltenden Bestimmungen des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften ¹ gelten auch für die Mitglieder des Rechnungshofes. ²

Klausel 257 (ex-Artikel 248)

(1) Der Rechnungshof prüft die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben der ~~Gemeinschaft~~ **Union**. Er prüft ebenfalls die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben jeder von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** geschaffenen Einrichtung, soweit der Gründungsakt dies nicht ausschließt.

¹ Der Name dieses Protokolls muss - entsprechend der neuen Bezeichnung "Union" - geändert werden.

² Es stellt sich die Frage, ob dieser Absatz nicht zur Vereinfachung besser direkt in das Protokoll aufgenommen werden sollte, wie dies bei den Mitgliedern der anderen Organe der Fall ist.

Der Rechnungshof legt dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge vor, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wird. Diese Erklärung kann durch spezifische Beurteilungen zu allen größeren Tätigkeitsbereichen der **Gemeinschaft Union** ergänzt werden.

(2) Der Rechnungshof prüft die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung. Dabei berichtet er insbesondere über alle Fälle von Unregelmäßigkeiten.

Die Prüfung der Einnahmen erfolgt anhand der Feststellungen und der Zahlungen der Einnahmen an die **Gemeinschaft Union**.

Die Prüfung der Ausgaben erfolgt anhand der Mittelbindungen und der Zahlungen.

Diese Prüfungen können vor Abschluss der Rechnung des betreffenden Haushaltsjahrs durchgeführt werden.

(3) Die Prüfung wird anhand der Rechnungsunterlagen und erforderlichenfalls an Ort und Stelle bei den anderen Organen ~~der Gemeinschaft~~, in den Räumlichkeiten der Einrichtungen, die Einnahmen oder Ausgaben für Rechnung der **Gemeinschaft Union** verwalten, sowie der natürlichen und juristischen Personen, die Zahlungen aus dem Haushalt erhalten, und in den Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Prüfung in den Mitgliedstaaten erfolgt in Verbindung mit den einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorganen oder, wenn diese nicht über die erforderliche Zuständigkeit verfügen, mit den zuständigen einzelstaatlichen Dienststellen. Der Rechnungshof und die einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane arbeiten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit vertrauensvoll zusammen. Diese Organe oder Dienststellen teilen dem Rechnungshof mit, ob sie an der Prüfung teilzunehmen beabsichtigen.

Die anderen Organe ~~der Gemeinschaft~~, die Einrichtungen, die Einnahmen oder Ausgaben für Rechnung der **Gemeinschaft Union** verwalten, die natürlichen oder juristischen Personen, die Zahlungen aus dem Haushalt erhalten, und die einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane oder, wenn diese nicht über die erforderliche Zuständigkeit verfügen, die zuständigen einzelstaatlichen Dienststellen übermitteln dem Rechnungshof auf dessen Antrag die für die Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Unterlagen oder Informationen.

Die Rechte des Rechnungshofs auf Zugang zu Informationen der Europäischen Investitionsbank im Zusammenhang mit deren Tätigkeit bei der Verwaltung von Einnahmen und Ausgaben der ~~Gemeinschaft~~ **Gemeinschaft Union** werden in einer Vereinbarung zwischen dem Rechnungshof, der Bank und der Kommission geregelt. Der Rechnungshof hat auch dann Recht auf Zugang zu den Informationen, die für die Prüfung der von der Bank verwalteten Einnahmen und Ausgaben der **Gemeinschaft Union** erforderlich sind, wenn eine entsprechende Vereinbarung nicht besteht.

(4) Der Rechnungshof erstattet nach Abschluss eines jeden Haushaltsjahrs einen Jahresbericht. Dieser Bericht wird den anderen Organen ~~der Gemeinschaft~~ vorgelegt und im *Amtsblatt der Europäischen Union* zusammen mit den Antworten dieser Organe auf die Bemerkungen des Rechnungshofs veröffentlicht.

Der Rechnungshof kann ferner jederzeit seine Bemerkungen zu besonderen Fragen vorlegen, insbesondere in Form von Sonderberichten, und auf Antrag eines der anderen Organe ~~der Gemeinschaft~~ Stellungnahmen abgeben.

Er nimmt seine jährlichen Berichte, Sonderberichte oder Stellungnahmen mit der Mehrheit seiner Mitglieder an. Er kann jedoch für die Annahme bestimmter Arten von Berichten oder Stellungnahmen nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung Kammern bilden.

Er unterstützt das Europäische Parlament und den Rat bei der Kontrolle der Ausführung des Haushaltsplans.

Der Rechnungshof nimmt seine Geschäftsordnung an. ~~Diese bedarf der~~ **Er beschließt nach** Genehmigung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt.

[KAPITEL 2

GEMEINSAME VORSCHRIFTEN FÜR MEHRERE ORGANE]

Artikel 249 ¹

~~Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemeinsam, der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab.~~

~~Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.~~

~~Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.~~

~~Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.~~

~~Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.~~

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels "Rechtsakte der Union" in Teil I Titel V (Artikel 24, Dok. CONV 571/03) ersetzt.

Klausel 258 (ex-Artikel 250) ¹

(1) *Wird der Rat kraft dieses Vertrags auf Vorschlag der Kommission tätig, so kann er vorbehaltlich des Artikels 251 Absätze 4 und 5 Änderungen dieses Vorschlags nur einstimmig beschließen.*

(2) *Solange ein Beschluss des Rates nicht ergangen ist, kann die Kommission ihren Vorschlag jederzeit im Verlauf der Verfahren zur Annahme eines Rechtsakts der Gemeinschaft ändern.*

Klausel 259 (ex-Artikel 251) ²

(1) *Wird in diesem Vertrag hinsichtlich der Annahme eines Rechtsakts auf diesen Artikel Bezug genommen, so gilt das nachstehende Verfahren.*

(2) *Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Vorschlag.*

Nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments verfährt der Rat mit qualifizierter Mehrheit wie folgt:

- *Billigt er alle in der Stellungnahme des Europäischen Parlaments enthaltenen Abänderungen, so kann er den vorgeschlagenen Rechtsakt in der abgeänderten Fassung erlassen;*
- *schlägt das Europäische Parlament keine Abänderungen vor, so kann er den vorgeschlagenen Rechtsakt erlassen;*
- *anderenfalls legt er einen gemeinsamen Standpunkt fest und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament. Der Rat unterrichtet das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über die Gründe, aus denen er seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat. Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über ihren Standpunkt.*

Hat das Europäische Parlament binnen drei Monaten nach der Übermittlung

- a) *den gemeinsamen Standpunkt gebilligt oder keinen Beschluss gefasst, so gilt der betreffende Rechtsakt als entsprechend diesem gemeinsamen Standpunkt erlassen;*
- b) *den gemeinsamen Standpunkt mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder abgelehnt, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als nicht erlassen;*
- c) *mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Abänderungen an dem gemeinsamen Standpunkt vorgeschlagen, so wird die abgeänderte Fassung dem Rat und der Kommission zugeleitet; die Kommission gibt eine Stellungnahme zu diesen Abänderungen ab.*

¹ Dieser Artikel sollte vom Konvent im Zusammenhang mit Teil I der Verfassung geprüft werden; er wird daher hier nicht behandelt.

² Dieser Artikel sollte entsprechend Artikel 250 EG-Vertrag und den Empfehlungen der Gruppe IX "Vereinfachung" angepasst werden; er wird daher hier nicht behandelt.

(3) *Billigt der Rat mit qualifizierter Mehrheit binnen drei Monaten nach Eingang der Abänderungen des Europäischen Parlaments alle diese Abänderungen, so gilt der betreffende Rechtsakt als in der so abgeänderten Fassung des gemeinsamen Standpunkts erlassen; über Abänderungen, zu denen die Kommission eine ablehnende Stellungnahme abgegeben hat, beschließt der Rat jedoch einstimmig. Billigt der Rat nicht alle Abänderungen, so beruft der Präsident des Rates im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments binnen sechs Wochen den Vermittlungsausschuss ein.*

(4) *Der Vermittlungsausschuss, der aus den Mitgliedern des Rates oder deren Vertretern und ebenso vielen Vertretern des Europäischen Parlaments besteht, hat die Aufgabe, mit der qualifizierten Mehrheit der Mitglieder des Rates oder deren Vertretern und der Mehrheit der Vertreter des Europäischen Parlaments eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen. Die Kommission nimmt an den Arbeiten des Vermittlungsausschusses teil und ergreift alle erforderlichen Initiativen, um auf eine Annäherung der Standpunkte des Europäischen Parlaments und des Rates hinzuwirken. Der Vermittlungsausschuss befasst sich hierbei mit dem gemeinsamen Standpunkt auf der Grundlage der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Abänderungen.*

(5) *Billigt der Vermittlungsausschuss binnen sechs Wochen nach seiner Einberufung einen gemeinsamen Entwurf, so verfügen das Europäische Parlament und der Rat ab dieser Billigung über eine Frist von sechs Wochen, um den betreffenden Rechtsakt entsprechend dem gemeinsamen Entwurf zu erlassen, wobei im Europäischen Parlament die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und im Rat die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Nimmt eines der beiden Organe den vorgeschlagenen Rechtsakt nicht innerhalb dieser Frist an, so gilt er als nicht erlassen.*

(6) *Billigt der Vermittlungsausschuss keinen gemeinsamen Entwurf, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als nicht erlassen.*

(7) *Die in diesem Artikel genannten Fristen von drei Monaten bzw. sechs Wochen werden auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates um höchstens einen Monat bzw. zwei Wochen verlängert.*

Artikel 252 ¹

~~Wird in diesem Vertrag hinsichtlich der Annahme eines Rechtsakts auf diesen Artikel Bezug genommen, so gilt folgendes Verfahren:~~

- ~~a) — Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments einen gemeinsamen Standpunkt fest.~~
- ~~b) — Der gemeinsame Standpunkt des Rates wird dem Europäischen Parlament zugeleitet. Der Rat und die Kommission unterrichten das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über die Gründe, aus denen der Rat seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat, sowie über den Standpunkt der Kommission.~~

¹ Dieser Artikel entfällt, siehe Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", S. 16.

~~Hat das Europäische Parlament diesen gemeinsamen Standpunkt binnen drei Monaten nach der Übermittlung gebilligt oder hat es sich innerhalb dieser Frist nicht geäußert, so erlässt der Rat den betreffenden Rechtsakt endgültig entsprechend dem gemeinsamen Standpunkt.~~

- e) ~~Das Europäische Parlament kann innerhalb der unter Buchstabe b vorgesehenen Dreimonatsfrist mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Abänderungen an dem gemeinsamen Standpunkt des Rates vorschlagen. Es kann ferner den gemeinsamen Standpunkt des Rates mit der gleichen Mehrheit ablehnen. Das Ergebnis der Beratungen wird dem Rat und der Kommission zugeleitet.~~

~~Hat das Europäische Parlament den gemeinsamen Standpunkt des Rates abgelehnt, so kann der Rat in zweiter Lesung nur einstimmig beschließen.~~

- d) ~~Die Kommission überprüft innerhalb einer Frist von einem Monat den Vorschlag, aufgrund dessen der Rat seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat, unter Berücksichtigung der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Abänderungen.~~

~~Die Kommission übermittelt dem Rat zusammen mit dem von ihr überprüften Vorschlag die von ihr nicht übernommenen Abänderungen des Europäischen Parlaments und nimmt dazu Stellung. Der Rat kann diese Abänderungen einstimmig annehmen.~~

- e) ~~Der Rat verabschiedet mit qualifizierter Mehrheit den von der Kommission überprüften Vorschlag.~~

~~Der Rat kann den von der Kommission überprüften Vorschlag nur einstimmig ändern.~~

- f) ~~In den unter den Buchstaben c, d und e genannten Fällen muss der Rat binnen drei Monaten beschließen. Ergeht innerhalb dieser Frist kein Beschluss, so gilt der Vorschlag der Kommission als nicht angenommen.~~

- g) ~~Die unter den Buchstaben b und f genannten Fristen können im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat um höchstens einen Monat verlängert werden.~~

Artikel 253 ¹

~~Die Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, die vom Europäischen Parlament und vom Rat gemeinsam oder vom Rat oder von der Kommission angenommen werden, sind mit Gründen zu versehen und nehmen auf die Vorschläge oder Stellungnahmen Bezug, die nach diesem Vertrag eingeholt werden müssen.~~

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels "Gemeinsame Grundsätze für die Rechtsakte der Union" in Teil I Titel V (Artikel 32, Dok. CONV 571/03) ersetzt.

Artikel 254 ¹

~~(1) — Die nach dem Verfahren des Artikels 251 angenommenen Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen werden vom Präsidenten des Europäischen Parlaments und vom Präsidenten des Rates unterzeichnet und im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.~~

~~(2) — Die Verordnungen des Rates und der Kommission sowie die an alle Mitgliedstaaten gerichteten Richtlinien dieser Organe werden im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.~~

~~(3) — Die anderen Richtlinien sowie die Entscheidungen werden denjenigen, für die sie bestimmt sind, bekannt gegeben und werden durch diese Bekanntgabe wirksam.~~

Klausel 260 (ex-Artikel 255) ²

(1) *Jeder Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder Sitz in einem Mitgliedstaat hat das Recht auf Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vorbehaltlich der Grundsätze und Bedingungen, die nach den Absätzen 2 und 3 festzulegen sind.*

(2) *Die allgemeinen Grundsätze und die aufgrund öffentlicher oder privater Interessen geltenden Einschränkungen für die Ausübung dieses Rechts auf Zugang zu Dokumenten werden vom Rat binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam gemäß dem Verfahren des Artikels 251 festgelegt.*

(3) *Jedes der vorgenannten Organe legt in seiner Geschäftsordnung Sonderbestimmungen hinsichtlich des Zugangs zu seinen Dokumenten fest.*

Klausel 261 (ex-Artikel 256)

Die ~~Entscheidungen~~ **Maßnahmen** ³ des Rates ~~oder~~, der Kommission ~~oder der Europäischen Zentralbank~~ ⁴, die eine Zahlung auferlegen, sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten.

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels "Veröffentlichung und Inkrafttreten" in Teil I Titel V (Artikel 33, Dok. CONV 571/03) ersetzt.

² Dieser Artikel könnte in Teil I der Verfassung aufgenommen werden (siehe Dok. CONV 369/02). Er wird daher hier nicht behandelt. Jedoch wird vorgeschlagen, dass der Konvent prüft, ob die in diesem Artikel enthaltene Verpflichtung nicht auf die Agenturen und andere Einrichtungen ausgedehnt werden sollte. Derzeit sehen einige Verordnungen über die Einrichtung von Agenturen eine solche Verpflichtung vor.

³ Der französische Begriff "décision" (dt. "Beschluss/Entscheidung") wird hier unspezifisch verwendet. Daher wird vorgeschlagen, ihn durch den Begriff "Maßnahmen" zu ersetzen, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass er sich auch auf andere Arten von Rechtsakten beziehen könnte.

⁴ Durch diesen Zusatz erübrigt sich Artikel 110 Absatz 2 Unterabsatz 4 EGV, der auf diesen Artikel Bezug nimmt.

Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozessrechts des **Mitgliedstaates**, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der staatlichen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Mitgliedstaats zu diesem Zweck bestimmt und der Kommission und dem Gerichtshof benennt.

Sind diese Formvorschriften auf Antrag der die Vollstreckung betreibenden Partei erfüllt, so kann diese die Zwangsvollstreckung nach innerstaatlichem Recht betreiben, indem sie die zuständige Stelle unmittelbar anruft.

Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofs ausgesetzt werden. Für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der ~~Vollstreckungsmaßnahmen~~ **Vollstreckungsbestimmungen** sind jedoch die einzelstaatlichen Rechtsprechungsorgane zuständig.

[KAPITEL 3

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS] ¹

Klausel 262 (ex-Artikel 257)

Es wird ein Wirtschafts- und Sozialausschuss mit beratender Aufgabe errichtet.

Der Ausschuss besteht aus Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft, insbesondere der Erzeuger, der Landwirte, der Verkehrsunternehmer, der Arbeitnehmer, der Kaufleute und Handwerker, der freien Berufe, der Verbraucher und des Allgemeininteresses.

Klausel 263 (ex-Artikel 258)

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat höchstens dreihundertfünfzig Mitglieder.

¹ Es sollte geprüft werden, ob nicht angesichts der Tatsache, dass dieser Ausschuss seinen Namen inzwischen geändert hat, das Wort "Europäische" eingefügt werden muss.

Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

<i>Belgien</i>	<i>12</i>
<i>Dänemark</i>	<i>9</i>
<i>Deutschland</i>	<i>24</i>
<i>Griechenland</i>	<i>12</i>
<i>Spanien</i>	<i>21</i>
<i>Frankreich</i>	<i>24</i>
<i>Irland</i>	<i>9</i>
<i>Italien</i>	<i>24</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>6</i>
<i>Niederlande</i>	<i>12</i>
<i>Österreich</i>	<i>12</i>
<i>Portugal</i>	<i>12</i>
<i>Finnland</i>	<i>9</i>
<i>Schweden</i>	<i>12</i>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	<i>24</i>

Die Mitglieder des Ausschusses sind an keine Weisungen gebunden. Sie üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aus.

Der Rat ~~setzt~~ **nimmt** mit qualifizierter Mehrheit **Maßnahmen zur Festsetzung der die** Vergütungen für die Mitglieder des Ausschusses ~~fest an~~.

Klausel 264 (ex-Artikel 259)

(1) ~~Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vorschlag der Mitgliedstaaten¹ auf vier Jahre ernannt. Ihre Wiederernennung ist zulässig. Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder mit qualifizierter Mehrheit an. Die Wiederernennung der Mitglieder des Ausschusses ist zulässig.²~~

(2) ~~Der Rat~~ **Er beschließt** ~~hört die~~ **nach Anhörung der** Kommission. Er kann die Meinung der maßgeblichen europäischen Organisationen der verschiedenen Zweige des Wirtschafts- und Soziallebens einholen, die an der Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** interessiert sind.

Klausel 265 (ex-Artikel 260)

Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

Er nimmt seine Geschäftsordnung an.

¹ "Auf Vorschlag der Mitgliedstaaten" ist in Anbetracht des folgenden Satzes redundant.

² Aus Sicht der Gruppe ist es logischer, wenn erst die Länge und die Verlängerbarkeit des Mandats erwähnt wird und anschließend das Ernennungsverfahren.

Der Ausschuss wird von seinem Präsidenten auf Antrag **des Europäischen Parlaments**,¹ des Rates oder der Kommission einberufen. Er kann auch von sich aus zusammentreten.

Klausel 266 (ex-Artikel 261)

Der Ausschuss umfasst fachliche Gruppen für die Hauptsachgebiete ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**.

Die fachlichen Gruppen werden im Rahmen des allgemeinen Zuständigkeitsbereichs des Ausschusses tätig. Sie können nicht unabhängig vom Ausschuss gehört werden.

Innerhalb des Ausschusses können ferner Unterausschüsse eingesetzt werden; diese haben über bestimmte Fragen oder auf bestimmten Gebieten Entwürfe von Stellungnahmen zur Beratung im Ausschuss auszuarbeiten.

Die Geschäftsordnung bestimmt die Art und Weise der Zusammensetzung und regelt die Zuständigkeit der fachlichen Gruppen und Unterausschüsse.

Klausel 267 (ex-Artikel 262)

Der Ausschuss muss vom **Europäischen Parlament**, vom Rat oder von der Kommission in den ~~in diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Fällen gehört werden. **In allen anderen Fällen** ~~Er~~ kann ~~er~~ von diesen Organen ~~in allen Fällen~~ gehört werden, ~~in denen diese es für zweckmäßig erachten~~. Er kann **auch** von sich aus eine Stellungnahme in den Fällen abgeben, in denen er dies für zweckmäßig erachtet.

Wenn **das Europäische Parlament**, der Rat oder die Kommission es für notwendig erachten, setzen sie dem Ausschuss für die Vorlage seiner Stellungnahme eine Frist; diese beträgt mindestens einen Monat, vom Eingang der Mitteilung beim Präsidenten des Ausschusses an gerechnet. Nach Ablauf der Frist kann das Fehlen einer Stellungnahme unberücksichtigt bleiben.

Die Stellungnahmen des Ausschusses und der zuständigen fachlichen Gruppe sowie ein Bericht über die Beratungen werden **dem Europäischen Parlament**, dem Rat und der Kommission übermittelt.

~~Der Ausschuss kann vom Europäischen Parlament gehört werden.~~²

¹ Diese Änderung, wie auch die Änderungen in Artikel 262, 264 und 265, sollte vorgenommen werden, damit das Europäische Parlament im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens mit dem Rat gleichgestellt ist; dies entspricht einer Empfehlung im Bericht der Gruppe IX "Vereinbarung" (Dok. CONV 424/02, S. 15).

² Diese Streichung ergibt sich folgerichtig aus den anderen Änderungen, die an diesem Artikel vorgenommen wurden; siehe Fußnote zu Artikel 260.

[KAPITEL 4

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN]

Klausel 268 (ex-Artikel 263)

Es wird ein beratender Ausschuss, nachstehend "Ausschuss der Regionen" genannt, errichtet, der sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammensetzt, die entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind.

Der Ausschuss der Regionen hat höchstens dreihundertfünfzig Mitglieder.

Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

<i>Belgien</i>	<i>12</i>
<i>Dänemark</i>	<i>9</i>
<i>Deutschland</i>	<i>24</i>
<i>Griechenland</i>	<i>12</i>
<i>Spanien</i>	<i>21</i>
<i>Frankreich</i>	<i>24</i>
<i>Irland</i>	<i>9</i>
<i>Italien</i>	<i>24</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>6</i>
<i>Niederlande</i>	<i>12</i>
<i>Österreich</i>	<i>12</i>
<i>Portugal</i>	<i>12</i>
<i>Finnland</i>	<i>9</i>
<i>Schweden</i>	<i>12</i>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	<i>24</i>

Die Mitglieder des Ausschusses sowie eine gleiche Anzahl von Stellvertretern werden ~~auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedstaaten~~¹ auf vier Jahre ernannt. Wiederernennung ist zulässig. Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der ~~einzelnen~~ **jeweiligen** Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder und Stellvertreter **mit qualifizierter Mehrheit** an. Die Amtszeit der Mitglieder des Ausschusses endet automatisch bei Ablauf des in Unterabsatz 1 genannten Mandats, aufgrund dessen sie vorgeschlagen wurden; für die verbleibende Amtszeit wird nach demselben Verfahren ein Nachfolger ernannt. Ein Mitglied des Ausschusses darf nicht gleichzeitig Mitglied des Europäischen Parlaments sein.

Die Mitglieder des Ausschusses sind an keine Weisungen gebunden. Sie üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aus.

¹ "Auf Vorschlag der Mitgliedstaaten" ist in Anbetracht des folgenden Satzes redundant.

Klausel 269 (ex-Artikel 264)

Der Ausschuss der Regionen wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

Er nimmt seine Geschäftsordnung an.

Der Ausschuss wird von seinem Präsidenten auf Antrag **des Europäischen Parlaments**, des Rates oder der Kommission einberufen. Er kann auch von sich aus zusammentreten.

Klausel 270 (ex-Artikel 265)

Der Ausschuss der Regionen wird **vom Europäischen Parlament**, vom Rat oder von der Kommission in den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Fällen und in allen anderen Fällen gehört, in denen eines dieser beiden Organe dies für zweckmäßig erachtet, insbesondere in Fällen, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffen.

Wenn **das Europäische Parlament**, der Rat oder die Kommission es für notwendig erachten, setzen sie dem Ausschuss für die Vorlage seiner Stellungnahme eine Frist; diese beträgt mindestens einen Monat, vom Eingang der diesbezüglichen Mitteilung beim Präsidenten des Ausschusses an gerechnet. Nach Ablauf der Frist kann das Fehlen einer Stellungnahme unberücksichtigt bleiben.

Wird der Wirtschafts- und Sozialausschuss nach [Artikel 262] gehört, so wird der Ausschuss der Regionen **vom Europäischen Parlament**, vom Rat oder von der Kommission über dieses Ersuchen um Stellungnahme unterrichtet. ~~[Der Ausschuss der Regionen kann, wenn er der Auffassung ist, dass spezifische regionale Interessen berührt werden, eine entsprechende Stellungnahme abgeben.]~~¹

~~Der Ausschuss der Regionen kann vom Europäischen Parlament gehört werden.~~²

Er kann, wenn er ~~dies für zweckdienlich erachtet~~ **der Auffassung ist, dass spezifische regionale Interessen berührt werden**, von sich aus eine Stellungnahme abgeben.

Die Stellungnahme des Ausschusses sowie ein Bericht über die Beratungen werden **dem Europäischen Parlament**, dem Rat und der Kommission übermittelt.

¹ Dieser Satz sollte in den vorletzten Absatz dieses Artikels aufgenommen werden; dieser sieht nämlich vor, dass der Ausschuss in allen Fällen von sich aus Stellungnahmen abgeben kann.

² Diese Streichung ergibt sich folgerichtig aus den anderen Änderungen, die an diesem Artikel vorgenommen wurden, siehe Fußnote zu Artikel 260.

[KAPITEL 5

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK]

Klausel 271 (ex-Artikel 266)

Die Europäische Investitionsbank besitzt Rechtspersönlichkeit.

Mitglieder der Europäischen Investitionsbank sind die Mitgliedstaaten.

Die Satzung der Europäischen Investitionsbank ist ~~diesem Vertrag als~~ **ist Gegenstand eines** Protokolls ~~beigefügt. Der Rat kann auf Antrag der Europäischen Investitionsbank und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission oder auf Antrag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Investitionsbank die Artikel 4, 11 und 12 und Artikel 18 Absatz 5 der Satzung der Bank einstimmig ändern. Er beschließt einstimmig entweder auf Antrag der Europäischen Investitionsbank nach Anhörung der Kommission oder auf Antrag der Kommission nach Anhörung der Europäischen Investitionsbank. In beiden Fällen beschließt er nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~

Klausel 272 (ex-Artikel 267)

Aufgabe der Europäischen Investitionsbank ist es, zu einer ausgewogenen und reibungslosen Entwicklung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** im Interesse der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beizutragen; hierbei bedient sie sich des Kapitalmarkts sowie ihrer eigenen Mittel. In diesem Sinne erleichtert sie ohne Verfolgung eines Erwerbszwecks durch Gewährung von Darlehen und Bürgschaften die Finanzierung der nachstehend bezeichneten Vorhaben in allen Wirtschaftszweigen:

- a) Vorhaben zur Erschließung der weniger entwickelten Gebiete;
- b) Vorhaben zur Modernisierung oder Umstellung von Unternehmen oder zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, die sich aus der schrittweisen Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** ergeben und wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können;
- c) Vorhaben von gemeinsamem Interesse für mehrere Mitgliedstaaten, die wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können.

In Erfüllung ihrer Aufgabe erleichtert die Bank die Finanzierung von Investitionsprogrammen in Verbindung mit der Unterstützung aus den Strukturfonds und anderen Finanzierungsinstrumenten der ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

[TITEL II ¹

FINANZVORSCHRIFTEN]

Klausel 273 (ex-Artikel 268) ²

Alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft einschließlich derjenigen des Europäischen Sozialfonds werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingesetzt.

Die für die Organe anfallenden Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit den die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres ³ betreffenden Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union gehen zulasten des Haushalts. Die aufgrund der Durchführung dieser Bestimmungen entstehenden operativen Ausgaben können unter den in diesen Bestimmungen vorgesehenen Voraussetzungen dem Haushalt angelastet werden.

Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

Klausel 274 (ex-Artikel 269)

Der Haushalt wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert.

Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig die Bestimmungen über das System der Eigenmittel der Gemeinschaft fest und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Klausel 275 (ex-Artikel 270)

Damit die Haushaltsdisziplin gewährleistet wird, unterbreitet die Kommission keine Vorschläge für Rechtsakte der Gemeinschaft, ändert nicht ihre Vorschläge und erlässt keine Durchführungsmaßnahme, die erhebliche Auswirkungen auf den Haushaltsplan haben könnte, ohne die Gewähr zu bieten, dass der betreffende Vorschlag bzw. die betreffende Maßnahme im Rahmen der Eigenmittel der Gemeinschaft finanziert werden kann, die sich aufgrund der vom Rat nach Artikel 269 festgelegten Bestimmungen ergeben.

¹ Einige Bestimmungen dieses Titels könnten in den ersten Teil der Verfassung aufgenommen werden, siehe Dok. CONV 369/02.

² Die Artikel 268 bis 273 sollten vom Konvent im Zusammenhang mit Teil I geprüft werden; sie werden daher hier nicht behandelt.

³ Diese Bezugnahme steht im Widerspruch zu den Änderungen, die mit dem Vertrag von Amsterdam am Unionsvertrag vorgenommen wurden; der korrekte Titel lautet "Bestimmungen über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen".

Klausel 276 (ex-Artikel 271)

Die in den Haushaltsplan eingesetzten Ausgaben werden für ein Haushaltsjahr bewilligt, soweit die gemäß [Artikel 279] festgelegte Haushaltsordnung nicht etwas anderes bestimmt.

Nach Maßgabe der aufgrund des [Artikels 279] erlassenen Vorschriften dürfen die nicht für Personalausgaben vorgesehenen Mittel, die bis zum Ende der Durchführungszeit eines Haushaltsplans nicht verbraucht worden sind, lediglich auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Die vorgesehenen Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Ausgaben nach Art oder Bestimmung zusammengefasst sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der gemäß [Artikel 279] festgelegten Haushaltsordnung unterteilt.

Die Ausgaben des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission und des Gerichtshofes werden unbeschadet einer besonderen Regelung für bestimmte gemeinsame Ausgaben in gesonderten Teilen des Haushaltsplans aufgeführt.

Klausel 277 (ex-Artikel 272)

(1) *Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.*

(2) *Jedes Organ der Gemeinschaft stellt vor dem 1. Juli einen Haushaltsvoranschlag für seine Ausgaben auf. Die Kommission fasst diese Voranschläge in einem Vorentwurf für den Haushaltsplan zusammen. Sie fügt eine Stellungnahme bei, die abweichende Voranschläge enthalten kann.*

Dieser Vorentwurf umfasst den Ansatz der Einnahmen und den Ansatz der Ausgaben.

(3) *Die Kommission legt dem Rat den Vorentwurf des Haushaltsplans spätestens am 1. September des Jahres vor, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.*

Der Rat setzt sich mit der Kommission und gegebenenfalls den anderen beteiligten Organen ins Benehmen, wenn er von dem Vorentwurf abweichen will.

Der Rat stellt den Entwurf des Haushaltsplans mit qualifizierter Mehrheit auf und leitet ihn dem Europäischen Parlament zu.

(4) *Der Entwurf des Haushaltsplans ist dem Europäischen Parlament spätestens am 5. Oktober des Jahres vorzulegen, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.*

Das Europäische Parlament ist berechtigt, den Entwurf des Haushaltsplans mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder abzuändern und mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen dem Rat Änderungen dieses Entwurfs in Bezug auf die Ausgaben vorzuschlagen, die sich zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben.

Hat das Europäische Parlament binnen fünfundvierzig Tagen nach Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans seine Zustimmung erteilt, so ist der Haushaltsplan endgültig festgestellt. Hat es innerhalb dieser Frist den Entwurf des Haushaltsplans weder abgeändert noch Änderungen dazu vorgeschlagen, so gilt der Haushaltsplan als endgültig festgestellt.

Hat das Europäische Parlament innerhalb dieser Frist Abänderungen vorgenommen oder Änderungen vorgeschlagen, so wird der Entwurf des Haushaltsplans mit den entsprechenden Abänderungen oder Änderungsvorschlägen dem Rat zugeleitet.

(5) Nachdem der Rat über den Entwurf des Haushaltsplans mit der Kommission und gegebenenfalls mit den anderen beteiligten Organen beraten hat, beschließt er unter folgenden Bedingungen:

- a) Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit jede der vom Europäischen Parlament vorgenommenen Abänderungen ändern;*
- b) hinsichtlich der Änderungsvorschläge:*
 - Führt eine vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Änderung nicht zu einer Erhöhung des Gesamtbetrags der Ausgaben eines Organs, und zwar insbesondere deswegen, weil die daraus erwachsende Erhöhung der Ausgaben ausdrücklich durch eine oder mehrere vorgeschlagene Änderungen ausgeglichen wird, die eine entsprechende Senkung der Ausgaben bewirken, so kann der Rat diesen Änderungsvorschlag mit qualifizierter Mehrheit ablehnen. Ergeht kein Ablehnungsbeschluss, so ist der Änderungsvorschlag angenommen;*
 - führt eine vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Änderung zu einer Erhöhung des Gesamtbetrags der Ausgaben eines Organs, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit diesen Änderungsvorschlag annehmen. Ergeht kein Annahmebeschluss, so ist der Änderungsvorschlag abgelehnt;*
 - hat der Rat nach einem der beiden vorstehenden Unterabsätze einen Änderungsvorschlag abgelehnt, so kann er mit qualifizierter Mehrheit entweder den im Entwurf des Haushaltsplans stehenden Betrag beibehalten oder einen anderen Betrag festsetzen.*

Der Entwurf des Haushaltsplans wird nach Maßgabe der vom Rat angenommenen Änderungsvorschläge geändert.

Hat der Rat binnen fünfzehn Tagen nach Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans keine der vom Europäischen Parlament vorgenommenen Abänderungen geändert und sind die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments angenommen worden, so gilt der Haushaltsplan als endgültig festgestellt. Der Rat teilt dem Europäischen Parlament mit, dass er keine der Abänderungen geändert hat und dass die Änderungsvorschläge angenommen worden sind.

Hat der Rat innerhalb dieser Frist eine oder mehrere der vom Europäischen Parlament vorgenommenen Abänderungen geändert oder sind die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments abgelehnt oder geändert worden, so wird der geänderte Entwurf des Haushaltsplans erneut dem Europäischen Parlament zugeleitet. Der Rat legt dem Europäischen Parlament das Ergebnis seiner Beratung dar.

(6) *Das Europäische Parlament, das über das Ergebnis der Behandlung seiner Änderungsvorschläge unterrichtet ist, kann binnen fünfzehn Tagen nach Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen die vom Rat an den Abänderungen des Europäischen Parlaments vorgenommenen Änderungen ändern oder ablehnen und stellt demzufolge den Haushaltsplan fest. Hat das Europäische Parlament innerhalb dieser Frist keinen Beschluss gefasst, so gilt der Haushaltsplan als endgültig festgestellt.*

(7) *Nach Abschluss des Verfahrens dieses Artikels stellt der Präsident des Europäischen Parlaments fest, dass der Haushaltsplan endgültig festgestellt ist.*

(8) *Das Europäische Parlament kann jedoch mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen aus wichtigen Gründen den Entwurf des Haushaltsplans ablehnen und die Vorlage eines neuen Entwurfs verlangen.*

(9) *Für alle Ausgaben, die sich nicht zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben, wird jedes Jahr ein Höchstsatz festgelegt, um den die gleichartigen Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres erhöht werden können.*

Die Kommission stellt nach Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik diesen Höchstsatz fest, der sich aus

- der Entwicklung des in Volumen ausgedrückten Bruttosozialprodukts in der Gemeinschaft,*
- der durchschnittlichen Veränderung der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten*

und

- der Entwicklung der Lebenshaltungskosten während des letzten Haushaltsjahres*

ergibt.

Der Höchstsatz wird vor dem 1. Mai allen Organen der Gemeinschaft mitgeteilt. Diese haben ihn bei dem Haushaltsverfahren vorbehaltlich der Vorschriften der Unterabsätze 4 und 5 einzuhalten.

Liegt bei den Ausgaben, die sich nicht zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben, der Erhöhungssatz, der aus dem vom Rat aufgestellten Entwurf des Haushaltsplans hervorgeht, über der Hälfte des Höchstsatzes, so kann das Europäische Parlament in Ausübung seines Abänderungsrechts den Gesamtbetrag dieser Ausgaben noch bis zur Hälfte des Höchstsatzes erhöhen.

Ist das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission der Ansicht, dass die Tätigkeiten der Gemeinschaften eine Überschreitung des nach dem Verfahren dieses Absatzes aufgestellten Satzes erforderlich machen, so kann in Übereinstimmung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament ein neuer Satz festgelegt werden; der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit, das Europäische Parlament mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen.

(10) *Jedes Organ übt die ihm durch diesen Artikel übertragenen Befugnisse unter Beachtung der Vorschriften des Vertrags und der aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakte aus, namentlich der Vorschriften, die die eigenen Mittel der Gemeinschaften und den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben betreffen.*

Klausel 278 (ex-Artikel 273)

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Haushaltsplan noch nicht verabschiedet, so können nach der gemäß Artikel 279 festgelegten Haushaltsordnung für jedes Kapitel oder jede sonstige Untergliederung monatliche Ausgaben bis zur Höhe eines Zwölftels der im abgelaufenen Haushaltsplan bereitgestellten Mittel vorgenommen werden; die Kommission darf jedoch monatlich höchstens über ein Zwölftel der Mittel verfügen, die in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen sind.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit unter Beachtung der sonstigen Bestimmungen des Absatzes 1 Ausgaben genehmigen, die über dieses Zwölftel hinausgehen.

Betrifft dieser Beschluss Ausgaben, die sich nicht zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben, so leitet der Rat ihn unverzüglich dem Europäischen Parlament zu; das Europäische Parlament kann binnen dreißig Tagen mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen einen abweichenden Beschluss über diese Ausgaben hinsichtlich des Teils fassen, der über das in Absatz 1 genannte Zwölftel hinausgeht. Dieser Teil des Ratsbeschlusses ist bis zu einer Entscheidung des Europäischen Parlaments ausgesetzt. Hat das Europäische Parlament nicht innerhalb der genannten Frist anders als der Rat entschieden, so gilt der Beschluss des Rates als endgültig erlassen.

In den Beschlüssen der Absätze 2 und 3 werden die zur Durchführung dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen betreffend die Mittel vorgesehen.

Klausel 279 (ex-Artikel 274)

Die Kommission führt den Haushaltsplan gemäß der nach [Artikel 279] ~~festgelegten Haushaltsordnung~~ **angenommenen europäischen Gesetze/europäischen Verordnungen** in eigener Verantwortung und im Rahmen der zugewiesenen Mittel entsprechend dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung aus. Die Mitgliedstaaten arbeiten mit der Kommission zusammen, um sicherzustellen, dass die Mittel nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung verwendet werden.

Die Beteiligung der einzelnen Organe bei der Vornahme ihrer Ausgaben wird ~~in der Haushaltsordnung~~ **dem europäischen Gesetz/der europäischen Verordnung** im Einzelnen geregelt.

Die Kommission kann nach dem/der gemäß [Artikel 279] ~~festgelegten Haushaltsordnung~~ **angenommenen europäischen Gesetz/europäischen Verordnung** Mittel von Kapitel zu Kapitel oder von Untergliederung zu Untergliederung übertragen.

Klausel 280 (ex-Artikel 275)

Die Kommission legt **dem Europäischen Parlament und dem Rat** ~~und dem Europäischen Parlament~~ jährlich die Rechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres für die Rechnungsvorgänge des Haushaltsplans vor. Sie übermittelt ihnen ferner eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden der ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

Klausel 281 (ex-Artikel 276)

- (1) Auf Empfehlung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt, erteilt das Europäische Parlament der Kommission Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans. Zu diesem Zweck prüft es nach dem Rat die in [Artikel 275] genannte Rechnung und Übersicht sowie den Jahresbericht des Rechnungshofs zusammen mit den Antworten der kontrollierten Organe auf dessen Bemerkungen, die in [Artikel 248 Absatz 1 Unterabsatz 2] genannte Zuverlässigkeitserklärung und die einschlägigen Sonderberichte des Rechnungshofs.
- (2) Das Europäische Parlament kann vor der Entlastung der Kommission sowie auch zu anderen Zwecken im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Haushaltsbefugnisse die Kommission auffordern, Auskunft über die Vornahme der Ausgaben oder die Arbeitsweise der Finanzkontrollsysteme zu erteilen. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament auf dessen Ersuchen alle notwendigen Informationen vor.
- (3) Die Kommission trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den Bemerkungen in den Entlastungsbeschlüssen und anderen Bemerkungen des Europäischen Parlaments zur Vornahme der Ausgaben sowie den Erläuterungen, die den Entlastungsempfehlungen des Rates beigelegt sind, nachzukommen.

Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments oder des Rates erstattet die Kommission Bericht über die Maßnahmen, die aufgrund dieser Bemerkungen und Erläuterungen getroffen wurden, insbesondere über die Weisungen, die den für die Ausführung des Haushaltsplans zuständigen Dienststellen erteilt worden sind. Diese Berichte sind auch dem Rechnungshof zuzuleiten.

Klausel 282 (ex-Artikel 277)

Der Haushaltsplan wird in der ~~Rechnungseinheit~~ **Euro** aufgestellt, ~~die in der gemäß Artikel 279 festgelegten Haushaltsordnung bestimmt wird.~~

Klausel 283 (ex-Artikel 278)

Die Kommission kann vorbehaltlich der Unterrichtung der zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten ihre Guthaben in der Währung eines dieser Staaten in die Währung eines anderen Mitgliedstaats transferieren, soweit dies erforderlich ist, um diese Guthaben für die ~~in diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Zwecke zu verwenden. Besitzt die Kommission verfügbare oder flüssige Guthaben in der benötigten Währung, so vermeidet sie soweit möglich derartige Transferierungen.

Die Kommission verkehrt mit jedem Mitgliedstaat über die von diesem bezeichnete Behörde. Bei der Durchführung ihrer Finanzgeschäfte nimmt sie die Notenbank des betreffenden Mitgliedstaats oder ein anderes von diesem genehmigtes Finanzinstitut in Anspruch.

Klausel 284 (ex-Artikel 279)

(1) ~~Der Rat legt einstimmig Auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und Stellungnahme des Rechnungshofs Folgendes fest:~~

- a) **nimmt der Rat die europäischen Haushaltsgesetze/-verordnungen¹ an**, in der insbesondere die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung im Einzelnen geregelt werden;
- b) **legt der Rat** die Vorschriften über die Verantwortung der Finanzkontrolleure, der anweisungsbefugten Personen und der Rechnungsführer sowie die entsprechenden Kontrollmaßnahmen **fest**.

Ab 1. Januar 2007 beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit ~~auf Vorschlag der Kommission und~~ **Er beschließt** nach Anhörung des Europäischen Parlaments und ~~Stellungnahme~~ des Rechnungshofs.

(2) ~~Der Rat legt einstimmig~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und Stellungnahme des Rechnungshofs~~ **einstimmig Maßnahmen an, mit denen** die Einzelheiten und das Verfahren festgelegt werden, nach denen ~~die Haushaltseinnahmen, die in der Regelung über die Eigenmittel der Gemeinschaften Union vorgesehen sind,~~ **vorgeesehenen Haushaltseinnahmen** der Kommission zur Verfügung gestellt werden, sowie die Maßnahmen, die zu treffen sind, um gegebenenfalls die erforderlichen Kassenmittel bereitzustellen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Rechnungshofs.**

Klausel 285 (ex-Artikel 280)

(1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten bekämpfen Betrugereien und sonstige gegen die finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** gerichtete rechtswidrige Handlungen mit Maßnahmen nach diesem Artikel, die abschreckend sind und in den Mitgliedstaaten einen effektiven Schutz bewirken.

(2) Zur Bekämpfung von Betrugereien, die sich gegen die finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** richten, ~~ergreifen erlassen~~ die Mitgliedstaaten die gleichen ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die sie auch zur Bekämpfung von Betrugereien ~~ergreifen erlassen~~, die sich gegen ihre eigenen finanziellen Interessen richten.

¹ Da der Rat nach den Entwürfen der Artikel in Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" (Artikel 25 und 26, Dok. CONV 571/03) entweder Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, muss der Konvent festlegen, in welchen Fällen in dem Bereich, auf den sich dieser Artikel bezieht, der Rat ein Gesetz, in welchen er eine Verordnung und in welchen er beides annehmen kann.

(3) Die Mitgliedstaaten koordinieren unbeschadet der sonstigen ~~Vertragsbestimmungen~~ **Verfassungsbestimmungen** ihre Tätigkeit zum Schutz der finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** vor Betrügereien. Sie sorgen zu diesem Zweck zusammen mit der Kommission für eine enge, regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden.

(4) Zur Gewährleistung eines effektiven und gleichwertigen Schutzes in den Mitgliedstaaten ~~beschließt nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 nach Anhörung des Rechnungshofs~~ **Gesetzgebungsverfahren** die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Betrügereien, die sich gegen die finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** richten, **an. Sie beschließen nach Anhörung des Rechnungshofs.** Die Anwendung des Strafrechts der Mitgliedstaaten und ihre Strafrechtspflege bleiben von diesen Maßnahmen unberührt.

(5) Die Kommission legt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich einen Bericht über die Maßnahmen **und Bestimmungen** vor, die zur Durchführung dieses Artikels ~~getroffen~~ **angenommen** wurden.

[SONSTIGE BESTIMMUNGEN] ¹

Klausel 286 (ex-Artikel 11) ²

(1) *Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit in einem der unter diesen Vertrag fallenden Bereiche zu begründen, richten einen Antrag an die Kommission, die dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen kann. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, so teilt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre Gründe dafür mit.*

(2) *Die Ermächtigung zur Aufnahme einer verstärkten Zusammenarbeit nach Absatz 1 wird nach Maßgabe der Artikel 43 bis 45 des Vertrags über die Europäische Union vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments erteilt. Betrifft die verstärkte Zusammenarbeit einen Bereich, für den das Verfahren nach Artikel 251 dieses Vertrags gilt, so ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.*

Ein Mitglied des Rates kann verlangen, dass der Europäische Rat befasst wird. Nach dieser Befassung kann der Rat gemäß Unterabsatz 1 beschließen.

(3) *Die für die Durchführung der Tätigkeiten im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit erforderlichen Rechtsakte und Beschlüsse unterliegen allen einschlägigen Bestimmungen dieses Vertrags, soweit in diesem Artikel und in den Artikeln 43 bis 45 des Vertrags über die Europäische Union nichts anderes bestimmt ist.*

¹ Vorschlag für eine neue Überschrift, die nicht in der Struktur vom 28. Oktober 2002 enthalten war.

² Die Artikel 11 und 11a werden vom Konvent geprüft werden.

Klausel 287 (ex-Artikel 11 a)

Jeder Mitgliedstaat, der sich einer nach Artikel 11 begründeten verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat und der Kommission seine Absicht mit; die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor. Binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung beschließt die Kommission über den Antrag und über eventuelle spezifische Regelungen, die sie für notwendig hält.

Klausel 288 (ex-Artikel 282)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** besitzt in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Zu diesem Zweck wird sie von der Kommission vertreten.

Klausel 289 (ex-Artikel 283)

Der Rat ~~nimmt~~ **erlässt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung der anderen beteiligten Organe~~ mit qualifizierter Mehrheit das Statut der Beamten der ~~Europäischen Gemeinschaften~~ **Union** und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten ~~dieser Gemeinschaften der Union an. Er beschließt nach Anhörung der anderen beteiligten Organe.~~

Klausel 290 (ex-Artikel 284)

Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** festgelegt.

Klausel 291 (ex-Artikel 285)

(1) Unbeschadet des Artikels 5 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank ~~beschließt~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat gemäß nach dem Verfahren des Artikels 251 Gesetzgebungsverfahren** Maßnahmen für die Erstellung von Statistiken ~~an~~, wenn dies für die Durchführung der Tätigkeiten der ~~Gemeinschaft~~ **Union** erforderlich ist.

(2) Die Erstellung der Gemeinschaftsstatistiken erfolgt unter Wahrung der Unparteilichkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität, der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, der Kostenwirksamkeit und der statistischen Geheimhaltung; der Wirtschaft dürfen dadurch keine übermäßigen Belastungen entstehen.

Klausel 292 (ex-Artikel 286) ¹

(1) ~~Ab 1. Januar 1999 finden die~~ **Die** Rechtsakte der **Gemeinschaft Union** über den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und dem freien Verkehr solcher Daten **finden** auf die durch ~~diesen Vertrag~~ **die Verfassung** oder auf der Grundlage ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** errichteten Organe und Einrichtungen ~~der Gemeinschaft~~ Anwendung.

(2) ~~Vor dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt beschließt Das Europäische Parlament und der Rat~~ **nehmen nach** gemäß dem Verfahren des Artikels 251 **Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen** ~~die zur~~ Errichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz **an**, die für die Überwachung der Anwendung ~~solcher~~ **der in Absatz 1 genannten** Rechtsakte ~~der Gemeinschaft~~ auf die Organe und Einrichtungen der **Gemeinschaft Union** verantwortlich ist, ~~und erlässt erforderlichenfalls; sie~~ **nehmen zudem** andere einschlägige ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen an**.

Klausel 293 (ex-Artikel 287) ²

Die Mitglieder der Organe der **Gemeinschaft Union**, die Mitglieder der Ausschüsse sowie die Beamten und sonstigen Bediensteten der **Gemeinschaft Union** sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.

Klausel 294 (ex-Artikel 288)

Die vertragliche Haftung der **Gemeinschaft Union** bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist.

Im Bereich der außervertraglichen Haftung ersetzt die **Gemeinschaft Union** ³ den durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind.

Absatz 2 gilt in gleicher Weise für den durch die EZB oder ihre Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden.

Die persönliche Haftung der Bediensteten gegenüber der **Gemeinschaft Union** bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen.

¹ Wohlgermerkt könnte die Abschaffung der Säulen dazu führen, dass der Geltungsbereich dieser Bestimmung auf die Bereiche ausgedehnt wird, die derzeit unter die erste und die zweite Säule fallen, es sei denn, es werden besondere Bestimmungen eingeführt.

² Es stellt sich die Frage, ob - auch in Anbetracht einer möglichen Ausdehnung der Verpflichtung nach Artikel 255 EGV - die in diesem Artikel genannte Verpflichtung nicht auf die Agenturen und andere Stellen ausgedehnt werden sollte.

³ Es ist festzustellen, dass die Ersetzung der Bezeichnung "Gemeinschaft" durch "Union" möglicherweise eine Ausweitung des Geltungsbereichs dieses Artikels (vertragliche Haftung) auf die Bereiche, die derzeit unter die zweite und die dritte Säule fallen, zur Folge hat, sofern keine besonderen Bestimmungen vorgesehen werden.

Klausel 295 (ex-Artikel 289)

Der Sitz der Organe der ~~Gemeinschaft~~ **Union** wird im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt.

Klausel 296 (ex-Artikel 290)

~~Die~~**Der Rat nimmt einstimmig die Maßnahmen zur** Regelung der Sprachenfrage für die Organe der ~~Gemeinschaft~~ **Union** unbeschadet der Satzung des Gerichtshofs ~~vom Rat einstimmig getroffen an.~~

Klausel 297 (ex-Artikel 291)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** genießt im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe des Protokolls vom 8. April 1965 über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften ¹. Dasselbe gilt für die Europäische Zentralbank, ~~das Europäische Währungsinstitut~~ und die Europäische Investitionsbank.

Klausel 298 (ex-Artikel 292) ²

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** nicht anders als hierin vorgesehen zu regeln.

Klausel 299 (ex-Artikel 307)

Die Rechte und Pflichten aus Übereinkünften, die vor dem 1. Januar 1958 oder, im Falle später beigetreter Staaten, vor dem Zeitpunkt ihres Beitritts zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten einerseits und einem oder mehreren dritten Ländern andererseits geschlossen wurden, werden durch ~~diesen Vertrag~~ **die Verfassung** nicht berührt.

Soweit diese Übereinkünfte mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nicht vereinbar sind, wenden der oder die betreffenden Mitgliedstaaten alle geeigneten Mittel an, um die festgestellten Unvereinbarkeiten zu beheben. Erforderlichenfalls leisten die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck einander Hilfe; sie nehmen gegebenenfalls eine gemeinsame Haltung ein.

¹ Siehe Fußnote zu Artikel 247 (Änderung der Bezeichnung des Protokolls).

² Es ist festzustellen, dass infolge der Aufhebung der Säulenstruktur der Geltungsbereich dieser Bestimmung möglicherweise auf die Bereiche, die derzeit unter die zweite und die dritte Säule fallen, ausgedehnt wird, sofern keine besonderen Bestimmungen vorgesehen werden.

Bei Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Übereinkünfte tragen die Mitgliedstaaten dem Umstand Rechnung, dass die in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** von jedem Mitgliedstaat gewährten Vorteile Bestandteil der ~~Errichtung der Gemeinschaft~~ **Union** sind und daher in untrennbarem Zusammenhang stehen mit der Schaffung gemeinsamer Organe, der Übertragung von Zuständigkeiten auf diese und der Gewährung der gleichen Vorteile durch alle anderen Mitgliedstaaten.

o

o o

**Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags,
die nicht in Teil II des Verfassungsentwurfs übernommen werden**

*Sie werden entweder in Teil I oder in Teil III
(allgemeine und Schlussbestimmungen) übernommen werden ¹*

¹ Zur Erinnerung sei darauf hingewiesen, dass einige Artikel durchgestrichen sind, weil sie Gegenstand von Entwürfen für Artikel sind, die vom Präsidium vorgeschlagen wurden, oder weil sie hinfällig geworden sind. In Kursivdruck sind die Artikel wiedergegeben, die der Konvent derzeit vom Inhalt her prüft bzw. noch prüfen wird (siehe Anlage I des Berichts).

[Aus dem EG-Vertrag übernommene Bestimmungen]

~~Artikel 1¹~~

~~Durch diesen Vertrag gründen die HOHEN VERTRAGSPARTEIEN untereinander eine EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT.~~

~~Artikel 2~~

~~Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.~~

~~Artikel 3~~

~~(1) — Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 umfasst nach Maßgabe dieses Vertrags und der darin vorgesehenen Zeitfolge:~~

- ~~a) — das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten;~~
- ~~b) — eine gemeinsame Handelspolitik;~~
- ~~c) — einen Binnenmarkt, der durch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist;~~
- ~~d) — Maßnahmen hinsichtlich der Einreise und des Personenverkehrs nach Titel IV;~~
- ~~e) — eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Fischerei;~~

¹ Die Artikel 1 und 2 sowie Artikel 3 Absatz 1 werden gestrichen und durch die Entwürfe der Artikel (Gründung, Werte und Ziele der Union) in Teil I (Artikel 1, 2 und 3 in CONV 528/03) ersetzt.

- ~~f) — eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet des Verkehrs;~~
 - ~~g) — ein System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarkts vor Verfälschungen schützt;~~
 - ~~h) — die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist;~~
 - ~~i) — die Förderung der Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verstärkung ihrer Wirksamkeit durch die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie;~~
 - ~~j) — eine Sozialpolitik mit einem Europäischen Sozialfonds;~~
 - ~~k) — die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts;~~
 - ~~l) — eine Politik auf dem Gebiet der Umwelt;~~
 - ~~m) — die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Gemeinschaft;~~
 - ~~n) — die Förderung der Forschung und technologischen Entwicklung;~~
 - ~~o) — die Förderung des Auf- und Ausbaus transeuropäischer Netze;~~
 - ~~p) — einen Beitrag zur Erreichung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus;~~
 - ~~q) — einen Beitrag zu einer qualitativ hoch stehenden allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Entfaltung des Kulturlebens in den Mitgliedstaaten;~~
 - ~~r) — eine Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit;~~
 - ~~s) — die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern;~~
 - ~~t) — einen Beitrag zur Verbesserung des Verbraucherschutzes;~~
 - ~~u) — Maßnahmen in den Bereichen Energie, Katastrophenschutz und Fremdenverkehr.~~
- ~~(2) [...]¹~~

~~Artikel 5²~~

~~Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig.~~

¹ Dieser Absatz findet sich in den "gemeinsamen Bestimmungen" am Anfang der ergänzenden Fassung.
² Artikel 5 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Grundprinzipien" in Teil I (Artikel 8 in CONV 528/03) ersetzt.

~~In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.~~

~~Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.~~

Artikel 7 ¹

(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- ein EUROPÄISCHES PARLAMENT,*
- einen RAT,*
- eine KOMMISSION,*
- einen GERICHTSHOF,*
- einen RECHNUNGSHOF.*

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.

(2) Der Rat und die Kommission werden von einem Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie einem Ausschuss der Regionen mit beratender Aufgabe unterstützt.

Artikel 8 ²

Nach den in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren werden ein Europäisches System der Zentralbanken (im Folgenden als "ESZB" bezeichnet) und eine Europäische Zentralbank (im Folgenden als "EZB" bezeichnet) geschaffen, die nach Maßgabe der Befugnisse handeln, die ihnen in diesem Vertrag und der beigefügten Satzung des ESZB und der EZB (im Folgenden als "Satzung des ESZB" bezeichnet) zugewiesen werden.

¹ Die Artikel 7 bis 11a sind oder werden durch Teil I abgedeckt.

² Es stellt sich die Frage, ob die Verwendung von Abkürzungen (z. B. "EZB" für "Europäische Zentralbank") in der Verfassung wünschenswert ist oder ob es für die Leser nicht verständlicher wäre, wenn die übliche Bezeichnung der betreffenden Institution oder des betreffenden Organs verwendet würde. Die Europäische Investitionsbank (Artikel 9) wird in den Artikeln des Vertrags nicht mit "EIB" abgekürzt. Wenn derartige Abkürzungen verwendet werden sollen, dann ist sicherzustellen, dass diese Abkürzungen an irgendeiner Stelle in der Verfassung erläutert werden.

Artikel 9

Es wird eine Europäische Investitionsbank errichtet, die nach Maßgabe der Befugnisse handelt, die ihr in diesem Vertrag und der beigefügten Satzung zugewiesen werden.

Artikel 10

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben. Sie erleichtern dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe.

Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrags gefährden könnten.

Artikel 17¹

~~(1) — Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.~~

~~(2) — Die Unionsbürger haben die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten.~~

[VIERTER TEIL

DIE ASSOZIIERUNG DER ÜBERSEEISCHEN LÄNDER UND HOHEITSGEBIETE]²

Artikel 182

~~Die Mitgliedstaaten kommen überein, die außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich besondere Beziehungen unterhalten, sind an die Union assoziiert der Gemeinschaft zu assoziieren. Diese Länder und Hoheitsgebiete, im Folgenden als "Länder und Hoheitsgebiete" bezeichnet, sind in [Anhang II] zu diesem Vertrag aufgeführt.~~

Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und Hoheitsgebiete und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der gesamten ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

¹ Artikel 17 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 1 in CONV 528/03) ersetzt.

² Der Teil über die ÜLG zielt auf eine partielle Anwendung des EG-Vertrags auf die betreffenden Länder und Hoheitsgebiete ab. Er könnte in die Schlussbestimmungen, die sich auf die territoriale Anwendung der Verfassung beziehen, übernommen werden. Zudem sollte in den ersten Teil der Verfassung eine Bezugnahme auf die Assoziierungsregelung aufgenommen werden.

Entsprechend den ~~in der Präambel dieses Vertrags~~ ...¹ aufgestellten Grundsätzen soll die Assoziierung in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen.

Artikel 183

Mit der Assoziierung werden folgende Zwecke verfolgt:

1. Die Mitgliedstaaten wenden auf ihren Handelsverkehr mit den Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das sie aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** untereinander anwenden.
2. Jedes Land oder Hoheitsgebiet wendet auf seinen Handelsverkehr mit den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das es auf den europäischen Staat anwendet, mit dem es besondere Beziehungen unterhält.
3. Die Mitgliedstaaten beteiligen sich an den Investitionen, welche die fortschreitende Entwicklung dieser Länder und Hoheitsgebiete erfordert.
4. Bei Ausschreibungen und Lieferungen für Investitionen, die von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** finanziert werden, steht die Beteiligung zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten oder der Länder oder Hoheitsgebiete besitzen.
5. Soweit aufgrund des [Artikels 187] nicht ~~Sonderregelungen~~ **besondere Maßnahmen getroffen** ~~angenommen~~ werden, gelten zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern und Hoheitsgebieten für das Niederlassungsrecht ihrer Staatsangehörigen und Gesellschaften die Bestimmungen und Verfahrensregeln des [Kapitels] Niederlassungsfreiheit, und zwar unter Ausschluss jeder Diskriminierung.

Artikel 184

- (1) ~~Zölle bei der Einfuhr~~ **Für Einfuhren** von Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in die Mitgliedstaaten ~~sind verboten; dies geschieht nach Maßgabe des in diesem Vertrag vorgesehenen Verbots von Zöllen zwischen den Mitgliedstaaten~~ **gilt das in der Verfassung vorgesehene Verbot von Zöllen.**
- (2) In jedem Land und Hoheitsgebiet sind Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten nach Maßgabe des [Artikels 25] verboten.
- (3) Die Länder und Hoheitsgebiete können jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushalts dienen.

¹ Die betreffenden Grundsätze, die derzeit in der Präambel des EG-Vertrags aufgeführt sind, sollten übernommen werden. Sie müssten in die Verfassung und gegebenenfalls in diese Bestimmung aufgenommen werden.

Die in Unterabsatz 1 genannten Zölle dürfen nicht höher sein als diejenigen, die für die Einfuhr von Waren aus dem Mitgliedstaat gelten, mit dem das entsprechende Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält.

(4) Absatz 2 gilt nicht für die Länder und Hoheitsgebiete, die aufgrund besonderer internationaler Verpflichtungen bereits einen nichtdiskriminierenden Zolltarif anwenden.

(5) Die Festlegung oder Änderung der Zollsätze für Waren, die in die Länder und Hoheitsgebiete eingeführt werden, darf weder rechtlich noch tatsächlich zu einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung zwischen den Einfuhren aus den einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Artikel 185

Ist die Höhe der Zollsätze, die bei der Einfuhr in ein Land oder Hoheitsgebiet für Waren aus einem dritten Land gelten, bei Anwendung des [Artikels 184 Absatz 1] geeignet, Verkehrsverlagerungen zum Nachteil eines Mitgliedstaats hervorzurufen, so kann dieser die Kommission ersuchen, den anderen Mitgliedstaaten vorzuschlagen, **dass die erforderlichen Bestimmungen zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen erlassen werden.**

Artikel 186 ¹

Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten.

Artikel 187

Der Rat ~~legt~~ **nimmt** ² aufgrund der im Rahmen der Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** erzielten Ergebnisse und der Grundsätze ~~dieses Vertrags ...~~ ³ die ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen über betreffend** die Einzelheiten und das Verfahren für die Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** einstimmig ~~fest an~~.

¹ Dieser Artikel müsste angepasst werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Union für die Regulierung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus dritten Ländern in den Mitgliedstaaten zuständig ist (siehe Artikel 187). Zudem hat die Gruppe X "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" empfohlen, das Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten nicht mehr als Rechtsinstrument zur Erreichung der Ziele der Union vorzusehen.

² Es sei darauf hingewiesen, dass der Rat hier ohne Vorschlag der Kommission beschließt.

³ Siehe Fußnote zu Artikel 182 Absatz 3 EGV.

Artikel 188

Die Artikel 182 bis 187 sind auf Grönland anwendbar, vorbehaltlich der spezifischen Bestimmungen für Grönland in dem Protokoll über die Sonderregelung für Grönland ~~im Anhang zu diesem Vertrag~~.

SECHSTER TEIL

ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 281¹

~~Die Gemeinschaft besitzt Rechtspersönlichkeit.~~

[Artikel 293²

Soweit erforderlich, leiten die Mitgliedstaaten untereinander Verhandlungen ein, um zugunsten ihrer Staatsangehörigen Folgendes sicherzustellen:

- den Schutz der Personen sowie den Genuss und den Schutz der Rechte zu den Bedingungen, die jeder Staat seinen eigenen Staatsangehörigen einräumt,
- die Beseitigung der Doppelbesteuerung innerhalb der Gemeinschaft,
- die gegenseitige Anerkennung der Gesellschaften im Sinne des Artikels 48 Absatz 2, die Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit bei Verlegung des Sitzes von einem Staat in einen anderen und die Möglichkeit der Verschmelzung von Gesellschaften, die den Rechtsvorschriften verschiedener Mitgliedstaaten unterstehen,
- die Vereinfachung der Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung richterlicher Entscheidungen und Schiedssprüche.]

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels "Rechtspersönlichkeit" in Teil I Titel I (Artikel 4, Dok. CONV 528/03) ersetzt.

² Angesichts der Empfehlungen der Gruppe IX "Vereinfachung" und der Gruppe X "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" bezüglich der Abschaffung des Instruments des Übereinkommens wird empfohlen, dass der Konvent prüft, was mit diesem Artikel geschehen soll.

(1) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung**¹ gilt für das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Griechische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Portugiesische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.²

(2) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** gilt für die französischen überseeischen Departements, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln.

Unter Berücksichtigung der strukturbedingten sozialen und wirtschaftlichen Lage der französischen überseeischen Departements, der Azoren, Madeiras und der Kanarischen Inseln, die durch die Faktoren Abgelegenheit, Insellage, geringe Größe, schwierige Relief- und Klimabedingungen und wirtschaftliche Abhängigkeit von einigen wenigen Erzeugnissen erschwert wird, die als ständige Gegebenheiten und durch ihr Zusammenwirken die Entwicklung schwer beeinträchtigen, ~~beschließt~~ **nimmt** der Rat jedoch auf Vorschlag der Kommission ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ **mit qualifizierter Mehrheit** spezifische Maßnahmen **an**, die insbesondere darauf abzielen, die Bedingungen für die Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** auf die genannten Gebiete, einschließlich gemeinsamer Politiken, festzulegen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Bei ~~Beschlüssen über die~~ **der Annahme der** in Unterabsatz 2 genannten entsprechenden Maßnahmen berücksichtigt der Rat Bereiche wie Zoll- und Handelspolitik, Steuerpolitik, Freizonen, Agrar- und Fischereipolitik, die Bedingungen für die Versorgung mit Rohstoffen und grundlegenden Verbrauchsgütern, staatliche Beihilfen sowie die Bedingungen für den Zugang zu den Strukturfonds und zu den horizontalen ~~Gemeinschaftsprogrammen~~ **Unionsprogrammen.**

Der Rat ~~beschließt~~ **nimmt** die in Unterabsatz 2 genannten Maßnahmen unter Berücksichtigung der besonderen Merkmale und Zwänge der Gebiete in äußerster Randlage **an**, ohne dabei die Integrität und Kohärenz der ~~gemeinschaftlichen~~ Rechtsordnung **der Union**, die auch den Binnenmarkt und die gemeinsamen Politiken umfasst, auszuhöhlen.

(3) Für die in [Anhang II] ~~zu diesem Vertrag~~ aufgeführten überseeischen Länder und Hoheitsgebiete gilt das besondere Assoziierungssystem, das im [Vierten Teil] ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** festgelegt ist.

~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in ~~dem genannten~~ **Anhang II** nicht aufgeführt sind.

(4) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.

¹ Es ist festzustellen, dass Artikel 299 nur für den EGV gilt und dass sich aufgrund der Ersetzung der Bezeichnung "Vertrag" durch "Verfassung" die Frage des territorialen Geltungsbereichs der Verfassung stellt.

² Dieser Absatz muss entsprechend der Beitrittsakte angepasst werden.

(5) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet entsprechend den Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden auf die Ålandinseln Anwendung.

(6) Abweichend von den vorstehenden Absätzen gilt:

- a) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die Färöer keine Anwendung.
- b) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung.
- c) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die in dem am 22. Januar 1972 unterzeichneten Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist.

Artikel 305 ¹

(1) ~~Dieser Vertrag ändert nicht die Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten, der Befugnisse der Organe dieser Gemeinschaft und der Vorschriften des genannten Vertrags für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl.~~

(2) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** beeinträchtigt nicht ~~die Vorschriften des~~ **den** Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Artikel 306

~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, soweit die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** nicht erreicht sind.

¹ Dieser Artikel könnte – je nachdem, wie die Frage des EURATOM-Vertrags geklärt wird – erneut geprüft werden.

Artikel 308 ¹

~~Erscheint ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich, um im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und sind in diesem Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erlässt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften.~~

Artikel 309 ²

(1) *Wurde die Aussetzung der Stimmrechte des Vertreters der Regierung eines Mitgliedstaats nach Artikel 7 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union beschlossen, so gilt die Aussetzung dieser Stimmrechte auch in Bezug auf diesen Vertrag.*

(2) *Darüber hinaus kann der Rat, wenn nach Artikel 7 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung von in Artikel 6 Absatz 1 jenes Vertrags genannten Grundsätzen festgestellt worden ist, mit qualifizierter Mehrheit beschließen, bestimmte Rechte auszusetzen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags auf den betroffenen Mitgliedstaat herleiten. Dabei berücksichtigt er die möglichen Auswirkungen einer solchen Aussetzung auf die Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen.*

Die sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen des betroffenen Mitgliedstaats sind für diesen auf jeden Fall weiterhin verbindlich.

(3) *Der Rat kann zu einem späteren Zeitpunkt mit qualifizierter Mehrheit beschließen, nach Absatz 2 getroffene Maßnahmen abzuändern oder aufzuheben, wenn in der Lage, die zur Verhängung dieser Maßnahmen geführt hat, Änderungen eingetreten sind.*

(4) *Bei Beschlüssen nach den Absätzen 2 und 3 handelt der Rat ohne Berücksichtigung der Stimmen des Vertreters der Regierung des betroffenen Mitgliedstaats. Abweichend von Artikel 205 Absatz 2 gilt als qualifizierte Mehrheit derselbe Anteil der gewogenen Stimmen der betreffenden Mitglieder des Rates, der in Artikel 205 Absatz 2 festgelegt ist.*

Dieser Absatz gilt auch, wenn Stimmrechte nach Absatz 1 ausgesetzt werden. In solchen Fällen wird ein Beschluss, der Einstimmigkeit erfordert, ohne die Stimme des Vertreters der Regierung des betroffenen Mitgliedstaats angenommen.

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Flexibilitätsklausel" in Titel III von Teil I (Artikel 16 in CONV 528/03) ersetzt.

² Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen von Teil I geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

Artikel 311¹

Die diesem Vertrag im gegenseitigen Einvernehmen der Mitgliedstaaten beigefügten Protokolle sind Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 312

Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 313

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats in Kraft. Findet diese Hinterlegung weniger als fünfzehn Tage vor Beginn des folgenden Monats statt, so tritt der Vertrag am ersten Tag des zweiten Monats nach dieser Hinterlegung in Kraft.

Artikel 314

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Nach den Beitrittsverträgen ist der Wortlaut dieses Vertrags auch in dänischer, englischer, finnischer, griechischer, irischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache verbindlich.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

Geschehen zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

¹ Die Artikel 311 bis 314 müssten in Teil III übernommen werden (siehe CONV 369/02) und werden daher hier nicht behandelt.

[Aus dem EU-Vertrag übernommene Bestimmungen]

~~Artikel 1¹~~

~~Durch diesen Vertrag gründen die HOHEN VERTRAGSPARTEIEN untereinander eine EUROPÄISCHE UNION, im Folgenden als "Union" bezeichnet.~~

~~Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden.~~

~~Grundlage der Union sind die Europäischen Gemeinschaften, ergänzt durch die mit diesem Vertrag eingeführten Politiken und Formen der Zusammenarbeit. Aufgabe der Union ist es, die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen ihren Völkern kohärent und solidarisch zu gestalten.~~

~~Artikel 2~~

~~Die Union setzt sich folgende Ziele:~~

- ~~—— die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und eines hohen Beschäftigungsniveaus sowie die Herbeiführung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung, insbesondere durch Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, durch Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und durch Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine einheitliche Währung nach Maßgabe dieses Vertrags umfasst;~~
- ~~—— die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu nach Maßgabe des Artikels 17 auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte;~~
- ~~—— die Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Angehörigen ihrer Mitgliedstaaten durch Einführung einer Unionsbürgerschaft;~~
- ~~—— die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität der freie Personenverkehr gewährleistet ist;~~

¹ Die Artikel 1 und 2 werden gestrichen und durch die Entwürfe der Artikel (Gründung, Werte und Ziele der Union) in Teil I (Artikel 1, 2 und 3 in CONV 528/03) ersetzt.

~~die volle Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstands und seine Weiterentwicklung, wobei geprüft wird, inwieweit die durch diesen Vertrag eingeführten Politiken und Formen der Zusammenarbeit mit dem Ziel zu revidieren sind, die Wirksamkeit der Mechanismen und Organe der Gemeinschaft sicherzustellen.~~

~~Die Ziele der Union werden nach Maßgabe dieses Vertrags entsprechend den darin enthaltenen Bedingungen und der darin vorgesehenen Zeitfolge unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, wie es in Artikel 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft bestimmt ist, verwirklicht.~~

Artikel 3

*Die Union verfügt über einen einheitlichen institutionellen Rahmen, der die Kohärenz und Kontinuität der Maßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele unter gleichzeitiger Wahrung und Weiterentwicklung des gemeinschaftlichen Besitzstands sicherstellt.*¹

[...] ²

Artikel 4³

Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest.

Im Europäischen Rat kommen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie der Präsident der Kommission zusammen. Sie werden von den Ministern für auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedstaaten und einem Mitglied der Kommission unterstützt. Der Europäische Rat tritt mindestens zweimal jährlich unter dem Vorsitz des Staats- oder Regierungschefs des Mitgliedstaats zusammen, der im Rat den Vorsitz innehat.

Der Europäische Rat erstattet dem Europäischen Parlament nach jeder Tagung Bericht und legt ihm alljährlich einen schriftlichen Bericht über die Fortschritte der Union vor.

Artikel 5

Das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission, der Gerichtshof und der Rechnungshof üben ihre Befugnisse nach Maßgabe und im Sinne der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie der nachfolgenden Verträge und Akte zu deren Änderung oder Ergänzung einerseits und der übrigen Bestimmungen des vorliegenden Vertrags andererseits aus.

¹ Dieser Punkt wird durch Titel IV (Institutionen) abgedeckt.

² Dieser Absatz findet sich in Kapitel B.Va (externe Politikbereiche, sonstige Bestimmungen) der ergänzenden Fassung.

³ Die Artikel 4 und 5 werden durch Titel IV (Institutionen) in Teil I abgedeckt.

Artikel 6¹

- (1) ~~Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.~~
- (2) ~~Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.~~
- (3) ~~Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten.~~
- (4) [Die Union stützt sich mit den Mitteln aus, die zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politiken erforderlich sind.]²

Artikel 7³

(1) *Auf begründeten Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments oder der Kommission kann der Rat mit der Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder nach Zustimmung des Europäischen Parlaments feststellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung von in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätzen durch einen Mitgliedstaat besteht, und an diesen Mitgliedstaat geeignete Empfehlungen richten. Der Rat hört, bevor er eine solche Feststellung trifft, den betroffenen Mitgliedstaat und kann nach demselben Verfahren unabhängige Persönlichkeiten ersuchen, innerhalb einer angemessenen Frist einen Bericht über die Lage in dem betreffenden Mitgliedstaat vorzulegen.*

Der Rat überprüft regelmäßig, ob die Gründe, die zu dieser Feststellung geführt haben, noch zutreffen.

(2) *Auf Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten oder der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments kann der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, einstimmig feststellen, dass eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung von in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätzen durch einen Mitgliedstaat vorliegt, nachdem er die Regierung des betroffenen Mitgliedstaats zu einer Stellungnahme aufgefordert hat.*

¹ Absatz 1 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Werte" in Teil I (Artikel 2 in CONV 528/03) ersetzt; Absatz 2 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Grundrechte" in Teil I (Artikel 5 Absatz 3 in CONV 528/03) ersetzt; Absatz 3 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Gründung der Union" in Teil I (Artikel 1 Absatz 2 in CONV 528/03) ersetzt.

² Es wird empfohlen, diesen Absatz durch Teil I abzudecken, so dass er gestrichen werden könnte.

³ Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen des Teils I geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

(3) *Wurde die Feststellung nach Absatz 2 getroffen, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, bestimmte Rechte auszusetzen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags auf den betroffenen Mitgliedstaat herleiten, einschließlich der Stimmrechte des Vertreters der Regierung dieses Mitgliedstaats im Rat. Dabei berücksichtigt er die möglichen Auswirkungen einer solchen Aussetzung auf die Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen.*

Die sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen des betroffenen Mitgliedstaats sind für diesen auf jeden Fall weiterhin verbindlich.

(4) *Der Rat kann zu einem späteren Zeitpunkt mit qualifizierter Mehrheit beschließen, nach Absatz 3 getroffene Maßnahmen abzuändern oder aufzuheben, wenn in der Lage, die zur Verhinderung dieser Maßnahmen geführt hat, Änderungen eingetreten sind.*

(5) *Für die Zwecke dieses Artikels handelt der Rat ohne Berücksichtigung der Stimme des Vertreters der Regierung des betroffenen Mitgliedstaats. Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen nach Absatz 2 nicht entgegen. Als qualifizierte Mehrheit gilt derselbe Anteil der gewogenen Stimmen der betreffenden Mitglieder des Rates, wie er in Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft festgelegt ist.*

Dieser Absatz gilt auch, wenn Stimmrechte nach Absatz 3 ausgesetzt werden.

(6) *Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

Artikel 43

Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit zu begründen, können die in diesem Vertrag und im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgesehenen Organe, Verfahren und Mechanismen in Anspruch nehmen, sofern die Zusammenarbeit

- a) darauf ausgerichtet ist, die Ziele der Union und der Gemeinschaft zu fördern, ihre Interessen zu schützen und diesen zu dienen und ihren Integrationsprozess zu stärken;*
- b) die genannten Verträge und den einheitlichen institutionellen Rahmen der Union beachtet;*
- c) den Besitzstand der Gemeinschaft und die nach Maßgabe der sonstigen Bestimmungen der genannten Verträge getroffenen Maßnahmen beachtet;*
- d) im Rahmen der Zuständigkeit der Union oder der Gemeinschaft bleibt und sich nicht auf die Bereiche erstreckt, die unter die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen;*
- e) den Binnenmarkt im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt nach Titel XVII des genannten Vertrags nicht beeinträchtigt;*

- f) *keine Behinderung oder Diskriminierung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellt und die Wettbewerbsbedingungen zwischen diesen nicht verzerrt;*
- g) *mindestens acht Mitgliedstaaten umfasst;*
- h) *die Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der nicht an der Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten beachtet;*
- i) *die Bestimmungen des Protokolls zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union unberührt lässt;*
- j) *allen Mitgliedstaaten gemäß Artikel 43 b offen steht.*

Artikel 43 a

Eine verstärkte Zusammenarbeit kann nur als letztes Mittel aufgenommen werden, wenn der Rat zu dem Schluss gelangt ist, dass die mit dieser Zusammenarbeit angestrebten Ziele unter Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verträge nicht in einem vertretbaren Zeitraum verwirklicht werden können.

Artikel 43 b

Eine verstärkte Zusammenarbeit steht bei ihrer Begründung allen Mitgliedstaaten offen. Sie steht ihnen ferner jederzeit nach Maßgabe der Artikel 27 e und 40 b dieses Vertrags und des Artikels 11 a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft offen, sofern sie dem Grundbeschluss und den in jenem Rahmen gefassten Beschlüssen nachkommen. Die Kommission und die an einer verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass eine möglichst große Zahl von Mitgliedstaaten zur Beteiligung angeregt wird.

Artikel 44

(1) Für die Annahme der Rechtsakte und Beschlüsse, die für die Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit nach Artikel 43 erforderlich sind, gelten die einschlägigen institutionellen Bestimmungen dieses Vertrags und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Alle Mitglieder des Rates können an den Beratungen teilnehmen, jedoch nehmen nur die Vertreter der an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten an der Beschlussfassung teil. Als qualifizierte Mehrheit gelten derselbe Anteil der gewogenen Stimmen und derselbe Anteil der Anzahl der betreffenden Mitglieder des Rates, wie sie in Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und hinsichtlich einer verstärkten Zusammenarbeit aufgrund des Artikels 27 c in Artikel 23 Absatz 2 Unterabsätze 2 und 3 dieses Vertrags festgelegt sind. Die Einstimmigkeit bezieht sich allein auf die betroffenen Mitglieder des Rates.

Solche Rechtsakte und Beschlüsse sind nicht Bestandteile des Besitzstands der Union.

(2) *Die Mitgliedstaaten wenden, soweit sie betroffen sind, die Rechtsakte und Beschlüsse an, die für die Durchführung der verstärkten Zusammenarbeit, an der sie sich beteiligen, angenommen wurden. Solche Rechtsakte und Beschlüsse binden nur die Mitgliedstaaten, die sich daran beteiligen, und haben gegebenenfalls nur in diesen Staaten unmittelbare Geltung. Die Mitgliedstaaten, die sich an der verstärkten Zusammenarbeit nicht beteiligen, stehen deren Durchführung durch die daran beteiligten Mitgliedstaaten nicht im Wege.*

Artikel 44 a

Die sich aus der Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit ergebenden Ausgaben, mit Ausnahme der Verwaltungskosten der Organe, werden von den beteiligten Mitgliedstaaten finanziert, sofern der Rat nicht nach Anhörung des Europäischen Parlaments durch einstimmigen Beschluss sämtlicher Ratsmitglieder etwas anderes beschließt.

Artikel 45

Der Rat und die Kommission stellen sicher, dass die auf der Grundlage dieses Titels durchgeführten Maßnahmen untereinander sowie mit den Politiken der Union und der Gemeinschaft im Einklang stehen, und arbeiten entsprechend zusammen.

TITEL VIII¹

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 46

Die Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft betreffend die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und die Ausübung dieser Zuständigkeit gelten nur für folgende Bestimmungen dieses Vertrags:

- a) die Bestimmungen zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Hinblick auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft;*
- b) die Bestimmungen des Titels VI nach Maßgabe des Artikels 35;*
- c) die Bestimmungen des Titels VII nach Maßgabe der Artikel 11 und 11 a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des Artikels 40 dieses Vertrags;*

¹ Dieser Titel wird in die allgemeinen und Schlussbestimmungen (Teil III) aufgenommen.

- d) *Artikel 6 Absatz 2 in Bezug auf Handlungen der Organe, soweit der Gerichtshof im Rahmen der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und im Rahmen dieses Vertrags zuständig ist;*
- e) *die reinen Verfahrensbestimmungen des Artikels 7, wobei der Gerichtshof auf Antrag des betroffenen Mitgliedstaats binnen eines Monats nach der Feststellung des Rates gemäß dem genannten Artikel entscheidet;*
- f) *die Artikel 46 bis 53.*

Artikel 47

Vorbehaltlich der Bestimmungen zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Hinblick auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie dieser Schlussbestimmungen lässt der vorliegende Vertrag die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie die nachfolgenden Verträge und Akte zur Änderung oder Ergänzung der genannten Verträge unberührt.

Artikel 48

Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung der Verträge, auf denen die Union beruht, vorlegen.

Gibt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an den genannten Verträgen vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren. Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört.

Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

Artikel 49

Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.

Die Aufnahmebedingungen und die durch eine Aufnahme erforderlich werdenden Anpassungen der Verträge, auf denen die Union beruht, werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 50

- (1) *Die Artikel 2 bis 7 und 10 bis 19 des am 8. April 1965 in Brüssel unterzeichneten Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften werden aufgehoben.*
- (2) *Artikel 02, Artikel 3 Absatz 2 und Titel III der am 17. Februar 1986 in Luxemburg und am 28. Februar 1986 in Den Haag unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Akte werden aufgehoben.*

Artikel 51

Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

Artikel 52

- (1) *Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.*
- (2) *Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1993 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.*

Artikel 53

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Nach dem Beitrittsvertrag von 1994 ist der Wortlaut dieses Vertrags auch in finnischer und schwedischer Sprache verbindlich.

ANLAGE I

zu Band I

des konsolidierten Berichts der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste

Terminologische und typographische Vereinheitlichungen

Terminologische und typographische Vereinheitlichungen

I. Terminologie

Bei der Erfüllung ihres Auftrags hat sich die Expertengruppe an die Leitlinien gehalten, die ihr in dem Mandat vom 29. Januar 2003 und in dem Bericht der Gruppe IX "*Vereinfachung*" vom 29. November 2002 (CONV 424/02) vorgegeben worden waren. Sie hat auch die Berichte der anderen Konventsgruppen sowie die Angaben berücksichtigt, die ihr das Generalsekretariat des Konvents übermittelt hat.

Sie hat sich auf die folgenden Formulierungen und redaktionellen Regelungen verständigt:

1. Die Artikel des EU-Vertrags und die Artikel des EG-Vertrags wurden zusammengelegt und entsprechend der Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 in Dokument CONV 369/02 angeordnet.
2. Die Begriffe "*Gemeinschaft*" oder "*gemeinschaftlich*" werden durch "*Union*" bzw. "*der Union*" ersetzt. Wie weiter unten (siehe Anlage II) erläutert wird, kann dies in einigen Fällen inhaltliche Änderungen zur Folge haben.
3. Überall dort, wo derzeit auf den "*Vertrag*" oder "*diesen Vertrag*" Bezug genommen wird, wurde der Begriff "*Verfassung*" gewählt (mit den Konsequenzen, die diese formale Änderung für den Umfang des damit der Verfassung verliehenen Anwendungsbereichs haben kann; siehe Anlage II).
4. Dort, wo "*gemeinsamer Markt*" oder "*Binnenmarkt*" steht, soll es künftig unterschiedslos "*Binnenmarkt*" heißen.
5. Die Bezeichnungen "*Verordnung*" und "*Richtlinie*" werden durch die Begriffe "*Gesetz*" bzw. "*Rahmengesetz*" ersetzt. In den Fällen, in denen erst durch eine substantielle Entscheidung geklärt werden muss, ob ein im Verfassungsentwurf aufgeführter Rechtsakt legislativen Charakter haben soll oder nicht, hat die Gruppe den alten neben den neuen Begriff gestellt (beispielsweise "*Gesetz/Verordnung*"; siehe auch Anlage II).

Auf ausdrücklichen Wunsch des Generalsekretariats des Konvents hat sie zudem - wie im Entwurf für den Artikel "Die Rechtsakte der Union" des ersten Teils (CONV 571/03) - allen Rechtsakten (Gesetzen, Rahmengesetzen, Verordnungen und Beschlüssen) das Adjektiv "*europäischer*" bzw. "*europäische*" beigefügt.

6. Soweit es einen Ermessensspielraum in Bezug auf die Form gibt, in der die Gemeinschaftsorgane tätig werden, so gibt die Gruppe dem Ausdruck "*Maßnahme*" den Vorzug vor anderen Begriffen, die entweder - wie der Begriff "*Beschluss*" - unspezifische Rechtsakte oder nicht eindeutig definierte Vorgehensweisen bezeichnen. Aus der Tatsache, dass sich die Gruppe für diesen Ausdruck entschieden hat, ergeben sich einige Bemerkungen zum Entwurf der Artikel 24 bis 33 (CONV 571/03 vom 26. Februar 2003); hierauf wird in Anlage II ausführlicher eingegangen.

7. Dagegen bezeichnet der Ausdruck "*Bestimmungen*" sowohl die internen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten oder gegebenenfalls die Vorschriften des Völkerrechts als auch das geltende Regelwerk.
8. In diesem Sinne wurde auch für die Beschlussfassung durch die Unionsorgane durchgängig das Verb "*annehmen*" verwendet, während in den derzeitigen Verträgen gleichzeitig noch mehrere andere Formulierungen verwendet werden.
9. Zudem wird statt des Verbs immer dann das Substantiv verwendet, wenn dieses Substantiv einem bekannten Rechtsakt entspricht, beispielsweise "*einen Beschluss annehmen*" statt "*beschließen ...*".
10. Entsprechend den in Dokument CONV 424/02 Teil II Buchstabe B Buchstabe c vorgegebenen Leitlinien wurde vereinbart, folgendermaßen zum Ausdruck zu bringen, dass Maßnahmen im Wege der Mitentscheidung angenommen werden (derzeit Artikel 251 EGV):

"Das Europäische Parlament und der Rat nehmen ... nach dem Gesetzgebungsverfahren ein Gesetz/ein Rahmengesetz/eine Maßnahme ... an."

Die Tatsache, dass die Formulierung "*Gesetzgebungsverfahren*" ausschließlich dem gemeinsamen Handeln des Europäischen Parlaments und des Rates vorbehalten bleiben soll, muss durch juristische Bemerkungen zu Inhalt, Form und Lesbarkeit erläutert werden; dies wird später in Anlage II weiter ausgeführt.

11. Für den Fall, dass der Rat allein Rechtsakte annimmt, wurde die folgende Formulierung gewählt: "*Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit/einstimmig ... an*" (siehe auch Anlage II).
12. Wird eine Maßnahme nach Anhörung oder Stellungnahme eines Organs oder einer Einrichtung angenommen, so wird dies nicht wie bisher gleichzeitig mit dem beschlussfassenden Organ erwähnt, sondern in einem abschließenden Satz, der folgendermaßen lautet: "*Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses ...*".
13. Im Interesse der Lesbarkeit hat sich die Gruppe dafür entschieden, die Gedankenstriche in den Artikeln zu beseitigen und sie durch Buchstaben a), b), c) oder i), ii), iii) – je nachdem, wie weit die betreffenden Bestimmungen untergliedert sind – zu ersetzen.
14. Auch werden die Untergliederungen weniger häufig erwähnt. So heißt es beispielsweise statt "*... in Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels*" nunmehr "*... in Anwendung dieses Artikels*".
15. In der französischen Fassung wird "*en vue de*" durch "*pour*" ersetzt.

II. Druck

16. Die Wörter und Sätze, die entfallen sollen, werden als durchgestrichener Text wiedergegeben.
17. Die Wörter und Sätze, die ergänzt werden sollen, erscheinen fettgedruckt (bold).
18. Die Artikel, die vom Konvent voraussichtlich noch substanziell geändert werden, sind schräg gedruckt. Die Gruppe hat es vorgezogen, sie so zu belassen, wie sie derzeit im EU-Vertrag und im EG-Vertrag stehen.
19. Die Wörter und Sätze, die zu einem späteren Zeitpunkt eventuell noch angepasst werden, um den neuen Bestimmungen Rechnung zu tragen, die sich aus den Beratungen des Konvents ergeben, wurden in eckige Klammern gesetzt.
20. Die Artikel des zweiten Teils des Vorentwurfs der Verfassung wurden neu nummeriert; um jedoch in diesem frühen Stadium der Beratungen des Konvents Missverständnisse zu vermeiden, wurde die alte Nummerierung hinzugefügt. Die neuen Artikel werden als "Klauseln" bezeichnet. Die Artikel aus dem EG-Vertrag sind durch "(ex-Artikel)" und die Artikel aus dem EU-Vertrag durch "(ex-Artikel ... EUV)" gekennzeichnet.
21. Bezugnahmen auf andere Vertragsbestimmungen ("Querverweise") erscheinen ebenfalls in eckigen Klammern, da sie bei einer künftigen Neunummerierung noch geändert werden müssen.
22. Im Interesse der Lesbarkeit wurden die Überschriften der derzeitigen Titel und Abschnitte des EU- und des EG-Vertrags beibehalten und in eckige Klammern gesetzt, um zu verdeutlichen, dass sie als vorläufig zu betrachten sind, solange der Konvent noch keine Beschlüsse zu den Einzelheiten der Struktur gefasst hat.

o

o o

ANLAGE II

zu Band I

des konsolidierten Berichts der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste

Bemerkungen und Vorschläge

Einleitung	Seite
I. <u>ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN</u>	176
A. Ausdehnung des Geltungsbereichs einiger Bestimmungen	176
B. Verwendung der Abkürzungen	176
C. Aufbau des Zweiten Teils der Verfassung	177
II. <u>VORSCHLÄGE FÜR TECHNISCHE VEREINFACHUNGEN</u>	178
A. Vorschläge für Streichungen	178
a) <i>Streichung überholter Bestimmungen</i>	
b) <i>Streichungen gemäß den Schlussfolgerungen der Gruppe IX "Vereinfachung"</i>	
c) <i>weitere mögliche Streichungen</i>	
B. Vorschläge für Fusionen/Aufspaltungen	178
a) <i>bereits vorgenommene Fusionen und Aufspaltungen</i>	
b) <i>Fusionsvorschläge</i>	
C. Allgemeine horizontale Klauseln	181
D. Umstellung einzelner Artikel	182
III. <u>VEREINFACHUNGSVORSCHLÄGE</u>	183
A. Rechtsakte, die in den Entwürfen für die Artikel 24 bis 33 der Verfassung nicht genannt sind	183
a) <i>Rechtsakte des Europäischen Parlaments</i>	
b) <i>Rechtsakte von allgemeiner Tragweite, die von den Rechtsprechungsorganen der Union angenommen werden</i>	
c) <i>Rechtsakte, die in gegenseitigem Einvernehmen erlassen werden</i>	
B. Beschlussfassungsverfahren	184
a) <i>Europäisches Parlament</i>	
b) <i>Rat</i>	
c) <i>Kommission</i>	
C. Bezeichnung der Gesetzgebungsakte	185
D. Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und sonstigen Rechtsakten des Rates	186
E. Bezeichnung des Zustimmungsverfahrens	186
F. Klärung der Rechtsgrundlagen	187
G. Jährliche Sitzungsperioden des Europäischen Parlaments	187

Einleitung

1. Die Gruppe der Experten stützt sich bei ihren Vorschlägen und Bemerkungen in Anlage II dieses Berichts auf Nummer 4 vierter und fünfter Gedankenstrich ihres Mandats.

In den meisten Fällen enthalten diese Bemerkungen nähere Ausführungen zu den Fußnoten, in denen die Optionen und Vorschläge zu den verschiedenen in den Bänden I und II wiedergegebenen Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags erläutert werden.

I. ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN

A. Ausdehnung des Geltungsbereichs einiger Bestimmungen

2. Einige der vereinbarten Vereinfachungen - beispielsweise Austausch des Begriffs "Gemeinschaft" durch "Union" und des Begriffs "Vertrag" durch "Verfassung" - würden in manchen Fällen dazu führen, dass der Geltungsbereich gewisser Bestimmungen des EG-Vertrags ausgedehnt wird. Dies gilt insbesondere für
 - horizontale Bestimmungen über die Einbeziehung bestimmter Politiken;
 - Bestimmungen über die Befugnisse des Parlaments, der Kommission und des Gerichtshofs;
 - die Schlussartikel des EG-Vertrags (Schutz personenbezogener Daten, Geheimhaltungspflicht, geografischer Geltungsbereich usw.)

Durch die betreffenden terminologischen Änderungen würde die Anwendung dieser Bestimmungen - die sich bislang auf den Bereich des EG-Vertrags beschränkt - auf die Bereiche der zweiten und der dritten Säule, d.h. die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, ausgedehnt.

Es sollte geprüft werden, welche Folgen eine solche Ausdehnung hätte.

B. Verwendung der Abkürzungen

3. Die geltenden Verträge enthalten nur sehr wenige Abkürzungen, insbesondere die Abkürzung "EZB" für die Europäische Zentralbank und "ESZB" für das Europäische System der Zentralbanken.

Zu fragen ist, ob die Verwendung solcher Abkürzungen in der Verfassung wünschenswert ist oder ob es für den Leser nicht verständlicher wäre, wenn darin die offizielle Bezeichnung der betreffenden Organe oder Einrichtungen genannt würde. So wird beispielsweise die Europäische Investitionsbank im geltenden EG-Vertrag - anders als die Europäische Zentralbank - nicht mit "EIB" abgekürzt. Wenn solche Abkürzungen verwendet würden, so müssten diese jedenfalls in der Verfassung hinreichend klar erläutert werden.

C. Aufbau des Zweiten Teils der Verfassung

4. Die Integration des EG- und des EU-Vertrags in den Zweiten Teil der Verfassung hat einige Fragen aufgeworfen, auf die die Gruppe den Konvent hinweisen möchte, z.B.
 - die Tatsache, dass gewisse Bestimmungen keinen Platz in der Struktur vom 28. Oktober 2002 erhalten, wie beispielsweise allgemein anwendbare Bestimmungen (Artikel 3 Absatz 2, Artikel 6, 16, 295 und 296 des EG-Vertrags), die Bestimmungen über die Nichtdiskriminierung und die Unionsbürgerschaft (Artikel 12, 13 und 18 bis 22), die steuerlichen Vorschriften (Artikel 90 bis 93), die Zusammenarbeit im Zollwesen (Artikel 135) oder die wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern (Artikel 181 a). Die Gruppe hat deshalb Vorschläge für ihre Unterbringung in Teil II unterbreitet;
 - den Umstand, dass die Struktur vom Oktober 2002 aktualisiert werden sollte, um den Beratungen des Konvents Rechnung zu tragen. So
 - sind in der Struktur vom Oktober 2002 die Zuständigkeitsbereiche ohne Zuordnung zu den einzelnen Kategorien zusammengefasst, mit Ausnahme der Bereiche mit unterstützenden Maßnahmen;
 - sind bestimmte in der Zwischenzeit vom Präsidium vorgeschlagene und vom Konvent geprüfte Zuständigkeiten nicht in die Struktur aufgenommen worden, wie Energie, Weltraum, humanitäre Hilfe, Katastrophenschutz und Sport. Der Konvent könnte prüfen, ob es angezeigt ist, spezifische Rechtsgrundlagen in diesen Bereichen vorzusehen;
 - erscheint die öffentliche Gesundheit in der Struktur vom Oktober 2002 unter "unterstützende Maßnahmen", während das Präsidium sie inzwischen als "geteilte Zuständigkeit" vorgeschlagen hat;
 - den ganz und gar provisorischen Charakter bestimmter Artikelgruppierungen, etwa im Bereich der Außenbeziehungen, da solche Gruppierungen zunächst inhaltliche Entscheidungen seitens des Konvents erfordern;
 - den Umfang des Kapitels D über die Arbeitsweise der Union, in das die Gruppe zum gegenwärtigen Zeitpunkt die institutionellen und haushaltspolitischen Bestimmungen des EG-Vertrags als Ganzes übernommen hat, bis die diesbezüglichen Entscheidungen des Konvents vorliegen. Desgleichen hat die Gruppe unter dieses Kapitel D gewisse allgemein anwendbare Bestimmungen des EG-Vertrags aufgenommen, wie die Artikel 282 bis 292 und die Artikel 11 und 11a über die verstärkte Zusammenarbeit.

II. VORSCHLÄGE FÜR TECHNISCHE VEREINFACHUNGEN

A. Vorschläge für Streichungen

a) Streichung überholter Bestimmungen

5. In einer Reihe von Bestimmungen des EG-Vertrags wird auf Daten oder Ereignisse verwiesen, die inzwischen überholt sind. So wird beispielsweise in Artikel 14 EGV (und in Form eines Querverweises in Artikel 93 EGV) der 31. Dezember 1992 als Datum für die Vollendung des Binnenmarktes genannt; in Artikel 37 Absatz 1 EGV wird auf eine Konferenz Bezug genommen, die 1958 in Stresa stattgefunden hat und deren Ergebnisse nunmehr zum Besitzstand der Gemeinschaft zählen. Diese Bezugnahmen sind überholt.

b) Streichungen gemäß den Schlussfolgerungen der Gruppe IX "Vereinfachung"

6. Die Gruppe IX "Vereinfachung" hat in ihrem Bericht (CONV 424/02, S. 16) die Abschaffung des in Artikel 252 EGV vorgesehenen Verfahrens der Zusammenarbeit vorgeschlagen.

c) weitere mögliche Streichungen

7. Einige der derzeitigen Bestimmungen des EG-Vertrags stehen offenbar im Widerspruch zu Vorschlägen, die dem Konvent bereits unterbreitet worden sind: So zielt Artikel 293 EGV auf den Abschluss von Übereinkünften zwischen den Mitgliedstaaten, während die Gruppe IX "Vereinfachung" und die Gruppe X "Freiheit, Sicherheit und Recht" in ihren Schlussfolgerungen für die Abschaffung dieses Instruments plädieren.

Zweifel sind zudem in Bezug auf die Artikel 78 und 87 Absatz 2 Buchstabe c EGV angebracht; sie betreffen die Sonderregelung, mit der der Teilung Deutschlands Rechnung getragen werden sollte.

Die Gruppe möchte den Konvent auf diese Bestimmungen aufmerksam machen, damit dieser prüft, ob sie beibehalten werden sollen oder gestrichen werden können.

B. Vorschläge für Fusionen/Aufspaltungen

a) bereits vorgenommene Fusionen und Aufspaltungen

8. Im Interesse der Vereinfachung hat die Gruppe bereits eine Reihe von Artikeln oder Absätzen zusammengelegt, sofern hierdurch der Inhalt der betreffenden Bestimmungen nicht verändert wurde. Beispielsweise hat sie die nahezu gleich lautenden Artikel 28 und 29 EGV über ein Verbot von mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen zusammengefasst.

Gleiches gilt für die fast identischen Absätze 1 und 2 des Artikels 56 EGV, die ein Verbot aller Beschränkungen des Kapitalverkehrs bzw. des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern vorsehen.

9. Die Gruppe hat ferner Bestimmungen aufgespalten, soweit dies der Verständlichkeit des Textes dient und seinen Inhalt nicht verändert. So hat sie beispielsweise Artikel 172 EGV, der Verfahrensregeln für die Annahme einer bestimmten Anzahl von Rechtsakten im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung enthält, aufgespalten, um die Verfahrensregeln den betreffenden Rechtsgrundlagen, nämlich den Artikeln 167, 168, 169 und 171 EGV anzufügen.
- b) *Fusionsvorschläge*
10. In anderen Fällen hat sich die Gruppe in dem Bemühen, die Grenzen ihres Mandats einzuhalten, damit begnügt, auf die Möglichkeit einer Fusion hinzuweisen, ohne sie im Text der Anlage I selbst vorzunehmen. Dies gilt für die folgenden vier Fälle:
 - i) Artikel 19 Absätze 1 und 2 EGV
 11. Die Absätze 1 und 2 des Artikels 19 EGV bilden die Rechtsgrundlage für die Annahme von Bestimmungen zur Durchführung der Rechtsvorschriften über das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Obwohl diese Bestimmungen nahezu gleich lautend sind und die diesbezüglichen Rechte in Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich des Entwurfs des ersten Teils der Verfassung (CONV 528/03 vom 6. Februar 2003) zusammengefasst wurden, wirft eine Fusion der beiden Absätze nach Ansicht der Gruppe Fragen auf, die auf politischer Ebene beantwortet werden müssen. Zum Einen stellen sich im Zusammenhang mit dem Wahlrecht bei Kommunalwahlen andere Fragen als im Hinblick auf das Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament; beide Fragen sind im Übrigen bisher getrennt behandelt worden. Zum anderen wird eine Fusion der beiden Bestimmungen in ihrer derzeitigen Fassung dadurch erschwert, dass Artikel 19 Absatz 2 EGV betreffend Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament den Zusatz "*unbeschadet des Artikels 190 Absatz 4*" enthält.
 - ii) Artikel 60 und 301 EGV
 12. Die Gruppe hat weder zu Artikel 60 EGV noch zu Artikel 301 EGV Änderungen vorgeschlagen, da beide Bestimmungen in den Bereich der Außenbeziehungen der Union fallen, mit dem sich der Konvent zu einem späteren Zeitpunkt befassen wird. Da beide Artikel finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen gegenüber dritten Ländern betreffen, wäre es wohl angebracht, sie in dem künftigen Kapitel über die Außenbeziehungen gegebenenfalls zu einem einzigen Artikel zusammenzufassen.
 - iii) Artikel 70 und 80 EGV
 13. In Artikel 70 EGV wird eine gemeinsame Verkehrspolitik eingeführt, während in Artikel 80 EGV festgelegt ist, auf welche Bereiche sich diese erstreckt und insbesondere welches Verfahren für ihre Anwendung auf die Seeschifffahrt und die Luftfahrt gilt. Die Gruppe hat festgestellt, dass sich die Befugnisse, die dem Rat in Artikel 80 Absatz 2 Unterabsatz 1 übertragen werden, nach den wiederholten Änderungen des EG-Vertrags kaum mehr mit dem Unterabsatz 2 desselben Absatzes vereinbaren lassen. Außerdem wurde von Artikel 80 Absatz 2 Unterabsatz 1 EGV in der Praxis offenbar kein Gebrauch gemacht. Seit Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1986 sind Bestimmungen in den Bereichen Seeschifffahrt und Luftfahrt stets direkt und ohne vorherige Ermächtigung angenommen worden.

14. Absatz 2 könnte im Interesse der Kohärenz und Lesbarkeit folgendermaßen vereinfacht werden: *"Für die Seeschifffahrt und die Luftfahrt können nach dem Verfahren des Artikels 71 geeignete Maßnahmen angenommen werden"*.
15. Möglich wäre auch eine substanziellere Änderung durch Fusion der Artikel 70 und 80 EGV, was allerdings eine inhaltliche Änderung mit sich brächte; deshalb soll nur hier die folgende Fassung von Artikel 70 vorgeschlagen werden:

"Die Ziele der Verfassung auf dem Gebiet des Verkehrs werden im Rahmen einer gemeinsamen Politik verfolgt.

Die in diesem Titel vorgesehene gemeinsame Verkehrspolitik gilt für die Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr.

Sie kann geeignete Maßnahmen für die Seeschifffahrt und die Luftfahrt umfassen."

iv) Artikel 94 und 95 EGV

16. Die Gruppe macht den Konvent ferner darauf aufmerksam, dass zu klären ist, wie sich die Artikel 94 und 95 des EG-Vertrags zueinander verhalten. Artikel 94 EGV bildet die Rechtsgrundlage für die Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften, die sich auf die Errichtung oder das Funktionieren des Gemeinsamen (Binnen-)Marktes "unmittelbar auswirken", wohingegen Artikel 95 EGV die Rechtsgrundlage für die Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften ist, welche die Errichtung oder das Funktionieren des Binnenmarktes "zum Gegenstand haben".

Wohlgermerkt gelten für die Anwendung dieser Bestimmungen unterschiedliche Beschlussfassungsverfahren: Artikel 94 EGV schreibt Einstimmigkeit im Rat und lediglich die Anhörung des Parlaments vor, während Artikel 95 EGV das Mitentscheidungsverfahren und somit die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat vorsieht.

17. Die Gründe hierfür sind in der historischen Entwicklung zu suchen: Damals, als der frühere Artikel 100a (jetzt Artikel 95 EGV) zur Verwirklichung des Binnenmarktes in den Vertrag aufgenommen wurde, war er als Ausnahme von Artikel 100 (jetzt Artikel 94 EGV) gedacht, auch wenn diese Ausnahme recht weit ging. Von Artikel 95 EGV wurde jedoch sehr viel häufiger Gebrauch gemacht als von Artikel 94 EGV.

So ziehen die Organe für die Annahme von Maßnahmen, mit denen das Funktionieren des Binnenmarktes verbessert werden soll, in der Praxis Artikel 95 EGV heran, obwohl darin ausdrücklich festgelegt ist, dass es sich um eine Ausnahme von Artikel 94 EGV handelt, es sei denn es geht um Bestimmungen, die nach Artikel 95 Absatz 2 EGV ausgeschlossen sind (Bestimmungen über die Steuern, die Freizügigkeit sowie über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer).

Der Konvent könnte daher prüfen, ob die betreffenden Texte nicht in der Weise neugefasst werden sollten, dass Artikel 95 EGV in Zukunft die Regel und Artikel 94 EGV die Ausnahme darstellt.

C. Allgemeine horizontale Klauseln

18. Die derzeitige Fassung des EG-Vertrags enthält verschiedene Bestimmungen, die allgemein gültig sind, d.h. unabhängig von dem jeweiligen Sektor, auf den sich die Politik bezieht, für alle Ebenen des gemeinschaftlichen Handelns gelten.

Diese Klauseln finden sich entweder im Ersten Teil ("Grundsätze") oder im Dritten Teil ("Politiken") des EG-Vertrags. Es handelt sich insbesondere um

- Artikel 3 Absatz 2, demzufolge die Gemeinschaft darauf hinwirkt, *"Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern"*,
- Artikel 6, demzufolge *"die Erfordernisse des Umweltschutzes ... bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen einbezogen werden"* müssen,
- Artikel 127 Absatz 2, demzufolge *"das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus ... bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken ... berücksichtigt"* wird,
- Artikel 151 Absatz 4, demzufolge *"die Gemeinschaft ... den kulturellen Aspekten ... und der Vielfalt ihrer Kulturen"* Rechnung trägt,
- Artikel 152 Absatz 1, demzufolge bei der Durchführung der Gemeinschaftspolitiken *"ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt"* wird,
- Artikel 153 Absatz 2, demzufolge dabei auch *"den Erfordernissen des Verbraucherschutzes"* Rechnung getragen wird.

Dasselbe Konzept findet sich auch in den Bestimmungen über die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie (Artikel 157 Absatz 3 EGV), über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (Artikel 159 EGV) und über die Entwicklungszusammenarbeit (Artikel 178 EGV).

19. Zwei Lösungen bieten sich an: Entweder könnten die beiden Arten von Klauseln, die derzeit im Ersten Teil des EG-Vertrags stehen, d.h. Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 6 EGV, in einem einzigen Artikel im Ersten Teil der Verfassung zusammengefasst werden. Oder an den Anfang des Zweiten Teils der Verfassung wird eine allgemein gültige *"horizontale Klausel"* gestellt, in die sämtliche vorgenannten horizontalen Bestimmungen einfließen.
20. Für alle Fälle wird nachstehend für beide Optionen ein Formulierungsvorschlag unterbreitet:

Option A (kurz, Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 6 aus dem Teil "Grundsätze" des EG-Vertrags)

"Bei der Festlegung und Durchführung der in diesem Teil genannten Unionspolitiken und -maßnahmen werden die folgenden Erfordernisse einbezogen:

- a) *die Beseitigung von Ungleichheiten und die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen;*
- b) *der Umweltschutz und insbesondere die Förderung der nachhaltigen Entwicklung."*

Option B (lang. sämtliche horizontalen Bestimmungen des EG-Vertrags)

"Bei der Festlegung und Durchführung der in diesem Teil genannten Unionspolitiken und -maßnahmen werden die folgenden Erfordernisse einbezogen:

- a) die Beseitigung von Ungleichheiten und die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen;*
- b) der Umweltschutz und insbesondere die Förderung der nachhaltigen Entwicklung;*
- c) der Gesundheitsschutz.*

Bei der Festlegung und Durchführung der in diesem Teil genannten Politiken und Maßnahmen berücksichtigt die Union folgende Ziele:

- a) die Erlangung eines hohen Beschäftigungsniveaus;*
- b) die kulturellen Aspekte, insbesondere zur Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt;*
- c) den Verbraucherschutz;*
- d) die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie;*
- e) die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union und die Ziele der diesbezüglichen Politik;*
- f) die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit, soweit die Politiken und Maßnahmen die Entwicklungsländer berühren könnten."*

D. Umstellung einzelner Artikel

21. Einige wenige Artikel sind in Band I umgestellt worden:

- a) Artikel 4 EGV könnte an den Anfang des Titels *"Die Wirtschafts- und Währungspolitik"* gestellt werden.
- b) Die Artikel 14 und 15 EGV sollten besser an den Anfang eines neuen Titels bzw. Kapitels zum Binnenmarkt gestellt werden, in den bzw. das ferner die Artikel 94 bis 97 EGV aufgenommen werden könnten.
- c) Wenn Titel II *"Die Landwirtschaft"* des EG-Vertrags durch die Worte *"und die Fischerei"* ergänzt wird, damit der Anwendungsbereich des Artikels 32 Absatz 1 EGV auch in der Überschrift zum Ausdruck kommt, wäre der Text dieses Artikels anzupassen, um dem Rechnung zu tragen.

- d) Der Vierte Teil des EG-Vertrags, der die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete betrifft, bezweckt die teilweise Anwendung der Regelung des Vertrags auf die betreffenden Länder und Hoheitsgebiete. Daher müsste dieser Teil eigentlich in größere inhaltliche Nähe zu der Bestimmung über den territorialen Anwendungsbereich des Vertrags gerückt werden.

III. VEREINFACHUNGSVORSCHLÄGE

A. **Rechtsakte, die in den Entwürfen für die Artikel 24 bis 33 der Verfassung nicht genannt sind**

22. In einigen Bestimmungen des EG-Vertrags, die in den Zweiten Teil der Verfassung aufgenommen werden könnten, sind Verfahren und Rechtsakte vorgesehen, die in den Artikeln 24 bis 33 des Entwurfs (CONV 571/03 vom 26. Februar 2003) gegenwärtig nicht aufgeführt sind.

Man könnte sich fragen, ob nicht eingegriffen werden sollte, um den allgemeinen Ansatz und die spezifischen Bestimmungen miteinander in Einklang zu bringen.

a) *Rechtsakte des Europäischen Parlaments*

23. Das Europäische Parlament hat Entscheidungsbefugnisse, die in den betreffenden Artikelentwürfen nicht aufgeführt sind und die nicht der Selbstverwaltungsbefugnis des Parlaments zuzuordnen sind.

So sieht Artikel 195 Absatz 1 EGV Folgendes vor: *"Das Europäische Parlament ernennt einen Bürgerbeauftragten" und "legt nach Stellungnahme der Kommission und nach ... Zustimmung des Rates die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten fest"* (Artikel 195 Absatz 4 EGV). Ferner bestimmt Artikel 190 Absatz 5 EGV Folgendes: *"Das Europäische Parlament legt nach Anhörung der Kommission und mit Zustimmung des Rates ... die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben seiner Mitglieder fest"*.

Der Umstand, dass diese Rechtsakte *"mit Zustimmung des Rates"* angenommen werden, lässt die dem Parlament diesbezüglich übertragene Entscheidungsbefugnis unangetastet.

Außerdem ist vorgesehen, dass im Rahmen des Haushaltsverfahrens *"... der Präsident des Europäischen Parlaments feststellt, dass der Haushaltsplan endgültig festgestellt ist"* (Artikel 272 Absatz 7 EGV). Schließlich ist noch festzuhalten, dass allein das Parlament befugt ist, der Kommission Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans zu erteilen, und zwar *"auf Empfehlung des Rates"* (Artikel 276 Absatz 1 EGV).

b) *Rechtsakte von allgemeiner Tragweite, die von den Rechtsprechungsorganen der Union angenommen werden*

24. Artikel 223 Absatz 6 EGV bestimmt Folgendes: *"Der Gerichtshof erlässt seine Verfahrensordnung. Sie bedarf der Genehmigung des Rates ..."*. Gleiches ist in Artikel 224 Absatz 5 EGV bzw. Artikel 225 a Absatz 5 EGV in Bezug auf das Gericht erster Instanz und die gerichtlichen Kammern vorgesehen.

Es handelt sich hier durchaus um eine Entscheidungsbefugnis der Rechtsprechungsorgane der Union, da die Verfahrensordnung dieser Organe nicht mit einer Geschäftsordnung gleichgesetzt werden kann.

c) *Rechtsakte, die im gegenseitigen Einvernehmen erlassen werden*

25. Nach Artikel 193 Absatz 3 des EG-Vertrags werden *"die Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts ... vom Europäischen Parlament, vom Rat und von der Kommission im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt"*.

Dies trifft auch auf die zwischen dem Rechnungshof, der Europäischen Investitionsbank und der Kommission gemäß Artikel 248 Absatz 3 Unterabsatz 3 EGV geschlossene Vereinbarung zu, die die Rechte des Rechnungshofs auf Zugang zu Informationen der Bank regelt.

B. Beschlussfassungsverfahren

a) *Europäisches Parlament*

26. Stimmt das Parlament mit der gewöhnlich als "einfache" oder "relative" Mehrheit bezeichneten Mehrheit - die die allgemeine Regel bildet - ab, so wird im EG-Vertrag die Formulierung *"absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen"* (Artikel 198 Absatz 1, 251 Absatz 5, 272 Absatz 4 ...) verwendet. Beschließt es mit der üblicherweise als absolute Mehrheit bezeichneten Mehrheit, spricht die französische Fassung des Vertrags von der *"majorité des membres qui le composent"*. Verwendet wird auch die Formulierung *"majorité de ses membres"* oder *"majorité des membres du Parlement européen"*. Dies deckt sich auch mit der in der englischen und der deutschen Fassung gewählten Formulierung.

Es kann somit irreführend sein, das Adjektiv *"absolut"* zu verwenden, da es sich in Wirklichkeit nur um die relative Mehrheit handelt.

Daher wird vorgeschlagen, zum einen die Formulierung *"Mehrheit der abgegebenen Stimmen"* und zum anderen die Formulierung *"Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments"* bzw. *"Mehrheit seiner Mitglieder"* zu verwenden.

b) *Rat*

27. Es lässt sich die Frage aufwerfen, ob der derzeitige Beschlussfassungsmodus, der vorsieht, dass *"der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder (beschließt)"* (Artikel 205 Absatz 1 EGV), nicht durch die Formulierung *"der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit"* ersetzt werden sollte.

Tatsächlich beschließt der Rat hauptsächlich mit qualifizierter Mehrheit, seltener einstimmig oder mit einfacher Mehrheit. Daraus folgt, dass im Prinzip die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in der Mehrzahl der Fälle angewendet wird und durch eine derartige Änderung der Text der Verfassung viel leichter verständlich wird.

So würde in der Verfassung im Zusammenhang mit dem Rat nicht mehr die Formulierung *"mit qualifizierter Mehrheit"* verwendet; hingegen würde der Beschlussfassungsmodus (einfache Mehrheit oder Einstimmigkeit) in den Ausnahmefällen ausdrücklich angegeben.

c) *Kommission*

28. Für die Sachverständigengruppe stellt sich ferner die Frage, ob in jedem operativen Artikel der Verfassung, der eine Rechtsgrundlage darstellt, die verschiedenen institutionellen Phasen des komplexen Handlungsablaufs, den das Gesetzgebungsverfahren der Union bildet, stets erneut aufgeführt werden müssen.

So kann man sich angesichts des nahezu generellen Initiativrechts der Kommission für die rechtsetzende Tätigkeit der Gemeinschaft fragen, ob nicht darauf verzichtet werden könnte, die Formulierung *"auf Vorschlag der Kommission"* systematisch in jedem Rechtsakt wiederzugeben.

Es würde genügen, in den die Kommission betreffenden Artikel des Ersten Teils der Verfassung oder gegebenenfalls im Zweiten Teil, in dem die Arbeitsweise der Kommission im Einzelnen geregelt wird, eine Formulierung etwa folgender Art aufzunehmen: *"Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, können Rechtsakte der Union nur auf Vorschlag der Kommission erlassen werden"*.

In den anderen Fällen könnte es beispielsweise heißen: *"Der Rat erlässt auf eigene Initiative/auf Initiative eines Mitgliedstaats/auf Empfehlung der Kommission ..."*.¹

C. Bezeichnung der Gesetzgebungsakte

29. Entsprechend den Schlussfolgerungen der Gruppe IX "Vereinfachung" (CONV 424/02, Teil II, Abschnitt B, Buchstabe c) hat die Sachverständigengruppe den Ausdruck "Gesetzgebungsverfahren" immer dann verwendet, wenn es sich um Rechtsakte handelt, die nach dem Mitentscheidungsverfahren erlassen werden. Die verwendete Formulierung lehnt sich an die vom Präsidium im Entwurf für Artikel 28 Absatz 3 der Verfassung gewählte Formulierung an: *"Das Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren ... an"*.

In den in der Verfassung vorgesehenen Ausnahmefällen verfügt der Rat auch allein über eine Gesetzgebungskompetenz (Entwurf für Artikel 25 Absatz 2).

Es lässt sich nicht leugnen, dass hier die Gefahr von Verwechslungen besteht, da bestimmte Gesetze/Rahmengesetze, nämlich die Gesetze/Rahmengesetze des Rates, nach einem anderen Verfahren als dem Gesetzgebungsverfahren angenommen würden.

¹ Die Vorschläge im zweiten, dritten und vierten Absatz der Nummer 28 finden nicht die Zustimmung der vom Juristischen Dienst des Rates benannten Mitglieder der Gruppe; diese sind der Ansicht, dass die Vorschläge noch weiter geprüft werden müssten.

D. Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten des Rates ohne Gesetzgebungscharakter

30. Aus dem Entwurf für Artikel 25 Absatz 1 im Ersten Teil der Verfassung und den dazugehörigen Erläuterungen geht hervor, dass Gesetzgebungsakte generell nach dem Mitentscheidungsverfahren angenommen werden.

Nach Absatz 2 dieses Artikels können - als Ausnahme von der Regel - Gesetzgebungsakte auch vom Rat allein angenommen werden. Die Fälle, in denen ausschließlich der Rat eine Gesetzgebungsbefugnis hat, müssen in der Verfassung ausdrücklich angeführt werden.

Da die Liste der betreffenden Ausnahmen vom Konvent noch nicht erstellt worden ist, konnte die Sachverständigengruppe sie bei der Erstellung des vorliegenden Berichts nicht berücksichtigen.

31. Sollte der Konvent zu der Auffassung gelangen, dass der Rat im Rahmen einer bestimmten Politik oder Maßnahme eine Befugnis zum Erlass von Gesetzgebungsakten im Sinne des Entwurfs für Artikel 25 Absatz 2 (Annahme eines Gesetzes oder Rahmengesetzes) und zugleich eine Befugnis zum Erlass von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter im Sinne des Entwurfs für Artikel 26 (Annahme einer Verordnung oder eines Beschlusses) haben muss, müsste im Rahmen der betreffenden Politik oder Maßnahme ebenfalls angegeben werden, in welchen Fällen der Rat über eine Befugnis zum Erlass von Gesetzgebungsakten und in welchen Fällen er über eine Befugnis zum Erlass von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter verfügt.

32. Allgemein weist die Sachverständigengruppe den Konvent auf die Notwendigkeit hin, eine klare Unterscheidung zwischen den Befugnissen des Rates zum Erlass von Gesetzgebungsakten und zum Erlass von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter vorzunehmen, wie es in den Entwürfen für Artikel 25 Absatz 2 und Artikel 26 der Verfassung vorgesehen ist.

Die Gruppe stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Ausübung der Befugnis zum Erlass von Gesetzgebungsakten durch den Rat beim gegenwärtigen Stand der Arbeiten des Konvents mit zwei Folgen im Hinblick auf das Verfahren verbunden wäre: erstens müsste der Rat öffentlich tagen (Entwurf für Artikel 25 Absatz 3) und zweitens würde der "*Frühwarnmechanismus*" entsprechend dem Protokoll über die Subsidiarität ausschließlich für Gesetzgebungsvorschläge gelten.

E. Bezeichnung des Zustimmungsverfahrens

33. Hinsichtlich der dem Europäischen Parlament übertragenen besonderen Befugnis der Zustimmung (*avis conforme*) stellt sich die Frage, ob dieser Ausdruck nicht durch den Ausdruck "*approbation*" ersetzt werden könnte, wodurch die von dem angehörten Organ erbetene Handlung in ihrem Wesen unangetastet bliebe. Die Funktion der "*approbation*" findet sich bereits im EG-Vertrag, insbesondere in Artikel 214, der die Ernennung der Mitglieder der Kommission betrifft.

Ist für die Annahme eines Rechtsakts durch ein anderes Organ die vorherige Billigung seitens des Rates erforderlich, so nimmt der Rat dazu ebenfalls durch Erteilung seiner "*approbation*" Stellung (siehe beispielsweise die Artikel 190 Absatz 5 und 195 Absatz 4 EGV).

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass beispielsweise in der deutschen Fassung des Vertrags die Ausdrücke "*avis conforme*" und "*approbation*" mit ein und demselben Ausdruck - "*Zustimmung*" - wiedergegeben sind.

Übrigens scheint das Wort "*approbation*" für den Bürger leichter verständlich zu sein als der Ausdruck "*avis conforme*".

F. Klärung der Rechtsgrundlagen

34. Im Bericht der Gruppe V "Ergänzende Zuständigkeiten" (CONV 375/1/02 REC vom 4. November 2002) wird empfohlen, die Zahl der Fälle zu verringern, in denen Artikel 308 EGV in Anspruch genommen wird, indem die erforderlichen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die es der Union ermöglichen, in Bereichen tätig zu werden, in denen sie gegenwärtig nur unter Rückgriff auf Artikel 308 Möglichkeiten zum Erlass von Maßnahmen hat. Beispielsweise lassen sich folgende Fälle anführen:
- Ausdehnung der Verordnung "Soziale Sicherheit" auf Selbstständige, da Artikel 42 EGV nur als Rechtsgrundlage für abhängig Beschäftigte in Betracht kommt;
 - wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegenüber Einzelpersonen oder Vereinigungen außerhalb der Union, da die Artikel 60 und 301 des EG-Vertrags nur für "dritte Länder" gelten, oder
 - Rechtsakte zur Verwirklichung des Binnenmarkts, die über die Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften hinausgehen (siehe die Artikel 94 und 95 EGV), unter anderem Rechtsakte, die Titel für geistige Eigentumsrechte auf Unionsebene betreffen.
35. Sofern der Konvent die Fälle des Rückgriffs auf Artikel 308 EGV zu begrenzen wünscht, könnte er für alle geeigneten Fälle eine spezifische Rechtsgrundlage vorsehen. In jedem einzelnen Fall lassen sich verschiedene Lösungsmöglichkeiten in Betracht ziehen. Beispielsweise könnte für die Ausdehnung der Verordnung "Soziale Sicherheit" auf Selbstständige eine Rechtsgrundlage im Kapitel "Niederlassung" in Frage kommen.

Hinsichtlich der Rechtsakte zur Verwirklichung des Binnenmarkts, die über die Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften hinausgehen, unter anderem Schaffung von Titeln für geistige Eigentumsrechte auf Unionsebene, könnte entweder eine Anpassung an die Bezugnahme auf die Angleichung der Rechtsvorschriften in den Artikeln 94 und 95 EGV oder die Schaffung einer spezifischen Rechtsgrundlage in Betracht gezogen werden.

G. Jährliche Sitzungsperioden des Europäischen Parlaments

36. Das Parlament hält jährlich eine Sitzungsperiode ab (Artikel 196 Absatz 1 EGV). Seit dem Vertrag von Rom hat es im Rahmen seiner Selbstverwaltungsbefugnis beschlossen, den Zeitplan für seine Arbeit nach "*Sitzungsperioden*" (*périodes de session*) zu gestalten, ein Faktum, das der Gerichtshof in seiner Rechtsprechung weitgehend bestätigt hat.

Da die in Artikel 196 Absatz 2 EGV enthaltene Formulierung, wonach das "*Europäische Parlament ... zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode* [im Französischen: *session extraordinaire*] *zusammentreten (kann)*", leicht zu Verwechslungen führen und Fragen aufseiten der Bürger aufwerfen kann, wird vorgeschlagen, sich an die in der Geschäftsordnung des Parlaments seit 1958 enthaltene Formulierung, nämlich "*Sitzungsperiode*" (*période de session*), zu halten.

Deshalb schlägt die Gruppe vor, Artikel 196 Absatz 2 wie folgt zu ändern: "*Le Parlement européen peut se réunir en période de session extraordinaire ...*" (Änderung betrifft nicht die deutsche Fassung).

o
o o

BAND II

VORENTWURF DES VERFASSUNGSVERTRAGS

Vorschläge für technische Anpassungen der Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags

* * *

Text folgt der ursprünglichen Struktur des EG- und des EU-Vertrags

Teil A dieses Bands enthält die Bestimmungen des EG-Vertrags (S. 2 bis 140)

Teil B dieses Bands enthält die Bestimmungen des EU-Vertrags (S. 141 bis 170)

Dieser Band ist im Lichte der Anlagen I und II von Band I zu lesen.

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band II - Teil A (EG-Vertrag)

Teil A

**Bestimmungen des Vertrags zur Gründung
der Europäischen Gemeinschaft
(EG-Vertrag)**

Inhaltsübersicht

	Seite
Erster Teil Grundsätze	6
Zweiter Teil Die Unionsbürgerschaft	13
Dritter Teil Die Politiken der Gemeinschaft Union	16
TITEL I Der freie Warenverkehr	16
Kapitel 1 Die Zollunion	17
Kapitel 2 Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten	18
TITEL II Die Landwirtschaft	19
TITEL III Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr	23
Kapitel 1 Die Arbeitskräfte	23
Kapitel 2 Das Niederlassungsrecht	25
Kapitel 3 Dienstleistungen	28
Kapitel 4 Der Kapital- und Zahlungsverkehr	30
TITEL IV Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr	32
TITEL V Der Verkehr	37
TITEL VI Gemeinsame Regeln betreffend Wettbewerb, Steuerfragen und Angleichung der Rechtsvorschriften	41
Kapitel 1 Wettbewerbsregeln	41
Abschnitt 1 Vorschriften für Unternehmen	41
Abschnitt 2 Beihilfen der Mitgliedstaaten	44
Kapitel 2 Steuerliche Vorschriften	46
Kapitel 3 Angleichung der Rechtsvorschriften	48
TITEL VII Die Wirtschafts- und Währungspolitik	51
Kapitel 1 Die Wirtschaftspolitik	
Kapitel 2 Die Währungspolitik	
Kapitel 3 Institutionelle Bestimmungen	
Kapitel 4 Übergangsbestimmungen	

TITEL VIII	Beschäftigung	51
TITEL IX	Gemeinsame Handelspolitik	54
TITEL X	Zusammenarbeit im Zollwesen	56
TITEL XI	Sozialpolitik, allgemeine und berufliche Bildung und Jugend	57
Kapitel 1	Sozialvorschriften	57
Kapitel 2	Der Europäische Sozialfonds	63
Kapitel 3	Allgemeine und berufliche Bildung und Jugend	64
TITEL XII	Kultur	65
TITEL XIII	Gesundheitswesen	67
TITEL XIV	Verbraucherschutz	68
TITEL XV	Transeuropäische Netze	69
TITEL XVI	Industrie	71
TITEL XVII	Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt	72
TITEL XVIII	Forschung und technologische Entwicklung	74
TITEL XIX	Umwelt	78
TITEL XX	Entwicklungszusammenarbeit	80
TITEL XXI	Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern	82
Vierter Teil	Die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	83
Fünfter Teil	Die Organe der Union	86
TITEL I	Vorschriften über die Organe	86
Kapitel 1	Die Organe	86
Abschnitt 1	Das Europäische Parlament	86
Abschnitt 2	Der Rat	91
Abschnitt 3	Die Kommission	94
Abschnitt 4	Der Gerichtshof	97
Abschnitt 5	Der Rechnungshof	107

Kapitel 2	Gemeinsame Vorschriften für mehrere Organe	110
Kapitel 3	Der Wirtschafts- und Sozialausschuss	115
Kapitel 4	Der Ausschuss der Regionen	118
Kapitel 5	Die Europäische Investitionsbank	119
TITEL II	Finanzvorschriften	121
Sechster Teil	Allgemeine und Schlussbestimmungen	128
Schlussbestimmungen		139

* * *

~~ERSTER TEIL~~

~~GRUNDSÄTZE~~

~~Artikel 1¹~~

~~Durch diesen Vertrag gründen die HOHEN VERTRAGSPARTEIEN untereinander eine EURO-PÄISCHE GEMEINSCHAFT.~~

~~Artikel 2~~

~~Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.~~

~~Artikel 3~~

~~(1) — Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 umfasst nach Maßgabe dieses Vertrags und der darin vorgesehenen Zeitfolge:~~

- ~~a) — das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten;~~
- ~~b) — eine gemeinsame Handelspolitik;~~
- ~~c) — einen Binnenmarkt, der durch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist;~~
- ~~d) — Maßnahmen hinsichtlich der Einreise und des Personenverkehrs nach Titel IV;~~
- ~~e) — eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Fischerei;~~
- ~~f) — eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet des Verkehrs;~~
- ~~g) — ein System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarkts vor Verfälschungen schützt;~~

¹ Die Artikel 1 und 2 sowie Artikel 3 Absatz 1 werden gestrichen und durch die Entwürfe der Artikel (Gründung, Werte und Ziele der Union) in Teil I (Artikel 1, 2 und 3 in CONV 528/03) ersetzt.

- h) ~~die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist;~~
- i) ~~die Förderung der Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verstärkung ihrer Wirksamkeit durch die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie;~~
- j) ~~eine Sozialpolitik mit einem Europäischen Sozialfonds;~~
- k) ~~die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts;~~
- l) ~~eine Politik auf dem Gebiet der Umwelt;~~
- m) ~~die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Gemeinschaft;~~
- n) ~~die Förderung der Forschung und technologischen Entwicklung;~~
- o) ~~die Förderung des Auf- und Ausbaus transeuropäischer Netze;~~
- p) ~~einen Beitrag zur Erreichung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus;~~
- q) ~~einen Beitrag zu einer qualitativ hoch stehenden allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Entfaltung des Kulturlebens in den Mitgliedstaaten;~~
- r) ~~eine Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit;~~
- s) ~~die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern;~~
- t) ~~einen Beitrag zur Verbesserung des Verbraucherschutzes;~~
- u) ~~Maßnahmen in den Bereichen Energie, Katastrophenschutz und Fremdenverkehr.~~

(2) Bei allen in diesem Artikel Teil genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft Union darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.¹

¹ Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Absatz könnte mit Artikel 6 (Umwelt) und sogar mit den anderen Bestimmungen dieser Art, die in den verschiedenen Kapiteln verstreut sind, in einem einzigen Artikel z.B. unter der Überschrift "gemeinsame Bestimmungen" zusammengefasst werden. Es ist außerdem festzustellen, dass durch die Formulierung "dieser Teil" - soweit darunter Bereiche fallen, die derzeit zur zweiten und zur dritten Säule zählen - der Geltungsbereich dieses "horizontalen" Absatzes (bzw. dieser "horizontalen" Absätze) ausgeweitet würde.

Artikel 4 ¹

- (1) Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union** im Sinne des [Artikels 2] ² umfasst nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** [und der darin vorgesehenen Zeitfolge] ³ die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.
- (2) Parallel dazu umfasst diese Tätigkeit nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und der darin vorgesehenen [Zeitfolge und] ⁴ Verfahren ~~die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse im Hinblick auf die Einführung einer einheitlichen Währung, den ECU den Euro~~, sowie die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie Wechselkurspolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen und unbeschadet dieses Zieles die allgemeine Wirtschaftspolitik in der **Gemeinschaft Union** unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen.
- (3) Diese Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union** setzt die Einhaltung der folgenden richtungsweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.

Artikel 5 ⁵

~~Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig.~~

~~In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.~~

~~Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.~~

¹ Dieser Artikel könnte an den Anfang von Titel VII "Wirtschafts- und Währungspolitik" gesetzt werden.

² Artikel 2 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 Absatz 2 in CONV 528/03) ersetzt.

³ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung dieser Formulierung (... Zeitfolge) sinnvoll ist.

⁴ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung dieser Formulierung (Zeitfolge ...) sinnvoll ist.

⁵ Artikel 5 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Grundprinzipien" in Teil I (Artikel 8 in CONV 528/03) ersetzt.

Artikel 6¹

Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der in Artikel 3 diesem Teil genannten GemeinschaftsUnionpolitiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

Artikel 7²

(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- ein EUROPÄISCHES PARLAMENT,
- einen RAT,
- eine KOMMISSION,
- einen GERICHTSHOF,
- einen RECHNUNGSHOF.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.

(2) Der Rat und die Kommission werden von einem Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie einem Ausschuss der Regionen mit beratender Aufgabe unterstützt.

Artikel 8³

Nach den in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren werden ein Europäisches System der Zentralbanken (im Folgenden als "ESZB" bezeichnet) und eine Europäische Zentralbank (im Folgenden als "EZB" bezeichnet) geschaffen, die nach Maßgabe der Befugnisse handeln, die ihnen in diesem Vertrag und der beigefügten Satzung des ESZB und der EZB (im Folgenden als "Satzung des ESZB" bezeichnet) zugewiesen werden.

¹ Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Absatz könnte mit anderen Artikeln dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2). Die Bemerkung in der genannten Fußnote zu der Formulierung "dieser Teil" gilt auch hier.

² Die Artikel 7 bis 11a sind oder werden durch Teil I abgedeckt.

³ Es stellt sich die Frage, ob die Verwendung von Abkürzungen (z. B. "EZB" für "Europäische Zentralbank") in der Verfassung wünschenswert ist oder ob es für die Leser nicht verständlicher wäre, wenn die übliche Bezeichnung der betreffenden Institution oder des betreffenden Organs verwendet würde. Die Europäische Investitionsbank (Artikel 9) wird in den Artikeln des Vertrags nicht mit "EIB" abgekürzt. Wenn derartige Abkürzungen verwendet werden sollen, dann ist sicherzustellen, dass diese Abkürzungen an irgendeiner Stelle in der Verfassung erläutert werden.

Artikel 9

Es wird eine Europäische Investitionsbank errichtet, die nach Maßgabe der Befugnisse handelt, die ihr in diesem Vertrag und der beigefügten Satzung zugewiesen werden.

Artikel 10

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben. Sie erleichtern dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe.

Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrags gefährden könnten.

Artikel 11

(1) Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit in einem der unter diesen Vertrag fallenden Bereiche zu begründen, richten einen Antrag an die Kommission, die dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen kann. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, so teilt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre Gründe dafür mit.

(2) Die Ermächtigung zur Aufnahme einer verstärkten Zusammenarbeit nach Absatz 1 wird nach Maßgabe der Artikel 43 bis 45 des Vertrags über die Europäische Union vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments erteilt. Betrifft die verstärkte Zusammenarbeit einen Bereich, für den das Verfahren nach Artikel 251 dieses Vertrags gilt, so ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.

Ein Mitglied des Rates kann verlangen, dass der Europäische Rat befasst wird. Nach dieser Befassung kann der Rat gemäß Unterabsatz 1 beschließen.

(3) Die für die Durchführung der Tätigkeiten im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit erforderlichen Rechtsakte und Beschlüsse unterliegen allen einschlägigen Bestimmungen dieses Vertrags, soweit in diesem Artikel und in den Artikeln 43 bis 45 des Vertrags über die Europäische Union nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 11 A

Jeder Mitgliedstaat, der sich einer nach Artikel 11 begründeten verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat und der Kommission seine Absicht mit; die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor. Binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung beschließt die Kommission über den Antrag und über eventuelle spezifische Regelungen, die sie für notwendig hält.

Artikel 12

~~Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.~~

Das Europäische Parlament und der Rat kann können nach dem Verfahren des Artikels 251 Gesetzgebungsverfahren Regelungen Maßnahmen für das Verbot solcher von Diskriminierungen treffen aufgrund der Staatsangehörigkeit im Einklang mit [Artikel (...)]¹ annehmen.

Artikel 13

(1) Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** kann der Rat im Rahmen der durch ~~den Vertrag~~ **die Verfassung** auf die ~~Gemeinschaft~~ **Union** übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einstimmig ~~geeignete Vorkehrungen treffen~~ **die erforderlichen Maßnahmen annehmen**, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

(2) Abweichend von Absatz 1 ~~beschließt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251, wenn er gemeinschaftliche werden die~~ Fördermaßnahmen **der Union, zur Unterstützung der mit denen die** Maßnahmen ~~annimmt~~ **unterstützt werden**, die die Mitgliedstaaten treffen, um zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele beizutragen, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ~~vom Europäischen Parlament und vom Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren angenommen.~~

Artikel 14²

(1) Die ~~Gemeinschaft trifft~~ **Union nimmt** die erforderlichen Maßnahmen **an**, um ~~bis zum 31. Dezember 1992³~~ gemäß dem vorliegenden Artikel, den [Artikeln 15 und 26], [Artikel 47 Absatz 2] und den [Artikeln 49, 80, 93 und 95] unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags der Verfassung~~ den Binnenmarkt ~~schrittweise~~ zu verwirklichen.

(2) Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen ~~dieses Vertrags der Verfassung~~ gewährleistet ist.

¹ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über das "Verbot von Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit" in Teil I (Artikel 6 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

² Die Artikel 14 und 15 könnten an den Anfang des derzeitigen dritten Teils "Die Politiken der Gemeinschaft" gesetzt werden. Außerdem könnte überlegt werden, ob nicht ein Titel oder Kapitel "Binnenmarkt" vorgesehen werden sollte, an dessen Anfang diese beiden Artikel stehen könnten.

³ Die Nennung dieses Zeitpunkts ist hinfällig. Es wird empfohlen, ihn zu streichen.

(3) Der Rat ~~legt mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission **die Maßnahmen an, mit denen** die Leitlinien und Bedingungen festgelegt werden, die erforderlich sind, um in allen betroffenen Sektoren einen ausgewogenen Fortschritt zu gewährleisten.¹

Artikel 15²

Bei der Formulierung ihrer Vorschläge zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] berücksichtigt die Kommission den Umfang der Anstrengungen, die einigen Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ~~im Zuge der~~ **für die** Errichtung des Binnenmarktes abverlangt werden, und kann geeignete ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** vorschlagen.

Erhalten diese ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** die Form von Ausnahmeregelungen, so müssen sie vorübergehender Art sein und dürfen das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** so wenig wie möglich stören.

Artikel 16

Unbeschadet der [Artikel 73, 86 und 87] und in Anbetracht des Stellenwerts, den Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse innerhalb der [gemeinsamen Werte]³ der Union einnehmen, sowie ihrer Bedeutung bei der Förderung ~~des ihres~~ sozialen und territorialen Zusammenhalts tragen die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse im Anwendungsbereich ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** dafür Sorge, dass die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

¹ Dieser Absatz wurde anscheinend nie angewandt. Soll er gestrichen werden?

² Es wurde vorgeschlagen, nicht mehr auf den Verlauf der Errichtung des Binnenmarktes Bezug zu nehmen (vgl. Fußnote zu Artikel 14). Eine Streichung dieser Bezugnahme könnte jedoch hier dazu führen, dass die in Artikel 15 vorgesehenen Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen, die nur im Laufe des betreffenden Zeitraums angewandt werden konnten, endgültig festgeschrieben werden.

³ Die Formulierung "gemeinsame Werte" ist zu überdenken, da der Begriff "Werte" in dem Entwurf des Artikels über die "Werte der Union" in Teil I (Artikel 2 in CONV 528/03) definiert wird und sich auf Werte wie die Menschenrechte bezieht. Es wird empfohlen, einen anderen Begriff zu suchen.

ZWEITER TEIL

DIE UNIONSBÜRGERSCHAFT

Artikel 17 ¹

(1) ~~Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.~~

(2) ~~Die Unionsbürger haben die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten.~~

Artikel 18

(1) ~~Jeder Unionsbürger hat das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in diesem Vertrag und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten.~~ ²

(2) ~~Erscheint zur Erreichung dieses~~ **des in [Artikel (...)] ³ genannten Ziels des Rechts jedes Unionsbürgers, sich frei zu bewegen und seinen Aufenthalt frei zu nehmen**, ein Tätigwerden der **Gemeinschaft Union** erforderlich und sieht ~~dieser Vertrag~~ **die Verfassung** hierfür keine Befugnisse vor, so ~~kann der Rat Vorschriften erlassen können~~ **das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen annehmen**, mit denen die Ausübung ~~der Rechte nach Absatz 1 dieses Rechts~~ erleichtert wird. ~~Er beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251.~~

(3) ~~[Absatz 2] gilt nicht für Vorschriften~~ **Maßnahmen** betreffend Pässe, Personalausweise, Aufenthaltstitel oder diesen gleichgestellte Dokumente und auch nicht für Vorschriften betreffend die soziale Sicherheit oder den sozialen Schutz. ⁴

¹ Artikel 17 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 1 in CONV 528/03) ersetzt.

² Artikel 18 Absatz 1 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

³ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

⁴ Es sollte geklärt werden, ob dieser Absatz darauf abzielt, in den aufgeführten Bereichen jegliche Zuständigkeit nach Maßgabe dieses Artikels auszuschließen, oder ob es darum ging, das Mitentscheidungsverfahren oder lediglich die Beschlussfassung des Rates mit qualifizierter Mehrheit auszuschließen. Im zweiten Falle müsste der Konvent prüfen, ob für die Maßnahmen nach Absatz 3 eine spezifische Rechtsgrundlage eingeführt werden sollte.

Artikel 19¹

(1) ~~Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.~~² ~~Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden;~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission einstimmig Maßnahmen an, mit denen die Einzelheiten der Ausübung des in [Artikel (...)]³ genannten aktiven und passiven Wahlrechts jedes Unionsbürgers bei den Kommunalwahlen in dem Mitgliedstaat, in dem dieser seinen Wohnsitz hat, festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In diesen Einzelheiten** können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.

(2) Unbeschadet des [Artikels 190 Absatz 4]⁴ ~~und der Bestimmungen~~ **Maßnahmen** zu dessen Durchführung ~~besitzt jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats. Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden;~~ **nimmt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig Maßnahmen an, mit denen die Einzelheiten der Ausübung des in [Artikel (...)]⁵ genannten aktiven und passiven Wahlrechts jedes Unionsbürgers bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in dem Mitgliedstaat, in dem dieser seinen Wohnsitz hat, festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In diesen Einzelheiten** können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.

¹ Es wird vorgeschlagen, diese beiden Absätze, die praktisch identisch sind, zusammenzufassen; allerdings müsste eine Lösung für das Problem der Bezugnahme auf Artikel 190 Absatz 4 gefunden werden (siehe Fußnote zu Artikel 19 Absatz 2).

² Der erste Satz der Absätze 1 und 2 von Artikel 19 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

³ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

⁴ Die Bezugnahme auf Artikel 190 (einheitliches Wahlverfahren für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, das von Teil I abgedeckt wird) betraf das (aktive/passive) Wahlrecht (bei den Wahlen zum Europäischen Parlament), keineswegs aber das Verfahren für die Annahme der Bestimmungen über die Ausübung dieses Rechts (das hier vorgesehen ist). Im Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03), in dem dieses Recht enthalten ist, wird nicht mehr auf Artikel 190 Bezug genommen. Würde die Bezugnahme auf Artikel 190, die nur das Verfahren beträfe, hier beibehalten, würde somit der Geltungsbereich dieser Bezugnahme geändert, es sei denn, in einem gesonderten Satz wird angegeben, dass sie nur für das aktive und passive Wahlrecht gilt.

⁵ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Artikel 20 ¹

~~Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Die Mitgliedstaaten vereinbaren die notwendigen Regeln und leiten die erforderlichen internationalen Verhandlungen ein, um den diplomatischen und konsularischen Schutz der Unionsbürger in Drittstaaten nach [Artikel (...)] ² zu gewährleisten.~~

Artikel 21 ³

~~Jeder Unionsbürger besitzt das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament nach Artikel 194.~~

~~Jeder Unionsbürger kann sich an den nach Artikel 195 eingesetzten Bürgerbeauftragten wenden.~~

Die Sprachen, in denen sich jeder Unionsbürger schriftlich in einer der in Artikel 314 genannten Sprachen an jedes die Organe oder an jede Einrichtungen gemäß [Artikel (...)] ⁴ wenden und eine Antwort in derselben Sprache erhalten kann, sind in Artikel 314 aufgeführt die in dem vorliegenden Artikel oder in Artikel 7 genannt sind, und eine Antwort in derselben Sprache erhalten. Die Organe und Einrichtungen im Sinne dieses Artikels sind jene, die in [Artikel ...] genannt werden, sowie der Bürgerbeauftragte. ⁵

Artikel 22

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss alle drei Jahre über die Anwendung des [Artikels (...)] ⁶ und [dieses Teiles] Bericht. In dem Bericht wird der Fortentwicklung der Union Rechnung getragen.

¹ Der erste Satz von Artikel 20 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt. Um diese Bestimmung zu erfüllen, haben die Mitgliedstaaten im Rat Verhandlungen geführt und untereinander einen völkerrechtlichen Vertrag geschlossen. Der Konvent könnte prüfen, ob das Verfahren für die Festlegung der in diesem Artikel vorgesehenen Regeln geändert werden soll und insbesondere ob es möglich wäre, nicht mehr auf Übereinkommen zurückzugreifen (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 5).

² Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

³ Die ersten beiden Absätze, in denen keine Anwendungsmodalitäten festgelegt werden und nur auf die Artikel 194 und 195 Bezug genommen wird, müssen gestrichen werden, da das darin festgeschriebene Recht in dem Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) behandelt wird.

⁴ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

⁵ Hier ist auf den Entwurf des Artikels in Teil I Bezug zu nehmen, in dem die Organe und die zwei beratenden Einrichtungen (Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen) aufgeführt werden.

⁶ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Auf dieser Grundlage kann der Rat unbeschadet der anderen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** zur Ergänzung der in ~~diesem Teil~~ **[Artikel (...)]¹** vorgesehenen Rechte einstimmig auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Bestimmungen erlassen~~ **Maßnahmen annehmen**, die er den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfiehlt. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

DRITTER TEIL

DIE POLITIKEN DER ~~GEMEINSCHAFT~~ UNION

TITEL I

DER FREIE WARENVERKEHR

Artikel 23

- (1) ~~Grundlage der Gemeinschaft ist~~ **Die Union umfasst** eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt und das Verbot umfasst, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dritten Ländern.
- (2) [Artikel 25] und [Kapitel 2] [dieses Titels] gelten für die aus den Mitgliedstaaten stammenden Waren sowie für diejenigen Waren aus dritten Ländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden.

Artikel 24

Als im freien Verkehr eines Mitgliedstaats befindlich gelten diejenigen Waren aus dritten Ländern, für die in dem betreffenden Mitgliedstaat die Einfuhr-Förmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschriebenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet worden sind.

¹ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

KAPITEL 1

DIE ZOLLUNION

Artikel 25

Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten. Dieses Verbot gilt auch für Finanzzölle.

Artikel 26

~~Der Rat legt die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission fest.~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die Maßnahmen zur Festsetzung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs an.**

Artikel 27

Bei der Ausübung der ihr aufgrund [dieses Kapitels] übertragenen Aufgaben geht die Kommission von folgenden Gesichtspunkten aus:

- a) der Notwendigkeit, den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern zu fördern;
- b) der Entwicklung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union**, soweit diese Entwicklung zu einer Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führt;
- c) dem Versorgungsbedarf der ~~Gemeinschaft~~ **Union** an Rohstoffen und Halbfertigwaren; hierbei achtet die Kommission darauf, zwischen den Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen für Fertigwaren nicht zu verfälschen;
- d) der Notwendigkeit, ernsthafte Störungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten zu vermeiden und eine rationelle Entwicklung der Erzeugung sowie eine Ausweitung des Verbrauchs innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu gewährleisten.

KAPITEL 2

VERBOT VON MENGENMÄSSIGEN BESCHRÄNKUNGEN ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel 28 ¹

Mengenmäßige Einfuhr- **und Ausfuhr**beschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

~~Artikel 29~~

~~Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.~~

Artikel 30

~~Die Bestimmungen der [Artikel 28] und 29 stehen~~ **steht** Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen.

Artikel 31

(1) Die Mitgliedstaaten formen ihre staatlichen Handelsmonopole derart um, dass jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

Dieser Artikel gilt für alle Einrichtungen, durch die ein Mitgliedstaat unmittelbar oder mittelbar die Einfuhr oder die Ausfuhr zwischen den Mitgliedstaaten rechtlich oder tatsächlich kontrolliert, lenkt oder merklich beeinflusst. Er gilt auch für die von einem Staat auf andere Rechtsträger übertragenen Monopole.

(2) Die Mitgliedstaaten unterlassen jede neue Maßnahme, die den in [Absatz 1] genannten Grundsätzen widerspricht oder die Tragweite der Artikel über das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten einengt.

¹ Es wird vorgeschlagen, diesen Artikel mit Artikel 29 zusammenzufassen.

(3) Ist mit einem staatlichen Handelsmonopol eine Regelung zur Erleichterung des Absatzes oder der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden, so sollen bei der Anwendung dieses Artikels gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger gewährleistet werden.

TITEL II

DIE LANDWIRTSCHAFT ¹

Artikel 32

(1) Der ~~Gemeinsame Markt~~ **Binnenmarkt** umfasst auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen.

(2) Die Vorschriften für die Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** finden auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung, soweit in den [Artikeln 33 bis 38] nicht etwas anderes bestimmt ist.

(3) **Für die in [Anhang I] aufgeführten Erzeugnisse, für welche gelten die Artikel 33 bis 38** ~~gelten, sind in der diesem Vertrag als Anhang I beigefügten Liste aufgeführt.~~ ²

(4) Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des ~~gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik Hand in Hand gehen.

Artikel 33

(1) Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es:

- a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;
- b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren;
- d) die Versorgung sicherzustellen;
- e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

¹ Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob im Titel "UND DIE FISCHEREI" angefügt werden sollte. Sollte dieser Vorschlag akzeptiert werden, müsste die Formulierung von Artikel 32 entsprechend angepasst werden.

² Es wird vorgeschlagen, diese überflüssigen Formulierungen zu streichen, da nur auf einen Anhang zur Verfassung Bezug genommen werden kann.

(2) Bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik und der hierfür anzuwendenden besonderen Methoden ist Folgendes zu berücksichtigen:

- a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;
- b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen;
- c) die Tatsache, dass die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Artikel 34

(1) Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, wird eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte geschaffen.

Diese besteht je nach Erzeugnis aus einer der folgenden Organisationsformen:

- a) gemeinsame Wettbewerbsregeln;
- b) bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen;
- c) eine europäische Marktordnung.

(2) Die nach Absatz 1 gestaltete gemeinsame Organisation kann alle zur Durchführung des [Artikels 33] erforderlichen Maßnahmen einschließen, insbesondere Preisregelungen, Beihilfen für die Erzeugung und die Verteilung der verschiedenen Erzeugnisse, Einlagerungs- und Ausgleichsmaßnahmen, gemeinsame Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr.

Die gemeinsame Organisation hat sich auf die Verfolgung der Ziele des [Artikels 33] zu beschränken und jede Diskriminierung zwischen Erzeugern oder Verbrauchern innerhalb der **Gemeinschaft Union** auszuschließen.

Eine etwaige gemeinsame Preispolitik muss auf gemeinsamen Grundsätzen und einheitlichen Berechnungsmethoden beruhen.

(3) Um der in Absatz 1 genannten gemeinsamen Organisation die Erreichung ihrer Ziele zu ermöglichen, können ein oder mehrere Ausrichtungs- oder Garantiefonds für die Landwirtschaft geschaffen werden.

Artikel 35

Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, können im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

- a) eine wirksame Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; hierbei können Vorhaben oder Einrichtungen gemeinsam finanziert werden;
- b) gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse.

Artikel 36

Das [Kapitel] über die Wettbewerbsregeln findet auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen nur insoweit Anwendung, als der Rat dies unter Berücksichtigung der Ziele des [Artikels 33] im Rahmen des [Artikels 37 Absätze 2 und 3] und gemäß dem dort vorgesehenen Verfahren bestimmt.

Der Rat kann insbesondere **Maßnahmen annehmen genehmigen, mit denen genehmigt wird**, dass Beihilfen gewährt werden

- a) zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind, oder
- b) im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme.

Artikel 37

~~(1) — Zur Erarbeitung der Grundlinien für eine gemeinsame Agrarpolitik beruft die Kommission unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine Konferenz der Mitgliedstaaten ein, um einen Vergleich ihrer Agrarpolitik, insbesondere durch Gegenüberstellung ihrer Produktionsmöglichkeiten und ihres Bedarfs, vorzunehmen.¹~~

~~(2) Unter Berücksichtigung der Arbeiten der in Absatz 1 vorgesehenen Konferenz legt Die Kommission **legt** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ~~binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags~~ zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik Vorschläge vor, welche unter anderem die Ablösung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehenen gemeinsamen Organisationsformen sowie die Durchführung der in [diesem Titel] bezeichneten Maßnahmen vorsehen.~~

Diese Vorschläge ~~müssen~~ **tragen** dem inneren Zusammenhang der in diesem Titel aufgeführten landwirtschaftlichen Fragen Rechnung ~~tragen~~.

¹ Dieser Absatz ist überholt. Die Konferenz hat 1958 in Stresa stattgefunden. Ihre Ergebnisse sind somit bereits Bestandteil des Bestands.

~~Der Rat erlässt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Verordnungen, Richtlinien oder Entscheidungen, unbeschadet seiner etwaigen~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Gesetze/Verordnungen¹, Rahmengesetze, Beschlüsse und Empfehlungen an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

(3) ~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit² Die einzelstaatlichen Marktordnungen~~ **können** nach Maßgabe des Absatzes 2 durch die in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehene gemeinsame Organisation ~~ersetzen~~ **ersetzt werden**,

- a) wenn sie den Mitgliedstaaten, die sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben und eine eigene Marktordnung für die in Betracht kommende Erzeugung besitzen, gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger bietet; hierbei sind die im Zeitablauf möglichen Anpassungen und erforderlichen Spezialisierungen zu berücksichtigen, und
- b) wenn die gemeinsame Organisation für den Handelsverkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** Bedingungen sicherstellt, die denen eines Binnenmarkts entsprechen.

(4) Wird eine gemeinsame Organisation für bestimmte Rohstoffe geschaffen, bevor eine gemeinsame Organisation für die entsprechenden weiterverarbeiteten Erzeugnisse besteht, so können die betreffenden Rohstoffe aus Ländern außerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** eingeführt werden, wenn sie für weiterverarbeitete Erzeugnisse verwendet werden, die zur Ausfuhr nach dritten Ländern bestimmt sind.

Artikel 38

Besteht in einem Mitgliedstaat für ein Erzeugnis eine innerstaatliche Marktordnung oder Regelung gleicher Wirkung und wird dadurch eine gleichartige Erzeugung in einem anderen Mitgliedstaat in ihrer Wettbewerbslage beeinträchtigt, so erheben die Mitgliedstaaten bei der Einfuhr des betreffenden Erzeugnisses aus dem Mitgliedstaat, in dem die genannte Marktordnung oder Regelung besteht, eine Ausgleichsabgabe, es sei denn, dass dieser Mitgliedstaat eine Ausgleichsabgabe bei der Ausfuhr erhebt.

Die Kommission setzt diese Abgaben in der zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erforderlichen Höhe fest; sie kann auch andere Maßnahmen genehmigen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

¹ Da der Rat gemäß den Artikelentwürfen des Titels V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" des Teils I (Artikel 25 und 26 in CONV 571/03) Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, müsste der Konvent hier die Fälle bestimmen, in denen der Rat in dem unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakt oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Addendum II dieses Berichts).

² Diese Formulierung ist überflüssig, da das hierfür geltende Verfahren bereits durch die Bezugnahme auf Artikel 37 Absatz 2 genannt wird.

TITEL III

DIE FREIZÜGIGKEIT, DER FREIE DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

KAPITEL 1

DIE ARBEITSKRÄFTE

Artikel 39

- (1) **Die Arbeitnehmer haben das Recht, sich** innerhalb der ~~Gemeinschaft ist die Frei-~~
~~zügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet~~ **Union frei zu bewegen.**¹
- (2) ~~Sie umfasst die Abschaffung~~ Jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unter-
~~schiedlichen~~ Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Ent-
lohnung und sonstige Arbeitsbedingungen **ist verboten.**²
- (3) ~~Sie gibt~~ **Die Arbeitnehmer haben**³ - vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen
Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen - ~~den Arbeitnehmern~~ das
Recht,
- a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben;
 - b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen;
 - c) sich in einem Mitgliedstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates
geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben;
 - d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats unter Bedingun-
gen zu verbleiben, welche die Kommission in ~~Durchführungs-~~Verordnungen festlegt
annimmt.
- (4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Ver-
waltung.

¹ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

² Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

³ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

Artikel 40

~~Der Rat trifft gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch Richtlinien oder Verordnungen~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren** alle erforderlichen ~~Maßnahmen~~ **Gesetze oder Rahmengesetze an**, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Sinne des [Artikels 39] herzustellen. **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses. Diese Gesetze und Rahmengesetze haben insbesondere Folgendes zum Ziel:**

- a) ~~durch~~ Sicherstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Arbeitsverwaltungen;
- b) ~~durch die~~ Beseitigung der Verwaltungsverfahren und -praktiken sowie der für den Zugang zu verfügbaren Arbeitsplätzen vorgeschriebenen Fristen, die sich aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften ergeben und deren Beibehaltung die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer hindert;
- c) ~~durch die~~ Beseitigung aller Fristen und sonstigen Beschränkungen, die in innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften vorgesehen sind und die den Arbeitnehmern der anderen Mitgliedstaaten für die freie Wahl des Arbeitsplatzes andere Bedingungen als den inländischen Arbeitnehmern auferlegen;
- d) ~~durch die~~ Schaffung geeigneter Verfahren für die Zusammenführung und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu Bedingungen, die eine ernstliche Gefährdung der Lebenshaltung und des Beschäftigungsstands in einzelnen Gebieten und Industrien ausschließen.

Artikel 41

Die Mitgliedstaaten fördern den Austausch junger Arbeitskräfte im Rahmen eines gemeinsamen Programms.¹

Artikel 42

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren** die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit für die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer notwendigen Maßnahmen **an**²; zu diesem Zweck ~~führten sie~~ **er** insbesondere ein System ein, welches aus- und einwandernden Arbeitnehmern und deren anspruchsberechtigten Angehörigen Folgendes sichert:

¹ Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob diese Bestimmung "modernisiert" und dabei eine noch festzulegende Zuständigkeit der Union vorgesehen werden sollte.

² Diese Rechtsgrundlage gestattet nur die Annahme von Maßnahmen für "Arbeitnehmer", also für abhängig Erwerbstätige. Die Ausweitung der Verordnung über die "soziale Sicherheit" auf Selbstständige erfolgte auf der Grundlage von Artikel 308 EGV. Sollte der Konvent eine Beschränkung der Fälle, in denen auf Artikel 308 zurückgegriffen wird, anstreben, so könnte er prüfen, ob im Kapitel "Niederlassung", das auf Selbstständige Anwendung findet, eine spezielle Rechtsgrundlage für diesen Bereich vorgesehen werden sollte.

- a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen;
- b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten wohnen.

~~Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig.~~¹

KAPITEL 2

DAS NIEDERLASSUNGSRECHT

Artikel 43

Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ **[dieses Kapitels]** verboten. Das Gleiche gilt für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig sind.

Vorbehaltlich des [Kapitels] über den Kapitalverkehr ~~umfasst die Niederlassungsfreiheit haben die Angehörigen eines Mitgliedstaats das Recht, im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Erwerbstätigkeiten aufzunehmen und auszuüben sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2], nach den Bestimmungen des Aufnahmemitgliedstaats für seine eigenen Angehörigen zu gründen und zu leiten.~~²

Artikel 44

(1) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Rahmengesetze zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für eine bestimmte Tätigkeit an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

(2) **Das Europäische Parlament**, der Rat und die Kommission erfüllen die Aufgaben, die ihnen aufgrund ~~der obigen Bestimmungen~~ **von Absatz 1** übertragen sind, indem sie insbesondere

- a) im Allgemeinen diejenigen Tätigkeiten mit Vorrang behandeln, bei denen die Niederlassungsfreiheit die Entwicklung der Produktion und des Handels in besonderer Weise fördert;

¹ Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

² Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt (vgl. auch Artikel 39 über die Arbeitnehmer).

- b) eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungen der Mitgliedstaaten sicherstellen, um sich über die besondere Lage auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten innerhalb der **Gemeinschaft Union** zu unterrichten;
- c) die aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften abgeleiteten Verwaltungsverfahren und -praktiken ausschalten, deren Beibehaltung der Niederlassungsfreiheit entgegensteht;
- d) dafür Sorge tragen, dass Arbeitnehmer eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats beschäftigt sind, dort verbleiben und eine selbstständige Tätigkeit unter denselben Voraussetzungen ausüben können, die sie erfüllen müssten, wenn sie in diesen Staat erst zu dem Zeitpunkt einreisen würden, in dem sie diese Tätigkeit aufzunehmen beabsichtigen;
- e) den Erwerb und die Nutzung von Grundbesitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats durch Angehörige eines anderen Mitgliedstaats ermöglichen, soweit hierdurch die Grundsätze des [Artikels 33 Absatz 2] nicht beeinträchtigt werden;
- f) veranlassen, dass bei jedem in Betracht kommenden Wirtschaftszweig die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit in Bezug auf die Voraussetzungen für die Errichtung von Agenturen, Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats sowie für den Eintritt des Personals der Hauptniederlassung in ihre Leitungs- oder Überwachungsorgane schrittweise aufgehoben werden;
- g) soweit erforderlich die Schutzbestimmungen koordinieren, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2] im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten;
- h) sicherstellen, dass die Bedingungen für die Niederlassung nicht durch Beihilfen der Mitgliedstaaten verfälscht werden.

Artikel 45

Auf Tätigkeiten, die in einem Mitgliedstaat dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, findet dieses Kapitel in dem betreffenden Mitgliedstaat keine Anwendung.¹

Der Rat kann ~~mit qualifizierter Mehrheit~~ auf Vorschlag der Kommission ~~beschließen~~ **mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen annehmen, dass dieses Kapitel auf durch die** bestimmte Tätigkeiten ~~keine von der Anwendung findet dieses Kapitels ausgenommen werden.~~

¹ Betrifft nicht die deutsche Fassung.

Artikel 46

- (1) [Dieses Kapitel] und die aufgrund desselben ~~getroffenen~~ **angenommenen** Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften **der Mitgliedstaaten**, die eine Sonderregelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.
- (2) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Rahmengesetze** für die Koordinierung der **in Absatz 1** genannten **nationalen** Vorschriften **an**.

Artikel 47 ¹

- (1) Um die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten zu erleichtern, ~~erlässt der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Rahmengesetze an, die Folgendes zum Ziel haben:**
für
- a) die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise;
 - b) die Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten.
- (2) ~~Zu dem gleichen Zweck erlässt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten. Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig über Richtlinien, deren Durchführung in mindestens einem Mitgliedstaat eine Änderung bestehender gesetzlicher Grundsätze der Berufsordnung hinsichtlich der Ausbildung und der Bedingungen für den Zugang natürlicher Personen zum Beruf umfasst. Im Übrigen beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.~~ ²
- (3) Die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen für die ärztlichen, arzttähnlichen und pharmazeutischen Berufe setzt die Koordinierung der Bedingungen für die Ausübung dieser Berufe in den einzelnen Mitgliedstaaten voraus.

¹ Es wird vorgeschlagen, die Absätze 1 und 2, in denen ein und dasselbe Verfahren vorgesehen ist, zusammenzufassen (nach der Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates gemäß dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

² Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

Artikel 48

Für die Anwendung [dieses Kapitels] stehen die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der Mitgliedstaaten sind.

Als Gesellschaften gelten die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

KAPITEL 3

DIENSTLEISTUNGEN

Artikel 49

Die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen **Mitgliedstaat** der ~~Gemeinschaft~~ **Union** als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ [dieses Kapitels] verboten.

Der Rat kann ~~mit qualifizierter Mehrheit~~ auf Vorschlag der Kommission ~~beschließen, dass mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen annehmen, aufgrund deren~~ dieses Kapitel auch auf Erbringer von Dienstleistungen Anwendung findet, welche die Staatsangehörigkeit eines dritten Landes besitzen und innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** ansässig sind.

Artikel 50

Dienstleistungen im Sinne ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen.

Als Dienstleistungen gelten insbesondere:

- a) gewerbliche Tätigkeiten,
- b) kaufmännische Tätigkeiten,
- c) handwerkliche Tätigkeiten,
- d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des [Kapitels] über die Niederlassungsfreiheit kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem Staat **Mitgliedstaat** ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

Artikel 51

- (1) Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs ~~gelten die Bestimmungen des~~ **gilt der** [Titel] über den Verkehr.
- (2) Die Liberalisierung der mit dem Kapitalverkehr verbundenen Dienstleistungen der Banken und Versicherungen wird im Einklang mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs durchgeführt.

Artikel 52

- (1) Der Rat ~~erlässt~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ~~und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Parlaments Richtlinien~~ **Rahmengesetze** zur Liberalisierung einer bestimmten Dienstleistung **an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**
- (2) Bei den in Absatz 1 genannten ~~Richtlinien~~ **Rahmengesetzen** sind im Allgemeinen mit Vorrang diejenigen Dienstleistungen zu berücksichtigen, welche die Produktionskosten unmittelbar beeinflussen oder deren Liberalisierung zur Förderung des Warenverkehrs beiträgt.

Artikel 53 ¹

Die Mitgliedstaaten sind bereit, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, zu dem sie aufgrund der ~~Richtlinien~~ **Rahmengesetze** gemäß [Artikel 52 Absatz 1] verpflichtet sind, hinauszugehen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweigs dies zulassen.

Die Kommission richtet entsprechende Empfehlungen an die betreffenden Staaten.

Artikel 54 ²

Solange die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs nicht aufgehoben sind, wendet sie jeder Mitgliedstaat ohne Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsort auf alle in [Artikel 49 Absatz 1] bezeichneten Erbringer von Dienstleistungen an.

¹ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung einer derartigen Bestimmung sinnvoll ist.

² Aus Gründen der Kohärenz könnte hier untersucht werden, ob eine derartige Bestimmung nicht als horizontale Bestimmung für die vier Freiheiten vorgesehen werden sollte.

Artikel 55

Die ~~Bestimmungen der~~ [Artikel 45 bis 48] finden auf das in diesem Kapitel geregelte Sachgebiet Anwendung.

KAPITEL 4

DER KAPITAL- UND ZAHLUNGSVERKEHR

Artikel 56¹

(1) Im Rahmen ~~der Bestimmungen~~ dieses Kapitels sind ~~alle die~~ Beschränkungen des Kapital- **und des Zahlungsverkehrs** zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

~~(2) Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.~~

Artikel 57

(1) [Artikel 56] berührt nicht die Anwendung derjenigen Beschränkungen auf dritte Länder, die am 31. Dezember 1993 aufgrund einzelstaatlicher ~~oder gemeinschaftlicher~~ Rechtsvorschriften **oder von Rechtsvorschriften der Union** für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten bestehen.

(2) Unbeschadet der anderen [Kapitel] ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sowie seiner Bemühungen um eine möglichst weit gehende Verwirklichung des Zieles eines freien Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern kann der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten ~~beschließen~~ **annehmen. Bei der Annahme von** Maßnahmen nach diesem Absatz, die im Rahmen des ~~Gemeinschafts~~**Unionsrechts** für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dritten Ländern einen Rückschritt darstellen, ~~bedürfen der Einstimmigkeit~~ **beschließt der Rat einstimmig.**

¹ Es wird empfohlen, die Absätze 1 und 2 zusammenzufassen.

Artikel 58

- (1) [Artikel 56] berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten,
- a) die einschlägigen Vorschriften ihres Steuerrechts anzuwenden, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln,
 - b) die unerlässlichen ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, um Zuwiderhandlungen gegen innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Aufsicht über Finanzinstitute, zu verhindern, sowie Meldeverfahren für den Kapitalverkehr zwecks administrativer oder statistischer Information vorzusehen oder Maßnahmen zu ergreifen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gerechtfertigt sind.
- (2) Dieses [Kapitel] berührt nicht die Anwendbarkeit von Beschränkungen des Niederlassungsrechts, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.
- (3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen und Verfahren dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs im Sinne des [Artikels 56] darstellen.

Artikel 59

Falls Kapitalbewegungen nach oder aus dritten Ländern unter außergewöhnlichen Umständen das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion schwerwiegend stören oder zu stören drohen, kann der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ~~und nach Anhörung der EZB~~ gegenüber dritten Ländern Schutzmaßnahmen mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten ~~treffen~~ **annehmen**, wenn diese unbedingt erforderlich sind. **Er beschließt nach Anhörung der EZB** ¹.

Artikel 60 ²

- (1) *Falls ein Tätigwerden der Gemeinschaft in den in [Artikel 301] vorgesehenen Fällen für erforderlich erachtet wird, kann der Rat nach dem Verfahren des [Artikels 301] die notwendigen Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des Kapital- und Zahlungsverkehrs mit den betroffenen dritten Ländern* ³ ergreifen.

¹ Frage der Verwendung von Abkürzungen in der Verfassung (vgl. Fußnote zu Artikel 8).

² Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen der "Außenbeziehungen" geprüft werden und wird daher an dieser Stelle nicht behandelt. Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob dieser Artikel mit Artikel 301 zusammengefasst werden könnte.

³ Da hier nur "Länder" genannt werden, ist es derzeit nicht möglich, diesen Artikel im Hinblick auf Sanktionen gegenüber Einzelpersonen oder nichtstaatlichen Gebilden anzuwenden (z.B. Sanktionen gegen die Taliban und namentlich genannte Terroristen). Aufgrund dieser Lücke muss derzeit zusätzlich auf Artikel 308 EGV zurückgegriffen werden. Daher wird vorgeschlagen zu prüfen, ob eine Ausweitung des Geltungsbereichs dieses Artikels zweckmäßig wäre (vgl. auch Vorschlag zu Artikel 301).

(2) Solange der Rat keine Maßnahmen nach Absatz 1 ergriffen hat, kann jeder Mitgliedstaat unbeschadet des [Artikels 297] bei Vorliegen schwerwiegender politischer Umstände aus Gründen der Dringlichkeit gegenüber dritten Ländern einseitige Maßnahmen auf dem Gebiet des Kapital- und Zahlungsverkehrs treffen. Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten sind über diese Maßnahmen spätestens bei deren Inkrafttreten zu unterrichten.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission entscheiden, dass der betreffende Mitgliedstaat diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben hat. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über die betreffenden Entscheidungen des Rates.

TITEL IV¹

VISA, ASYL, EINWANDERUNG UND ANDERE POLITIKEN BETREFFEND DEN FREIEN PERSONENVERKEHR

Artikel 61

Zum schrittweisen Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erlässt der Rat

- a) innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam Maßnahmen zur Gewährleistung des freien Personenverkehrs nach Artikel 14 in Verbindung mit unmittelbar damit zusammenhängenden flankierenden Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, Asyl und Einwanderung nach Artikel 62 Nummern 2 und 3, Artikel 63 Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 2 Buchstabe a sowie Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität nach Artikel 31 Buchstabe e des Vertrags über die Europäische Union;*
- b) sonstige Maßnahmen in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatsangehörigen dritter Länder nach Artikel 63;*
- c) Maßnahmen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen nach Artikel 65;*
- d) geeignete Maßnahmen zur Förderung und Verstärkung der Zusammenarbeit der Verwaltungen nach Artikel 66;*

¹ Dieser Titel wird nochmals vom Konvent geprüft. Daher wird er hier nicht behandelt.

- e) *Maßnahmen im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die durch die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität in der Union nach dem Vertrag über die Europäische Union auf ein hohes Maß an Sicherheit abzielen.*

Artikel 62

Der Rat beschließt nach dem Verfahren des Artikels 67 innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam

1. *Maßnahmen, die nach Artikel 14 sicherstellen, dass Personen, seien es Bürger der Union oder Staatsangehörige dritter Länder, beim Überschreiten der Binnengrenzen nicht kontrolliert werden;*
2. *Maßnahmen bezüglich des Überschreitens der Außengrenzen der Mitgliedstaaten, mit denen Folgendes festgelegt wird:*
 - a) *Normen und Verfahren, die von den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Personenkontrollen an diesen Grenzen einzuhalten sind;*
 - b) *Vorschriften über Visa für geplante Aufenthalte von höchstens drei Monaten einschließlich*
 - i) *der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind;*
 - ii) *der Verfahren und Voraussetzungen für die Visumerteilung durch die Mitgliedstaaten;*
 - iii) *der einheitlichen Visumgestaltung;*
 - iv) *der Vorschriften für ein einheitliches Visum.*
3. *Maßnahmen zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Staatsangehörige dritter Länder im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten während eines Aufenthalts von höchstens drei Monaten Reisefreiheit genießen.*

Artikel 63

Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 67 innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam

1. *in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 und dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie einschlägigen anderen Verträgen Asylmaßnahmen in folgenden Bereichen:*

- a) *Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, den ein Staatsangehöriger eines dritten Landes in einem Mitgliedstaat gestellt hat;*
 - b) *Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten;*
 - c) *Mindestnormen für die Anerkennung von Staatsangehörigen dritter Länder als Flüchtlinge;*
 - d) *Mindestnormen für die Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft;*
2. *Maßnahmen in Bezug auf Flüchtlinge und vertriebene Personen in folgenden Bereichen:*
- a) *Mindestnormen für den vorübergehenden Schutz von vertriebenen Personen aus dritten Ländern, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, und von Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen;*
 - b) *Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen und vertriebenen Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten;*
3. *einwanderungspolitische Maßnahmen in folgenden Bereichen:*
- a) *Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen sowie Normen für die Verfahren zur Erteilung von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und Aufenthaltstiteln, einschließlich solcher zur Familienzusammenführung, durch die Mitgliedstaaten;*
 - b) *illegale Einwanderung und illegaler Aufenthalt, einschließlich der Rückführung solcher Personen, die sich illegal in einem Mitgliedstaat aufhalten;*
4. *Maßnahmen zur Festlegung der Rechte und der Bedingungen, aufgrund derer sich Staatsangehörige dritter Länder, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, in anderen Mitgliedstaaten aufhalten dürfen.*

Maßnahmen, die vom Rat nach den Nummern 3 und 4 beschlossen worden sind, hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, in den betreffenden Bereichen innerstaatliche Bestimmungen beizubehalten oder einzuführen, die mit diesem Vertrag und mit internationalen Übereinkünften vereinbar sind.

Der vorgenannte Fünfjahreszeitraum gilt nicht für nach Nummer 2 Buchstabe b, Nummer 3 Buchstabe a und Nummer 4 zu beschließende Maßnahmen.

Artikel 64

- (1) *Dieser Titel berührt nicht die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.*
- (2) *Sehen sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Staatsangehörigen dritter Länder gegenüber, so kann der Rat unbeschadet des Absatzes 1 auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten vorläufige Maßnahmen mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten beschließen.*

Artikel 65

Die Maßnahmen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitenden Bezügen, die, soweit sie für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich sind, nach Artikel 67 zu treffen sind, schließen ein:

- a) *Verbesserung und Vereinfachung*
- *des Systems für die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;*
 - *der Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;*
 - *der Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;*
- b) *Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;*
- c) *Beseitigung der Hindernisse für eine reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften.*

Artikel 66

Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 67 Maßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Dienststellen der Behörden der Mitgliedstaaten in den Bereichen dieses Titels sowie die Zusammenarbeit zwischen diesen Dienststellen und der Kommission zu gewährleisten.

Artikel 67

(1) *Der Rat handelt während eines Übergangszeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam einstimmig auf Vorschlag der Kommission oder auf Initiative eines Mitgliedstaats und nach Anhörung des Europäischen Parlaments.*

(2) *Nach Ablauf dieser fünf Jahre*

- *handelt der Rat auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission; die Kommission prüft jeden Antrag eines Mitgliedstaats, wonach sie dem Rat einen Vorschlag unterbreiten soll;*
- *fasst der Rat einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments einen Beschluss, wonach auf alle Bereiche oder Teile der Bereiche, die unter diesen Titel fallen, das Verfahren des Artikels 251 anzuwenden ist und die Bestimmungen über die Zuständigkeit des Gerichtshofs angepasst werden.*

(3) *Abweichend von den Absätzen 1 und 2 werden die in Artikel 62 Nummer 2 Buchstabe b Ziffern i und iii genannten Maßnahmen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Amsterdam an vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschlossen.*

(4) *Abweichend von Absatz 2 werden die in Artikel 62 Nummer 2 Buchstabe b Ziffern ii und iv genannten Maßnahmen nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 beschlossen.*

(5) *Abweichend von Absatz 1 beschließt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251*

- *die Maßnahmen nach Artikel 63 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstabe a, sofern der Rat zuvor gemäß Absatz 1 Gemeinschaftsvorschriften erlassen hat, in denen die gemeinsamen Regeln und wesentlichen Grundsätze für diese Bereiche festgelegt sind;*
- *die Maßnahmen nach Artikel 65 mit Ausnahme der familienrechtlichen Aspekte.*

Artikel 68

(1) *Artikel 234 findet auf diesen Titel unter folgenden Umständen und Bedingungen Anwendung: Wird eine Frage der Auslegung dieses Titels sowie der Gültigkeit oder Auslegung von auf diesen Titel gestützten Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so legt dieses Gericht dem Gerichtshof die Frage zur Entscheidung vor, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.*

(2) *In jedem Fall ist der Gerichtshof nicht für Entscheidungen über Maßnahmen oder Beschlüsse nach Artikel 62 Nummer 1 zuständig, die die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit betreffen.*

(3) *Der Rat, die Kommission oder ein Mitgliedstaat können dem Gerichtshof eine Frage der Auslegung dieses Titels oder von auf diesen Titel gestützten Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft zur Entscheidung vorlegen. Die Entscheidung, die der Gerichtshof auf dieses Ersuchen hin fällt, gilt nicht für Urteile von Gerichten der Mitgliedstaaten, die rechtskräftig geworden sind.*

Artikel 69

Für die Anwendung dieses Titels gelten unbeschadet des Protokolls über die Anwendung bestimmter Aspekte des Artikels 14 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft auf das Vereinigte Königreich und auf Irland die Bestimmungen des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands und des Protokolls über die Position Dänemarks.

TITEL V

DER VERKEHR

Artikel 70

Auf dem in diesem Titel geregelten Sachgebiet ¹ ~~verfolgen die Mitgliedstaaten werden~~ die Ziele ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** im Rahmen einer gemeinsamen Verkehrspolitik **verfolgt**.

Artikel 71

(1) Zur Durchführung des [Artikels 70] ~~wird~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Verkehrs gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen an. Sie beschließen** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen. **Diese Maßnahmen umfassen Folgendes:**

- a) **gemeinsame Regeln** für den internationalen Verkehr aus oder nach dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder für den Durchgangsverkehr durch das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ~~gemeinsame Regeln aufstellen;~~
- b) **Bedingungen** für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Verkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind, ~~die Bedingungen festlegen;~~

¹ Da hier eine geteilte Zuständigkeit gegeben ist, wird vorgeschlagen, die Formulierung "verfolgen die Mitgliedstaaten", die im einleitenden Teil der anderen Politikbereiche nicht verwendet wird, zu streichen. Siehe auch den Vorschlag für eine Zusammenlegung mit Artikel 80.

- c) Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ~~erlassen~~;
- d) alle sonstigen zweckdienlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **Maßnahmen**.

(2) Abweichend von dem in [Absatz 1] vorgesehenen Verfahren werden die ~~Vorschriften über~~ **Maßnahmen betreffend** die Grundsätze der Verkehrsordnung, deren Anwendung die Lebenshaltung und die Beschäftigungslage in bestimmten Gebieten sowie den Betrieb der Verkehrseinrichtungen ernstlich beeinträchtigen könnte, vom Rat **einstimmig** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einstimmig erlassen~~ **angenommen**; dabei berücksichtigt er die Notwendigkeit einer Anpassung an die sich aus der Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** ergebende wirtschaftliche Entwicklung. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Artikel 72

Bis ~~zum Erlass~~ **zur Annahme** der in [Artikel 71 Absatz 1] genannten ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** darf ein Mitgliedstaat die verschiedenen, am 1. Januar 1958 oder, im Falle später beigetretener Staaten, zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf diesem Gebiet geltenden Vorschriften in ihren unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmer anderer Mitgliedstaaten im Vergleich zu den inländischen Verkehrsunternehmern nicht ungünstiger gestalten, es sei denn, dass der Rat einstimmig ~~etwas anderes billigt~~ **Maßnahmen annimmt, die eine Ausnahmeregelung zulassen**.

Artikel 73

Mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordination des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

Artikel 74

Jede Maßnahme auf dem Gebiet der Beförderungsentgelte und -bedingungen, die im Rahmen ~~dieses Vertrags getroffen~~ **der Verfassung angenommen** wird, hat der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmer Rechnung zu tragen.

Artikel 75

(1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sind die Diskriminierungen ~~beseitigt~~ **verboten**, die darin bestehen, dass ein Verkehrsunternehmer in denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem ~~Herkunfts- oder Bestimmungsland~~ **Herkunfts- oder Bestimmungsmitgliedstaat** unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet.

(2) Absatz 1 schließt sonstige Maßnahmen nicht aus, die **das Europäische Parlament und der Rat** gemäß [Artikel 71 Absatz 1] ~~treffen kann~~ **annehmen können**.

(3) Der Rat ~~trifft mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses eine Regelung~~ **mit qualifizierter Mehrheit** die zur Durchführung des Absatzes 1 **erforderlichen Maßnahmen an. Er beschließt nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Er kann insbesondere die erforderlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **Maßnahmen annehmen**, um es den Organen ~~der Gemeinschaft~~ zu ermöglichen, für die Beachtung des Absatzes 1 Sorge zu tragen, und um den Verkehrsnutzern die Vorteile dieser Bestimmung voll zukommen zu lassen.

(4) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die Diskriminierungsfälle des Absatzes 1 und ~~erlässt~~ **nimmt** nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **Beschlüsse** im Rahmen der ~~gemäß~~ in Absatz 3 ~~getroffenen Regelung~~ **genannten Maßnahmen an.**

Artikel 76

(1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sind die von einem Mitgliedstaat auferlegten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstützung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei denn, dass die Kommission **mit einem Beschluss** die Genehmigung hierzu erteilt.

(2) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die in Absatz 1 bezeichneten Frachten und Beförderungsbedingungen; hierbei berücksichtigt sie insbesondere sowohl die Erfordernisse einer angemessenen Standortpolitik, die Bedürfnisse der unterentwickelten Gebiete und die Probleme der durch politische Umstände schwer betroffenen Gebiete als auch die Auswirkungen dieser Frachten und Beförderungsbedingungen auf den Wettbewerb zwischen den Verkehrsarten.

Die Kommission ~~erlässt~~ **nimmt** die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **Beschlüsse** nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat **an.**

(3) Das in Absatz 1 genannte Verbot ~~trifft~~ **gilt nicht für** die Wettbewerbstarife.

Artikel 77

Die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten [beim Grenzübergang] in Rechnung stellt ¹, dürfen unter Berücksichtigung der hierdurch tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht übersteigen.

Die Mitgliedstaaten werden bemüht sein, diese Kosten ~~schrittweise~~ zu verringern.

Die Kommission kann zur Durchführung dieses Artikels Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten.

¹ Es stellt sich die Frage, welche Arten von Abgaben vom Verkehrsunternehmer in Rechnung gestellt werden. Ferner dürfte bei einem Binnenmarkt ohne Binnengrenzen die Formulierung "beim Grenzübergang" hinfällig sein. Es wäre zu prüfen, ob dieser Artikel nicht überflüssig ist.

[Artikel 78 ¹

Die Bestimmungen dieses Titels stehen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegen, soweit sie erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, die der Wirtschaft bestimmter, von der Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik aus dieser Teilung entstehen.]

Artikel 79

Bei der Kommission wird ein beratender Ausschuss gebildet; er besteht aus Sachverständigen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Die Kommission hört den Ausschuss je nach Bedarf in Verkehrsfragen an[; die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses bleiben unberührt] ².

Artikel 80

(1) Dieser Titel gilt für die Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr.

(2) ~~Der~~ **Das Europäische Parlament und der Rat** ~~kann können nach dem Gesetzgebungsverfahren~~ mit qualifizierter Mehrheit ~~darüber entscheiden, ob, inwieweit und nach welchen Verfahren~~ ³ ~~geeignete Vorschriften~~ **Maßnahmen** für die Seeschifffahrt und Luftfahrt ~~zu erlassen sind annehmen.~~ ⁴ **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.**

~~Die Verfahrensvorschriften des Artikels 71 finden Anwendung.~~

¹ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Artikel noch relevant ist (siehe auch Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe c).

² Es wird vorgeschlagen, diesen überflüssigen Satz zu streichen, da es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Anhörung dieses Ausschusses die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses nicht berühren darf.

³ Der Verweis auf das "geeignete Verfahren" hat keinen Sinn, da das betreffende Verfahren, nämlich das Mitentscheidungsverfahren, in Unterabsatz 2 festgelegt ist.

⁴ Nach den aufeinander folgenden Änderungen am EG-Vertrag ist die dem Rat mit Artikel 80 Absatz 2 Unterabsatz 1 verliehene Befugnis schwerlich mit Unterabsatz 2 des betreffenden Absatzes zu vereinbaren. Im Übrigen ist allem Anschein nach in der Praxis von Artikel 80 Absatz 2 Unterabsatz 1 kein Gebrauch gemacht worden. Seit der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte wurden die Bestimmungen über die Seeschifffahrt und Luftfahrt direkt angenommen.

Eine knappere und verständlichere Alternativformulierung für Absatz 2 könnte folgendermaßen lauten: "Geeignete Maßnahmen für die Seeschifffahrt und Luftfahrt können nach dem Verfahren des Artikels 71 angenommen werden."

TITEL VI

GEMEINSAME REGELN BETREFFEND WETTBEWERB, STEUERFRAGEN UND ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

KAPITEL 1

WETTBEWERBSREGELN

ABSCHNITT 1

VORSCHRIFTEN FÜR UNTERNEHMEN

Artikel 81

(1) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** bezwecken oder bewirken, insbesondere

- a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;
- b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;
- c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;
- d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) ~~Die Bestimmungen des Absatzes 1 können~~ **Absatz 1 kann** für nicht anwendbar erklärt werden auf

- a) Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
- b) Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,

- c) aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen

- d) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder
- e) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

Artikel 82

Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten ist die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem **Binnenmarkt** ~~Gemeinsamen Markt~~ oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Dieser Missbrauch kann insbesondere in Folgendem bestehen:

- a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;
- b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;
- c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- d) der an den Abschluss von Verträgen geknüpften Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

Artikel 83

(1) ~~Die Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die zweckdienlichen Gesetze/Verordnungen¹ oder Richtlinien Rahmengesetze zur Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und an. Er beschließt~~ nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschlossen.

¹ Da der Rat gemäß den Artikelentwürfen in Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" (Artikel 25 und 26 in CONV 571/03) Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, müsste der Konvent hier die Fälle bestimmen, in denen der Rat in den unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakt oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Anlage II dieses Berichts).

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen ~~Vorschriften~~ **Gesetze/Verordnungen oder Rahmengesetze** bezwecken insbesondere:

- a) die Beachtung der in [Artikel 81 Absatz 1] und [Artikel 82] genannten Verbote durch die Einführung von Geldbußen und Zwangsgeldern zu gewährleisten;
- b) die Einzelheiten der Anwendung des [Artikels 81 Absatz 3] festzulegen; dabei ist dem Erfordernis einer wirksamen Überwachung bei möglichst einfacher Verwaltungskontrolle Rechnung zu tragen;
- c) gegebenenfalls den Anwendungsbereich der [Artikel 81 und 82] für die einzelnen Wirtschaftszweige näher zu bestimmen;
- d) die Aufgaben der Kommission und des Gerichtshofes bei der Anwendung der in diesem Absatz vorgesehenen Vorschriften gegeneinander abzugrenzen;
- e) das Verhältnis zwischen den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einerseits und ~~den in diesem Abschnitt enthaltenen~~ oder den aufgrund dieses Artikels ~~getroffenen Bestimmungen~~ **angegenommenen Maßnahmen** andererseits festzulegen.

Artikel 84

Bis zum ~~Inkrafttreten~~ **Zeitpunkt des Inkrafttretens** der gemäß [Artikel 83] ~~erlassenen Vorschriften~~ **angenommenen Gesetze/Verordnungen oder Rahmengesetze** entscheiden die Behörden der Mitgliedstaaten im Einklang mit ~~ihren eigenen Rechtsvorschriften~~ **mit ihrem innerstaatlichen Recht** und den ~~Bestimmungen der Artikel~~ **[Artikeln 81, insbesondere Absatz 3, und 82]** über die Zulässigkeit von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen sowie über die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt**.

Artikel 85

(1) Unbeschadet des [Artikels 84] achtet die Kommission auf die Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze. Sie untersucht auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von Amts wegen in Verbindung mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die ihr Amtshilfe zu leisten haben, die Fälle, in denen Zuwiderhandlungen gegen diese Grundsätze vermutet werden. Stellt sie eine Zuwiderhandlung fest, so schlägt sie geeignete Mittel vor, um diese abzustellen.

(2) Wird die Zuwiderhandlung nicht abgestellt, so ~~trifft~~ **nimmt** die Kommission ~~in einer mit einem~~ mit Gründen versehenen ~~Entscheidung~~ **die Feststellung-Beschluss an, in dem festgestellt wird**, dass eine ~~derartige~~ Zuwiderhandlung **gegen die Grundsätze** vorliegt. Sie kann ~~die Entscheidung~~ **ihren Beschluss** veröffentlichen und die Mitgliedstaaten ermächtigen, die erforderlichen ~~Abhilfemaßnahmen~~ **Bestimmungen zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen zu erlassen**, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Artikel 86

- (1) Die Mitgliedstaaten werden in Bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine ~~diesem Vertrag~~ **den Bestimmungen der Verfassung** und insbesondere ~~dessen~~ **deren** [Artikeln 12 und 81 bis 89] widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.
- (2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten die ~~Vorschriften dieses Vertrags~~ **Bestimmungen der Verfassung**, insbesondere die Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser ~~Vorschriften~~ **Bestimmungen** nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zuwiderläuft.
- (3) Die Kommission achtet auf die Anwendung dieses Artikels und ~~richtet~~ **nimmt** erforderlichenfalls geeignete ~~Richtlinien~~ [**Verordnungen**¹ oder] ~~Entscheidungen~~ **Beschlüsse** an die ~~Mitgliedstaaten~~.

ABSCHNITT 2

~~STAATLICHE BEIHILFEN~~ **DER MITGLIEDSTAATEN**

Artikel 87

- (1) Soweit in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nicht etwas anderes bestimmt ist, sind ~~staatliche Beihilfen der Mitgliedstaaten~~ oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.
- (2) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar sind:
- a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden;
 - b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind;

¹ Da Richtlinien nicht mehr zu den Rechtsakten zählen sollen, die die Kommission annehmen kann (vgl. den Entwurf von Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" in CONV 571/03), bliebe ihr nur das Instrument des Beschlusses (vgl. Artikel 26 des vorgenannten Entwurfs) und der Verordnung. Die Verordnung ist jedoch ein Rechtsakt, der im Gegensatz zur Richtlinie, den Mitgliedstaaten keinerlei Handlungsspielraum lässt. Würde sie hier vorgesehen, so würde dies eine Änderung gegenüber der derzeitigen Lage darstellen.

- [c) Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter, durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.] ¹
- (3) Als mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar können angesehen werden:
- a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht;
 - b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats;
 - c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
 - d) Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes, soweit sie die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** nicht in einem Maß beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
 - e) sonstige Arten von Beihilfen, die der Rat durch ~~eine Entscheidung~~ mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission **angenommene Maßnahmen** bestimmt.

Artikel 88

- (1) Die Kommission überprüft fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die in diesen bestehenden Beihilferegelungen. Sie schlägt ihnen die zweckdienlichen Maßnahmen vor, welche die fortschreitende Entwicklung und das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** erfordern.
- (2) Stellt die Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, dass eine von einem ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** nach [Artikel 87] unvereinbar ist oder dass sie missbräuchlich angewandt wird, so ~~entscheidet sie~~ **nimmt sie einen Beschluss an, der darauf abzielt**, dass der betreffende Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist ~~aufzuheben aufhebt~~ oder ~~umzugestalten hat~~ **umgestaltet**.

Kommt der betreffende Staat dieser Entscheidung innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission oder jeder betroffene **Mitgliedstaat** in Abweichung von den [Artikeln 226 und 227] den Gerichtshof unmittelbar anrufen.

¹ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Buchstabe noch relevant ist (siehe auch Artikel 78).

Der Rat kann einstimmig auf Antrag eines Mitgliedstaats ~~entscheiden, dass~~ **einen Beschluss annehmen, dem zufolge** eine von diesem Staat gewährte oder geplante Beihilfe in Abweichung von [Artikel 87] oder von den ~~nach in~~ [Artikel 89] ~~erlassenen~~ **vorgesehenen Gesetzen/Verordnungen** als mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar gilt, wenn außergewöhnliche Umstände eine solche Entscheidung rechtfertigen. Hat die Kommission bezüglich dieser Beihilfe das in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehene Verfahren bereits eingeleitet, so bewirkt der Antrag des betreffenden Staates an den Rat die Aussetzung dieses Verfahrens, bis der Rat sich geäußert hat.

Äußert sich der Rat nicht binnen drei Monaten nach Antragstellung, so entscheidet die Kommission.

(3) Die Kommission wird von ~~jeder~~ **den Mitgliedstaaten über jede** beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig unterrichtet, dass sie sich dazu äußern kann. Ist sie der Auffassung, dass ein derartiges Vorhaben nach [Artikel 87] mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar ist, so leitet sie unverzüglich das in Absatz 2 vorgesehene Verfahren ein. Der betreffende Mitgliedstaat darf die beabsichtigte Maßnahme nicht durchführen, bevor die Kommission einen ~~abschließenden Entscheidung~~ **Beschluss** erlassen hat.

Artikel 89

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ mit qualifizierter Mehrheit ~~alle zweckdienlichen Durchführungsverordnungen zu den Artikeln die~~ **Gesetze/Verordnungen¹ zur Durchführung der [Artikel 87 und 88] erlassen annehmen** und insbesondere die Bedingungen für die Anwendung des [Artikels 88 Absatz 3] sowie diejenigen Arten von Beihilfen festlegen, die von diesem Verfahren ausgenommen sind. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

KAPITEL 2

STEUERLICHE VORSCHRIFTEN

Artikel 90

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben.

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

¹ Da der Rat gemäß den Artikelentwürfen in Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" (Artikel 25 und 26 in CONV 571/03 Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, müsste der Konvent hier die Fälle bestimmen, in denen der Rat in dem unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakt oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Anlage II dieses Berichts).

Artikel 91

Werden Waren **aus einem Mitgliedstaat** in das Hoheitsgebiet eines **anderen** Mitgliedstaats ausgeführt ¹, so darf die Rückvergütung für inländische Abgaben nicht höher sein als die auf die ausgeführten Waren mittelbar oder unmittelbar erhobenen inländischen Abgaben.

Artikel 92

Für Abgaben außer Umsatzsteuern, Verbrauchsabgaben und sonstigen indirekten Steuern sind Entlastungen und Rückvergütungen bei der Ausfuhr nach anderen Mitgliedstaaten sowie Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr aus den Mitgliedstaaten nur zulässig, soweit der Rat ~~sie~~ **die betreffenden Bestimmungen** vorher **durch einen** mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission **angenommenen Beschluss** für eine begrenzte Frist genehmigt hat.

Artikel 93

Der Rat ~~erlässt~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einstimmig die Bestimmungen~~ **Maßnahmen** zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern **an**, soweit diese Harmonisierung für die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts ~~innerhalb der in Artikel 14 gesetzten Frist~~ ² notwendig ist. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

¹ Die Verwendung des Wortes "ausgeführt" in Bezug auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten müsste nochmals geprüft werden.

² Es wurde vorgeschlagen, diese Frist (bis zum 31.12.1992) zu streichen (siehe Fußnote zu Artikel 14).

KAPITEL 3

ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN ¹

Artikel 94 ²

Der Rat ~~erlässt einstimmig~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien~~ **einstimmig Rahmengesetze** für die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten **an**, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** auswirken. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Artikel 95 ³

(1) Soweit in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nichts anderes bestimmt ist, gilt abweichend von [Artikel 94] für die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] ~~die nachstehende Regelung dieser Artikel. Der Das Europäische Parlament und der Rat erlässt~~ **nehmen** nach dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **Gesetzgebungsverfahren** die Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten **an**, welche die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes zum Gegenstand haben. **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bestimmungen über die Steuern, die Bestimmungen über die Freizügigkeit und die Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer.

(3) Die Kommission geht in ihren Vorschlägen nach Absatz 1 in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz von einem hohen Schutzniveau aus und berücksichtigt dabei insbesondere alle auf wissenschaftliche Ergebnisse gestützten neuen Entwicklungen. Im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse streben das Europäische Parlament und der Rat dieses Ziel ebenfalls an.

¹ Es könnte geprüft werden, an welcher Stelle dieses Kapitel, das die allgemeinen Rechtsgrundlagen für die Errichtung des Binnenmarkts enthält, stehen soll. Möglicherweise wäre es sinnvoll, es in einem neuen Titel oder Kapitel mit der Überschrift "Binnenmarkt" anzusiedeln (vgl. auch Fußnote zu den Artikeln 14 und 15).

² Derzeit gestatten die Artikel 94 und 95 lediglich die Annahme von Maßnahmen "zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten". Dies führt dazu, dass Artikel 308 in einer Reihe von Fällen angewendet wird, die den Binnenmarkt betreffen, ohne dass dies eine Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften darstellt. Dies ist unter anderem dort der Fall, wo es darum geht, einen Gemeinschaftstitel für geistiges Eigentum zu schaffen, der den einzelstaatlichen Titeln übergeordnet ist. Sollte der Konvent eine Einschränkung des Rückgriffs auf Artikel 308 anstreben, so könnte er prüfen, ob entweder spezielle Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollen oder ob die Bezugnahme auf die "Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten" in den Artikeln 94 und 95 geändert werden soll, damit die betreffenden Schritte ermöglicht werden. Darüber hinaus könnte der Konvent das Verhältnis zwischen den Artikeln 94 und 95 prüfen (siehe Erläuterungen in Anlage II dieses Berichts).

³ Siehe Vorschlag in der vorhergehenden Fußnote.

(4) Hält es ein Mitgliedstaat, wenn **das Europäische Parlament und** der Rat oder die Kommission ¹ eine Harmonisierungsmaßnahme erlassen ~~hat~~ **haben**, für erforderlich, einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten, die durch wichtige Erfordernisse im Sinne des [Artikels 30] oder in Bezug auf den Schutz der Arbeitsumwelt oder den Umweltschutz gerechtfertigt sind, so teilt er diese Bestimmungen sowie die Gründe für ihre Beibehaltung der Kommission mit.

(5) Unbeschadet des Absatzes 4 teilt ein Mitgliedstaat, der es nach dem Erlass einer Harmonisierungsmaßnahme durch **das Europäische Parlament und** den Rat oder die Kommission ² für erforderlich hält, auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte einzelstaatliche Bestimmungen zum Schutz der Umwelt oder der Arbeitsumwelt aufgrund eines spezifischen Problems für diesen Mitgliedstaat, das sich nach dem Erlass der Harmonisierungsmaßnahme ergibt, einzuführen, die in Aussicht genommenen Bestimmungen sowie die ~~Gründe für ihre Einführung~~ **entsprechende Begründung** der Kommission mit.

(6) Die Kommission ~~beschließt~~ **nimmt** binnen sechs Monaten nach den Mitteilungen nach den Absätzen 4 und 5 **einen Beschluss an, in dem** die betreffenden einzelstaatlichen Bestimmungen ~~zu billigen oder abzulehnen~~ **gebilligt oder abgelehnt werden**, nachdem sie geprüft hat, ob sie ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung und eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen und ob sie das Funktionieren des Binnenmarkts behindern.

~~Trifft~~ **Nimmt** die Kommission innerhalb dieses Zeitraums ~~keine Entscheidung~~ **keinen Beschluss an**, so gelten die in den Absätzen 4 und 5 genannten einzelstaatlichen Bestimmungen als gebilligt.

Die Kommission kann, sofern dies aufgrund des schwierigen Sachverhalts gerechtfertigt ist und keine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht, dem betreffenden Mitgliedstaat mitteilen, dass der in diesem Absatz genannte Zeitraum gegebenenfalls um einen weiteren Zeitraum von bis zu sechs Monaten verlängert wird.

(7) Wird es einem Mitgliedstaat nach [Absatz 6] gestattet, von der Harmonisierungsmaßnahme abweichende einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten oder einzuführen, so prüft die Kommission unverzüglich, ob sie eine Anpassung dieser Maßnahme vorschlägt.

(8) Wirft ein Mitgliedstaat in einem Bereich, der zuvor bereits Gegenstand von Harmonisierungsmaßnahmen war, ein spezielles Gesundheitsproblem auf, so teilt er dies der Kommission mit, die dann umgehend prüft, ob sie dem **Europäischen Parlament und dem Rat** entsprechende Maßnahmen vorschlägt.

(9) In Abweichung von dem Verfahren der [Artikel 226 und 227] kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat die in diesem Artikel vorgesehenen Befugnisse missbraucht.

¹ Es sei daran erinnert, dass die Kommission Harmonisierungsmaßnahmen lediglich auf der Grundlage der ihr im Rahmen des Artikels 202 verliehenen Befugnisse annimmt.

² Siehe Fußnote zu Artikel 95 Absatz 4.

(10) Die ~~vorgenannten~~ **in diesem Artikel genannten** Harmonisierungsmaßnahmen sind in geeigneten Fällen mit einer Schutzklausel verbunden, welche die Mitgliedstaaten ermächtigt, aus einem oder mehreren der in [Artikel 30] genannten nichtwirtschaftlichen Gründe vorläufige ~~Maßnahmen-Bestimmungen zu erlassen~~, die einem ~~gemeinschaftlichen~~-Kontrollverfahren **der Union** unterliegen.

Artikel 96

Stellt die Kommission fest, dass ~~vorhandene~~ Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** verfälschen und ~~dadurch~~ eine Verzerrung hervorrufen, die zu beseitigen ist, so ~~tritt~~ **berät** sie ~~sich~~ mit den betreffenden Mitgliedstaaten ~~in Beratungen ein~~.

Führen diese Beratungen nicht zur Beseitigung dieser Verzerrung, so ~~erlässt~~ **nimmt** der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen ~~Richtlinien~~ **Rahmen-gesetze an**. Die Kommission und der Rat können alle sonstigen, in diesem Vertrag vorgesehenen zweckdienlichen Maßnahmen ~~treffen~~ **annehmen**.

Artikel 97

(1) Ist zu befürchten, dass der ~~Erlaß~~ **die Annahme** oder die Änderung einer **einzelstaatlichen** Rechts- oder Verwaltungsvorschrift eine Verzerrung im Sinne des [Artikels 96] verursacht, so setzt sich der Mitgliedstaat, der diese Maßnahme beabsichtigt, mit der Kommission ins Benehmen. Diese ~~empfiehlt~~ **richtet** nach Beratung mit den Mitgliedstaaten ~~den an die~~ beteiligten Staaten **eine Empfehlung betreffend** die zur Vermeidung dieser Verzerrung geeigneten Maßnahmen.

(2) Kommt der ~~Staat~~ **Mitgliedstaat**, der innerstaatliche Vorschriften erlassen oder ändern will, der an ihn gerichteten Empfehlung der Kommission nicht nach, so kann nicht gemäß [Artikel 96] verlangt werden, dass die anderen Mitgliedstaaten ihre innerstaatlichen Vorschriften ändern, um die Verzerrung zu beseitigen. Verursacht ein Mitgliedstaat, der die Empfehlung der Kommission außer Acht lässt, eine Verzerrung lediglich zu seinem eigenen Nachteil, so findet [Artikel 96] keine Anwendung.

TITEL VII

DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Dieser Titel wird Gegenstand eines Addendums zu diesem Bericht sein

TITEL VIII

BESCHÄFTIGUNG ¹

Artikel 125

Die Mitgliedstaaten und die ~~Gemeinschaft~~ **Union** arbeiten nach diesem [Titel] auf die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hin, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren, um die Ziele des [Artikels ~~2 des Vertrags über die Europäische Union und des Artikels 2 ...~~ ² des vorliegenden Vertrags **der Verfassung** zu erreichen.

Artikel 126

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen durch ihre Beschäftigungspolitik im Einklang mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zur Erreichung der in [Artikel 125] genannten Ziele bei.
- (2) Die Mitgliedstaaten betrachten die Förderung der Beschäftigung als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und stimmen ihre diesbezüglichen Tätigkeiten nach Maßgabe des [Artikels 128] im Rat aufeinander ab, wobei die einzelstaatlichen Gepflogenheiten in Bezug auf die Verantwortung der Sozialpartner berücksichtigt werden.

Artikel 127

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zu einem hohen Beschäftigungsniveau bei, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und deren Maßnahmen in diesem Bereich unterstützt und erforderlichenfalls ergänzt. Hierbei wird die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten beachtet.

¹ Dieser Titel muss möglicherweise inhaltlich je nach den Ergebnissen der Beratungen des Konvents über den Bericht der Gruppe XI "Soziales Europa" (Dok. CONV 516/03) überprüft werden.

² Es ist ein Verweis auf den Entwurf eines Artikels mit dem Titel "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 in Dok. CONV 528/03) einzufügen

(2) Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus wird bei der Festlegung und Durchführung der ~~Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen~~ **Politiken und Maßnahmen der Union** berücksichtigt.¹

Artikel 128

(1) Anhand eines gemeinsamen Jahresberichts des Rates und der Kommission prüft der Europäische Rat jährlich die Beschäftigungslage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und nimmt hierzu Schlussfolgerungen an.

(2) Anhand der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates ~~legt~~ **nimmt** der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des in Artikel 130 genannten Beschäftigungsausschusses~~ jährlich mit qualifizierter Mehrheit Leitlinien ~~fest an~~, welche die Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Beschäftigungsausschusses.**

Diese Leitlinien müssen mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen in Einklang stehen.

(3) Jeder Mitgliedstaat übermittelt dem Rat und der Kommission jährlich einen Bericht über die wichtigsten ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die er zur Durchführung seiner Beschäftigungspolitik im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien nach Absatz 2 ~~getroffen~~ **erlassen** hat.

(4) Anhand der in Absatz 3 genannten Berichte und nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses unterzieht der Rat die Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien jährlich einer Prüfung. Der Rat kann dabei auf Empfehlung der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ~~Empfehlungen~~ an die Mitgliedstaaten ~~richten~~ **gerichtete Empfehlungen annehmen**, ~~wenn er dies aufgrund der Ergebnisse dieser Prüfung für angebracht hält.~~

(5) Auf der Grundlage der Ergebnisse der genannten Prüfung erstellen der Rat und die Kommission einen gemeinsamen Jahresbericht für den Europäischen Rat über die Beschäftigungslage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und über die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien.

¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (s. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Artikel 129

~~Der~~ **Das Europäische Parlament und der Rat** ~~kann können gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **nach dem Gesetzgebungsverfahren** Anreizmaßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zur Unterstützung ihrer Beschäftigungsmaßnahmen durch Initiativen ~~beschließen~~ **annehmen**, die darauf abzielen, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zu entwickeln, vergleichende Analysen und Gutachten bereitzustellen sowie innovative Ansätze zu fördern und Erfahrungen zu bewerten, und zwar insbesondere durch den Rückgriff auf Pilotvorhaben. **Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.**

Diese Maßnahmen schließen keinerlei Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ein.

Artikel 130

Der Rat setzt ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einen Beschäftigungsausschuss mit beratender Funktion zur Förderung der Koordinierung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten ein. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- d) Er verfolgt die Beschäftigungslage und die Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union**;
- e) er gibt unbeschadet des [Artikels 207] auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen ab und trägt zur Vorbereitung der in [Artikel 128] genannten Beratungen des Rates bei.

Bei der Erfüllung seines Auftrags hört der Ausschuss die Sozialpartner.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission entsenden zwei Mitglieder in den Ausschuss.

TITEL IX¹

GEMEINSAME HANDELSPOLITIK

Artikel 131

Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschränken beizutragen.

Bei der gemeinsamen Handelspolitik werden die günstigen Auswirkungen berücksichtigt, welche die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Staaten haben kann.

Artikel 132

(1) Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten im Rahmen anderer internationaler Organisationen eingegangenen Verpflichtungen werden die Systeme der von den Mitgliedstaaten für die Ausfuhr nach dritten Ländern gewährten Beihilfen schrittweise vereinheitlicht, soweit dies erforderlich ist, um eine Verfälschung des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen der Gemeinschaft zu vermeiden.

Auf Vorschlag der Kommission erlässt der Rat die hierzu erforderlichen Richtlinien mit qualifizierter Mehrheit.

(2) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für die Rückvergütung von Zöllen oder Abgaben gleicher Wirkung sowie von indirekten Abgaben, einschließlich der Umsatzsteuer, der Verbrauchsabgaben und der sonstigen indirekten Steuern bei der Ausfuhr einer Ware eines Mitgliedstaats nach einem dritten Land, soweit derartige Rückvergütungen nicht höher sind als die Belastungen, welche die ausgeführten Waren unmittelbar oder mittelbar treffen.

Artikel 133

(1) Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen.

(2) Die Kommission unterbreitet dem Rat Vorschläge für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik.

¹ Titel IX müsste vom Konvent im Rahmen der "Außenbeziehungen" der Union geprüft werden und wird hier infolgedessen nicht behandelt.

(3) Sind mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen Abkommen auszuhandeln, so legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Aufnahme der erforderlichen Verhandlungen. Es ist Sache des Rates und der Kommission, dafür zu sorgen, dass die ausgehandelten Abkommen mit den internen Politiken und Vorschriften der Gemeinschaft vereinbar sind.

Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschuss nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann. Die Kommission erstattet dem besonderen Ausschuss regelmäßig Bericht über den Stand der Verhandlungen.

Die einschlägigen Bestimmungen des Artikels 300 finden Anwendung.

(4) Bei der Ausübung der ihm in diesem Artikel übertragenen Befugnisse beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten unbeschadet des Absatzes 6 auch für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen betreffend den Handel mit Dienstleistungen und Handelsaspekte des geistigen Eigentums, soweit diese Abkommen nicht von den genannten Absätzen erfasst sind.

Abweichend von Absatz 4 beschließt der Rat einstimmig über die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen in einem der Bereiche des Unterabsatzes 1, wenn solche Abkommen Bestimmungen enthalten, bei denen für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit erforderlich ist, oder wenn ein derartiges Abkommen einen Bereich betrifft, in dem die Gemeinschaft bei der Annahme interner Vorschriften ihre Zuständigkeiten nach diesem Vertrag noch nicht ausgeübt hat.

Der Rat beschließt einstimmig über die Aushandlung und den Abschluss eines Abkommens horizontaler Art, soweit dieses Abkommen auch den vorstehenden Unterabsatz oder Absatz 6 Unterabsatz 2 betrifft.

Dieser Absatz berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten, mit dritten Ländern oder mit internationalen Organisationen Abkommen beizubehalten und zu schließen, soweit diese Abkommen mit den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und anderen einschlägigen internationalen Abkommen in Einklang stehen.

(6) Ein Abkommen kann vom Rat nicht geschlossen werden, wenn es Bestimmungen enthält, die die internen Zuständigkeiten der Gemeinschaft überschreiten würden, insbesondere dadurch, dass sie eine Harmonisierung der Rechts- oder Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten in einem Bereich zur Folge hätten, in dem dieser Vertrag eine solche Harmonisierung ausschließt.

Abweichend von Absatz 5 Unterabsatz 1 fallen in dieser Hinsicht Abkommen im Bereich des Handels mit kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich Bildung sowie in den Bereichen Soziales und Gesundheitswesen in die gemischte Zuständigkeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten. Zur Aushandlung solcher Abkommen ist daher außer einem Beschluss der Gemeinschaft gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 300 auch die einvernehmliche Zustimmung der Mitgliedstaaten erforderlich. Die so ausgehandelten Abkommen werden gemeinsam von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten geschlossen.

Die Aushandlung und der Abschluss internationaler Abkommen im Verkehrsbereich fallen weiterhin unter Titel V und Artikel 300.

(7) Unbeschadet des Absatzes 6 Unterabsatz 1 kann der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments durch einstimmigen Beschluss die Anwendung der Absätze 1 bis 4 auf internationale Verhandlungen und Abkommen über geistiges Eigentum ausdehnen, soweit sie durch Absatz 5 nicht erfasst sind.

Artikel 134

Um sicherzustellen, dass die Durchführung der von den Mitgliedstaaten im Einklang mit diesem Vertrag getroffenen handelspolitischen Maßnahmen nicht durch Verlagerungen von Handelsströmen verhindert wird, oder wenn Unterschiede zwischen diesen Maßnahmen zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einem oder mehreren Staaten führen, empfiehlt die Kommission die Methoden für die erforderliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Genügt dies nicht, so kann sie die Mitgliedstaaten ermächtigen, die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Im Dringlichkeitsfall ersuchen die Mitgliedstaaten die Kommission, die umgehend entscheidet, um die Ermächtigung, selbst die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, und setzen sodann die anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis. Die Kommission kann jederzeit entscheiden, dass die betreffenden Mitgliedstaaten diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben haben.

Es sind mit Vorrang solche Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes am wenigsten stören.

TITEL X

ZUSAMMENARBEIT IM ZOLLWESEN

Artikel 135

Der Europäische Parlament und der Rat treffen im Rahmen des Geltungsbereichs dieses Vertrags **der Verfassung gemäß dem Verfahren des Artikels 251 nach dem Gesetzgebungsverfahren** Maßnahmen zum Ausbau der Zusammenarbeit im Zollwesen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission **an**. Die Anwendung des Strafrechts der Mitgliedstaaten und ihre Strafrechtspflege bleiben von diesen Maßnahmen unberührt.

TITEL XI
SOZIALPOLITIK, ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG
UND JUGEND

KAPITEL 1
SOZIALVORSCHRIFTEN

Artikel 136

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

Zu diesem Zweck ~~führen~~ **tragen** die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten ~~Maßnahmen durch, die bei ihrer Tätigkeit~~ der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu erhalten, Rechnung ~~tragen~~.

Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** als auch aus den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.¹

Artikel 137

(1) Zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 136] unterstützt und ergänzt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf folgenden Gebieten:

- a) Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer,
- b) Arbeitsbedingungen,
- c) soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer,
- d) Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags,
- e) Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer,

¹ Dieser Unterabsatz hat offenbar rein deklaratorischen Wert.

- f) Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung, vorbehaltlich des Absatzes 5,
- g) Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aufhalten,
- h) berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen, unbeschadet des [Artikels 150],
- i) Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz,
- j) Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung,
- k) Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes, unbeschadet des Buchstabens c.

(2) Zu diesem Zweck kann ~~der Rat~~ **Folgendes angenommen werden:**

- a) Maßnahmen ~~annehmen~~, die dazu bestimmt sind, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen zu fördern, die die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten;
- b) in den in Absatz 1 Buchstaben a bis i genannten Bereichen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Bedingungen und technischen Regelungen ~~durch Richtlinien~~ **Rahmengesetze über** Mindestvorschriften ~~erlassen~~, die schrittweise anzuwenden sind. Diese ~~Richtlinien~~ **Rahmengesetze** sollen keine verwaltungsmäßigen, finanziellen oder rechtlichen Auflagen vorschreiben, die der Gründung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen entgegenstehen.

In den in Absatz 1 Buchstaben a, b, e, i, j und k genannten Bereichen beschließen das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem Gesetzgebungsverfahren nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.¹

In den in Absatz 1 Buchstaben c, d, f und g genannten Bereichen beschließt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

(2a) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission einstimmig beschließen, dass das Gesetzgebungsverfahren auf Absatz 1 Buchstaben d, f und g angewandt wird. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.

¹ Der Eindeutigkeit halber wurden in den drei folgenden Unterabsätzen die Bestimmungen des derzeitigen Artikels 137 Absatz 2 Unterabsatz 2 EGV wieder aufgegriffen.

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen, außer in den in Absatz 1 Buchstaben e, d, f und g genannten Bereichen, in denen er einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der genannten Ausschüsse beschließt. Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschließen, dass das Verfahren des Artikels 251 auf Absatz 1 Buchstaben d, f und g angewandt wird.~~¹

(3) Ein Mitgliedstaat kann den Sozialpartnern auf deren gemeinsamen Antrag die Durchführung von aufgrund des Absatzes 2 angenommenen **Richtlinien Rahmengesetzen** übertragen.

In diesem Fall vergewissert sich der Mitgliedstaat, dass die Sozialpartner spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem ~~eine Richtlinie ein Rahmengesetz nach Artikel 249~~ umgesetzt sein muss, im Wege einer Vereinbarung die erforderlichen Vorkehrungen getroffen haben; dabei hat der Mitgliedstaat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um jederzeit gewährleisten zu können, dass die durch dieses ~~Richtlinie Rahmengesetz~~ vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden.

(4) Die aufgrund dieses Artikels ~~erlassenen Bestimmungen~~ **angenommenen Maßnahmen**

- a) berühren nicht die anerkannte Befugnis der Mitgliedstaaten, die Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen, und dürfen das finanzielle Gleichgewicht dieser Systeme nicht erheblich beeinträchtigen;
- b) hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu treffen, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.

(5) Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht.

Artikel 138

(1) Die Kommission hat die Aufgabe, die Anhörung der Sozialpartner auf ~~Gemeinschafts~~ **Unionsebene** zu fördern, und ~~erlässt~~ **nimmt** alle zweckdienlichen Maßnahmen **an**, um den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, wobei sie für Ausgewogenheit bei der Unterstützung der Parteien sorgt.

(2) Zu diesem Zweck hört die Kommission vor Unterbreitung von Vorschlägen im Bereich der Sozialpolitik die Sozialpartner zu der Frage, wie eine ~~Gemeinschaftsaktion~~ **Unionsaktion** gegebenenfalls ausgerichtet werden sollte.

(3) Hält die Kommission nach dieser Anhörung eine ~~Gemeinschaftsmaßnahme~~ **Unionsmaßnahme** für zweckmäßig, so hört sie die Sozialpartner zum Inhalt des in Aussicht genommenen Vorschlags. Die Sozialpartner übermitteln der Kommission eine Stellungnahme oder gegebenenfalls eine Empfehlung.

¹ Der gesamte Unterabsatz ist in den vorausgehenden Text eingeflossen.

(4) Bei dieser Anhörung können die Sozialpartner der Kommission mitteilen, dass sie den Prozess nach [Artikel 139] in Gang setzen wollen. Die Dauer des Verfahrens darf höchstens neun Monate betragen, sofern die betroffenen Sozialpartner und die Kommission nicht gemeinsam eine Verlängerung beschließen.

Artikel 139

(1) Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** kann, falls sie es wünschen, zur Herstellung vertraglicher Beziehungen, einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen, führen.

(2) Die Durchführung der auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** geschlossenen Vereinbarungen erfolgt entweder nach den jeweiligen Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten oder - in den durch [Artikel 137] erfassten Bereichen - auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch ~~einen Beschluss~~ **eine Maßnahme**¹ des Rates, **die** auf Vorschlag der Kommission **mit qualifizierter Mehrheit angenommen wird**.

~~Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit, sofern nicht Enthält~~ die betreffende Vereinbarung eine oder mehrere Bestimmungen betreffend einen der Bereiche ~~enthält~~, für die nach [Artikel 137 Absatz 2] Einstimmigkeit erforderlich ist. ~~In diesem Fall, so beschließt der Rat einstimmig.~~

Artikel 140

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** fördert die Kommission im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des [Artikels 136] die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und erleichtert die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter [dieses Kapitel] fallenden Bereichen der Sozialpolitik, insbesondere auf dem Gebiet

- a) der Beschäftigung,
- b) des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen,
- c) der beruflichen Ausbildung und Fortbildung,
- d) der sozialen Sicherheit,
- e) der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten,
- f) des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit,
- g) des Koalitionsrechts und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

¹ Offenbar wird der frz. Begriff "decision" (dt. "Beschluss"/"Entscheidung") hier nicht im Sinne der Definition des Artikels 249 Unterabsatz 4 EGV, sondern unspezifisch verwendet. Der Konvent sollte sich dazu äußern, ob er genau festlegen möchte, welcher Rechtsakt zu verwenden ist; dieser Rechtsakt war bislang die Richtlinie und müsste folglich das Rahmengesetz sein. (siehe Anlage II dieses Berichts).

Zu diesem Zweck wird die Kommission in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten durch Untersuchungen, Stellungnahmen und die Vorbereitung von Beratungen tätig, gleichviel ob es sich um innerstaatliche oder um internationalen Organisationen gestellte Probleme handelt.

Vor Abgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Stellungnahmen hört die Kommission den Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Artikel 141

(1) Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher.

(2) Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.

Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet,

- a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird,
- b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(3) **Das Europäische Parlament und der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen an, zur Gewährleistung der die die Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit, gewährleisten. Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

(4) Im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.

Artikel 142

Die Mitgliedstaaten sind bestrebt, die bestehende Gleichwertigkeit der Ordnungen über die bezahlte Freizeit beizubehalten.¹

¹ Fraglich ist, inwieweit sich diese Bestimmung umsetzen lässt.

Artikel 143

Die Kommission erstellt jährlich einen Bericht über den Stand der Verwirklichung der in [Artikel 136] genannten Ziele sowie über die demografische Lage in der **Gemeinschaft Union**. Sie übermittelt diesen Bericht dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss.

~~Das Europäische Parlament kann die Kommission um Berichte zu Einzelproblemen ersuchen, welche die soziale Lage betreffen.~~¹

Artikel 144

Der Rat setzt ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einen Ausschuss für Sozialschutz mit beratender Aufgabe ein, um die Zusammenarbeit im Bereich des sozialen Schutzes zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission zu fördern. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.** Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Er verfolgt die soziale Lage und die Entwicklung der Politiken im Bereich des sozialen Schutzes in den Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union**;
- b) er fördert den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission;
- c) unbeschadet des [Artikels 207] arbeitet er auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus in seinem Zuständigkeitsbereich Berichte aus, gibt Stellungnahmen ab oder wird auf andere Weise tätig.

Bei der Erfüllung seines Auftrags stellt der Ausschuss geeignete Kontakte zu den Sozialpartnern her.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission ernennen zwei Mitglieder des Ausschusses.

Artikel 145

Der Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament hat stets ein besonderes Kapitel über die Entwicklung der sozialen Lage in der **Gemeinschaft Union** zu enthalten.

Das Europäische Parlament kann die Kommission auffordern, Berichte über besondere, die soziale Lage betreffende Fragen auszuarbeiten.

¹ Dieser Unterabsatz ist gleich lautend mit Artikel 145 Absatz 2 und kann daher entfallen.

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band II - Teil A (EG-Vertrag)

KAPITEL 2

DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS

Artikel 146

Um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen, wird nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen dieses [Kapitels]~~ ein Europäischer Sozialfonds errichtet, dessen Ziel es ist, innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sowie die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern.

Artikel 147

~~Die Verwaltung des~~ **Die Kommission verwaltet den** Fonds ~~obliegt der Kommission.~~

~~Die Kommission~~ Sie wird hierbei von einem Ausschuss unterstützt, der aus Vertretern der ~~Regierungen~~ **Mitgliedstaaten** sowie der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände besteht; den Vorsitz führt ein Mitglied der Kommission

Artikel 148

~~Das Europäische Parlament und der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren** die den Europäischen Sozialfonds betreffenden ~~Durchführungsbeschlüsse~~ **Durchführungsmaßnahmen**¹ an. Sie beschließen ~~nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.~~

¹ Offenbar wird der frz. Begriff "decision" (dt. "Beschluss"/"Entscheidung") hier nicht im Sinne der Definition des Artikels 249 Unterabsatz 4 EGV, sondern unspezifisch verwendet. Der Konvent sollte sich dazu äußern, ob er genau festlegen möchte, welcher Rechtsakt zu verwenden ist.

KAPITEL 3

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG
UND JUGEND

Artikel 149

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zur Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.
- (2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat folgende Ziele:
- a) Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten;
 - b) Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden, auch durch die Förderung der akademischen Anerkennung der Diplome und Studienzeiten;
 - c) Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen;
 - d) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten;
 - e) Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer;
 - f) Förderung der Entwicklung der Fernlehre.
- (3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Bildungsbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere dem Europarat.
- (4) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~
- a) **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen Gesetzgebungsverfahren** Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ~~an~~; **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.**
 - b) **nimmt der Rat mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission **mit qualifizierter Mehrheit** Empfehlungen **an**.

Artikel 150

(1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** führt eine Politik der beruflichen Bildung, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für Inhalt und Gestaltung der beruflichen Bildung unterstützt und ergänzt.

(2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat folgende Ziele:

- a) Erleichterung der Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse, insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung;
- b) Verbesserung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt;
- c) Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung sowie Förderung der Mobilität der Ausbilder und der in beruflicher Bildung befindlichen Personen, insbesondere der Jugendlichen;
- d) Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen;
- e) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten.

(3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für die berufliche Bildung zuständigen internationalen Organisationen.

(4) ~~Das Europäische Parlament und der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen an**, die zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels beitragen, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten. **Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.**

TITEL XII

KULTUR

Artikel 151

(1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.

(2) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:

- a) Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker,
- b) Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,
- c) nichtkommerzieller Kulturaustausch,
- d) künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich.

(3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Kulturbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.

(4) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.¹

(5) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~

- a) **nehmen das Europäische Parlament und der Rat** nach dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Ausschusses der Regionen~~ **Gesetzgebungsverfahren** Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten **an**. ~~Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig;~~ **Sie beschließen nach Anhörung des Ausschusses der Regionen;**
- b) **nimmt der Rat** ~~einstimmig~~ auf Vorschlag der Kommission **einstimmig** Empfehlungen **an**.

¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

TITEL XIII

GESUNDHEITSWESEN

Artikel 152 ¹

(1) Bei der Festlegung und Durchführung aller ~~Gemeinschafts~~**Unions**politiken und -maßnahmen wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt. ²

Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung der weit verbreiteten schweren Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** ergänzt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen.

(2) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in den in diesem Artikel genannten Bereichen und unterstützt erforderlichenfalls deren Tätigkeit.

Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander im Benehmen mit der Kommission ihre Politiken und Programme in den in Absatz 1 genannten Bereichen. Die Kommission kann in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen.

(4) ~~Das Europäische Parlament und der Rat trägt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen tragen mit folgenden Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem sie nach dem Gesetzgebungsverfahren folgende Maßnahmen annehmen:~~

- a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;
- b) abweichend von [Artikel 37] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben;

¹ Die Gruppe XI "Soziales Europa" hat vorgeschlagen, den Geltungsbereich dieses Artikels dahingehend auszudehnen, dass " Fragen, wie beispielsweise eine grenzüberschreitende Bedrohung, übertragbare Krankheiten, Bioterrorismus und WHO-Abkommen, mit abgedeckt werden" (CONV 516/03, Nr. 35).

² Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

- c) Fördermaßnahmen, die den Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten.

Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

Für die in diesem Artikel genannten Zwecke kann der Rat ~~kann~~ ferner mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit für die in diesem Artikel genannten Zwecke Empfehlungen erlassen annehmen.

(5) Bei der Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in vollem Umfang gewahrt. Insbesondere lassen die Maßnahmen nach Absatz 4 Buchstabe a die einzelstaatlichen Regelungen über die Spende oder die medizinische Verwendung von Organen und Blut unberührt.

TITEL XIV

VERBRAUCHERSCHUTZ

Artikel 153

(1) Zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus leistet die ~~Gemeinschaft~~ **Union** einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie zur Förderung ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen.

(2) Den Erfordernissen des Verbraucherschutzes wird bei der Festlegung und Durchführung der anderen ~~Gemeinschafts~~ **Unions**politiken und -maßnahmen Rechnung getragen.¹

(3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** leistet einen Beitrag zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele durch

- a) Maßnahmen, die sie im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts nach [Artikel 95] erlässt **annimmt**;
- b) Maßnahmen zur Unterstützung, Ergänzung und Überwachung der Politik der Mitgliedstaaten.

¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

(4) ~~Das Europäische Parlament und der Rat beschließt nehmen gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die Maßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe b gemäß dem Gesetzgebungsverfahren an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.~~

(5) Die nach Absatz 4 ~~beschlossenen~~ **angenommenen** Maßnahmen hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutz**maßnahmenbestimmungen** beizubehalten oder zu ~~ergreifen erlassen~~. Diese ~~Maßnahmen Bestimmungen~~ müssen mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sein. Sie werden der Kommission mitgeteilt.

TITEL XV

TRANSEUROPÄISCHE NETZE

Artikel 154

(1) Um einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der [Artikel 14 und 158] zu leisten und den Bürgern der Union, den Wirtschaftsbeteiligten sowie den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in vollem Umfang die Vorteile zugute kommen zu lassen, die sich aus der Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen ergeben, trägt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur bei.

(2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zielt im Rahmen eines Systems offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf die Förderung des Verbunds und der Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie des Zugangs zu diesen Netzen ab. Sie trägt insbesondere der Notwendigkeit Rechnung, insulare, eingeschlossene und am Rande gelegene Gebiete mit den zentralen Gebieten der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu verbinden.

Artikel 155

(1) Zur Erreichung der Ziele des Artikels 154 geht die ~~Gemeinschaft~~ **Union** wie folgt vor:

- a) Sie stellt eine Reihe von Leitlinien auf, in denen die Ziele, die Prioritäten und die Grundzüge der im Bereich der transeuropäischen Netze in Betracht gezogenen Aktionen erfasst werden; in diesen Leitlinien werden Vorhaben von gemeinsamem Interesse ausgewiesen;
- b) sie führt jede Aktion durch, die sich gegebenenfalls als notwendig erweist, um die Interoperabilität der Netze zu gewährleisten, insbesondere im Bereich der Harmonisierung der technischen Normen;

- c) sie kann von den Mitgliedstaaten unterstützte Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die im Rahmen der Leitlinien gemäß ~~dem ersten Gedankenstrich~~ **Buchstabe a** ausgewiesen sind, insbesondere in Form von Durchführbarkeitsstudien, Anleihebürgschaften oder Zinszuschüssen unterstützen; die **Gemeinschaft Union** kann auch über den ~~nach in [Artikel 161] errichteten genannten~~ Kohäsionsfonds zu spezifischen Verkehrsinfrastrukturvorhaben in den Mitgliedstaaten finanziell beitragen.

Die **Gemeinschaft Union** berücksichtigt bei ihren Maßnahmen die potenzielle wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Vorhaben.

(2) **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen die** ~~Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 Absatz 1 werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und Gesetzgebungsverfahren an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und sowie des Ausschusses der Regionen festgelegt.~~

Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats. ¹

~~(2)~~(3) Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander in Verbindung mit der Kommission die einzelstaatlichen Politiken, die sich erheblich auf die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 154] auswirken können. Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

~~(3)~~(4) Die **Gemeinschaft Union** kann beschließen, ~~mit dritten Ländern~~ zur Förderung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse sowie zur Sicherstellung der Interoperabilität der Netze **mit dritten Ländern** zusammenzuarbeiten.

Artikel 156

~~Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 Absatz 1 werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen festgelegt.~~

~~Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats. ²~~

¹ Zur Vereinfachung wurde Artikel 156 vollständig in den neuen Absatz 2 übernommen, der die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Union in Bezug auf die transeuropäischen Netze bildet; die markierten Änderungsvorschläge beziehen sich auf die derzeitige Fassung dieses Artikels.

² Dieser Artikel könnte entfallen; siehe vorausgehende Fußnote.

TITEL XVI

INDUSTRIE

Artikel 157

(1) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der **Gemeinschaft Union** gewährleistet sind.

Zu diesem Zweck zielt ihre Tätigkeit entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf Folgendes ab:

- a) Erleichterung der Anpassung der Industrie an die strukturellen Veränderungen;
- b) Förderung eines für die Initiative und Weiterentwicklung der Unternehmen in der gesamten **Gemeinschaft Union**, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, günstigen Umfelds;
- c) Förderung eines für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen günstigen Umfelds;
- d) Förderung einer besseren Nutzung des industriellen Potenzials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung.

(2) Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die **Gemeinschaft Union** trägt durch die Politik und die Maßnahmen, die sie aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** durchführt, zur Erreichung der Ziele des Absatzes 1 bei.¹ **Das Europäische Parlament und der Rat** ~~kann~~ können nach dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **Gesetzgebungsverfahren** spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Absatzes 1 ~~beschließen~~ **annehmen. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Dieser Titel bietet keine Grundlage dafür, dass die **Gemeinschaft Union** irgendeine Maßnahme einführt, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte oder steuerliche Vorschriften oder Bestimmungen betreffend die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer enthält.

¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

TITEL XVII

WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

Artikel 158

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern.

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern.

Artikel 159

Die Mitgliedstaaten führen und koordinieren ihre Wirtschaftspolitik in der Weise, dass auch die in [Artikel 158] genannten Ziele erreicht werden. Die Festlegung und Durchführung der Politiken und Aktionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sowie die Errichtung des Binnenmarkts berücksichtigen die Ziele des [Artikels 158] und tragen zu deren Verwirklichung bei.¹ Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** unterstützt auch diese Bemühungen durch die Politik, die sie mit Hilfe der Strukturfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzierungsinstrumente führt.

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen alle drei Jahre Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und über die Art und Weise, in der die in diesem Artikel vorgesehenen Mittel hierzu beigetragen haben. Diesem Bericht werden erforderlichenfalls entsprechende Vorschläge beigelegt.

Unbeschadet der im Rahmen der anderen Politiken der ~~Gemeinschaft~~ **Union** ~~beschlossenen~~ **angenommenen** Maßnahmen **können das Europäische Parlament und der Rat** ~~Falls sich spezifische Aktionen außerhalb der Fonds und gegebenenfalls erforderliche spezifische Maßnahmen außerhalb der Fonds nach dem Gesetzgebungsverfahren annehmen. als erforderlich erweisen, so können sie vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 254~~ **Sie beschließen** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ~~und sowie des Ausschusses der Regionen beschlossen werden.~~

¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Artikel 160

Aufgabe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ist es, durch Beteiligung an der Entwicklung und an der strukturellen Anpassung der rückständigen Gebiete und an der Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beizutragen.

Artikel 161

~~Unbeschadet des [Artikels 162] legt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen einstimmig~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen ¹ an, in denen Folgendes festgelegt wird:**

- a) die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds ~~fest~~, was ihre Neuordnung einschließen kann, **und**
- b) ~~Nach demselben Verfahren legt der Rat ferner~~ die für die Fonds geltenden allgemeinen Regeln sowie die Bestimmungen ~~fest~~, die zur Gewährleistung einer wirksamen Arbeitsweise und zur Koordinierung der Fonds sowohl untereinander als auch mit den anderen vorhandenen Finanzierungsinstrumenten erforderlich sind.

Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.

Nach demselben Verfahren nehmen sie die Maßnahmen zur Einrichtung eines ~~Ein vom Rat nach demselben Verfahren errichteter~~ Kohäsionsfonds an, der trägt zu Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur finanziell beiträgt.

~~Der Rat beschließt ab dem 1. Januar 2007 mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen, falls die ab dem 1. Januar 2007 geltende mehrjährige Finanzielle Vorausschau und die dazugehörige Interinstitutionelle Vereinbarung bis zu diesem Zeitpunkt angenommen sind. Ist dies nicht der Fall, so wird das in diesem Absatz vorgesehene Verfahren ab dem Zeitpunkt ihrer Annahme angewandt.~~

¹ Das Beschlussfassungsverfahren wurde entsprechend dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" (CONV 424/02, S. 17) geändert: Mitentscheidung ("Gesetzgebungsverfahren") statt Zustimmung.

Artikel 162

Das Europäische Parlament und der Rat nehmen gemäß dem Gesetzgebungsverfahren die
~~Die~~ den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung betreffenden Durchführungsbeschlüsse-
maßnahmen an. ~~werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und Sie beschließen~~
nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen
gefasst.

Für den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Aus-
richtung, und den Europäischen Sozialfonds sind die [Artikel 37 bzw. 148] ~~weiterhin~~ anwendbar.

TITEL XVIII

FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

Artikel 163

(1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat zum Ziel, die wissenschaftlichen und technologischen
Grundlagen der Industrie der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu stärken und die Entwicklung ihrer internatio-
nalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie alle Forschungsmaßnahmen zu unterstützen, die auf-
grund anderer Kapitel ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** für erforderlich gehalten werden.

(2) In diesem Sinne unterstützt sie in der gesamten ~~Gemeinschaft~~ **Union** die Unternehmen -
einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen -, die Forschungszentren und die Hochschu-
len bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung von
hoher Qualität; sie fördert ihre Zusammenarbeitsbestrebungen, damit die Unternehmen vor allem
die Möglichkeiten des Binnenmarkts voll nutzen können, und zwar insbesondere durch Öffnen des
einzelstaatlichen öffentlichen Auftragswesens, Festlegung gemeinsamer Normen und Beseitigung
der dieser Zusammenarbeit entgegenstehenden rechtlichen und steuerlichen Hindernisse.

(3) Alle Maßnahmen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**
auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, einschließlich der Demons-
trationsvorhaben, werden nach Maßgabe [dieses Titels] beschlossen und durchgeführt.

Artikel 164

Zur Erreichung dieser Ziele trifft die ~~Gemeinschaft~~ **Union** folgende Maßnahmen, welche die in den
Mitgliedstaaten durchgeführten Aktionen ergänzen:

- a) Durchführung von Programmen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration unter Förderung der Zusammenarbeit mit und zwischen Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen;
- b) Förderung der Zusammenarbeit mit dritten Ländern und internationalen Organisationen auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;
- c) Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der Tätigkeiten auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;
- d) Förderung der Ausbildung und der Mobilität der Forscher aus der ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

Artikel 165

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, um die Kohärenz der einzelstaatlichen Politiken und der Politik der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sicherzustellen.
- (2) Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die der Koordinierung nach Absatz 1 förderlich sind.

Artikel 166

- (1) **Das Europäische Parlament und der Rat ~~stellt nehmen nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ Gesetzgebungsverfahren ein Gesetz über ein** mehrjähriges Rahmenprogramm **auf an**, in dem alle Aktionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zusammengefasst werden. **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

In dem Rahmenprogramm werden

- a) die wissenschaftlichen und technologischen Ziele, die mit den Maßnahmen nach [Artikel 164] erreicht werden sollen, sowie die jeweiligen Prioritäten festgelegt;
 - b) die Grundzüge dieser Maßnahmen angegeben;
 - c) der Gesamthöchstbetrag und die Einzelheiten der finanziellen Beteiligung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** am Rahmenprogramm sowie die jeweiligen Anteile der vorgesehenen Maßnahmen festgelegt.
- (2) Das Rahmenprogramm wird je nach Entwicklung der Lage angepasst oder ergänzt.

(3) Die Durchführung des Rahmenprogramms erfolgt durch spezifische Programme, die innerhalb einer jeden Aktion entwickelt werden. In jedem spezifischen Programm werden die Einzelheiten seiner Durchführung, seine Laufzeit und die für notwendig erachteten Mittel festgelegt. Die Summe der in den spezifischen Programmen für notwendig erachteten Beträge darf den für das Rahmenprogramm und für jede Aktion festgesetzten Gesamthöchstbetrag nicht überschreiten.

(4) ~~Die spezifischen Programme werden vom~~ Der Rat **nimmt mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission **mit qualifizierter Mehrheit** ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses beschlossen~~ **die Maßnahmen an, mit denen die spezifischen Programme festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Artikel 167¹

Zur Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen an, in denen legt der Rat Folgendes festgelegt wird:**

- a) die Regeln für die Beteiligung der Unternehmen, der Forschungszentren und der Hochschulen;
- b) die Regeln für die Verbreitung der Forschungsergebnisse.

Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Artikel 168

Bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms können Zusatzprogramme ~~beschlossen~~ **angenommen** werden, an denen nur bestimmte Mitgliedstaaten teilnehmen, die sie vorbehaltlich einer etwaigen Beteiligung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auch finanzieren.

Das Europäische Parlament und der Rat legt nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen an, mit denen die Regeln für die Zusatzprogramme ~~fest~~, insbesondere hinsichtlich der Verbreitung der Kenntnisse und des Zugangs anderer Mitgliedstaaten, **festgelegt werden. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Für die Annahme der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich.²

¹ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die derzeit in Artikel 172 EGV aufgeführten Beschlussfassungsverfahren den jeweiligen Rechtsgrundlagen (Artikel 167, 168, 169 und 171) angefügt.

² Dieser Unterabsatz entspricht dem letzten Satz des derzeitigen Artikels 172 Absatz 2 EGV.

Artikel 169

Die **Gemeinschaft Union** kann im Einvernehmen mit den betreffenden Mitgliedstaaten bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen mehrerer Mitgliedstaaten, einschließlich der Beteiligung an den zu ihrer Durchführung geschaffenen Strukturen, vorsehen.

Das Europäische Parlament und der Rat nehmen gemäß dem Gesetzgebungsverfahren die erforderlichen Maßnahmen an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Artikel 170

Die **Gemeinschaft Union** kann bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union** mit dritten Ländern oder internationalen Organisationen vorsehen.

Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit können Gegenstand von Abkommen zwischen der **Gemeinschaft Union** und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Artikel 171

Die **Gemeinschaft Union** kann gemeinsame Unternehmen gründen oder andere Strukturen schaffen, die für die ordnungsgemäße Durchführung der Programme für **gemeinschaftliche** Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration **der Union** erforderlich sind. **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die erforderlichen Maßnahmen an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Artikel 172 ¹

~~Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses mit qualifizierter Mehrheit die in Artikel 171 vorgesehenen Bestimmungen fest.~~

~~Der Rat legt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die in den Artikeln 167, 168 und 169 vorgesehenen Bestimmungen fest. Für die Verabschiedung der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich.~~

¹ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die Bestimmungen dieses Artikels in die Artikel 167, 168, 169 und 171 aufgenommen.

Artikel 173

Zu Beginn jedes Jahres unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht. Dieser Bericht erstreckt sich insbesondere auf die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung und der Verbreitung der Ergebnisse dieser Tätigkeiten während des Vorjahrs sowie auf das Arbeitsprogramm des laufenden Jahres.

TITEL XIX

UMWELT

Artikel 174

(1) Die Umweltpolitik der ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zur Verfolgung der nachstehenden Ziele bei:

- a) Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;
- b) Schutz der menschlichen Gesundheit;
- c) umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen;
- d) Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme.

(2) Die Umweltpolitik der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zielt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auf ein hohes Schutzniveau ab. Sie beruht auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip.

Im Hinblick hierauf umfassen die den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechenden Harmonisierungsmaßnahmen gegebenenfalls eine Schutzklausel, mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, aus nicht wirtschaftlich bedingten umweltpolitischen Gründen vorläufige ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, die einem ~~gemeinschaftlichen~~ Kontrollverfahren **der Union** unterliegen.

(3) Bei der Erarbeitung ihrer Umweltpolitik berücksichtigt die ~~Gemeinschaft~~ **Union**

- a) die verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Daten;
- b) die Umweltbedingungen in den einzelnen Regionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union**;
- c) die Vorteile und die Belastung aufgrund des Tätigwerdens bzw. eines Nichttätigwerdens;

d) die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** insgesamt sowie die ausgewogene Entwicklung ihrer Regionen.

(4) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse mit dritten Ländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** können Gegenstand von Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

Artikel 175

(1) **Das Europäische Parlament und der Rat beschließt nehmen** nach dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen** über das ~~Tätigwerden der Gemeinschaft zur Erreichung der in [Artikel 174] genannten Ziele~~ **an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.**

(2) Abweichend von ~~dem Beschlussverfahren des Absatzes Absatz 1~~ und unbeschadet des [Artikels 95] **erlässt nimmt** der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ einstimmig **Folgendes an:**

- a) ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** überwiegend steuerlicher Art;
- b) Maßnahmen, die
 - i) die Raumordnung berühren;
 - ii) die mengenmäßige Bewirtschaftung der Wasserressourcen berühren oder die Verfügbarkeit dieser Ressourcen mittelbar oder unmittelbar betreffen;
 - iii) die Bodennutzung mit Ausnahme der Abfallbewirtschaftung berühren;
- c) Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren.

Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.

Nach demselben Verfahren kann der Rat ~~kann nach dem Verfahren des Unterabsatzes 1 festlegen, in welchen der in diesem Absatz genannten Bereiche er mit qualifizierter Mehrheit beschlos-~~
~~sen wird beschließt.~~

(3) In anderen Bereichen ¹ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat beschließt** gemäß dem ~~Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen in anderen Bereichen nach dem Gesetzgebungsverfahren~~ allgemeine Aktionsprogramme an, in denen die vorrangigen Ziele festgelegt werden. **Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen.**

~~Der Rat legt nach Absatz 1 bzw. Absatz 2~~ Die zur Durchführung dieser Programme erforderlichen Maßnahmen **werden nach dem in Absatz 1 bzw. Absatz 2 vorgesehenen Verfahren angenommen fest.**

(4) Unbeschadet bestimmter Maßnahmen **der Union gemeinschaftlicher Art** tragen die Mitgliedstaaten für die Finanzierung und Durchführung der Umweltpolitik Sorge.

(5) Sofern eine Maßnahme nach Absatz 1 mit unverhältnismäßig hohen Kosten für die Behörden eines Mitgliedstaats verbunden ist, ~~sieht der Rat~~ **wird darin** unbeschadet des Verursacherprinzips ~~in dem Rechtsakt zur Annahme dieser Maßnahme geeignete Bestimmungen in folgender in geeigneter Form Folgendes vorgesehen vor:~~

- a) vorübergehende Ausnahmeregelungen und/oder
- b) eine finanzielle Unterstützung aus dem ~~nach Artikel 161 errichteten~~ ² Kohäsionsfonds.

Artikel 176

Die ~~Schutzmaßnahmenbestimmungen~~ **Bestimmungen**, die aufgrund des Artikels 175 ~~getroffen~~ **angenommen** werden, hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, verstärkte ~~Schutzmaßnahmenbestimmungen~~ **Bestimmungen** beizubehalten oder ~~zu ergreifen einzuführen~~. Die betreffenden ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** müssen mit ~~diesem Vertrag der Verfassung~~ vereinbar sein. Sie werden der Kommission notifiziert.

TITEL XX

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ³

Artikel 177

(1) *Die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, die eine Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten darstellt, fördert*

¹ Dieser Satzteil könnte entfallen, da das Europäische Parlament und der Rat in Wirklichkeit Rahmenprogramme von allgemeiner Tragweite annehmen.

² Dieser Zusatz ist überflüssig, da es nur einen einzigen Kohäsionsfonds gibt.

³ Titel XX sollte vom Konvent im Zusammenhang mit dem Thema "Außenbeziehungen der Union" geprüft werden; er wird daher hier nicht behandelt.

- die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Entwicklungsländer;
- die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft;
- die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.

(2) Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.

(3) Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten kommen den im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer zuständiger internationaler Organisationen gegebenen Zusagen nach und berücksichtigen die in diesem Rahmen gebilligten Zielsetzungen.

Artikel 178

Die Gemeinschaft berücksichtigt die Ziele des Artikels 177 bei den von ihr verfolgten Politiken, welche die Entwicklungsländer berühren können.

Artikel 179

(1) Unbeschadet der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags erlässt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 die zur Verfolgung der Ziele des Artikels 177 erforderlichen Maßnahmen. Diese Maßnahmen können die Form von Mehrjahresprogrammen annehmen.

(2) Die Europäische Investitionsbank trägt nach Maßgabe ihrer Satzung zur Durchführung der Maßnahmen im Sinne des Absatzes 1 bei.

(3) Dieser Artikel berührt nicht die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans im Rahmen des AKP-EG-Abkommens.

Artikel 180

(1) Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und stimmen ihre Hilfsprogramme, auch in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, ab. Sie können gemeinsame Maßnahmen ergreifen. Die Mitgliedstaaten tragen erforderlichenfalls zur Durchführung der Hilfsprogramme der Gemeinschaft bei.

(2) Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die der in Absatz 1 genannten Koordination förderlich sind.

Artikel 181

Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse mit dritten Ländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der Gemeinschaft können Gegenstand von Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach Artikel 300 ausgehandelt und geschlossen werden.

Absatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

TITEL XXI¹

WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN

Artikel 181 a

(1) Unbeschadet der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags und insbesondere des Titels XX führt die Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Maßnahmen der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Drittländern durch. Diese Maßnahmen ergänzen die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und stehen im Einklang mit der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft.

Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel der Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.

(2) Der Rat erlässt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit die zur Durchführung des Absatzes 1 erforderlichen Maßnahmen. Der Rat beschließt einstimmig in Bezug auf Assoziierungsabkommen im Sinne des Artikels 310 sowie in Bezug auf Abkommen, die mit Staaten zu schließen sind, die den Beitritt zur Union beantragt haben.

(3) Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten mit Drittländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der Gemeinschaft können in Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien geregelt werden, die nach Artikel 300 ausgehandelt und geschlossen werden.

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

¹ Titel XXI sollte vom Konvent im Zusammenhang mit dem Thema "Außenbeziehungen der Union" geprüft werden; er wird daher hier nicht behandelt.

VIERTER TEIL

DIE ASSOZIIERUNG DER ÜBERSEEISCHEN LÄNDER UND HOHEITSGEBIETE ¹

Artikel 182

Die ~~Mitgliedstaaten kommen überein, die~~ außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich besondere Beziehungen unterhalten, **sind an die Union assoziiert** ~~der Gemeinschaft zu assoziieren~~. Diese Länder und Hoheitsgebiete, im Folgenden als "Länder und Hoheitsgebiete" bezeichnet, sind in [Anhang II] ~~zu diesem Vertrag~~ aufgeführt.

Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und Hoheitsgebiete und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der gesamten ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

Entsprechend den ~~in der Präambel dieses Vertrags ...~~ ² aufgestellten Grundsätzen soll die Assoziierung in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen.

Artikel 183

Mit der Assoziierung werden folgende Zwecke verfolgt:

1. Die Mitgliedstaaten wenden auf ihren Handelsverkehr mit den Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das sie aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** untereinander anwenden.
2. Jedes Land oder Hoheitsgebiet wendet auf seinen Handelsverkehr mit den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das es auf den europäischen Staat anwendet, mit dem es besondere Beziehungen unterhält.
3. Die Mitgliedstaaten beteiligen sich an den Investitionen, welche die fortschreitende Entwicklung dieser Länder und Hoheitsgebiete erfordert.
4. Bei Ausschreibungen und Lieferungen für Investitionen, die von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** finanziert werden, steht die Beteiligung zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten oder der Länder oder Hoheitsgebiete besitzen.

¹ Der Teil über die ÜLG zielt auf eine partielle Anwendung des EG-Vertrags auf die betreffenden Länder und Hoheitsgebiete ab. Er könnte zwischen die derzeitigen Artikel 299 (geografischer Anwendungsbereich des Vertrags) und 300 (Außenbeziehungen) EGV eingeschoben werden. Zudem sollte in den ersten Teil der Verfassung eine Bezugnahme auf die Assoziierungsregelung aufgenommen werden.

² Die betreffenden Grundsätze, die derzeit in der Präambel des EG-Vertrags aufgeführt sind, sollten übernommen werden. Sie müssten in die Verfassung und gegebenenfalls in diese Bestimmung aufgenommen werden.

5. Soweit aufgrund des [Artikels 187] nicht ~~Sonderregelungen~~ **besondere Maßnahmen** getroffen ~~an~~ **angenommen** werden, gelten zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern und Hoheitsgebieten für das Niederlassungsrecht ihrer Staatsangehörigen und Gesellschaften die Bestimmungen und Verfahrensregeln des [Kapitels] Niederlassungsfreiheit, und zwar unter Ausschluss jeder Diskriminierung.

Artikel 184

(1) ~~Zölle bei der Einfuhr~~ **Für Einfuhren** von Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in die Mitgliedstaaten ~~sind verboten; dies geschieht nach Maßgabe des in diesem Vertrag vorgesehenen Verbots von Zöllen zwischen den Mitgliedstaaten~~ **gilt das in der Verfassung vorgesehene Verbot von Zöllen.**

(2) In jedem Land und Hoheitsgebiet sind Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten nach Maßgabe des [Artikels 25] verboten.

(3) Die Länder und Hoheitsgebiete können jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushalts dienen.

Die in Unterabsatz 1 genannten Zölle dürfen nicht höher sein als diejenigen, die für die Einfuhr von Waren aus dem Mitgliedstaat gelten, mit dem das entsprechende Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält.

(4) Absatz 2 gilt nicht für die Länder und Hoheitsgebiete, die aufgrund besonderer internationaler Verpflichtungen bereits einen nichtdiskriminierenden Zolltarif anwenden.

(5) Die Festlegung oder Änderung der Zollsätze für Waren, die in die Länder und Hoheitsgebiete eingeführt werden, darf weder rechtlich noch tatsächlich zu einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung zwischen den Einfuhren aus den einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Artikel 185

Ist die Höhe der Zollsätze, die bei der Einfuhr in ein Land oder Hoheitsgebiet für Waren aus einem dritten Land gelten, bei Anwendung des [Artikels 184 Absatz 1] geeignet, Verkehrsverlagerungen zum Nachteil eines Mitgliedstaats hervorzurufen, so kann dieser die Kommission ersuchen, den anderen Mitgliedstaaten vorzuschlagen, **dass die erforderlichen Bestimmungen zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen erlassen werden** ~~vorzuschlagen.~~

Artikel 186¹

Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten.

Artikel 187

Der Rat ~~legt~~ **nimmt**² aufgrund der im Rahmen der Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** erzielten Ergebnisse und der Grundsätze ~~dieses Vertrags ...~~³ die ~~Bestimmungen~~ Maßnahmen ~~über~~ **betreffend** die Einzelheiten und das Verfahren für die Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** einstimmig ~~fest an~~.

Artikel 188

Die Artikel 182 bis 187 sind auf Grönland anwendbar, vorbehaltlich der spezifischen Bestimmungen für Grönland in dem Protokoll über die Sonderregelung für Grönland ~~im Anhang zu diesem Vertrag~~.

¹ Dieser Artikel müsste angepasst werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Union für die Regulierung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus dritten Ländern in den Mitgliedstaaten zuständig ist (siehe Artikel 187). Zudem hat die Gruppe X "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" empfohlen, das Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten nicht mehr als Rechtsinstrument zur Erreichung der Ziele der Union vorzusehen.

² Es sei darauf hingewiesen, dass der Rat hier ohne Vorschlag der Kommission beschließt.

³ Siehe Fußnote zu Artikel 182 Absatz 3 EGV.

FÜNFTER TEIL
DIE ORGANE DER ~~GEMEINSCHAFT~~ UNION

**An diesem Teil wurden entsprechend dem Mandat technische Änderungen vorgenommen.
Mit diesen wird inhaltlichen Änderungen durch den Konvent nicht vorgegriffen.
Insbesondere die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Organe und Einrichtungen
sind kursiv gedruckt, da sie in Teil I übernommen werden.**

TITEL I
VORSCHRIFTEN ÜBER DIE ORGANE

KAPITEL 1
DIE ORGANE

ABSCHNITT 1
DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Artikel 189

Das Europäische Parlament besteht aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten; es übt die Befugnisse aus, die ihm nach diesem Vertrag zustehen.

Die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments darf 732 nicht überschreiten.

Artikel 190

(1) Die Abgeordneten der Völker der in der Gemeinschaft vereinigten Staaten im Europäischen Parlament werden in allgemeiner unmittelbarer Wahl gewählt.

(2) *Die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt:*

<i>Belgien</i>	<i>25</i>
<i>Dänemark</i>	<i>16</i>
<i>Deutschland</i>	<i>99</i>
<i>Griechenland</i>	<i>25</i>
<i>Spanien</i>	<i>64</i>
<i>Frankreich</i>	<i>87</i>
<i>Irland</i>	<i>15</i>
<i>Italien</i>	<i>87</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>6</i>
<i>Niederlande</i>	<i>31</i>
<i>Österreich</i>	<i>21</i>
<i>Portugal</i>	<i>25</i>
<i>Finnland</i>	<i>16</i>
<i>Schweden</i>	<i>22</i>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	<i>87.</i>

Wird dieser Absatz geändert, so muss durch die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten eine angemessene Vertretung der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten gewährleistet sein.

(3) *Die Abgeordneten werden auf fünf Jahre gewählt.*

(4) *Das Europäische Parlament arbeitet einen Entwurf für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten oder im Einklang mit den allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen aus.*

Der Rat erlässt nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die mit der Mehrheit seiner Mitglieder erteilt wird, einstimmig die entsprechenden Bestimmungen und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

(5) *Das Europäische Parlament legt nach Anhörung der Kommission und mit Zustimmung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt, die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben seiner Mitglieder fest. Alle Vorschriften und Bedingungen, die die Steuerregelung für die Mitglieder oder ehemaligen Mitglieder betreffen, sind vom Rat einstimmig festzulegen.*

Artikel 191

Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.

~~Der~~ **Das Europäische Parlament und der Rat legen gemäß dem Verfahren des Artikels 251 die nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen zur Festlegung der Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und insbesondere die Vorschriften über ihre Finanzierung fest an.**

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band II - Teil A (EG-Vertrag)

Artikel 192

Das Europäische Parlament ist an dem Prozess, der zur Annahme der ~~Gemeinschaftsakte~~ **Rechtsakte der Union** führt, in dem in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Umfang durch die Ausübung seiner Befugnisse im Rahmen ~~der Verfahren der Artikel 251 und 252 des Gesetzgebungsverfahrens~~ sowie durch die Erteilung seiner Zustimmung oder die Abgabe von Stellungnahmen beteiligt.¹

Das Europäische Parlament kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder die Kommission auffordern, geeignete Vorschläge zu Fragen zu unterbreiten, die nach seiner Auffassung die Ausarbeitung ~~eines Gemeinschaftsakts~~ **einer Maßnahme der Union**² zur Durchführung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** erfordern.

Artikel 193

Das Europäische Parlament kann bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder³ die Einsetzung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses beschließen, der unbeschadet der Befugnisse, die anderen Organen oder Institutionen durch ~~diesen Vertrag~~ **die Verfassung** übertragen sind, behauptete Verstöße gegen das ~~Gemeinschaftsrecht~~ **Unionsrecht**⁴ oder Missstände bei der Anwendung desselben prüft; dies gilt nicht, wenn ein Gericht mit den behaupteten Sachverhalten befasst ist, solange das Gerichtsverfahren nicht abgeschlossen ist.

Mit der Vorlage seines Berichts hört der nichtständige Untersuchungsausschuss auf zu bestehen.

Die Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts werden vom Europäischen Parlament, vom Rat und von der Kommission im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt⁵.

¹ Diese allgemeine Beschreibung der Aufgaben des Europäischen Parlaments müsste durch einen Verweis auf seine Haushalts-, Kontroll- und Einsetzungsbefugnisse ergänzt werden; es verfügt ferner über autonome Entscheidungsbefugnisse (siehe Anlage II dieses Berichts).

² Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Ersuchen um Vorlage eines Vorschlags) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche darstellen könnte.

³ Präzisierung im französischen Text entsprechend der übrigen Bestimmungen des EG-Vertrags, die für die Annahme eines Beschlusses bzw. einer Entscheidung eine Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments vorschreiben (betrifft nicht die deutsche Fassung).

⁴ Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Ersuchen um Vorlage eines Vorschlags) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche zur Folge haben könnte.

⁵ Ein derartiger Rechtsakt ist in der Typologie der Rechtsakte im Artikelentwurf "Rechtsakte der Union" in Titel I (Artikel 24 in Dok. CONV 571/03) nicht enthalten.

Artikel 194

Jeder Bürger der Union sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat kann allein oder zusammen mit anderen Bürgern oder Personen in Angelegenheiten, die in die Tätigkeitsbereiche der **Gemeinschaft Union**¹ fallen und die ihn oder sie unmittelbar betreffen, eine Petition an das Europäische Parlament richten.²

Artikel 195

(1) Das Europäische Parlament ernennt einen Bürgerbeauftragten³, der befugt ist, Beschwerden von jedem Bürger der Union oder von jeder natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat über Missstände bei der Tätigkeit der Organe oder Einrichtungen der **Gemeinschaft Union**⁴, mit Ausnahme des Gerichtshofs, ~~und~~ des Gerichts erster Instanz **und der gerichtlichen Kammern**⁵ in Ausübung ihrer Rechtsprechungsbefugnisse, entgegenzunehmen.

Der Bürgerbeauftragte führt im Rahmen seines Auftrags von sich aus oder aufgrund von Beschwerden, die ihm unmittelbar oder über ein Mitglied des Europäischen Parlaments zugehen, Untersuchungen durch, die er für gerechtfertigt hält; dies gilt nicht, wenn die behaupteten Sachverhalte Gegenstand eines Gerichtsverfahrens sind oder waren. Hat der Bürgerbeauftragte einen Missstand festgestellt, so befasst er das betreffende Organ, das über eine Frist von drei Monaten verfügt, um ihm seine Stellungnahme zu übermitteln. Der Bürgerbeauftragte legt anschließend dem Europäischen Parlament und dem betreffenden Organ einen Bericht vor. Der Beschwerdeführer wird über das Ergebnis dieser Untersuchungen unterrichtet.

Der Bürgerbeauftragte legt dem Europäischen Parlament jährlich einen Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen vor.

(2) Der Bürgerbeauftragte wird nach jeder Wahl des Europäischen Parlaments für die Dauer der Wahlperiode ernannt. Wiederernennung ist zulässig.

Der Bürgerbeauftragte kann auf Antrag des Europäischen Parlaments vom Gerichtshof seines Amtes enthoben werden, wenn er die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat.

¹ Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Petitionsrecht) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche zur Folge haben könnte.

² Der Konvent könnte prüfen, ob dieser Artikel durch eine spezifische Rechtsgrundlage für die Annahme der Modalitäten zur Ausübung des Petitionsrechts ergänzt werden sollte.

³ An dieser Stelle könnte dem üblichen Sprachgebrauch folgend der Ausdruck "Europäischer Bürgerbeauftragter" verwendet werden.

⁴ Es sei darauf hingewiesen, dass die Ersetzung des Wortes "Gemeinschaft" durch das Wort "Union" vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieses Artikels (Bürgerbeauftragter) auf die derzeit unter die zweite bzw. dritte Säule fallenden Bereiche zur Folge haben könnte.

⁵ Auch wenn die gerichtlichen Kammern dem Gericht erster Instanz beigeordnet sind, sollten sie an dieser Stelle ausdrücklich genannt werden.

(3) Der Bürgerbeauftragte übt sein Amt in völliger Unabhängigkeit aus. Er darf bei der Erfüllung seiner Pflichten von keiner Stelle Anweisungen anfordern oder entgegennehmen. Der Bürgerbeauftragte darf während seiner Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben.

(4) Das Europäische Parlament ~~legt~~ **nimmt nach Stellungnahme der Kommission und nach mit qualifizierter Mehrheit erteilter Zustimmung des Rates die Maßnahmen zur Festlegung der** Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten ~~fest an~~¹. **Es beschließt nach Stellungnahme der Kommission und nach Zustimmung des Rates, die dieser mit qualifizierter Mehrheit erteilt.**

Artikel 196

Das Europäische Parlament hält jährlich eine Sitzungsperiode ab. Es tritt, ohne dass es einer Einberufung bedarf, am zweiten Dienstag des Monats März zusammen.

Das Europäische Parlament kann auf Antrag der Mehrheit seiner Mitglieder sowie auf Antrag des Rates oder der Kommission zu einer außerordentlichen **Tagung**² zusammentreten.

Artikel 197

Das Europäische Parlament wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium.

Die Mitglieder der Kommission können an allen Sitzungen teilnehmen und müssen auf ihren Antrag im Namen der Kommission jederzeit gehört werden.

Die Kommission antwortet mündlich oder schriftlich auf die ihr vom Europäischen Parlament oder von dessen Mitgliedern gestellten Fragen.

Der Rat wird nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung vom Europäischen Parlament jederzeit gehört.

Artikel 198

Soweit ~~dieser Vertrag~~ **die Verfassung** nicht etwas anderes bestimmt, beschließt das Europäische Parlament mit der ~~absoluten~~³ Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Die Geschäftsordnung legt die Beschlussfähigkeit fest.

¹ Es sei darauf hingewiesen, dass im Entwurf von Teil I Titel V der Verfassung (Dok. CONV 571/03) nicht vorgesehen ist, dass das Parlament die Möglichkeit hat, für sich allein Rechtssetzungsakte anzunehmen (siehe Anlage II dieses Berichts).

² Der bislang verwendete Terminus entspricht weder dem Sprachgebrauch noch dem in Absatz 1 verwendeten Terminus; die Unterscheidung zwischen "Sitzungsperiode" und "Tagung" wurde Artikel 10 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments entnommen.

³ Das Wort "absolut" könnte zu Verwechslungen zwischen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der (qualifizierten) Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments führen (siehe Anlage II dieses Berichts).

Artikel 199

Das Europäische Parlament ~~gibt sich~~ **nimmt** seine Geschäftsordnung **an**; hierzu sind die Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder erforderlich.

Die Verhandlungsniederschriften des Europäischen Parlaments werden nach den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung veröffentlicht.

Artikel 200

Das Europäische Parlament erörtert in öffentlicher Sitzung den jährlichen Gesamtbericht, der ihm von der Kommission vorgelegt wird.

Artikel 201

Wird wegen der Tätigkeit der Kommission ein Misstrauensantrag eingebracht, so darf das Europäische Parlament nicht vor Ablauf von drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in offener Abstimmung darüber entscheiden.

Wird der Misstrauensantrag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments angenommen, so müssen die Mitglieder der Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen. Sie führen die laufenden Geschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger gemäß [Artikel 214] weiter. In diesem Fall endet die Amtszeit der als Nachfolger ernannten Mitglieder der Kommission zu dem Zeitpunkt, zu dem die Amtszeit der geschlossen zur Amtsniederlegung verpflichteten Mitglieder der Kommission geendet hätte.

ABSCHNITT 2

DER RAT

Artikel 202

Zur Verwirklichung der Ziele und nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**

- a) sorgt der Rat für die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten;
- b) besitzt der Rat eine Entscheidungsbefugnis;

- c) *überträgt der Rat der Kommission in den von ihm angenommenen Rechtsakten die Befugnisse zur Durchführung der Vorschriften, die er erlässt. Der Rat kann bestimmte Modalitäten für die Ausübung dieser Befugnisse festlegen. Er kann sich in spezifischen Fällen außerdem vorbehalten, Durchführungsbefugnisse selbst auszuüben. Die oben genannten Modalitäten müssen den Grundsätzen und Regeln entsprechen, die der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments vorher einstimmig festgelegt hat.*¹

Artikel 203

Der Rat besteht aus je einem Vertreter jedes Mitgliedstaats auf Ministerebene, der befugt ist, für die Regierung des Mitgliedstaats verbindlich zu handeln.

Der Vorsitz im Rat wird von den Mitgliedstaaten nacheinander für je sechs Monate wahrgenommen; die Reihenfolge wird vom Rat einstimmig beschlossen.

Artikel 204

Der Rat wird von seinem Präsidenten aus eigenem Entschluss oder auf Antrag eines seiner Mitglieder oder der Kommission einberufen.

Artikel 205

(1) *Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

(2) *Ist zu einem Beschluss des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder wie folgt gewogen:*

<i>Belgien</i>	<i>5</i>
<i>Dänemark</i>	<i>3</i>
<i>Deutschland</i>	<i>10</i>
<i>Griechenland</i>	<i>5</i>
<i>Spanien</i>	<i>8</i>
<i>Frankreich</i>	<i>10</i>
<i>Irland</i>	<i>3</i>
<i>Italien</i>	<i>10</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>2</i>
<i>Niederlande</i>	<i>5</i>
<i>Österreich</i>	<i>4</i>
<i>Portugal</i>	<i>5</i>
<i>Finnland</i>	<i>3</i>
<i>Schweden</i>	<i>4</i>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	<i>10.</i>

¹ Siehe den Artikelentwurf mit dem Titel "Durchführungsrechtsakte" in Teil I (Artikel 28 Absatz 3 in Dok. CONV 571/03).

Beschlüsse kommen zustande mit einer Mindeststimmenzahl von

- *zweiundsechzig Stimmen in den Fällen, in denen die Beschlüsse nach diesem Vertrag auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind;*
- *zweiundsechzig Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedern umfassen, in allen anderen Fällen.*

(3) Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen des Rates, zu denen Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht entgegen.

Artikel 206

Jedes Mitglied kann sich das Stimmrecht höchstens eines anderen Mitglieds übertragen lassen.

Artikel 207

(1) Ein Ausschuss, der sich aus den Ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt, hat die Aufgabe, die Arbeiten des Rates vorzubereiten und die ihm vom Rat übertragenen Aufträge auszuführen. Der Ausschuss kann in Fällen, die in der Geschäftsordnung des Rates festgelegt sind, Verfahrensbeschlüsse fassen.

(2) Der Rat wird von einem Generalsekretariat unterstützt, das einem Generalsekretär und Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik untersteht; diesem steht ein Stellvertretender Generalsekretär zur Seite, der für die organisatorische Leitung des Generalsekretariats verantwortlich ist. Der Generalsekretär und der Stellvertretende Generalsekretär werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt.

Der Rat entscheidet über die Organisation des Generalsekretariats.

(3) Der Rat ~~gibt sich eine~~ **nimmt seine** Geschäftsordnung an.

Der Rat legt zur Anwendung des [Artikels 255 Absatz 3] in seiner Geschäftsordnung die Bedingungen fest, unter denen die Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten des Rates erhält. Für die Zwecke dieses Absatzes bestimmt der Rat die Fälle, in denen davon auszugehen ist, dass er als Gesetzgeber tätig wird, damit in solchen Fällen umfassenderer Zugang zu den Dokumenten gewährt werden kann, gleichzeitig aber die Wirksamkeit des Beschlussfassungsverfahrens gewahrt bleibt. In jedem Fall werden, wenn der Rat als Gesetzgeber tätig wird, die Abstimmungsergebnisse sowie die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Protokollerklärungen veröffentlicht.

Artikel 208

Der Rat kann die Kommission auffordern, die nach seiner Ansicht zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele geeigneten Untersuchungen vorzunehmen und ihm entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Artikel 209

Der Rat ~~regelt nach Stellungnahme der Kommission~~ **nimmt die Maßnahmen zur Festlegung der rechtliche rechtlichen** Stellung der in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Ausschüsse **an. Er beschließt nach Anhörung der Kommission.**

Artikel 210

Der Rat ~~setzt~~ **nimmt** mit qualifizierter Mehrheit die **Maßnahmen zur Festlegung der** Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission, für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs sowie für die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz ~~fest~~ **an**. Er setzt mit derselben Mehrheit alle sonstigen als Entgelt gezahlten Vergütungen fest.

ABSCHNITT 3

DIE KOMMISSION

Artikel 211 ¹

[Um das ordnungsgemäße Funktionieren und die Entwicklung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** zu gewährleisten] ², erfüllt die Kommission folgende Aufgaben:

- a) für die Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sowie der von den Organen aufgrund ~~dieses Vertrags der Verfassung~~ **getroffenen Bestimmungen angenommenen Maßnahmen** Sorge zu tragen;
- b) Empfehlungen oder Stellungnahmen auf den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** bezeichneten Gebieten abzugeben, soweit ~~der Vertrag~~ **die Verfassung** dies ausdrücklich vorsieht oder soweit sie es für notwendig erachtet;
- c) nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** in eigener Zuständigkeit Entscheidungen zu treffen und am Zustandekommen der Handlungen des **Europäischen Parlaments und des Rates** ~~und des Europäischen Parlaments~~ mitzuwirken;
- d) die Befugnisse auszuüben, die ihr **das Europäische Parlament und der Rat, oder der Rat**, zur Durchführung der von ~~ihm~~ **erlassenen Vorschriften überträgt ihnen angenommenen Maßnahmen übertragen.**

¹ Es sei darauf hingewiesen, dass der Wegfall der Säulen vorbehaltlich besonderer Bestimmungen eine Erweiterung der in die Zuständigkeiten der Kommission fallenden Bereiche um die bisherigen Bereiche der zweiten und dritten Säule zur Folge haben könnte.

² Die Kohärenz zwischen der Tragweite dieses Satzes und dem Umfang der in den Buchstaben a bis d aufgeführten Zuständigkeiten der Kommission ist fraglich.

Artikel 212

Die Kommission veröffentlicht jährlich, und zwar spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments, einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der ~~Gemeinschaften~~ **Union**.

Artikel 213

(1) *Die Kommission besteht aus zwanzig Mitgliedern, die aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.*

Die Zahl der Mitglieder der Kommission kann vom Rat einstimmig geändert werden.

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder der Kommission sein.

Der Kommission muss mindestens ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedstaats angehören, jedoch dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder der Kommission dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen.

(2) Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der ~~Gemeinschaften~~ **Union** aus.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen Grundsatz zu achten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Kommission bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Die Mitglieder der Kommission dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein. Werden diese Pflichten verletzt, so kann der Gerichtshof auf Antrag des Rates oder der Kommission das Mitglied je nach Lage des Falles gemäß [Artikel 216] seines Amtes entheben oder ihm seine Ruhegehaltsansprüche oder andere an ihrer Stelle gewährte Vergünstigungen aberkennen.

Artikel 214

(1) *Die Mitglieder der Kommission werden, gegebenenfalls vorbehaltlich des Artikels 201, nach dem Verfahren des Absatzes 2 für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt.*

Wiederernennung ist zulässig.

(2) *Der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, benennt mit qualifizierter Mehrheit die Persönlichkeit, die er zum Präsidenten der Kommission zu ernennen beabsichtigt; diese Benennung bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments.*

Der Rat nimmt mit qualifizierter Mehrheit im Einvernehmen mit dem designierten Präsidenten die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der anderen Persönlichkeiten an, die er zu Mitgliedern der Kommission zu ernennen beabsichtigt.

Der Präsident und die übrigen Mitglieder der Kommission, die auf diese Weise benannt worden sind, stellen sich als Kollegium einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments. Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments werden der Präsident und die übrigen Mitglieder der Kommission vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt.

Artikel 215

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Mitglieds der Kommission durch Rücktritt oder Amtsenthebung.

Für das zurückgetretene, seines Amtes enthobene oder verstorbene Mitglied wird für die verbleibende Amtszeit vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ein neues Mitglied ernannt. Der Rat kann einstimmig entscheiden, für diese Zeit einen Nachfolger nicht zu ernennen.

Bei Rücktritt, Amtsenthebung oder Tod des Präsidenten wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt. Für die Ersetzung findet das Verfahren des [Artikels 214 Absatz 2] Anwendung.

Außer im Falle der Amtsenthebung nach [Artikel 216] bleiben die Mitglieder der Kommission bis zur Neubesetzung ihres Sitzes oder bis zu einer **einstimmigen** Entscheidung des Rates ~~gemäß Absatz 2~~, keinen Nachfolger zu ernennen, im Amt.

Artikel 216

Jedes Mitglied der Kommission, das die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat, kann auf Antrag des Rates oder der Kommission durch den Gerichtshof seines Amtes enthoben werden.

Artikel 217

(1) Die Kommission übt ihre Tätigkeit unter der politischen Führung ihres Präsidenten aus; dieser entscheidet über ihre interne Organisation, um sicherzustellen, dass ihr Handeln kohärent und effizient ist und auf der Grundlage der Kollegialität beruht.

(2) Die Zuständigkeiten der Kommission werden von ihrem Präsidenten gegliedert und zwischen ihren Mitgliedern aufgeteilt. Der Präsident kann diese Zuständigkeitsverteilung im Laufe der Amtszeit ändern. Die Mitglieder der Kommission üben die ihnen vom Präsidenten übertragenen Aufgaben unter dessen Leitung aus.

(3) Nach Billigung durch das Kollegium ernennt der Präsident unter den Mitgliedern der Kommission Vizepräsidenten.

(4) Ein Mitglied der Kommission erklärt seinen Rücktritt, wenn der Präsident es nach Billigung durch das Kollegium dazu auffordert.

Artikel 218

(1) Der Rat und die Kommission ziehen einander zurate und regeln einvernehmlich die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit.¹

(2) Die Kommission ~~gibt sich eine~~ **nimmt ihre** Geschäftsordnung **an**, um ihr ordnungsgemäßes Arbeiten und das ihrer Dienststellen ~~nach Maßgabe dieses Vertrags~~ zu gewährleisten. Sie sorgt für die Veröffentlichung dieser Geschäftsordnung.

Artikel 219

Die Beschlüsse der Kommission werden mit der Mehrheit der in [Artikel 213] bestimmten Anzahl ihrer Mitglieder gefasst.

Die Kommission kann nur dann wirksam tagen, wenn die in ihrer Geschäftsordnung festgesetzte Anzahl von Mitgliedern anwesend ist.

ABSCHNITT 4

DER GERICHTSHOF²

Die Bestimmungen dieses Abschnitts müssten möglicherweise im Anschluss an die Beratungen des Arbeitskreises zum Gerichtshof (Dok. CONV 543/03) angepasst werden.

Artikel 220

Der Gerichtshof und das Gericht erster Instanz sichern im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**.

¹ Die Zweckmäßigkeit dieses rein deklaratorischen Absatzes ist fraglich.

² Es sei darauf hingewiesen, dass der Wegfall der Säulen sich auf die Tragweite der Befugnisse des Gerichtshofs auswirken könnte. Zu der derzeitigen Lage siehe den derzeitigen Artikel 46 EUV. Anlage II dieses Berichts enthält zusätzliche Bemerkungen zu diesem Gegenstand.

Außerdem können dem Gericht erster Instanz nach Maßgabe des [Artikels 225 a] gerichtliche Kammern beigeordnet werden, die in einigen besonderen Bereichen in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehene gerichtliche Zuständigkeiten ausüben.

Artikel 221

Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat.

Der Gerichtshof tagt in Kammern oder als Große Kammer entsprechend den hierfür in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehenen Regeln.

Wenn die Satzung es vorsieht, kann der Gerichtshof auch als Plenum tagen.

Artikel 222

Der Gerichtshof wird von acht Generalanwälten unterstützt. Auf Antrag des Gerichtshofs kann der Rat einstimmig die Zahl der Generalanwälte erhöhen.

Der Generalanwalt hat öffentlich in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlussanträge zu den Rechtssachen zu stellen, in denen nach der Satzung des Gerichtshofs seine Mitwirkung erforderlich ist.

Artikel 223

Zu Richtern und Generalanwälten des Gerichtshofs sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf sechs Jahre ernannt.

Alle drei Jahre findet nach Maßgabe der Satzung des Gerichtshofs eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Richter und Generalanwälte statt.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofs für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Die Wiederernennung ausscheidender Richter und Generalanwälte ist zulässig.

Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und bestimmt dessen Stellung.

Der Gerichtshof erlässt seine Verfahrensordnung.¹ Sie bedarf der Genehmigung des Rates, der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Artikel 224

Das Gericht erster Instanz besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat. Die Zahl der Richter wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass das Gericht von Generalanwälten unterstützt wird.

Zu Mitgliedern des Gerichts erster Instanz sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung hoher richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen für sechs Jahre ernannt. Alle drei Jahre wird das Gericht teilweise neu besetzt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichts erster Instanz für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Das Gericht erster Instanz ernennt seinen Kanzler und ~~bestimmt~~ **nimmt Bestimmungen über** dessen Stellung **an**.

Das Gericht erster Instanz ~~erlässt~~ **nimmt** seine Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof **an**.² ~~Sie bedarf der Genehmigung~~ **Es beschließt nach Zustimmung** des Rates, der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Soweit die Satzung des Gerichtshofs nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** auf das Gericht erster Instanz Anwendung.

Artikel 225

(1) Das Gericht erster Instanz ist für Entscheidungen im ersten Rechtszug über die in den [Artikeln 230, 232, 235, 236 und 238] genannten Klagen zuständig, mit Ausnahme derjenigen Klagen, die einer gerichtlichen Kammer übertragen werden, und der Klagen, die gemäß der Satzung dem Gerichtshof vorbehalten sind. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass das Gericht erster Instanz für andere Kategorien von Klagen zuständig ist.

Gegen die Entscheidungen des Gerichts erster Instanz aufgrund dieses Absatzes kann nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, beim Gerichtshof ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel eingelegt werden.

(2) Das Gericht erster Instanz ist für Entscheidungen über Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der nach [Artikel 225 a] gebildeten gerichtlichen Kammern zuständig.

¹ In diesem Absatz wird dem Gerichtshof eine Rechtsetzungsbefugnis verliehen. Es sei darauf hingewiesen, dass derzeit in dem Entwurf des Titels V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" in Teil I (Dok. CONV 571/03) nicht vorgesehen ist, dass der Gerichtshof Rechtssetzungsakte annehmen kann.

² Siehe Fußnote zu Artikel 223.

Die Entscheidungen des Gerichts erster Instanz aufgrund dieses Absatzes können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, in Ausnahmefällen vom Gerichtshof überprüft werden, wenn die ernste Gefahr besteht, dass die Einheit oder Kohärenz des ~~Gemeinschaftsrechts~~ **Unionsrechts** berührt wird.

(3) Das Gericht erster Instanz ist in besonderen in der Satzung festgelegten Sachgebieten für Vorabentscheidungen nach [Artikel 234] zuständig.

Wenn das Gericht erster Instanz der Auffassung ist, dass eine Rechtssache eine Grundsatzentscheidung erfordert, die die Einheit oder die Kohärenz des ~~Gemeinschaftsrechts~~ **Unionsrechts** berühren könnte, kann es die Rechtssache zur Entscheidung an den Gerichtshof verweisen.

Die Entscheidungen des Gerichts erster Instanz über Anträge auf Vorabentscheidung können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, in Ausnahmefällen vom Gerichtshof überprüft werden, wenn die ernste Gefahr besteht, dass die Einheit oder die Kohärenz des ~~Gemeinschaftsrechts~~ **Unionsrechts** berührt wird.

Artikel 225 a

~~Der Rat kann durch einstimmigen Beschluss auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Gerichtshofs oder auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission~~ gerichtliche Kammern bilden, die für Entscheidungen im ersten Rechtszug über bestimmte Kategorien von Klagen zuständig sind, die in besonderen Sachgebieten erhoben werden. **Er beschließt einstimmig entweder auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Gerichtshofs oder auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung der Kommission. In beiden Fällen beschließt er nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

~~In dem Beschluss über die~~ **Mit der Maßnahme¹** zur Bildung einer gerichtlichen Kammer werden die Regeln für die Zusammensetzung dieser Kammer und der ihr übertragene Zuständigkeitsbereich festgelegt.

Gegen die Entscheidungen der gerichtlichen Kammern kann vor dem Gericht erster Instanz ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel oder, wenn ~~der Beschluss über die~~ **Maßnahme zur** Bildung der Kammer dies vorsieht, ein auch Sachfragen betreffendes Rechtsmittel eingelegt werden.

Zu Mitgliedern der gerichtlichen Kammern sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden einstimmig vom Rat ernannt.

Die gerichtlichen Kammern ~~erlassen~~ **nehmen** ihre Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof an.² ~~Diese Verfahrensordnung bedarf der Genehmigung~~ **Sie beschließen darüber nach Zustimmung** des Rates, der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

¹ Allem Anschein nach wird das Wort "Beschluss" hier im generischen Sinne gebraucht, da es nicht der Begriffsbestimmung im derzeitigen Artikel 249 EGV (nämlich ein Rechtsakt, der an einen oder mehrere genau bestimmte Adressaten gerichtet ist) entspricht. Der Konvent sollte angeben, ob er einen speziellen Rechtsakt vorsehen möchte.

² Siehe Fußnote zu Artikel 223.

Soweit ~~der Beschluss über die~~ **Maßnahme zur** Bildung der gerichtlichen Kammer nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und die Satzung des Gerichtshofs auf die gerichtlichen Kammern Anwendung.

Artikel 226

Hat nach Auffassung der Kommission ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen, so gibt sie eine mit Gründen versehene Stellungnahme hierzu ab; sie hat dem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Kommt der Staat dieser Stellungnahme innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen.

Artikel 227

Jeder Mitgliedstaat kann den Gerichtshof anrufen, wenn er der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen hat.

Bevor ein Mitgliedstaat wegen einer angeblichen Verletzung der Verpflichtungen aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** gegen einen anderen Staat Klage erhebt, muss er die Kommission damit befassen.

Die Kommission erlässt eine mit Gründen versehene Stellungnahme; sie gibt den beteiligten Staaten zuvor Gelegenheit zu schriftlicher und mündlicher Äußerung in einem kontradiktorischen Verfahren.

Gibt die Kommission binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem ein entsprechender Antrag gestellt wurde, keine Stellungnahme ab, so kann ungeachtet des Fehlens der Stellungnahme vor dem Gerichtshof geklagt werden.

Artikel 228

(1) Stellt der Gerichtshof fest, dass ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen hat, so hat dieser Staat die ~~Maßnahmen-Bestimmungen zu ergreifen-erlassen~~, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

(2) Hat nach Auffassung der Kommission der betreffende Mitgliedstaat diese ~~Maßnahmen-Bestimmungen~~ nicht ~~ergriffen-erlassen~~, so gibt sie, nachdem sie ihm Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat, eine mit Gründen versehene Stellungnahme ab, in der sie aufführt, in welchen Punkten der betreffende Mitgliedstaat dem Urteil des Gerichtshofes nicht nachgekommen ist.

Hat der betreffende Mitgliedstaat die ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben, nicht innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist ~~getroffen~~ **erlassen**, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen. Hierbei benennt sie die Höhe des von dem betreffenden Mitgliedstaat zu zahlenden Pauschalbetrags oder Zwangsgelds, die sie den Umständen nach für angemessen hält.

Stellt der Gerichtshof fest, dass der betreffende Mitgliedstaat seinem Urteil nicht nachgekommen ist, so kann er die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds verhängen.

Dieses Verfahren lässt den [Artikel 227] unberührt.

Artikel 229

Aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** vom Europäischen Parlament und vom Rat ~~gemeinsam angenommene Gesetze~~ sowie vom Rat ~~erlassene~~ **angenommene Gesetze/Verordnungen** ¹ können ~~hinsichtlich der~~ **in Bezug auf die** darin vorgesehenen Zwangsmaßnahmen dem Gerichtshof eine Zuständigkeit übertragen, welche die Befugnis zu unbeschränkter Ermessensnachprüfung und zur Änderung oder Verhängung solcher **Zwangsmaßnahmen** umfasst.

Artikel 229 a

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** kann der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ einstimmig ~~Bestimmungen erlassen~~ **Maßnahmen annehmen**, mit denen ~~durch die~~ dem Gerichtshof ~~in dem vom Rat festgelegten Umfang~~ die Zuständigkeit übertragen wird, über Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung von aufgrund dieses ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** **angenommenen** Rechtsakten, mit denen ~~gemeinschaftliche~~ Titel für den [gewerblichen] ² Rechtsschutz **auf Unionsebene** geschaffen werden, zu entscheiden. Der Rat **beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments**. Er empfiehlt den Mitgliedstaaten, diese ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

¹ Da der Rat nach dem Entwurf der Artikel des Titels V "Umsetzung der Zuständigkeiten und Maßnahmen der Union" in Teil I (Artikel 25 und 26 CONV 571/03) entweder Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, ist es erforderlich, in der Verfassung die Fälle zu benennen, in denen er für den unter diesen Artikel fallenden Bereich die eine oder die andere Art von Rechtsakten oder beide Arten von Rechtsakten annehmen kann (siehe Erläuterung in Anlage II zum vorliegenden Bericht).

² Es stellt sich die Frage, ob dieser restriktiv erscheinende Begriff angemessen ist; es wird darauf hingewiesen, dass Artikel 133 Absatz 7 des EG-Vertrags sich auf den breiter gefassten Begriff des "geistigen Eigentums" bezieht.

Artikel 230¹

Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit der gemeinsamen Handlungen des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Handlungen des Rates, der Kommission und der EZB², soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt, und der Handlungen des Europäischen Parlaments mit Rechtswirkung gegenüber Dritten.³

Zu diesem Zweck ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt.

Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen des Rechnungshofs und der EZB, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen.

*Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als **[Gesetz]**⁴ Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichteter ~~Entscheidung~~ **Beschluss** ergangen sind, sie unmittelbar und individuell betreffen.*

Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe der betreffenden Handlung, ihrer Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von dieser Handlung Kenntnis erlangt hat.

Artikel 231

Ist die Klage begründet, so erklärt der Gerichtshof ~~die den angefochtenen Rechtsakt Handlung~~ für nichtig.

Erklärt er **einen Rechtsakt**⁵ ~~der Gerichtshof eine Verordnung~~ für nichtig, so bezeichnet er, falls er dies für notwendig hält, diejenigen ~~ihrer seiner~~ Wirkungen, die als fortgeltend zu betrachten sind.

¹ Dieser Artikel ist Gegenstand einer spezifischen Analyse des Diskussionskreises "Gerichtshof" und wird an dieser Stelle daher nicht behandelt.

² Siehe Fußnote zu Artikel 8 über die Frage, ob die Verwendung von Abkürzungen in der Verfassung angebracht ist und über mögliche Alternativen.

³ Im Rahmen der Diskussion über den Gerichtshof könnte der Konvent die Frage prüfen, ob die in diesem Artikel definierte Zuständigkeit des Gerichtshofs auf die Rechtsakte der Gemeinschaftsagenturen und anderer Organe ausgedehnt werden sollte, die Rechtswirkung gegenüber Dritten haben. Eine solche Zuständigkeit ist derzeit in bestimmten Verordnungen zur Gründung von Agenturen vorgesehen.

⁴ Es wird darauf hingewiesen, dass die Einfügung des Wortes "Gesetz" eine inhaltliche Änderung darstellen würde.

⁵ Die Ersetzung des Ausdruckes "Verordnung" durch "Rechtsakt" ist eine notwendige Anpassung, um diesen Absatz in Einklang mit der Rechtsprechung zu bringen, durch die der Gerichtshof die Gültigkeit der Wirkungen von Rechtsakten, bei denen es sich nicht um Verordnungen handelt, aufrecht erhalten hat.

Artikel 232

Unterlässt es das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission unter Verletzung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**¹, einen Beschluss zu fassen, so können die Mitgliedstaaten und die anderen Organe der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beim Gerichtshof Klage auf Feststellung dieser Vertragsverletzung erheben.

Diese Klage ist nur zulässig, wenn das in Frage stehende Organ zuvor aufgefordert worden ist, tätig zu werden. Hat es binnen zwei Monaten nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten erhoben werden.

Jede natürliche oder juristische Person kann nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 vor dem Gerichtshof Beschwerde darüber führen, dass ein Organ ~~der Gemeinschaft~~ es unterlassen hat, einen anderen Akt als eine Empfehlung oder eine Stellungnahme an sie zu richten.

Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen, die von der *EZB* in ihrem Zuständigkeitsbereich erhoben oder gegen sie angestrengt werden.

Artikel 233

Das oder die Organe, denen das für nichtig erklärte Handeln zur Last fällt oder deren Untätigkeit als ~~vertragsverfassungswidrig~~ erklärt worden ist, haben die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Verpflichtung besteht unbeschadet der Verpflichtungen, die sich aus der Anwendung des [Artikels 288 Absatz 2] ergeben.

Dieser Artikel gilt auch für die *EZB*.

Artikel 234

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**,
- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der ~~Gemeinschaft~~ und der *EZB*,
- c) über die Auslegung der Satzungen der [*durch den Rat*] geschaffenen Einrichtungen, soweit diese Satzungen dies vorsehen.²

¹ Siehe Fußnote zu Artikel 230 zu der Frage, ob eine Ausdehnung auf Agenturen und andere Einrichtungen angebracht ist.

² Die Tragweite des Buchstabens c gegenüber dem Buchstaben b gibt Anlass zu Fragen. Der Text ist auf jeden Fall anzupassen, um den Einrichtungen Rechnung zu tragen, die durch einen im Wege des Mitentscheidungsverfahrens angenommenen Rechtsakt geschaffen werden.

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaats gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofes verpflichtet.

Artikel 235

Der Gerichtshof ist für Streitsachen über den in [Artikel 288 Absatz 2] vorgesehenen Schadensersatz zuständig.

Artikel 236

Der Gerichtshof ist für alle Streitsachen zwischen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben.

Artikel 237

Der Gerichtshof ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zuständig in Streitsachen über

- a) die Erfüllung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus der Satzung der Europäischen Investitionsbank. Der Verwaltungsrat der Bank besitzt hierbei die der Kommission in [Artikel 226] übertragenen Befugnisse;
- b) die Beschlüsse des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank. Jeder Mitgliedstaat, die Kommission und der Verwaltungsrat der Bank können hierzu nach Maßgabe des [Artikels 230] Klage erheben;
- c) die Beschlüsse des Verwaltungsrats der Europäischen Investitionsbank. Diese können nach Maßgabe des [Artikels 230] nur von Mitgliedstaaten oder der Kommission und lediglich wegen Verletzung der Formvorschriften des Artikels 21 Absätze 2 und 5 bis 7 der Satzung der Investitionsbank angefochten werden;
- d) die Erfüllung der sich aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** und der Satzung des EZB ergebenden Verpflichtungen durch die nationalen Zentralbanken. Der Rat der EZB besitzt hierbei gegenüber den nationalen Zentralbanken die Befugnisse, die der Kommission in [Artikel 226] gegenüber den Mitgliedstaaten eingeräumt werden. Stellt der Gerichtshof fest, dass eine nationale Zentralbank gegen eine Verpflichtung aus ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** verstoßen hat, so hat diese Bank die ~~Maßnahmen zu ergreifen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

Artikel 238

Der Gerichtshof ist für Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel zuständig, die in einem von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** oder für ihre Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Vertrag enthalten ist.

Artikel 239

Der Gerichtshof ist für jede mit dem Gegenstand ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** in Zusammenhang stehende Streitigkeit zwischen Mitgliedstaaten zuständig, wenn diese bei ihm aufgrund eines Schiedsvertrags anhängig gemacht wird.

Artikel 240

Soweit keine Zuständigkeit des Gerichtshofes aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** besteht, sind Streitsachen, bei denen die ~~Gemeinschaft~~ **Union** Partei ist, der Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte nicht entzogen.

Artikel 241

Ungeachtet des Ablaufs der in [Artikel 230 Absatz 5] genannten Frist kann jede Partei in einem Rechtsstreit, bei dem es auf die Geltung ~~einer vom eines Gesetzes des Europäischen Parlaments und vom des Rates, eines Gesetzes des Rates gemeinsam erlassenen Verordnung~~ oder einer Verordnung des Rates, der Kommission oder der EZB ankommt, vor dem Gerichtshof die Unanwendbarkeit **des entsprechenden Rechtsakts** ~~dieser Verordnung~~ aus den in [Artikel 230 Absatz 2] genannten Gründen geltend machen.

Artikel 242

Klagen bei dem Gerichtshof haben keine aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch, wenn er dies den Umständen nach für nötig hält, die Durchführung der angefochtenen Handlung aussetzen.

Artikel 243

Der Gerichtshof kann in den bei ihm anhängigen Sachen die erforderlichen einstweiligen Anordnungen treffen.

Artikel 244

Die Urteile des Gerichtshofes sind gemäß [Artikel 256] vollstreckbar.

Artikel 245

Die Satzung des Gerichtshofs wird in einem ~~besonderen~~ Protokoll festgelegt.

~~Der Rat kann auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission oder auf Antrag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Gerichtshofs einstimmig die Satzung mit Ausnahme ihres Titels I ändern. Er beschließt einstimmig entweder auf Antrag des Gerichtshofs nach Anhörung der Kommission oder auf Antrag der Kommission nach Anhörung des Gerichtshofs. In beiden Fällen beschließt er nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~

ABSCHNITT 5

DER RECHNUNGSHOF

Artikel 246

Der Rechnungshof nimmt die Rechnungsprüfung wahr.

Artikel 247

- (1) *Der Rechnungshof besteht aus einem Staatsangehörigen je Mitgliedstaat.*
- (2) Zu Mitgliedern des Rechnungshofes sind Persönlichkeiten auszuwählen, die in ihren Ländern Rechnungsprüfungsorganen angehören oder angehört haben oder die für dieses Amt besonders geeignet sind. Sie müssen jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten.
- (3) Die Mitglieder des Rechnungshofs werden auf sechs Jahre ernannt. **Ihre Wiederernennung ist zulässig.** Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ mit qualifizierter Mehrheit an. ~~Die Wiederernennung der Mitglieder des Rechnungshofs ist zulässig. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~¹

~~Sie~~ **Die Mitglieder des Rechnungshofs** wählen aus ihrer Mitte ~~den ihren~~ Präsidenten ~~des Rechnungshofs~~ für drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

- (4) Die Mitglieder des Rechnungshofes üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aus.

¹ Es erscheint logischer, wenn erst die Dauer und die Verlängerbarkeit des Mandats erwähnt wird und anschließend das Ernennungsverfahren.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist.

(5) Die Mitglieder des Rechnungshofes dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein.

(6) Abgesehen von regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Mitglieds des Rechnungshofes durch Rücktritt oder durch Amtsenthebung durch den Gerichtshof gemäß Absatz 7.

Für das ausscheidende Mitglied wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt.

Außer im Fall der Amtsenthebung bleiben die Mitglieder des Rechnungshofes bis zur Neubesetzung ihres Sitzes im Amt.

(7) Ein Mitglied des Rechnungshofes kann nur dann seines Amtes enthoben oder seiner Ruhegehaltsansprüche oder anderer an ihrer Stelle gewährter Vergünstigungen für verlustig erklärt werden, wenn der Gerichtshof auf Antrag des Rechnungshofes feststellt, dass es nicht mehr die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt oder den sich aus seinem Amt ergebenden Verpflichtungen nicht mehr nachkommt.

(8) Der Rat setzt **mit qualifizierter Mehrheit** die Beschäftigungsbedingungen für den Präsidenten und die Mitglieder des Rechnungshofes fest, insbesondere die Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter. ~~Er setzt mit derselben Mehrheit,~~ **sowie** alle sonstigen als Entgelt gezahlten Vergütungen fest.

(9) Die für die Richter des Gerichtshofes geltenden Bestimmungen des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften ¹ gelten auch für die Mitglieder des Rechnungshofes. ²

Artikel 248

(1) Der Rechnungshof prüft die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben der ~~Gemeinschaft~~ **Union**. Er prüft ebenfalls die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben jeder von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** geschaffenen Einrichtung, soweit der Gründungsakt dies nicht ausschließt.

¹ Der Name dieses Protokolls muss - entsprechend der neuen Bezeichnung "Union" - geändert werden.

² Es stellt sich die Frage, ob dieser Absatz nicht zur Vereinfachung besser direkt in das Protokoll aufgenommen werden sollte, wie dies bei den Mitgliedern der anderen Organe der Fall ist.

Der Rechnungshof legt dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge vor, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wird. Diese Erklärung kann durch spezifische Beurteilungen zu allen größeren Tätigkeitsbereichen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** ergänzt werden.

(2) Der Rechnungshof prüft die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung. Dabei berichtet er insbesondere über alle Fälle von Unregelmäßigkeiten.

Die Prüfung der Einnahmen erfolgt anhand der Feststellungen und der Zahlungen der Einnahmen an die ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

Die Prüfung der Ausgaben erfolgt anhand der Mittelbindungen und der Zahlungen.

Diese Prüfungen können vor Abschluss der Rechnung des betreffenden Haushaltsjahrs durchgeführt werden.

(3) Die Prüfung wird anhand der Rechnungsunterlagen und erforderlichenfalls an Ort und Stelle bei den anderen Organen ~~der Gemeinschaft~~, in den Räumlichkeiten der Einrichtungen, die Einnahmen oder Ausgaben für Rechnung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** verwalten, sowie der natürlichen und juristischen Personen, die Zahlungen aus dem Haushalt erhalten, und in den Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Prüfung in den Mitgliedstaaten erfolgt in Verbindung mit den einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorganen oder, wenn diese nicht über die erforderliche Zuständigkeit verfügen, mit den zuständigen einzelstaatlichen Dienststellen. Der Rechnungshof und die einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane arbeiten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit vertrauensvoll zusammen. Diese Organe oder Dienststellen teilen dem Rechnungshof mit, ob sie an der Prüfung teilzunehmen beabsichtigen.

Die anderen Organe ~~der Gemeinschaft~~, die Einrichtungen, die Einnahmen oder Ausgaben für Rechnung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** verwalten, die natürlichen oder juristischen Personen, die Zahlungen aus dem Haushalt erhalten, und die einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane oder, wenn diese nicht über die erforderliche Zuständigkeit verfügen, die zuständigen einzelstaatlichen Dienststellen übermitteln dem Rechnungshof auf dessen Antrag die für die Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Unterlagen oder Informationen.

Die Rechte des Rechnungshofs auf Zugang zu Informationen der Europäischen Investitionsbank im Zusammenhang mit deren Tätigkeit bei der Verwaltung von Einnahmen und Ausgaben der ~~Gemeinschaft~~ **Union** werden in einer Vereinbarung zwischen dem Rechnungshof, der Bank und der Kommission geregelt. Der Rechnungshof hat auch dann Recht auf Zugang zu den Informationen, die für die Prüfung der von der Bank verwalteten Einnahmen und Ausgaben der ~~Gemeinschaft~~ **Union** erforderlich sind, wenn eine entsprechende Vereinbarung nicht besteht.

(4) Der Rechnungshof erstattet nach Abschluss eines jeden Haushaltsjahrs einen Jahresbericht. Dieser Bericht wird den anderen Organen ~~der Gemeinschaft~~ vorgelegt und im *Amtsblatt der Europäischen Union* zusammen mit den Antworten dieser Organe auf die Bemerkungen des Rechnungshofs veröffentlicht.

Der Rechnungshof kann ferner jederzeit seine Bemerkungen zu besonderen Fragen vorlegen, insbesondere in Form von Sonderberichten, und auf Antrag eines der anderen Organe ~~der Gemeinschaft~~ Stellungnahmen abgeben.

Er nimmt seine jährlichen Berichte, Sonderberichte oder Stellungnahmen mit der Mehrheit seiner Mitglieder an. Er kann jedoch für die Annahme bestimmter Arten von Berichten oder Stellungnahmen nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung Kammern bilden.

Er unterstützt das Europäische Parlament und den Rat bei der Kontrolle der Ausführung des Haushaltsplans.

Der Rechnungshof nimmt seine Geschäftsordnung an. ~~Diese bedarf der~~ **Er beschließt nach** Genehmigung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt.

KAPITEL 2

GEMEINSAME VORSCHRIFTEN FÜR MEHRERE ORGANE

~~Artikel 249~~¹

~~Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemeinsam, der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab.~~

~~Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.~~

~~Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.~~

~~Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.~~

~~Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.~~

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels "Rechtsakte der Union" in Teil I Titel V (Artikel 24, Dok. CONV 571/03) ersetzt.

Artikel 250¹

(1) *Wird der Rat kraft dieses Vertrags auf Vorschlag der Kommission tätig, so kann er vorbehaltlich des Artikels 251 Absätze 4 und 5 Änderungen dieses Vorschlags nur einstimmig beschließen.*

(2) *Solange ein Beschluss des Rates nicht ergangen ist, kann die Kommission ihren Vorschlag jederzeit im Verlauf der Verfahren zur Annahme eines Rechtsakts der Gemeinschaft ändern.*

Artikel 251²

(1) *Wird in diesem Vertrag hinsichtlich der Annahme eines Rechtsakts auf diesen Artikel Bezug genommen, so gilt das nachstehende Verfahren.*

(2) *Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Vorschlag.*

Nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments verfährt der Rat mit qualifizierter Mehrheit wie folgt:

- *Billigt er alle in der Stellungnahme des Europäischen Parlaments enthaltenen Abänderungen, so kann er den vorgeschlagenen Rechtsakt in der abgeänderten Fassung erlassen;*
- *schlägt das Europäische Parlament keine Abänderungen vor, so kann er den vorgeschlagenen Rechtsakt erlassen;*
- *anderenfalls legt er einen gemeinsamen Standpunkt fest und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament. Der Rat unterrichtet das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über die Gründe, aus denen er seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat. Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über ihren Standpunkt.*

Hat das Europäische Parlament binnen drei Monaten nach der Übermittlung

- a) *den gemeinsamen Standpunkt gebilligt oder keinen Beschluss gefasst, so gilt der betreffende Rechtsakt als entsprechend diesem gemeinsamen Standpunkt erlassen;*
- b) *den gemeinsamen Standpunkt mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder abgelehnt, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als nicht erlassen;*
- c) *mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Abänderungen an dem gemeinsamen Standpunkt vorgeschlagen, so wird die abgeänderte Fassung dem Rat und der Kommission zugeleitet; die Kommission gibt eine Stellungnahme zu diesen Abänderungen ab.*

¹ Dieser Artikel sollte vom Konvent im Zusammenhang mit Teil I der Verfassung geprüft werden; er wird daher hier nicht behandelt.

² Dieser Artikel sollte entsprechend Artikel 250 EG-Vertrag und den Empfehlungen der Gruppe IX "Vereinfachung" angepasst werden; er wird daher hier nicht behandelt.

(3) *Billigt der Rat mit qualifizierter Mehrheit binnen drei Monaten nach Eingang der Abänderungen des Europäischen Parlaments alle diese Abänderungen, so gilt der betreffende Rechtsakt als in der so abgeänderten Fassung des gemeinsamen Standpunkts erlassen; über Abänderungen, zu denen die Kommission eine ablehnende Stellungnahme abgegeben hat, beschließt der Rat jedoch einstimmig. Billigt der Rat nicht alle Abänderungen, so beruft der Präsident des Rates im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments binnen sechs Wochen den Vermittlungsausschuss ein.*

(4) *Der Vermittlungsausschuss, der aus den Mitgliedern des Rates oder deren Vertretern und ebenso vielen Vertretern des Europäischen Parlaments besteht, hat die Aufgabe, mit der qualifizierten Mehrheit der Mitglieder des Rates oder deren Vertretern und der Mehrheit der Vertreter des Europäischen Parlaments eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen. Die Kommission nimmt an den Arbeiten des Vermittlungsausschusses teil und ergreift alle erforderlichen Initiativen, um auf eine Annäherung der Standpunkte des Europäischen Parlaments und des Rates hinzuwirken. Der Vermittlungsausschuss befasst sich hierbei mit dem gemeinsamen Standpunkt auf der Grundlage der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Abänderungen.*

(5) *Billigt der Vermittlungsausschuss binnen sechs Wochen nach seiner Einberufung einen gemeinsamen Entwurf, so verfügen das Europäische Parlament und der Rat ab dieser Billigung über eine Frist von sechs Wochen, um den betreffenden Rechtsakt entsprechend dem gemeinsamen Entwurf zu erlassen, wobei im Europäischen Parlament die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und im Rat die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Nimmt eines der beiden Organe den vorgeschlagenen Rechtsakt nicht innerhalb dieser Frist an, so gilt er als nicht erlassen.*

(6) *Billigt der Vermittlungsausschuss keinen gemeinsamen Entwurf, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als nicht erlassen.*

(7) *Die in diesem Artikel genannten Fristen von drei Monaten bzw. sechs Wochen werden auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates um höchstens einen Monat bzw. zwei Wochen verlängert.*

~~Artikel 252~~¹

~~Wird in diesem Vertrag hinsichtlich der Annahme eines Rechtsakts auf diesen Artikel Bezug genommen, so gilt folgendes Verfahren:~~

- ~~a) — Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments einen gemeinsamen Standpunkt fest.~~
- ~~b) — Der gemeinsame Standpunkt des Rates wird dem Europäischen Parlament zugeleitet. Der Rat und die Kommission unterrichten das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über die Gründe, aus denen der Rat seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat, sowie über den Standpunkt der Kommission.~~

¹ Dieser Artikel entfällt, siehe Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", S. 16.

~~Hat das Europäische Parlament diesen gemeinsamen Standpunkt binnen drei Monaten nach der Übermittlung gebilligt oder hat es sich innerhalb dieser Frist nicht geäußert, so erlässt der Rat den betreffenden Rechtsakt endgültig entsprechend dem gemeinsamen Standpunkt.~~

- ~~e) — Das Europäische Parlament kann innerhalb der unter Buchstabe b vorgesehenen Dreimonatsfrist mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Abänderungen an dem gemeinsamen Standpunkt des Rates vorschlagen. Es kann ferner den gemeinsamen Standpunkt des Rates mit der gleichen Mehrheit ablehnen. Das Ergebnis der Beratungen wird dem Rat und der Kommission zugeleitet.~~

~~Hat das Europäische Parlament den gemeinsamen Standpunkt des Rates abgelehnt, so kann der Rat in zweiter Lesung nur einstimmig beschließen.~~

- ~~d) — Die Kommission überprüft innerhalb einer Frist von einem Monat den Vorschlag, aufgrund dessen der Rat seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat, unter Berücksichtigung der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Abänderungen.~~

~~Die Kommission übermittelt dem Rat zusammen mit dem von ihr überprüften Vorschlag die von ihr nicht übernommenen Abänderungen des Europäischen Parlaments und nimmt dazu Stellung. Der Rat kann diese Abänderungen einstimmig annehmen.~~

- ~~e) — Der Rat verabschiedet mit qualifizierter Mehrheit den von der Kommission überprüften Vorschlag.~~

~~Der Rat kann den von der Kommission überprüften Vorschlag nur einstimmig ändern.~~

- ~~f) — In den unter den Buchstaben c, d und e genannten Fällen muss der Rat binnen drei Monaten beschließen. Ergeht innerhalb dieser Frist kein Beschluss, so gilt der Vorschlag der Kommission als nicht angenommen.~~

- ~~g) — Die unter den Buchstaben b und f genannten Fristen können im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat um höchstens einen Monat verlängert werden.~~

~~Artikel 253 ¹~~

~~Die Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, die vom Europäischen Parlament und vom Rat gemeinsam oder vom Rat oder von der Kommission angenommen werden, sind mit Gründen zu versehen und nehmen auf die Vorschläge oder Stellungnahmen Bezug, die nach diesem Vertrag eingeholt werden müssen.~~

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels " Gemeinsame Grundsätze für die Rechtsakte der Union" in Teil I Titel V (Artikel 32, Dok. CONV 571/03) ersetzt.

Artikel 254 ¹

~~(1) — Die nach dem Verfahren des Artikels 251 angenommenen Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen werden vom Präsidenten des Europäischen Parlaments und vom Präsidenten des Rates unterzeichnet und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.~~

~~(2) — Die Verordnungen des Rates und der Kommission sowie die an alle Mitgliedstaaten gerichteten Richtlinien dieser Organe werden im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.~~

~~(3) — Die anderen Richtlinien sowie die Entscheidungen werden denjenigen, für die sie bestimmt sind, bekannt gegeben und werden durch diese Bekanntgabe wirksam.~~

Artikel 255 ²

(1) *Jeder Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder Sitz in einem Mitgliedstaat hat das Recht auf Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vorbehaltlich der Grundsätze und Bedingungen, die nach den Absätzen 2 und 3 festzulegen sind.*

(2) *Die allgemeinen Grundsätze und die aufgrund öffentlicher oder privater Interessen geltenden Einschränkungen für die Ausübung dieses Rechts auf Zugang zu Dokumenten werden vom Rat binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam gemäß dem Verfahren des Artikels 251 festgelegt.*

(3) *Jedes der vorgenannten Organe legt in seiner Geschäftsordnung Sonderbestimmungen hinsichtlich des Zugangs zu seinen Dokumenten fest.*

Artikel 256

Die ~~Entscheidungen~~ **Maßnahmen** ³ des Rates ~~oder~~, der Kommission ~~oder der Europäischen Zentralbank~~ ⁴, die eine Zahlung auferlegen, sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten.

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels "Veröffentlichung und Inkrafttreten" in Teil I Titel V (Artikel 33, Dok. CONV 571/03) ersetzt.

² Dieser Artikel könnte in Teil I der Verfassung aufgenommen werden (siehe Dok. CONV 369/02). Er wird daher hier nicht behandelt. Jedoch wird vorgeschlagen, dass der Konvent prüft, ob die in diesem Artikel enthaltene Verpflichtung nicht auf die Agenturen und andere Einrichtungen ausgedehnt werden sollte. Derzeit sehen einige Verordnungen über die Einrichtung von Agenturen eine solche Verpflichtung vor.

³ Der französische Begriff "décision" (dt. "Beschluss/Entscheidung") wird hier unspezifisch verwendet. Daher wird vorgeschlagen, ihn durch den Begriff "Maßnahmen" zu ersetzen, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass er sich auch auf andere Arten von Rechtsakten beziehen könnte.

⁴ Durch diesen Zusatz erübrigt sich Artikel 110 Absatz 2 Unterabsatz 4 EGV, der auf diesen Artikel Bezug nimmt.

Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozessrechts des **Mitgliedstaates**, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der staatlichen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Mitgliedstaats zu diesem Zweck bestimmt und der Kommission und dem Gerichtshof benennt.

Sind diese Formvorschriften auf Antrag der die Vollstreckung betreibenden Partei erfüllt, so kann diese die Zwangsvollstreckung nach innerstaatlichem Recht betreiben, indem sie die zuständige Stelle unmittelbar anruft.

Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofs ausgesetzt werden. Für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der ~~Vollstreckungsmaßnahmen~~ **Vollstreckungsbestimmungen** sind jedoch die einzelstaatlichen Rechtsprechungsorgane zuständig.

KAPITEL 3

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS ¹

Artikel 257

Es wird ein Wirtschafts- und Sozialausschuss mit beratender Aufgabe errichtet.

Der Ausschuss besteht aus Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft, insbesondere der Erzeuger, der Landwirte, der Verkehrsunternehmer, der Arbeitnehmer, der Kaufleute und Handwerker, der freien Berufe, der Verbraucher und des Allgemeininteresses.

Artikel 258

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat höchstens dreihundertfünfzig Mitglieder.

¹ Es sollte geprüft werden, ob nicht angesichts der Tatsache, dass dieser Ausschuss seinen Namen inzwischen geändert hat, das Wort "Europäische" eingefügt werden muss.

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band II - Teil A (EG-Vertrag)

Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

<i>Belgien</i>	<i>12</i>
<i>Dänemark</i>	<i>9</i>
<i>Deutschland</i>	<i>24</i>
<i>Griechenland</i>	<i>12</i>
<i>Spanien</i>	<i>21</i>
<i>Frankreich</i>	<i>24</i>
<i>Irland</i>	<i>9</i>
<i>Italien</i>	<i>24</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>6</i>
<i>Niederlande</i>	<i>12</i>
<i>Österreich</i>	<i>12</i>
<i>Portugal</i>	<i>12</i>
<i>Finnland</i>	<i>9</i>
<i>Schweden</i>	<i>12</i>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	<i>24</i>

Die Mitglieder des Ausschusses sind an keine Weisungen gebunden. Sie üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der **Gemeinschaft Union** aus.

Der Rat ~~setzt~~ **nimmt** mit qualifizierter Mehrheit **Maßnahmen zur Festsetzung der** ~~die~~ Vergütungen für die Mitglieder des Ausschusses ~~fest an~~.

Artikel 259

(1) ~~Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vorschlag der Mitgliedstaaten¹ auf vier Jahre ernannt. Ihre Wiederernennung ist zulässig. Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder mit qualifizierter Mehrheit an. Die Wiederernennung der Mitglieder des Ausschusses ist zulässig.²~~

(2) ~~Der Rat Er beschließt hört die~~ **nach Anhörung der** Kommission. Er kann die Meinung der maßgeblichen europäischen Organisationen der verschiedenen Zweige des Wirtschafts- und Soziallebens einholen, die an der Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** interessiert sind.

Artikel 260

Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

Er nimmt seine Geschäftsordnung an.

¹ "Auf Vorschlag der Mitgliedstaaten" ist in Anbetracht des folgenden Satzes redundant.

² Aus Sicht der Gruppe ist es logischer, wenn erst die Länge und die Verlängerbarkeit des Mandats erwähnt wird und anschließend das Ernennungsverfahren.

Der Ausschuss wird von seinem Präsidenten auf Antrag **des Europäischen Parlaments**,¹ des Rates oder der Kommission einberufen. Er kann auch von sich aus zusammentreten.

Artikel 261

Der Ausschuss umfasst fachliche Gruppen für die Hauptsachgebiete ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung**.

Die fachlichen Gruppen werden im Rahmen des allgemeinen Zuständigkeitsbereichs des Ausschusses tätig. Sie können nicht unabhängig vom Ausschuss gehört werden.

Innerhalb des Ausschusses können ferner Unterausschüsse eingesetzt werden; diese haben über bestimmte Fragen oder auf bestimmten Gebieten Entwürfe von Stellungnahmen zur Beratung im Ausschuss auszuarbeiten.

Die Geschäftsordnung bestimmt die Art und Weise der Zusammensetzung und regelt die Zuständigkeit der fachlichen Gruppen und Unterausschüsse.

Artikel 262

Der Ausschuss muss vom **Europäischen Parlament**, vom Rat oder von der Kommission in den ~~in diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Fällen gehört werden. **In allen anderen Fällen** ~~Er kann er~~ von diesen Organen ~~in allen Fällen~~ gehört werden, ~~in denen diese es für zweckmäßig erachten~~. Er kann **auch** von sich aus eine Stellungnahme in den Fällen abgeben, in denen er dies für zweckmäßig erachtet.

Wenn **das Europäische Parlament**, der Rat oder die Kommission es für notwendig erachten, setzen sie dem Ausschuss für die Vorlage seiner Stellungnahme eine Frist; diese beträgt mindestens einen Monat, vom Eingang der Mitteilung beim Präsidenten des Ausschusses an gerechnet. Nach Ablauf der Frist kann das Fehlen einer Stellungnahme unberücksichtigt bleiben.

Die Stellungnahmen des Ausschusses und der zuständigen fachlichen Gruppe sowie ein Bericht über die Beratungen werden **dem Europäischen Parlament**, dem Rat und der Kommission übermittelt.

~~Der Ausschuss kann vom Europäischen Parlament gehört werden.~~²

¹ Diese Änderung, wie auch die Änderungen in Artikel 262, 264 und 265, sollte vorgenommen werden, damit das Europäische Parlament im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens mit dem Rat gleichgestellt ist; dies entspricht einer Empfehlung im Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" (Dok. CONV 424/02, S. 15).

² Diese Streichung ergibt sich folgerichtig aus den anderen Änderungen, die an diesem Artikel vorgenommen wurden; siehe Fußnote zu Artikel 260.

KAPITEL 4

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Artikel 263

Es wird ein beratender Ausschuss, nachstehend "Ausschuss der Regionen" genannt, errichtet, der sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammensetzt, die entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind.

Der Ausschuss der Regionen hat höchstens dreihundertfünfzig Mitglieder.

Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

<i>Belgien</i>	<i>12</i>
<i>Dänemark</i>	<i>9</i>
<i>Deutschland</i>	<i>24</i>
<i>Griechenland</i>	<i>12</i>
<i>Spanien</i>	<i>21</i>
<i>Frankreich</i>	<i>24</i>
<i>Irland</i>	<i>9</i>
<i>Italien</i>	<i>24</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>6</i>
<i>Niederlande</i>	<i>12</i>
<i>Österreich</i>	<i>12</i>
<i>Portugal</i>	<i>12</i>
<i>Finnland</i>	<i>9</i>
<i>Schweden</i>	<i>12</i>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	<i>24</i>

Die Mitglieder des Ausschusses sowie eine gleiche Anzahl von Stellvertretern werden ~~auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedstaaten~~¹ auf vier Jahre ernannt. Wiederernennung ist zulässig. Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der ~~einzelnen~~ **jeweiligen** Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder und Stellvertreter **mit qualifizierter Mehrheit** an. Die Amtszeit der Mitglieder des Ausschusses endet automatisch bei Ablauf des in Unterabsatz 1 genannten Mandats, aufgrund dessen sie vorgeschlagen wurden; für die verbleibende Amtszeit wird nach demselben Verfahren ein Nachfolger ernannt. Ein Mitglied des Ausschusses darf nicht gleichzeitig Mitglied des Europäischen Parlaments sein.

Die Mitglieder des Ausschusses sind an keine Weisungen gebunden. Sie üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aus.

¹ "Auf Vorschlag der Mitgliedstaaten" ist in Anbetracht des folgenden Satzes redundant.

Artikel 264

Der Ausschuss der Regionen wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

Er nimmt seine Geschäftsordnung an.

Der Ausschuss wird von seinem Präsidenten auf Antrag **des Europäischen Parlaments**, des Rates oder der Kommission einberufen. Er kann auch von sich aus zusammentreten.

Artikel 265

Der Ausschuss der Regionen wird **vom Europäischen Parlament**, vom Rat oder von der Kommission in den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Fällen und in allen anderen Fällen gehört, in denen eines dieser beiden Organe dies für zweckmäßig erachtet, insbesondere in Fällen, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffen.

Wenn **das Europäische Parlament**, der Rat oder die Kommission es für notwendig erachten, setzen sie dem Ausschuss für die Vorlage seiner Stellungnahme eine Frist; diese beträgt mindestens einen Monat, vom Eingang der diesbezüglichen Mitteilung beim Präsidenten des Ausschusses an gerechnet. Nach Ablauf der Frist kann das Fehlen einer Stellungnahme unberücksichtigt bleiben.

Wird der Wirtschafts- und Sozialausschuss nach [Artikel 262] gehört, so wird der Ausschuss der Regionen **vom Europäischen Parlament**, vom Rat oder von der Kommission über dieses Ersuchen um Stellungnahme unterrichtet. ~~[Der Ausschuss der Regionen kann, wenn er der Auffassung ist, dass spezifische regionale Interessen berührt werden, eine entsprechende Stellungnahme abgeben.]~~¹

~~Der Ausschuss der Regionen kann vom Europäischen Parlament gehört werden.~~²

Er kann, wenn er ~~dies für zweckdienlich erachtet~~ **der Auffassung ist, dass spezifische regionale Interessen berührt werden**, von sich aus eine Stellungnahme abgeben.

Die Stellungnahme des Ausschusses sowie ein Bericht über die Beratungen werden **dem Europäischen Parlament**, dem Rat und der Kommission übermittelt.

KAPITEL 5

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Artikel 266

Die Europäische Investitionsbank besitzt Rechtspersönlichkeit.

¹ Dieser Satz sollte in den vorletzten Absatz dieses Artikels aufgenommen werden; dieser sieht nämlich vor, dass der Ausschuss in allen Fällen von sich aus Stellungnahmen abgeben kann.

² Diese Streichung ergibt sich folgerichtig aus den anderen Änderungen, die an diesem Artikel vorgenommen wurden, siehe Fußnote zu Artikel 260.

Mitglieder der Europäischen Investitionsbank sind die Mitgliedstaaten.

Die Satzung der Europäischen Investitionsbank ist ~~diesem Vertrag als~~ **ist Gegenstand eines** Protokolls beigefügt. Der Rat kann ~~auf Antrag der Europäischen Investitionsbank und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission oder auf Antrag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Investitionsbank~~ die Artikel 4, 11 und 12 und Artikel 18 Absatz 5 der Satzung der Bank ~~einstimmig~~ ändern. **Er beschließt einstimmig entweder auf Antrag der Europäischen Investitionsbank nach Anhörung der Kommission oder auf Antrag der Kommission nach Anhörung der Europäischen Investitionsbank. In beiden Fällen beschließt er nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Artikel 267

Aufgabe der Europäischen Investitionsbank ist es, zu einer ausgewogenen und reibungslosen Entwicklung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** im Interesse der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beizutragen; hierbei bedient sie sich des Kapitalmarkts sowie ihrer eigenen Mittel. In diesem Sinne erleichtert sie ohne Verfolgung eines Erwerbszwecks durch Gewährung von Darlehen und Bürgschaften die Finanzierung der nachstehend bezeichneten Vorhaben in allen Wirtschaftszweigen:

- a) Vorhaben zur Erschließung der weniger entwickelten Gebiete;
- b) Vorhaben zur Modernisierung oder Umstellung von Unternehmen oder zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, die sich aus der schrittweisen Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** ergeben und wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können;
- c) Vorhaben von gemeinsamem Interesse für mehrere Mitgliedstaaten, die wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können.

In Erfüllung ihrer Aufgabe erleichtert die Bank die Finanzierung von Investitionsprogrammen in Verbindung mit der Unterstützung aus den Strukturfonds und anderen Finanzierungsinstrumenten der ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

TITEL II ¹

FINANZVORSCHRIFTEN

Artikel 268 ²

Alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft einschließlich derjenigen des Europäischen Sozialfonds werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingesetzt.

Die für die Organe anfallenden Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit den die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres ³ betreffenden Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union gehen zulasten des Haushalts. Die aufgrund der Durchführung dieser Bestimmungen entstehenden operativen Ausgaben können unter den in diesen Bestimmungen vorgesehenen Voraussetzungen dem Haushalt angelastet werden.

Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

Artikel 269

Der Haushalt wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert.

Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig die Bestimmungen über das System der Eigenmittel der Gemeinschaft fest und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 270

Damit die Haushaltsdisziplin gewährleistet wird, unterbreitet die Kommission keine Vorschläge für Rechtsakte der Gemeinschaft, ändert nicht ihre Vorschläge und erlässt keine Durchführungsmaßnahmen, die erhebliche Auswirkungen auf den Haushaltsplan haben könnte, ohne die Gewähr zu bieten, dass der betreffende Vorschlag bzw. die betreffende Maßnahme im Rahmen der Eigenmittel der Gemeinschaft finanziert werden kann, die sich aufgrund der vom Rat nach Artikel 269 festgelegten Bestimmungen ergeben.

¹ Einige Bestimmungen dieses Titels könnten in den ersten Teil der Verfassung aufgenommen werden, siehe Dok. CONV 369/02.

² Die Artikel 268 bis 273 sollten vom Konvent im Zusammenhang mit Teil I geprüft werden; sie werden daher hier nicht behandelt.

³ Diese Bezugnahme steht im Widerspruch zu den Änderungen, die mit dem Vertrag von Amsterdam am Unionsvertrag vorgenommen wurden; der korrekte Titel lautet "Bestimmungen über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen".

Artikel 271

Die in den Haushaltsplan eingesetzten Ausgaben werden für ein Haushaltsjahr bewilligt, soweit die gemäß [Artikel 279] festgelegte Haushaltsordnung nicht etwas anderes bestimmt.

Nach Maßgabe der aufgrund des [Artikels 279] erlassenen Vorschriften dürfen die nicht für Personalausgaben vorgesehenen Mittel, die bis zum Ende der Durchführungszeit eines Haushaltsplans nicht verbraucht worden sind, lediglich auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Die vorgesehenen Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Ausgaben nach Art oder Bestimmung zusammengefasst sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der gemäß [Artikel 279] festgelegten Haushaltsordnung unterteilt.

Die Ausgaben des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission und des Gerichtshofes werden unbeschadet einer besonderen Regelung für bestimmte gemeinsame Ausgaben in gesonderten Teilen des Haushaltsplans aufgeführt.

Artikel 272

(1) Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

(2) Jedes Organ der Gemeinschaft stellt vor dem 1. Juli einen Haushaltsvoranschlag für seine Ausgaben auf. Die Kommission fasst diese Voranschläge in einem Vorentwurf für den Haushaltsplan zusammen. Sie fügt eine Stellungnahme bei, die abweichende Voranschläge enthalten kann.

Dieser Vorentwurf umfasst den Ansatz der Einnahmen und den Ansatz der Ausgaben.

(3) Die Kommission legt dem Rat den Vorentwurf des Haushaltsplans spätestens am 1. September des Jahres vor, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Der Rat setzt sich mit der Kommission und gegebenenfalls den anderen beteiligten Organen ins Benehmen, wenn er von dem Vorentwurf abweichen will.

Der Rat stellt den Entwurf des Haushaltsplans mit qualifizierter Mehrheit auf und leitet ihn dem Europäischen Parlament zu.

(4) Der Entwurf des Haushaltsplans ist dem Europäischen Parlament spätestens am 5. Oktober des Jahres vorzulegen, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Das Europäische Parlament ist berechtigt, den Entwurf des Haushaltsplans mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder abzuändern und mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen dem Rat Änderungen dieses Entwurfs in Bezug auf die Ausgaben vorzuschlagen, die sich zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben.

Hat das Europäische Parlament binnen fünfundvierzig Tagen nach Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans seine Zustimmung erteilt, so ist der Haushaltsplan endgültig festgestellt. Hat es innerhalb dieser Frist den Entwurf des Haushaltsplans weder abgeändert noch Änderungen dazu vorgeschlagen, so gilt der Haushaltsplan als endgültig festgestellt.

Hat das Europäische Parlament innerhalb dieser Frist Abänderungen vorgenommen oder Änderungen vorgeschlagen, so wird der Entwurf des Haushaltsplans mit den entsprechenden Abänderungen oder Änderungsvorschlägen dem Rat zugeleitet.

(5) Nachdem der Rat über den Entwurf des Haushaltsplans mit der Kommission und gegebenenfalls mit den anderen beteiligten Organen beraten hat, beschließt er unter folgenden Bedingungen:

- a) Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit jede der vom Europäischen Parlament vorgenommenen Abänderungen ändern;*
- b) hinsichtlich der Änderungsvorschläge:*
 - Führt eine vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Änderung nicht zu einer Erhöhung des Gesamtbetrags der Ausgaben eines Organs, und zwar insbesondere deswegen, weil die daraus erwachsende Erhöhung der Ausgaben ausdrücklich durch eine oder mehrere vorgeschlagene Änderungen ausgeglichen wird, die eine entsprechende Senkung der Ausgaben bewirken, so kann der Rat diesen Änderungsvorschlag mit qualifizierter Mehrheit ablehnen. Ergeht kein Ablehnungsbeschluss, so ist der Änderungsvorschlag angenommen;*
 - führt eine vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Änderung zu einer Erhöhung des Gesamtbetrags der Ausgaben eines Organs, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit diesen Änderungsvorschlag annehmen. Ergeht kein Annahmebeschluss, so ist der Änderungsvorschlag abgelehnt;*
 - hat der Rat nach einem der beiden vorstehenden Unterabsätze einen Änderungsvorschlag abgelehnt, so kann er mit qualifizierter Mehrheit entweder den im Entwurf des Haushaltsplans stehenden Betrag beibehalten oder einen anderen Betrag festsetzen.*

Der Entwurf des Haushaltsplans wird nach Maßgabe der vom Rat angenommenen Änderungsvorschläge geändert.

Hat der Rat binnen fünfzehn Tagen nach Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans keine der vom Europäischen Parlament vorgenommenen Abänderungen geändert und sind die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments angenommen worden, so gilt der Haushaltsplan als endgültig festgestellt. Der Rat teilt dem Europäischen Parlament mit, dass er keine der Abänderungen geändert hat und dass die Änderungsvorschläge angenommen worden sind.

Hat der Rat innerhalb dieser Frist eine oder mehrere der vom Europäischen Parlament vorgenommenen Abänderungen geändert oder sind die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments abgelehnt oder geändert worden, so wird der geänderte Entwurf des Haushaltsplans erneut dem Europäischen Parlament zugeleitet. Der Rat legt dem Europäischen Parlament das Ergebnis seiner Beratung dar.

(6) Das Europäische Parlament, das über das Ergebnis der Behandlung seiner Änderungsvorschläge unterrichtet ist, kann binnen fünfzehn Tagen nach Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen die vom Rat an den Abänderungen des Europäischen Parlaments vorgenommenen Änderungen ändern oder ablehnen und stellt demzufolge den Haushaltsplan fest. Hat das Europäische Parlament innerhalb dieser Frist keinen Beschluss gefasst, so gilt der Haushaltsplan als endgültig festgestellt.

(7) Nach Abschluss des Verfahrens dieses Artikels stellt der Präsident des Europäischen Parlaments fest, dass der Haushaltsplan endgültig festgestellt ist.

(8) Das Europäische Parlament kann jedoch mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen aus wichtigen Gründen den Entwurf des Haushaltsplans ablehnen und die Vorlage eines neuen Entwurfs verlangen.

(9) Für alle Ausgaben, die sich nicht zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben, wird jedes Jahr ein Höchstsatz festgelegt, um den die gleichartigen Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres erhöht werden können.

Die Kommission stellt nach Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik diesen Höchstsatz fest, der sich aus

- der Entwicklung des in Volumen ausgedrückten Bruttosozialprodukts in der Gemeinschaft,
- der durchschnittlichen Veränderung der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten

und

- der Entwicklung der Lebenshaltungskosten während des letzten Haushaltsjahres

ergibt.

Der Höchstsatz wird vor dem 1. Mai allen Organen der Gemeinschaft mitgeteilt. Diese haben ihn bei dem Haushaltsverfahren vorbehaltlich der Vorschriften der Unterabsätze 4 und 5 einzuhalten.

Liegt bei den Ausgaben, die sich nicht zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben, der Erhöhungssatz, der aus dem vom Rat aufgestellten Entwurf des Haushaltsplans hervorgeht, über der Hälfte des Höchstsatzes, so kann das Europäische Parlament in Ausübung seines Abänderungsrechts den Gesamtbetrag dieser Ausgaben noch bis zur Hälfte des Höchstsatzes erhöhen.

Ist das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission der Ansicht, dass die Tätigkeiten der Gemeinschaften eine Überschreitung des nach dem Verfahren dieses Absatzes aufgestellten Satzes erforderlich machen, so kann in Übereinstimmung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament ein neuer Satz festgelegt werden; der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit, das Europäische Parlament mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen.

(10) Jedes Organ übt die ihm durch diesen Artikel übertragenen Befugnisse unter Beachtung der Vorschriften des Vertrags und der aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakte aus, namentlich der Vorschriften, die die eigenen Mittel der Gemeinschaften und den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben betreffen.

Artikel 273

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Haushaltsplan noch nicht verabschiedet, so können nach der gemäß Artikel 279 festgelegten Haushaltsordnung für jedes Kapitel oder jede sonstige Untergliederung monatliche Ausgaben bis zur Höhe eines Zwölftels der im abgelaufenen Haushaltsplan bereitgestellten Mittel vorgenommen werden; die Kommission darf jedoch monatlich höchstens über ein Zwölftel der Mittel verfügen, die in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen sind.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit unter Beachtung der sonstigen Bestimmungen des Absatzes 1 Ausgaben genehmigen, die über dieses Zwölftel hinausgehen.

Betrifft dieser Beschluss Ausgaben, die sich nicht zwingend aus dem Vertrag oder den aufgrund des Vertrags erlassenen Rechtsakten ergeben, so leitet der Rat ihn unverzüglich dem Europäischen Parlament zu; das Europäische Parlament kann binnen dreißig Tagen mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen einen abweichenden Beschluss über diese Ausgaben hinsichtlich des Teils fassen, der über das in Absatz 1 genannte Zwölftel hinausgeht. Dieser Teil des Ratsbeschlusses ist bis zu einer Entscheidung des Europäischen Parlaments ausgesetzt. Hat das Europäische Parlament nicht innerhalb der genannten Frist anders als der Rat entschieden, so gilt der Beschluss des Rates als endgültig erlassen.

In den Beschlüssen der Absätze 2 und 3 werden die zur Durchführung dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen betreffend die Mittel vorgesehen.

Artikel 274

Die Kommission führt den Haushaltsplan gemäß der nach [Artikel 279] ~~festgelegten Haushaltsordnung~~ **angenommenen Gesetze/Verordnungen** in eigener Verantwortung und im Rahmen der zugewiesenen Mittel entsprechend dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung aus. Die Mitgliedstaaten arbeiten mit der Kommission zusammen, um sicherzustellen, dass die Mittel nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung verwendet werden.

Die Beteiligung der einzelnen Organe bei der Vornahme ihrer Ausgaben wird ~~in der Haushaltsordnung~~ **dem Gesetz/der Verordnung** im Einzelnen geregelt.

Die Kommission kann nach dem/der gemäß [Artikel 279] ~~festgelegten Haushaltsordnung~~ **angenommenen Gesetz/Verordnung** Mittel von Kapitel zu Kapitel oder von Untergliederung zu Untergliederung übertragen.

Artikel 275

Die Kommission legt **dem Europäischen Parlament und dem Rat** ~~und dem Europäischen Parlament~~ jährlich die Rechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres für die Rechnungsvorgänge des Haushaltsplans vor. Sie übermittelt ihnen ferner eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden der ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

Artikel 276

- (1) Auf Empfehlung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt, erteilt das Europäische Parlament der Kommission Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans. Zu diesem Zweck prüft es nach dem Rat die in [Artikel 275] genannte Rechnung und Übersicht sowie den Jahresbericht des Rechnungshofs zusammen mit den Antworten der kontrollierten Organe auf dessen Bemerkungen, die in [Artikel 248 Absatz 1 Unterabsatz 2] genannte Zuverlässigkeitserklärung und die einschlägigen Sonderberichte des Rechnungshofs.
- (2) Das Europäische Parlament kann vor der Entlastung der Kommission sowie auch zu anderen Zwecken im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Haushaltsbefugnisse die Kommission auffordern, Auskunft über die Vornahme der Ausgaben oder die Arbeitsweise der Finanzkontrollsysteme zu erteilen. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament auf dessen Ersuchen alle notwendigen Informationen vor.
- (3) Die Kommission trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den Bemerkungen in den Entlastungsbeschlüssen und anderen Bemerkungen des Europäischen Parlaments zur Vornahme der Ausgaben sowie den Erläuterungen, die den Entlastungsempfehlungen des Rates beigelegt sind, nachzukommen.

Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments oder des Rates erstattet die Kommission Bericht über die Maßnahmen, die aufgrund dieser Bemerkungen und Erläuterungen getroffen wurden, insbesondere über die Weisungen, die den für die Ausführung des Haushaltsplans zuständigen Dienststellen erteilt worden sind. Diese Berichte sind auch dem Rechnungshof zuzuleiten.

Artikel 277

Der Haushaltsplan wird in der Rechnungseinheit **Euro** aufgestellt, ~~die in der gemäß Artikel 279 festgelegten Haushaltsordnung bestimmt wird.~~

Artikel 278

Die Kommission kann vorbehaltlich der Unterrichtung der zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten ihre Guthaben in der Währung eines dieser Staaten in die Währung eines anderen Mitgliedstaats transferieren, soweit dies erforderlich ist, um diese Guthaben für die ~~in diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Zwecke zu verwenden. Besitzt die Kommission verfügbare oder flüssige Guthaben in der benötigten Währung, so vermeidet sie soweit möglich derartige Transferierungen.

Die Kommission verkehrt mit jedem Mitgliedstaat über die von diesem bezeichnete Behörde. Bei der Durchführung ihrer Finanzgeschäfte nimmt sie die Notenbank des betreffenden Mitgliedstaats oder ein anderes von diesem genehmigtes Finanzinstitut in Anspruch.

Artikel 279

(1) ~~Der Rat legt einstimmig Auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und Stellungnahme des Rechnungshofs Folgendes fest:~~

- a) **nimmt der Rat die Haushaltsgesetze/-verordnungen¹ an**, in der insbesondere die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung im Einzelnen geregelt werden;
- b) **legt der Rat** die Vorschriften über die Verantwortung der Finanzkontrolleure, der anweisungsbefugten Personen und der Rechnungsführer sowie die entsprechenden Kontrollmaßnahmen **fest**.

Ab 1. Januar 2007 beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit ~~auf Vorschlag der Kommission und~~ **Er beschließt** nach Anhörung des Europäischen Parlaments und ~~Stellungnahme~~ des Rechnungshofs.

(2) ~~Der Rat legt einstimmig~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und Stellungnahme des Rechnungshofs~~ **einstimmig Maßnahmen an, mit denen** die Einzelheiten und das Verfahren festgelegt werden, nach denen ~~die Haushaltseinnahmen, die in der Regelung über die Eigenmittel der Gemeinschaften Union vorgesehen sind,~~ **vorgeesehenen Haushaltseinnahmen** der Kommission zur Verfügung gestellt werden, sowie die Maßnahmen, die zu treffen sind, um gegebenenfalls die erforderlichen Kassenmittel bereitzustellen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Rechnungshofs.**

Artikel 280

(1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten bekämpfen Betrügereien und sonstige gegen die finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** gerichtete rechtswidrige Handlungen mit Maßnahmen nach diesem Artikel, die abschreckend sind und in den Mitgliedstaaten einen effektiven Schutz bewirken.

(2) Zur Bekämpfung von Betrügereien, die sich gegen die finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** richten, ~~ergreifen~~ **erlassen** die Mitgliedstaaten die gleichen ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die sie auch zur Bekämpfung von Betrügereien ~~ergreifen~~ **erlassen**, die sich gegen ihre eigenen finanziellen Interessen richten.

(3) Die Mitgliedstaaten koordinieren unbeschadet der sonstigen ~~Vertragsbestimmungen~~ **Verfassungsbestimmungen** ihre Tätigkeit zum Schutz der finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** vor Betrügereien. Sie sorgen zu diesem Zweck zusammen mit der Kommission für eine enge, regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden.

¹ Da der Rat nach den Entwürfen der Artikel in Teil I Titel V "Ausübung der Zuständigkeiten der Union" (Artikel 25 und 26, Dok. CONV 571/03) entweder Gesetze oder Verordnungen annehmen kann, muss der Konvent festlegen, in welchen Fällen in dem Bereich, auf den sich dieser Artikel bezieht, der Rat ein Gesetz, in welchen er eine Verordnung und in welchen er beides annehmen kann.

(4) Zur Gewährleistung eines effektiven und gleichwertigen Schutzes in den Mitgliedstaaten ~~beschließt~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 nach Anhörung des Rechnungshofs Gesetzgebungsverfahren** die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Betrügereien, die sich gegen die finanziellen Interessen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** richten, **an. Sie beschließen nach Anhörung des Rechnungshofs.** Die Anwendung des Strafrechts der Mitgliedstaaten und ihre Strafrechtspflege bleiben von diesen Maßnahmen unberührt.

(5) Die Kommission legt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich einen Bericht über die Maßnahmen **und Bestimmungen** vor, die zur Durchführung dieses Artikels ~~getroffen~~ **angenommen** wurden.

SECHSTER TEIL

ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 281¹

~~Die Gemeinschaft besitzt Rechtspersönlichkeit.~~

Artikel 282

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** besitzt in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Zu diesem Zweck wird sie von der Kommission vertreten.

Artikel 283

Der Rat **nimmt** ~~erlässt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der anderen beteiligten Organe~~ mit qualifizierter Mehrheit das Statut der Beamten der ~~Europäischen Gemeinschaften~~ **Union** und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten ~~dieser Gemeinschaften der Union an. Er beschließt nach Anhörung der anderen beteiligten Organe.~~

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels "Rechtspersönlichkeit" in Teil I Titel I (Artikel 4, Dok. CONV 528/03) ersetzt.

Artikel 284

Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** festgelegt.

Artikel 285

(1) Unbeschadet des Artikels 5 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank ~~beschließt~~ **nehmen das Europäische Parlament und der Rat gemäß nach dem Verfahren des Artikels 251 Gesetzgebungsverfahren** Maßnahmen für die Erstellung von Statistiken **an**, wenn dies für die Durchführung der Tätigkeiten der ~~Gemeinschaft~~ **Union** erforderlich ist.

(2) Die Erstellung der Gemeinschaftsstatistiken erfolgt unter Wahrung der Unparteilichkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität, der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, der Kostenwirksamkeit und der statistischen Geheimhaltung; der Wirtschaft dürfen dadurch keine übermäßigen Belastungen entstehen.

Artikel 286 ¹

(1) ~~Ab 1. Januar 1999 finden die~~ **Die** Rechtsakte der ~~Gemeinschaft~~ **Union** über den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und dem freien Verkehr solcher Daten **finden** auf die durch ~~diesen Vertrag~~ **die Verfassung** oder auf der Grundlage ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** errichteten Organe und Einrichtungen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** Anwendung.

(2) ~~Vor dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt beschließt~~ **Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen die zur** Errichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz **an**, die für die Überwachung der Anwendung ~~solcher der in Absatz 1 genannten~~ **der in Absatz 1 genannten** Rechtsakte der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auf die Organe und Einrichtungen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** verantwortlich ist, ~~und erlässt erforderlichenfalls; sie~~ **nehmen zudem andere einschlägige Bestimmungen Maßnahmen an.**

¹ Wohlgemerkt könnte die Abschaffung der Säulen dazu führen, dass der Geltungsbereich dieser Bestimmung auf die Bereiche ausgedehnt wird, die derzeit unter die erste und die zweite Säule fallen, es sei denn, es werden besondere Bestimmungen eingeführt.

Artikel 287 ¹

Die Mitglieder der Organe der ~~Gemeinschaft~~ **Union**, die Mitglieder der Ausschüsse sowie die Beamten und sonstigen Bediensteten der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.

Artikel 288

Die vertragliche Haftung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist.

Im Bereich der außervertraglichen Haftung ersetzt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** ² den durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind.

Absatz 2 gilt in gleicher Weise für den durch die EZB oder ihre Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden.

Die persönliche Haftung der Bediensteten gegenüber der ~~Gemeinschaft~~ **Union** bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen.

Artikel 289

Der Sitz der Organe der ~~Gemeinschaft~~ **Union** wird im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt.

Artikel 290

~~Die~~**Der Rat nimmt einstimmig die Maßnahmen zur** Regelung der Sprachenfrage für die Organe der ~~Gemeinschaft~~ **Union** unbeschadet der Satzung des Gerichtshofs ~~vom Rat einstimmig getroffen an.~~

¹ Es stellt sich die Frage, ob - auch in Anbetracht einer möglichen Ausdehnung der Verpflichtung nach Artikel 255 EGV - die in diesem Artikel genannte Verpflichtung nicht auf die Agenturen und andere Stellen ausgedehnt werden sollte.

² Es ist festzustellen, dass die Ersetzung der Bezeichnung "Gemeinschaft" durch "Union" möglicherweise eine Ausweitung des Geltungsbereichs dieses Artikels (vertragliche Haftung) auf die Bereiche, die derzeit unter die zweite und die dritte Säule fallen, zur Folge hat, sofern keine besonderen Bestimmungen vorgesehen werden.

Artikel 291

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** genießt im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe des Protokolls vom 8. April 1965 über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften ¹. Dasselbe gilt für die Europäische Zentralbank, ~~das Europäische Währungsinstitut~~ und die Europäische Investitionsbank.

Artikel 292 ²

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** nicht anders als hierin vorgesehen zu regeln.

[Artikel 293 ³

Soweit erforderlich, leiten die Mitgliedstaaten untereinander Verhandlungen ein, um zugunsten ihrer Staatsangehörigen Folgendes sicherzustellen:

- den Schutz der Personen sowie den Genuss und den Schutz der Rechte zu den Bedingungen, die jeder Staat seinen eigenen Staatsangehörigen einräumt,
- die Beseitigung der Doppelbesteuerung innerhalb der Gemeinschaft,
- die gegenseitige Anerkennung der Gesellschaften im Sinne des Artikels 48 Absatz 2, die Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit bei Verlegung des Sitzes von einem Staat in einen anderen und die Möglichkeit der Verschmelzung von Gesellschaften, die den Rechtsvorschriften verschiedener Mitgliedstaaten unterstehen,
- die Vereinfachung der Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung richterlicher Entscheidungen und Schiedssprüche.]

Artikel 294 ⁴

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** stellen die Mitgliedstaaten die Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Kapital von Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48] den eigenen Staatsangehörigen gleich.

¹ Siehe Fußnote zu Artikel 247 (Änderung der Bezeichnung des Protokolls).

² Es ist festzustellen, dass infolge der Aufhebung der Säulenstruktur der Geltungsbereich dieser Bestimmung möglicherweise auf die Bereiche, die derzeit unter die zweite und die dritte Säule fallen, ausgedehnt wird, sofern keine besonderen Bestimmungen vorgesehen werden.

³ Angesichts der Empfehlungen der Gruppe IX "Vereinfachung" und der Gruppe X "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" bezüglich der Abschaffung des Instruments des Übereinkommens wird empfohlen, dass der Konvent prüft, was mit diesem Artikel geschehen soll.

⁴ Diese Bestimmung betrifft die Niederlassungsfreiheit und den freien Kapitalverkehr. Es wird vorgeschlagen, sie in den Titel oder das Kapitel aufzunehmen, das diese Freiheiten im Binnenmarkt regelt.

Artikel 295

~~Dieser Vertrag~~**Die Verfassung** lässt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt.

Artikel 296 ¹

(1) ~~Die Vorschriften dieses Vertrags stehen~~**Verfassung steht** folgenden Bestimmungen nicht entgegen:

- a) Ein Mitgliedstaat ist nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, deren Preisgabe seines Erachtens seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht;
- b) jeder Mitgliedstaat kann die ~~Maßnahmen ergreifen~~**Bestimmungen erlassen**, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen; diese ~~Maßnahmen~~**Bestimmungen** dürfen auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~**Binnenmarkt** die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen.

(2) Der Rat kann die von ihm am 15. April 1958 festgelegte Liste der Waren, auf die Absatz 1 Buchstabe b Anwendung findet, einstimmig auf Vorschlag der Kommission ändern.

Artikel 297

Die Mitgliedstaaten setzen sich miteinander ins Benehmen, um durch gemeinsames Vorgehen zu verhindern, dass das Funktionieren des ~~Gemeinsamen M~~**Binnenmarktes** durch ~~Maßnahmen-Be-~~**stimmungen** beeinträchtigt wird, die ein Mitgliedstaat bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen **erlässt**, die er im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat.

Artikel 298

Werden auf dem ~~Gemeinsamen M~~**Binnenmarkt** die Wettbewerbsbedingungen durch ~~Maßnahmen~~**Bestimmungen** aufgrund der Artikel 296 und 297 verfälscht, so prüft die Kommission gemeinsam mit dem beteiligten Staat, wie diese ~~Maßnahmen-Be-~~**stimmungen** den Vorschriften ~~dieses Vertrags~~**der Verfassung** angepasst werden können.

¹ Der Konvent könnte diesen Artikel im Rahmen der Fragen bezüglich der gemeinsamen Verteidigung prüfen.

In Abweichung von dem in den Artikeln [226 und 227] vorgesehenen Verfahren kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat die in den Artikeln [296 und 297] vorgesehenen Befugnisse missbraucht. Der Gerichtshof entscheidet unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Artikel 299

(1) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung**¹ gilt für das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Griechische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Portugiesische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.²

(2) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** gilt für die französischen überseeischen Departements, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln.

Unter Berücksichtigung der strukturbedingten sozialen und wirtschaftlichen Lage der französischen überseeischen Departements, der Azoren, Madeiras und der Kanarischen Inseln, die durch die Faktoren Abgelegenheit, Insellage, geringe Größe, schwierige Relief- und Klimabedingungen und wirtschaftliche Abhängigkeit von einigen wenigen Erzeugnissen erschwert wird, die als ständige Gegebenheiten und durch ihr Zusammenwirken die Entwicklung schwer beeinträchtigen, ~~beschließt~~ **nimmt** der Rat jedoch auf Vorschlag der Kommission ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ mit qualifizierter Mehrheit spezifische Maßnahmen **an**, die insbesondere darauf abzielen, die Bedingungen für die Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** auf die genannten Gebiete, einschließlich gemeinsamer Politiken, festzulegen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Bei ~~Beschlüssen über die~~ **der Annahme der** in Unterabsatz 2 genannten entsprechenden Maßnahmen berücksichtigt der Rat Bereiche wie Zoll- und Handelspolitik, Steuerpolitik, Freizonen, Agrar- und Fischereipolitik, die Bedingungen für die Versorgung mit Rohstoffen und grundlegenden Verbrauchsgütern, staatliche Beihilfen sowie die Bedingungen für den Zugang zu den Strukturfonds und zu den horizontalen ~~Gemeinschaftsprogrammen~~ **Unionsprogrammen**.

Der Rat ~~beschließt~~ **nimmt** die in Unterabsatz 2 genannten Maßnahmen unter Berücksichtigung der besonderen Merkmale und Zwänge der Gebiete in äußerster Randlage **an**, ohne dabei die Integrität und Kohärenz der ~~gemeinschaftlichen~~ **Rechtsordnung der Union**, die auch den Binnenmarkt und die gemeinsamen Politiken umfasst, auszuhöhlen.

(3) Für die in [Anhang II] ~~zu diesem Vertrag~~ aufgeführten überseeischen Länder und Hoheitsgebiete gilt das besondere Assoziierungssystem, das im [Vierten Teil] ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** festgelegt ist.

¹ Es ist festzustellen, dass Artikel 299 nur für den EGV gilt und dass sich aufgrund der Ersetzung der Bezeichnung "Vertrag" durch "Verfassung" die Frage des territorialen Geltungsbereichs der Verfassung stellt.

² Dieser Absatz muss entsprechend der Beitrittsakte angepasst werden.

~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in dem ~~genannten~~ Anhang II nicht aufgeführt sind.

(4) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.

(5) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet entsprechend den Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden auf die Ålandinseln Anwendung.

(6) Abweichend von den vorstehenden Absätzen gilt:

a) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die Färöer keine Anwendung.

b) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung.

c) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die in dem am 22. Januar 1972 unterzeichneten Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist.

[Hier sind die Bestimmungen über die ÜLG einzufügen] ¹

Artikel 300 ²

(1) *Soweit dieser Vertrag den Abschluss von Abkommen zwischen der Gemeinschaft und einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen vorsieht, legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen. Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit den zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschüssen nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann.*

Bei der Ausübung der ihm in diesem Absatz übertragenen Zuständigkeiten beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, außer in den Fällen des Absatzes 2 Unterabsatz 1, in denen er einstimmig beschließt.

¹ Wie in der Fußnote zum Vierten Teil (Artikel 182 - 188 EGV) vorgeschlagen, könnten die Bestimmungen über die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete hier eingefügt werden.

² Dieser Artikel sollte vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

(2) Vorbehaltlich der Zuständigkeiten, welche die Kommission auf diesem Gebiet besitzt, werden die Unterzeichnung, mit der ein Beschluss über die vorläufige Anwendung vor dem Inkrafttreten einhergehen kann, sowie der Abschluss der Abkommen vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschlossen. Der Rat beschließt einstimmig, wenn das Abkommen einen Bereich betrifft, in dem für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit vorgesehen ist, sowie im Fall der in Artikel 310 genannten Abkommen.

Abweichend von Absatz 3 gelten diese Verfahren auch für Beschlüsse zur Aussetzung der Anwendung eines Abkommens oder zur Festlegung von Standpunkten, die im Namen der Gemeinschaft in einem durch ein Abkommen eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sobald dieses Gremium rechtswirksame Beschlüsse - mit Ausnahme von Beschlüssen zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens des betreffenden Abkommens - zu fassen hat.

Das Europäische Parlament wird über alle nach diesem Absatz gefassten Beschlüsse über die vorläufige Anwendung oder die Aussetzung eines Abkommens oder die Festlegung des Standpunkts, den die Gemeinschaft in einem durch ein Abkommen eingesetzten Gremium vertritt, unverzüglich und umfassend unterrichtet.

(3) Mit Ausnahme der Abkommen im Sinne des Artikels 133 Absatz 3 schließt der Rat die Abkommen nach Anhörung des Europäischen Parlaments, und zwar auch in den Fällen, in denen das Abkommen einen Bereich betrifft, bei dem für die Annahme interner Vorschriften das Verfahren des Artikels 251 oder des Artikels 252 anzuwenden ist. Das Europäische Parlament gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Frist ab, die der Rat entsprechend der Dringlichkeit festlegen kann. Ergeht innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme, so kann der Rat einen Beschluss fassen.

Abweichend von Unterabsatz 1 bedarf der Abschluss von Abkommen im Sinne des Artikels 310 sowie sonstiger Abkommen, die durch Einführung von Zusammenarbeitsverfahren einen besonderen institutionellen Rahmen schaffen, von Abkommen mit erheblichen finanziellen Folgen für die Gemeinschaft und von Abkommen, die eine Änderung eines nach dem Verfahren des Artikels 251 angenommenen Rechtsakts bedingen, der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Der Rat und das Europäische Parlament können in dringenden Fällen eine Frist für die Zustimmung vereinbaren.

(4) Abweichend von Absatz 2 kann der Rat die Kommission bei Abschluss eines Abkommens ermächtigen, Änderungen, die nach jenem Abkommen im Weg eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein durch das Abkommen geschaffenes Organ anzunehmen sind, im Namen der Gemeinschaft zu billigen; der Rat kann diese Ermächtigung gegebenenfalls mit besonderen Bedingungen verbinden.

(5) Beabsichtigt der Rat, ein Abkommen zu schließen, das Änderungen dieses Vertrags bedingt, so sind diese Änderungen zuvor nach dem Verfahren des Artikels 48 des Vertrags über die Europäische Union anzunehmen.

(6) Das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission oder ein Mitgliedstaat kann ein Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit eines geplanten Abkommens mit diesem Vertrag einholen. Ist dieses Gutachten ablehnend, so kann das Abkommen nur nach Maßgabe des Artikels 48 des Vertrags über die Europäische Union in Kraft treten.

(7) *Die nach Maßgabe dieses Artikels geschlossenen Abkommen sind für die Organe der Gemeinschaft und für die Mitgliedstaaten verbindlich.*

Artikel 301¹

Ist in gemeinsamen Standpunkten oder gemeinsamen Aktionen, die nach den Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angenommen worden sind, ein Tätigwerden der Gemeinschaft vorgesehen, um die Wirtschaftsbeziehungen zu einem oder mehreren dritten Ländern² auszusetzen, einzuschränken oder vollständig einzustellen, so trifft der Rat die erforderlichen Sofortmaßnahmen; der Rat beschließt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit.

Artikel 302³

Die Kommission unterhält alle zweckdienlichen Beziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen und ihrer Fachorganisationen.

Sie unterhält ferner, soweit zweckdienlich, Beziehungen zu allen internationalen Organisationen.

Artikel 303

Die Gemeinschaft führt jede zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat herbei.

Artikel 304

Die Gemeinschaft führt ein enges Zusammenwirken mit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung herbei; die Einzelheiten werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

¹ Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt. Es wird jedoch vorgeschlagen zu prüfen, ob er nicht mit dem derzeitigen Artikel 60 EGV "fusioniert" werden sollte.

² Da hier nur "Länder" genannt werden, ist es derzeit nicht möglich, diesen Artikel im Hinblick auf Sanktionen gegenüber Einzelpersonen oder nichtstaatlichen Gebilden anzuwenden. Weitere Ausführungen und Vorschläge zu dieser Frage sind der Fußnote zu Artikel 60 zu entnehmen.

³ Die Artikel 302 bis 304 sollten vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und werden daher hier nicht behandelt.

Artikel 305 ¹

(1) ~~Dieser Vertrag ändert nicht die Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten, der Befugnisse der Organe dieser Gemeinschaft und der Vorschriften des genannten Vertrags für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl.~~

(2) ~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** beeinträchtigt nicht ~~die Vorschriften des~~ **den** Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Artikel 306

~~Dieser Vertrag~~ **Die Verfassung** steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, soweit die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** nicht erreicht sind.

Artikel 307

Die Rechte und Pflichten aus Übereinkünften, die vor dem 1. Januar 1958 oder, im Falle später beigetretener Staaten, vor dem Zeitpunkt ihres Beitritts zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten einerseits und einem oder mehreren dritten Ländern andererseits geschlossen wurden, werden durch ~~diesen Vertrag~~ **die Verfassung** nicht berührt.

Soweit diese Übereinkünfte mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nicht vereinbar sind, wenden der oder die betreffenden Mitgliedstaaten alle geeigneten Mittel an, um die festgestellten Unvereinbarkeiten zu beheben. Erforderlichenfalls leisten die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck einander Hilfe; sie nehmen gegebenenfalls eine gemeinsame Haltung ein.

Bei Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Übereinkünfte tragen die Mitgliedstaaten dem Umstand Rechnung, dass die in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** von jedem Mitgliedstaat gewährten Vorteile Bestandteil der ~~Errichtung der Gemeinschaft~~ **Union** sind und daher in untrennbarem Zusammenhang stehen mit der Schaffung gemeinsamer Organe, der Übertragung von Zuständigkeiten auf diese und der Gewährung der gleichen Vorteile durch alle anderen Mitgliedstaaten.

¹ Dieser Artikel könnte – je nachdem, wie die Frage des EURATOM-Vertrags geklärt wird – erneut geprüft werden.

Artikel 308 ¹

~~Erscheint ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich, um im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und sind in diesem Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erlässt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften.~~

Artikel 309 ²

(1) *Wurde die Aussetzung der Stimmrechte des Vertreters der Regierung eines Mitgliedstaats nach Artikel 7 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union beschlossen, so gilt die Aussetzung dieser Stimmrechte auch in Bezug auf diesen Vertrag.*

(2) *Darüber hinaus kann der Rat, wenn nach Artikel 7 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung von in Artikel 6 Absatz 1 jenes Vertrags genannten Grundsätzen festgestellt worden ist, mit qualifizierter Mehrheit beschließen, bestimmte Rechte auszusetzen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags auf den betroffenen Mitgliedstaat herleiten. Dabei berücksichtigt er die möglichen Auswirkungen einer solchen Aussetzung auf die Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen.*

Die sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen des betroffenen Mitgliedstaats sind für diesen auf jeden Fall weiterhin verbindlich.

(3) *Der Rat kann zu einem späteren Zeitpunkt mit qualifizierter Mehrheit beschließen, nach Absatz 2 getroffene Maßnahmen abzuändern oder aufzuheben, wenn in der Lage, die zur Verhängung dieser Maßnahmen geführt hat, Änderungen eingetreten sind.*

(4) *Bei Beschlüssen nach den Absätzen 2 und 3 handelt der Rat ohne Berücksichtigung der Stimmen des Vertreters der Regierung des betroffenen Mitgliedstaats. Abweichend von Artikel 205 Absatz 2 gilt als qualifizierte Mehrheit derselbe Anteil der gewogenen Stimmen der betreffenden Mitglieder des Rates, der in Artikel 205 Absatz 2 festgelegt ist.*

Dieser Absatz gilt auch, wenn Stimmrechte nach Absatz 1 ausgesetzt werden. In solchen Fällen wird ein Beschluss, der Einstimmigkeit erfordert, ohne die Stimme des Vertreters der Regierung des betroffenen Mitgliedstaats angenommen.

¹ Dieser Artikel wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Flexibilitätsklausel" in Titel III von Teil I (Artikel 16 in CONV 528/03) ersetzt.

² Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen von Teil I geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

Artikel 310¹

Die Gemeinschaft kann mit einem oder mehreren Staaten oder einer oder mehreren internationalen Organisationen Abkommen schließen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.

Artikel 311²

Die diesem Vertrag im gegenseitigen Einvernehmen der Mitgliedstaaten beigefügten Protokolle sind Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 312

Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 313

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats in Kraft. Findet diese Hinterlegung weniger als fünfzehn Tage vor Beginn des folgenden Monats statt, so tritt der Vertrag am ersten Tag des zweiten Monats nach dieser Hinterlegung in Kraft.

Artikel 314

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

¹ Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen der Fragen bezüglich der Außenbeziehungen geprüft werden und wird daher hier nicht behandelt.

² Die Artikel 311 bis 314 müssten in Teil III übernommen werden (siehe CONV 369/02) und werden daher hier nicht behandelt.

Nach den Beitrittsverträgen ist der Wortlaut dieses Vertrags auch in dänischer, englischer, finnischer, griechischer, irischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache verbindlich.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

Geschehen zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

Teil B

Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union (EU-Vertrag)

Inhaltsübersicht

Seite

TITEL I	Gemeinsame Bestimmungen	143
TITEL II	Bestimmungen zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Hinblick auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft	146
TITEL III	Bestimmungen zur Änderung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	147
TITEL IV	Bestimmungen zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft	147
TITEL V	Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	147
TITEL VI	Bestimmungen über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	158
TITEL VII	Bestimmungen über eine verstärkte Zusammenarbeit	166
TITEL VIII	Schlussbestimmungen	168

* * *

~~TITEL I~~

~~GEMEINSAME BESTIMMUNGEN~~

~~Artikel 1~~¹

~~Durch diesen Vertrag gründen die HOHEN VERTRAGSPARTEIEN untereinander eine EURO-PÄISCHE UNION, im Folgenden als "Union" bezeichnet.~~

~~Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden.~~

~~Grundlage der Union sind die Europäischen Gemeinschaften, ergänzt durch die mit diesem Vertrag eingeführten Politiken und Formen der Zusammenarbeit. Aufgabe der Union ist es, die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen ihren Völkern kohärent und solidarisch zu gestalten.~~

~~Artikel 2~~

~~Die Union setzt sich folgende Ziele:~~

- ~~—— die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und eines hohen Beschäftigungsniveaus sowie die Herbeiführung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung, insbesondere durch Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, durch Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und durch Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine einheitliche Währung nach Maßgabe dieses Vertrags umfasst;~~
- ~~—— die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu nach Maßgabe des Artikels 17 auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte;~~
- ~~—— die Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Angehörigen ihrer Mitgliedstaaten durch Einführung einer Unionsbürgerschaft;~~
- ~~—— die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität der freie Personenverkehr gewährleistet ist;~~

¹ Die Artikel 1 und 2 werden gestrichen und durch die Entwürfe der Artikel (Gründung, Werte und Ziele der Union) in Teil I (Artikel 1, 2 und 3 in CONV 528/03) ersetzt.

~~— die volle Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstands und seine Weiterentwicklung, wobei geprüft wird, inwieweit die durch diesen Vertrag eingeführten Politiken und Formen der Zusammenarbeit mit dem Ziel zu revidieren sind, die Wirksamkeit der Mechanismen und Organe der Gemeinschaft sicherzustellen.~~

~~Die Ziele der Union werden nach Maßgabe dieses Vertrags entsprechend den darin enthaltenen Bedingungen und der darin vorgesehenen Zeitfolge unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, wie es in Artikel 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft bestimmt ist, verwirklicht.~~

Artikel 3

Die Union verfügt über einen einheitlichen institutionellen Rahmen, der die Kohärenz und Kontinuität der Maßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele unter gleichzeitiger Wahrung und Weiterentwicklung des gemeinschaftlichen Besitzstands sicherstellt.¹

Die Union achtet insbesondere auf die Kohärenz aller von ihr ergriffenen außenpolitischen Maßnahmen im Rahmen ihrer Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Der Rat und die Kommission sind für diese Kohärenz verantwortlich und arbeiten zu diesem Zweck zusammen. Sie stellen jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich die Durchführung der betreffenden Politiken sicher.²

Artikel 4³

Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest.

Im Europäischen Rat kommen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie der Präsident der Kommission zusammen. Sie werden von den Ministern für auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedstaaten und einem Mitglied der Kommission unterstützt. Der Europäische Rat tritt mindestens zweimal jährlich unter dem Vorsitz des Staats- oder Regierungschefs des Mitgliedstaats zusammen, der im Rat den Vorsitz innehat.

Der Europäische Rat erstattet dem Europäischen Parlament nach jeder Tagung Bericht und legt ihm alljährlich einen schriftlichen Bericht über die Fortschritte der Union vor.

¹ Dieser Punkt wird durch Titel IV (Institutionen) abgedeckt.

² Dieser Punkt ist vom Konvent im Rahmen der "Außenbeziehungen" zu prüfen und wird daher an dieser Stelle nicht behandelt.

³ Die Artikel 4 und 5 werden durch Titel IV (Institutionen) in Teil I abgedeckt.

Artikel 5

Das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission, der Gerichtshof und der Rechnungshof üben ihre Befugnisse nach Maßgabe und im Sinne der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie der nachfolgenden Verträge und Akte zu deren Änderung oder Ergänzung einerseits und der übrigen Bestimmungen des vorliegenden Vertrags andererseits aus.

Artikel 6¹

~~(1) — Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.~~

~~(2) — Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.~~

~~(3) — Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten.~~

(4) [Die Union stützt sich mit den Mitteln aus, die zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politiken erforderlich sind.]²

Artikel 7³

(1) *Auf begründeten Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments oder der Kommission kann der Rat mit der Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder nach Zustimmung des Europäischen Parlaments feststellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung von in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätzen durch einen Mitgliedstaat besteht, und an diesen Mitgliedstaat geeignete Empfehlungen richten. Der Rat hört, bevor er eine solche Feststellung trifft, den betroffenen Mitgliedstaat und kann nach demselben Verfahren unabhängige Persönlichkeiten ersuchen, innerhalb einer angemessenen Frist einen Bericht über die Lage in dem betreffenden Mitgliedstaat vorzulegen.*

Der Rat überprüft regelmäßig, ob die Gründe, die zu dieser Feststellung geführt haben, noch zutreffen.

¹ Absatz 1 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Werte" in Teil I (Artikel 2 in CONV 528/03) ersetzt; Absatz 2 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Grundrechte" in Teil I (Artikel 5 Absatz 3 in CONV 528/03) ersetzt; Absatz 3 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Gründung der Union" in Teil I (Artikel 1 Absatz 2 in CONV 528/03) ersetzt.

² Es wird empfohlen, diesen Absatz durch Teil I abzudecken, so dass er gestrichen werden könnte.

³ Dieser Artikel wird vom Konvent im Rahmen von Teil I geprüft werden müssen; er wird daher an dieser Stelle nicht behandelt.

(2) *Auf Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten oder der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments kann der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, einstimmig feststellen, dass eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung von in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätzen durch einen Mitgliedstaat vorliegt, nachdem er die Regierung des betroffenen Mitgliedstaats zu einer Stellungnahme aufgefordert hat.*

(3) *Wurde die Feststellung nach Absatz 2 getroffen, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, bestimmte Rechte auszusetzen, die sich aus der Anwendung dieses Vertrags auf den betroffenen Mitgliedstaat herleiten, einschließlich der Stimmrechte des Vertreters der Regierung dieses Mitgliedstaats im Rat. Dabei berücksichtigt er die möglichen Auswirkungen einer solchen Aussetzung auf die Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen.*

Die sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen des betroffenen Mitgliedstaats sind für diesen auf jeden Fall weiterhin verbindlich.

(4) *Der Rat kann zu einem späteren Zeitpunkt mit qualifizierter Mehrheit beschließen, nach Absatz 3 getroffene Maßnahmen abzuändern oder aufzuheben, wenn in der Lage, die zur Verhängung dieser Maßnahmen geführt hat, Änderungen eingetreten sind.*

(5) *Für die Zwecke dieses Artikels handelt der Rat ohne Berücksichtigung der Stimme des Vertreters der Regierung des betroffenen Mitgliedstaats. Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen nach Absatz 2 nicht entgegen. Als qualifizierte Mehrheit gilt derselbe Anteil der gewogenen Stimmen der betreffenden Mitglieder des Rates, wie er in Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft festgelegt ist.*

Dieser Absatz gilt auch, wenn Stimmrechte nach Absatz 3 ausgesetzt werden.

(6) *Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

~~TITEL II~~

~~BESTIMMUNGEN ZUR ÄNDERUNG DES VERTRAGS ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT IM HINBLICK AUF DIE GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT~~

~~Artikel 8 (nicht wiedergegeben)~~

~~TITEL III~~

~~BESTIMMUNGEN ZUR ÄNDERUNG DES VERTRAGS ÜBER DIE GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL~~

~~Artikel 9
(nicht wiedergegeben)~~

~~TITEL IV~~

~~BESTIMMUNGEN ZUR ÄNDERUNG DES VERTRAGS ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT~~

~~Artikel 10
(nicht wiedergegeben)~~

TITEL V ¹

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE GEMEINSAME AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Artikel 11

(1) Die Union erarbeitet und verwirklicht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt und Folgendes zum Ziel hat:

- die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen;*
- die Stärkung der Sicherheit der Union in allen ihren Formen;*
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, welche die Außengrenzen betreffen;*
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;*

¹ Dieser Titel wird vom Konvent noch geprüft. Er wird daher an dieser Stelle nicht behandelt.

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band II - Teil B (EU-Vertrag)

- *die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.*

(2) Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität.

Die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um ihre gegenseitige politische Solidarität zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte.

Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge.

Artikel 12

Die Union verfolgt die in Artikel 11 aufgeführten Ziele durch

- *Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,*
- *Beschlüsse über gemeinsame Strategien,*
- *Annahme gemeinsamer Aktionen,*
- *Annahme gemeinsamer Standpunkte,*
- *Ausbau der regelmäßigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Führung ihrer Politik.*

Artikel 13

(1) Der Europäische Rat bestimmt die Grundsätze und die allgemeinen Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und zwar auch bei Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen.

(2) Der Europäische Rat beschließt gemeinsame Strategien, die in Bereichen, in denen wichtige gemeinsame Interessen der Mitgliedstaaten bestehen, von der Union durchzuführen sind.

In den gemeinsamen Strategien sind jeweils Zielsetzung, Dauer und die von der Union und den Mitgliedstaaten bereitzustellenden Mittel anzugeben.

(3) Der Rat trifft die für die Festlegung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erforderlichen Entscheidungen auf der Grundlage der vom Europäischen Rat festgelegten allgemeinen Leitlinien.

Der Rat empfiehlt dem Europäischen Rat gemeinsame Strategien und führt diese durch, indem er insbesondere gemeinsame Aktionen und gemeinsame Standpunkte annimmt.

Der Rat trägt für ein einheitliches, kohärentes und wirksames Vorgehen der Union Sorge.

Artikel 14

- (1) Der Rat nimmt gemeinsame Aktionen an. Gemeinsame Aktionen betreffen spezifische Situationen, in denen eine operative Aktion der Union für notwendig erachtet wird. In den gemeinsamen Aktionen sind ihre Ziele, ihr Umfang, die der Union zur Verfügung zu stellenden Mittel sowie die Bedingungen und erforderlichenfalls der Zeitraum für ihre Durchführung festgelegt.*
- (2) Tritt eine Änderung der Umstände mit erheblichen Auswirkungen auf eine Angelegenheit ein, die Gegenstand einer gemeinsamen Aktion ist, so überprüft der Rat die Grundsätze und Ziele dieser Aktion und trifft die erforderlichen Entscheidungen. Solange der Rat keinen Beschluss gefasst hat, bleibt die gemeinsame Aktion bestehen.*
- (3) Die gemeinsamen Aktionen sind für die Mitgliedstaaten bei ihren Stellungnahmen und ihrem Vorgehen bindend.*
- (4) Der Rat kann die Kommission ersuchen, ihm geeignete Vorschläge betreffend die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zur Gewährleistung der Durchführung einer gemeinsamen Aktion zu unterbreiten.*
- (5) Jede einzelstaatliche Stellungnahme oder Maßnahme, die im Rahmen einer gemeinsamen Aktion geplant ist, wird so rechtzeitig mitgeteilt, dass erforderlichenfalls eine vorherige Abstimmung im Rat stattfinden kann. Die Pflicht zur vorherigen Unterrichtung gilt nicht für Maßnahmen, die eine bloße praktische Umsetzung der Entscheidungen des Rates auf einzelstaatlicher Ebene darstellen.*
- (6) Bei zwingender Notwendigkeit aufgrund der Entwicklung der Lage und mangels einer Entscheidung des Rates können die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der allgemeinen Ziele der gemeinsamen Aktion die erforderlichen Sofortmaßnahmen ergreifen. Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet den Rat sofort über derartige Maßnahmen.*
- (7) Ein Mitgliedstaat befasst den Rat, wenn sich bei der Durchführung einer gemeinsamen Aktion größere Schwierigkeiten ergeben; der Rat berät darüber und sucht nach angemessenen Lösungen. Diese dürfen nicht im Widerspruch zu den Zielen der gemeinsamen Aktion stehen oder ihrer Wirksamkeit schaden.*

Artikel 15

Der Rat nimmt gemeinsame Standpunkte an. In den gemeinsamen Standpunkten wird das Konzept der Union für eine bestimmte Frage geografischer oder thematischer Art bestimmt. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass ihre einzelstaatliche Politik mit den gemeinsamen Standpunkten in Einklang steht.

Artikel 16

Zu jeder außen- und sicherheitspolitischen Frage von allgemeiner Bedeutung findet im Rat eine gegenseitige Unterrichtung und Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten statt, damit gewährleistet ist, dass der Einfluss der Union durch konzertiertes und konvergierendes Handeln möglichst wirksam zum Tragen kommt.

Artikel 17

(1) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik wird in einer von den Mitgliedstaaten als angemessen erachteten Weise durch eine rüstungspolitische Zusammenarbeit zwischen ihnen unterstützt.

(2) Die Fragen, auf die in diesem Artikel Bezug genommen wird, schließen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen ein.

(3) Beschlüsse mit verteidigungspolitischen Bezügen nach diesem Artikel werden unbeschadet der Politiken und Verpflichtungen im Sinne des Absatzes 1 Unterabsatz 2 gefasst.

(4) Dieser Artikel steht der Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten auf zweiseitiger Ebene sowie im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) und der NATO nicht entgegen, soweit sie der nach diesem Titel vorgesehenen Zusammenarbeit nicht zuwiderläuft und diese nicht behindert.

(5) *Zur Förderung der Ziele dieses Artikels werden dessen Bestimmungen nach Artikel 48 überprüft.*

Artikel 18

(1) *Der Vorsitz vertritt die Union in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.*

(2) *Der Vorsitz ist für die Durchführung der nach diesem Titel gefassten Beschlüsse verantwortlich; im Rahmen dieser Aufgabe legt er grundsätzlich den Standpunkt der Union in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen dar.*

(3) *Der Vorsitz wird vom Generalsekretär des Rates unterstützt, der die Aufgabe eines Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wahrnimmt.*

(4) *Die Kommission wird an den Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 in vollem Umfang beteiligt. Der Vorsitz wird gegebenenfalls von dem Mitgliedstaat, der den nachfolgenden Vorsitz wahrnimmt, bei diesen Aufgaben unterstützt.*

(5) *Der Rat kann einen Sonderbeauftragten für besondere politische Fragen ernennen, wenn er dies für notwendig hält.*

Artikel 19

(1) *Die Mitgliedstaaten koordinieren ihr Handeln in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen. Sie treten dort für die gemeinsamen Standpunkte ein.*

In den internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, bei denen nicht alle Mitgliedstaaten vertreten sind, setzen sich die dort vertretenen Mitgliedstaaten für die gemeinsamen Standpunkte ein.

(2) *Unbeschadet des Absatzes 1 und des Artikels 14 Absatz 3 unterrichten die Mitgliedstaaten, die in internationalen Organisationen oder auf internationalen Konferenzen vertreten sind, die dort nicht vertretenen Mitgliedstaaten laufend über alle Fragen von gemeinsamem Interesse.*

Die Mitgliedstaaten, die auch Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sind, werden sich abstimmen und die übrigen Mitgliedstaaten in vollem Umfang unterrichten. Die Mitgliedstaaten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, werden sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unbeschadet ihrer Verantwortlichkeiten aufgrund der Charta der Vereinten Nationen für die Standpunkte und Interessen der Union einsetzen.

Artikel 20

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Mitgliedstaaten und die Delegationen der Kommission in dritten Ländern und auf internationalen Konferenzen sowie ihre Vertretungen bei internationalen Organisationen stimmen sich ab, um die Einhaltung und Umsetzung der vom Rat angenommenen gemeinsamen Standpunkte und gemeinsamen Aktionen zu gewährleisten.

Sie intensivieren ihre Zusammenarbeit durch Informationsaustausch, gemeinsame Bewertungen und Beteiligung an der Durchführung des Artikels 20 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Artikel 21

Der Vorsitz hört das Europäische Parlament zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und achtet darauf, dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden. Das Europäische Parlament wird vom Vorsitz und von der Kommission regelmäßig über die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Union unterrichtet.

Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat richten. Einmal jährlich führt es eine Aussprache über die Fortschritte bei der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Artikel 22

(1) Jeder Mitgliedstaat oder die Kommission kann den Rat mit einer Frage der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik befassen und ihm Vorschläge unterbreiten.

(2) In den Fällen, in denen eine rasche Entscheidung notwendig ist, beruft der Vorsitz von sich aus oder auf Antrag der Kommission oder eines Mitgliedstaats innerhalb von 48 Stunden, bei absoluter Notwendigkeit in kürzerer Zeit, eine außerordentliche Tagung des Rates ein.

Artikel 23

(1) *Beschlüsse nach diesem Titel werden vom Rat einstimmig gefasst. Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen dieser Beschlüsse nicht entgegen.*

Bei einer Stimmenthaltung kann jedes Ratsmitglied zu seiner Enthaltung eine förmliche Erklärung im Sinne dieses Unterabsatzes abgeben. In diesem Fall ist es nicht verpflichtet, den Beschluss durchzuführen, akzeptiert jedoch, dass der Beschluss für die Union bindend ist. Im Geiste gegenseitiger Solidarität unterlässt der betreffende Mitgliedstaat alles, was dem auf diesem Beschluss beruhenden Vorgehen der Union zuwiderlaufen oder es behindern könnte, und die anderen Mitgliedstaaten respektieren seinen Standpunkt. Verfügen die Mitglieder des Rates, die sich auf diese Weise enthalten, über mehr als ein Drittel der nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogenen Stimmen, so wird der Beschluss nicht angenommen.

(2) *Abweichend von Absatz 1 beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, wenn er*

- auf der Grundlage einer gemeinsamen Strategie gemeinsame Aktionen oder gemeinsame Standpunkte annimmt oder andere Beschlüsse fasst;*
- einen Beschluss zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder eines gemeinsamen Standpunkts fasst;*
- nach Artikel 18 Absatz 5 einen Sonderbeauftragten ernennt.*

Erklärt ein Mitglied des Rates, dass es aus wichtigen Gründen der nationalen Politik, die es auch nennen muss, die Absicht hat, einen mit qualifizierter Mehrheit zu fassenden Beschluss abzulehnen, so erfolgt keine Abstimmung. Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit verlangen, dass die Frage zur einstimmigen Beschlussfassung an den Europäischen Rat verwiesen wird.

Die Stimmen der Mitglieder des Rates werden nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogen. Beschlüsse kommen mit einer Mindeststimmenzahl von 62 Stimmen zustande, welche die Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedern umfassen.

Dieser Absatz gilt nicht für Beschlüsse mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen.

(3) *In Verfahrensfragen beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

Artikel 24

- (1) *Ist zur Durchführung dieses Titels der Abschluss einer Übereinkunft mit einem oder mehreren Staaten oder mit internationalen Organisationen erforderlich, so kann der Rat den Vorsitz, der gegebenenfalls von der Kommission unterstützt wird, ermächtigen, zu diesem Zweck Verhandlungen aufzunehmen. Solche Übereinkünfte werden vom Rat auf Empfehlung des Vorsitzes geschlossen.*
- (2) *Betrifft die Übereinkunft eine Frage, bei der zur Annahme interner Beschlüsse Einstimmigkeit erforderlich ist, so beschließt der Rat einstimmig.*
- (3) *Wird die Übereinkunft zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder eines gemeinsamen Standpunkts ins Auge gefasst, so beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Artikel 23 Absatz 2.*
- (4) *Dieser Artikel gilt auch für Angelegenheiten des Titels VI. Betrifft die Übereinkunft eine Frage, bei der zur Annahme interner Beschlüsse oder Maßnahmen die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, so beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Artikel 34 Absatz 3.*
- (5) *Ein Mitgliedstaat, dessen Vertreter im Rat erklärt, dass in seinem Land bestimmte verfassungsrechtliche Vorschriften eingehalten werden müssen, ist durch eine solche Übereinkunft nicht gebunden; die anderen Mitglieder des Rates können übereinkommen, dass die Übereinkunft dennoch vorläufig gilt.*
- (6) *Die nach Maßgabe dieses Artikels geschlossenen Übereinkünfte binden die Organe der Union.*

Artikel 25

Unbeschadet des Artikels 207 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft verfolgt ein Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee die internationale Lage in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und trägt auf Ersuchen des Rates oder von sich aus durch an den Rat gerichtete Stellungnahmen zur Festlegung der Politiken bei. Ferner überwacht es die Durchführung vereinbarter Politiken; dies gilt unbeschadet der Zuständigkeiten des Vorsitzes und der Kommission.

Im Rahmen dieses Titels nimmt das Komitee unter der Verantwortung des Rates die politische Kontrolle und strategische Leitung von Operationen zur Krisenbewältigung wahr.

Der Rat kann das Komitee für den Zweck und die Dauer einer Operation zur Krisenbewältigung, die vom Rat festgelegt werden, ermächtigen, unbeschadet des Artikels 47 geeignete Beschlüsse hinsichtlich der politischen Kontrolle und strategischen Leitung der Operation zu fassen.

Artikel 26

Der Generalsekretär des Rates und Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt den Rat in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, indem er insbesondere zur Formulierung, Vorbereitung und Durchführung politischer Entscheidungen beiträgt und gegebenenfalls auf Ersuchen des Vorsitzes im Namen des Rates den politischen Dialog mit Dritten führt.

Artikel 27

Die Kommission wird in vollem Umfang an den Arbeiten im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt.

Artikel 27 a

(1) Eine verstärkte Zusammenarbeit in einem unter diesen Titel fallenden Bereich hat zum Ziel, die Werte der gesamten Union zu wahren und ihren Interessen zu dienen, unter Behauptung der Identität der Union als kohärenter Kraft auf internationaler Ebene. Bei einer solchen Zusammenarbeit werden beachtet

- die Grundsätze, die Ziele, die allgemeinen Leitlinien und die Kohärenz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die im Rahmen dieser Politik gefassten Beschlüsse,*
- die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und*
- die Kohärenz zwischen der Unionspolitik insgesamt und dem außenpolitischen Handeln der Union.*

(2) Für eine verstärkte Zusammenarbeit nach diesem Artikel gelten die Artikel 11 bis 27 und die Artikel 27 b bis 28, soweit nicht in Artikel 27 c und in den Artikeln 43 bis 45 etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 27 b

Die verstärkte Zusammenarbeit nach diesem Titel betrifft die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder die Umsetzung eines gemeinsamen Standpunkts. Sie kann nicht Fragen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen betreffen.

Artikel 27 c

Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit nach Artikel 27 b zu begründen, richten einen entsprechenden Antrag an den Rat.

Der Antrag wird der Kommission und zur Unterrichtung dem Europäischen Parlament übermittelt. Die Kommission nimmt insbesondere zur Kohärenz der beabsichtigten verstärkten Zusammenarbeit mit der Unionspolitik Stellung. Die Ermächtigung wird vom Rat gemäß Artikel 23 Absatz 2 Unterabsätze 2 und 3 unter Einhaltung der Artikel 43 bis 45 erteilt.

Artikel 27 d

Unbeschadet der Befugnisse des Vorsitzes und der Kommission trägt der Generalsekretär des Rates und Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik insbesondere dafür Sorge, dass das Europäische Parlament und alle Mitglieder des Rates in vollem Umfang über die Durchführung jeder verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unterrichtet werden.

Artikel 27 e

Jeder Mitgliedstaat, der sich einer nach Artikel 27 c begründeten verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat seine Absicht mit und unterrichtet die Kommission. Die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor. Binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung entscheidet der Rat über den Antrag und über eventuelle spezifische Regelungen, die er für notwendig hält. Die Entscheidung gilt als angenommen, es sei denn, der Rat beschließt innerhalb dieser Frist mit qualifizierter Mehrheit, sie zurückzustellen; in diesem Fall gibt der Rat die Gründe für seinen Beschluss an und setzt eine Frist für dessen Überprüfung.

Für die Zwecke dieses Artikels beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit. Als qualifizierte Mehrheit gelten derselbe Anteil der gewogenen Stimmen und derselbe Anteil der Anzahl der betroffenen Mitglieder des Rates, wie sie in Artikel 23 Absatz 2 Unterabsatz 3 festgelegt sind.

Artikel 28

(1) *Die Artikel 189, 190, 196 bis 199, 203, 204, 206 bis 209, 213 bis 219, 255 und 290 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft finden auf die Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche Anwendung.*

(2) *Die Verwaltungsausgaben, die den Organen aus den Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche entstehen, gehen zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften.*

(3) *Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Bestimmungen gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.*

In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen, gehen sie nach dem Bruttosozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt. Die Mitgliedstaaten, deren Vertreter im Rat eine förmliche Erklärung nach Artikel 23 Absatz 1 Unterabsatz 2 abgegeben haben, sind nicht verpflichtet, zur Finanzierung von Ausgaben für Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen beizutragen.

(4) *Das im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgesehene Haushaltsverfahren findet auf die Ausgaben Anwendung, die zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen.*

TITEL VI ¹

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE POLIZEILICHE UND JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT IN STRAFSACHEN

Artikel 29

Unbeschadet der Befugnisse der Europäischen Gemeinschaft verfolgt die Union das Ziel, den Bürgern in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein hohes Maß an Sicherheit zu bieten, indem sie ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen entwickelt sowie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verhütet und bekämpft.

Dieses Ziel wird erreicht durch die Verhütung und Bekämpfung der - organisierten oder nicht organisierten - Kriminalität, insbesondere des Terrorismus, des Menschenhandels und der Straftaten gegenüber Kindern, des illegalen Drogen- und Waffenhandels, der Bestechung und Bestechlichkeit sowie des Betrugs im Wege einer

- engeren Zusammenarbeit der Polizei-, Zoll- und anderer zuständiger Behörden in den Mitgliedstaaten, sowohl unmittelbar als auch unter Einschaltung des Europäischen Polizeiamts (Europol), nach den Artikeln 30 und 32;*
- engeren Zusammenarbeit der Justizbehörden sowie anderer zuständiger Behörden der Mitgliedstaaten, auch unter Einschaltung der Europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust), nach den Artikeln 31 und 32;*
- Annäherung der Strafvorschriften der Mitgliedstaaten nach Artikel 31 Buchstabe e, soweit dies erforderlich ist.*

Artikel 30

- (1) Das gemeinsame Vorgehen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit schließt ein:*
- a) die operative Zusammenarbeit der zuständigen Behörden einschließlich der Polizei, des Zolls und anderer spezialisierter Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten bei der Verhütung von Straftaten sowie ihrer Aufdeckung und Ermittlung;*

¹ Dieser Titel wird vom Konvent noch geprüft. Er wird daher an dieser Stelle nicht behandelt.

- b) *das Einholen, Speichern, Verarbeiten, Analysieren und Austauschen sachdienlicher Informationen, einschließlich Informationen der Strafverfolgungsbehörden zu Meldungen über verdächtige finanzielle Transaktionen, insbesondere unter Einschaltung von Europol, wobei die entsprechenden Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten zu beachten sind;*
- c) *die Zusammenarbeit sowie gemeinsame Initiativen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Austausch von Verbindungsbeamten, Abordnungen, Einsatz von Ausrüstungsgegenständen und kriminaltechnische Forschung;*
- d) *die gemeinsame Bewertung einzelner Ermittlungstechniken in Bezug auf die Aufdeckung schwerwiegender Formen der organisierten Kriminalität.*

(2) *Der Rat fördert die Zusammenarbeit durch Europol und geht innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam insbesondere wie folgt vor:*

- a) *Er ermöglicht es Europol, die Vorbereitung spezifischer Ermittlungsmaßnahmen der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, einschließlich operativer Aktionen gemeinsamer Teams mit Vertretern von Europol in unterstützender Funktion, zu erleichtern und zu unterstützen und die Koordinierung und Durchführung solcher Ermittlungsmaßnahmen zu fördern;*
- b) *er legt Maßnahmen fest, die es zum einen Europol ermöglichen, sich an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten mit dem Ersuchen zu wenden, Ermittlungen in speziellen Fällen vorzunehmen und zu koordinieren, und die es zum anderen gestatten, spezifisches Fachwissen zu entwickeln, das den Mitgliedstaaten zu deren Unterstützung bei Ermittlungen in Fällen organisierter Kriminalität zur Verfügung gestellt werden kann;*
- c) *er fördert Mechanismen für die Zusammenarbeit zwischen Beamten der Strafverfolgungs-/ Ermittlungsbehörden, deren Spezialgebiet die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist und die eng mit Europol zusammenarbeiten;*
- d) *er richtet ein Netz für Forschung, Dokumentation und Statistik über die grenzüberschreitende Kriminalität ein.*

Artikel 31

(1) *Das gemeinsame Vorgehen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen schließt ein:*

- a) *die Erleichterung und Beschleunigung der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ministerien und den Justizbehörden oder entsprechenden Behörden der Mitgliedstaaten, auch unter Einschaltung von Eurojust, wenn sich dies als zweckmäßig erweist, bei Gerichtsverfahren und der Vollstreckung von Entscheidungen;*

- b) *die Erleichterung der Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten;*
 - c) *die Gewährleistung der Vereinbarkeit der jeweils geltenden Vorschriften der Mitgliedstaaten untereinander, soweit dies zur Verbesserung dieser Zusammenarbeit erforderlich ist;*
 - d) *die Vermeidung von Kompetenzkonflikten zwischen Mitgliedstaaten;*
 - e) *die schrittweise Annahme von Maßnahmen zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen in den Bereichen organisierte Kriminalität, Terrorismus und illegaler Drogenhandel.*
- (2) *Der Rat fördert die Zusammenarbeit durch Eurojust auf folgende Weise:*
- a) *Er ermöglicht Eurojust, zu einer sachgerechten Koordinierung zwischen den für die Strafverfolgung zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten beizutragen;*
 - b) *er fördert die Unterstützung durch Eurojust bei den Ermittlungen in Fällen, die mit schwerer grenzüberschreitender, namentlich organisierter Kriminalität zusammenhängen, insbesondere unter Berücksichtigung von Europol-Analysen;*
 - c) *er erleichtert die enge Zusammenarbeit von Eurojust mit dem Europäischen Justiziellen Netz, insbesondere mit dem Ziel, die Erledigung von Rechtshilfe- und Auslieferungsersuchen zu erleichtern.*

Artikel 32

Der Rat legt fest, unter welchen Bedingungen und innerhalb welcher Grenzen die in den Artikeln 30 und 31 genannten zuständigen Behörden im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats in Verbindung und in Absprache mit dessen Behörden tätig werden dürfen.

Artikel 33

Dieser Titel berührt nicht die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.

Artikel 34

(1) *In den Bereichen dieses Titels unterrichten und konsultieren die Mitgliedstaaten einander im Rat, um ihr Vorgehen zu koordinieren. Sie begründen hierfür eine Zusammenarbeit zwischen ihren zuständigen Verwaltungsstellen.*

(2) *Der Rat ergreift Maßnahmen und fördert in der geeigneten Form und nach den geeigneten Verfahren, die in diesem Titel festgelegt sind, eine Zusammenarbeit, die den Zielen der Union dient. Hierzu kann er auf Initiative eines Mitgliedstaats oder der Kommission einstimmig*

- a) *gemeinsame Standpunkte annehmen, durch die das Vorgehen der Union in einer gegebenen Frage bestimmt wird;*
- b) *Rahmenbeschlüsse zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten annehmen. Rahmenbeschlüsse sind für die Mitgliedstaaten hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlassen jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel. Sie sind nicht unmittelbar wirksam;*
- c) *Beschlüsse für jeden anderen Zweck annehmen, der mit den Zielen dieses Titels in Einklang steht, mit Ausnahme von Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten. Diese Beschlüsse sind verbindlich und nicht unmittelbar wirksam; der Rat nimmt mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen an, die zur Durchführung dieser Beschlüsse auf Unionsebene erforderlich sind;*
- d) *Übereinkommen erstellen, die er den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfiehlt. Die Mitgliedstaaten leiten die entsprechenden Verfahren innerhalb einer vom Rat gesetzten Frist ein.*

Sofern in den Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist, treten sie, sobald sie von mindestens der Hälfte der Mitgliedstaaten angenommen wurden, für diese Mitgliedstaaten in Kraft. Maßnahmen zur Durchführung der Übereinkommen werden im Rat mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Vertragsparteien angenommen.

(3) *Ist für einen Beschluss des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogen; Beschlüsse kommen mit einer Mindeststimmenzahl von 62 Stimmen zustande, welche die Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedern umfassen.*

(4) *In Verfahrensfragen beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

Artikel 35

- (1) *Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen im Wege der Vorabentscheidung über die Gültigkeit und die Auslegung der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse, über die Auslegung der Übereinkommen nach diesem Titel und über die Gültigkeit und die Auslegung der dazugehörigen Durchführungsmaßnahmen.*
- (2) *Jeder Mitgliedstaat kann durch eine bei der Unterzeichnung des Vertrags von Amsterdam oder zu jedem späteren Zeitpunkt abgegebene Erklärung die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Vorabentscheidungen nach Absatz 1 anerkennen.*
- (3) *Ein Mitgliedstaat, der eine Erklärung nach Absatz 2 abgibt, bestimmt, dass*
- a) *entweder jedes seiner Gerichte, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, eine Frage, die sich in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Gültigkeit oder die Auslegung eines Rechtsakts nach Absatz 1 bezieht, dem Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorlegen kann, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält,*
 - b) *oder jedes seiner Gerichte eine Frage, die sich in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Gültigkeit oder die Auslegung eines Rechtsakts nach Absatz 1 bezieht, dem Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorlegen kann, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.*
- (4) *Jeder Mitgliedstaat kann unabhängig davon, ob er eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben hat oder nicht, beim Gerichtshof in Verfahren nach Absatz 1 Schriftsätze einreichen oder schriftliche Erklärungen abgeben.*
- (5) *Der Gerichtshof ist nicht zuständig für die Überprüfung der Gültigkeit oder Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen der Polizei oder anderer Strafverfolgungsbehörden eines Mitgliedstaats oder der Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.*
- (6) *Der Gerichtshof ist für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse bei Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt. Das in diesem Absatz vorgesehene Gerichtsverfahren ist binnen zwei Monaten nach Veröffentlichung der Maßnahme einzuleiten.*

(7) *Der Gerichtshof ist für Entscheidungen über alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten bezüglich der Auslegung oder der Anwendung der nach Artikel 34 Absatz 2 angenommenen Rechtsakte zuständig, die der Rat nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach seiner Befassung durch eines seiner Mitglieder beilegen kann. Ferner ist der Gerichtshof für Entscheidungen über alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und der Kommission bezüglich der Auslegung oder der Anwendung der nach Artikel 34 Absatz 2 Buchstabe d erstellten Übereinkommen zuständig.*

Artikel 36

(1) *Es wird ein aus hohen Beamten bestehender Koordinierungsausschuss eingesetzt. Zusätzlich zu seiner Koordinierungstätigkeit hat er die Aufgabe,*

- auf Ersuchen des Rates oder von sich aus Stellungnahmen an den Rat zu richten;*
- unbeschadet des Artikels 207 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft zur Vorbereitung der Arbeiten des Rates in den in Artikel 29 genannten Bereichen beizutragen.*

(2) *Die Kommission wird in vollem Umfang an den Arbeiten in den in diesem Titel genannten Bereichen beteiligt.*

Artikel 37

Die Mitgliedstaaten vertreten in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, bei denen sie vertreten sind, die im Rahmen dieses Titels angenommenen gemeinsamen Standpunkte.

Die Artikel 18 und 19 sind sinngemäß auf die unter diesen Titel fallenden Angelegenheiten anzuwenden.

Artikel 38

In Übereinkünften nach Artikel 24 können Angelegenheiten geregelt werden, die unter diesen Titel fallen.

Artikel 39

(1) *Der Rat hört das Europäische Parlament, bevor er eine Maßnahme nach Artikel 34 Absatz 2 Buchstaben b, c und d annimmt. Das Europäische Parlament gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Frist ab, die der Rat festsetzen kann und die mindestens drei Monate beträgt. Ergeht innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme, so kann der Rat beschließen.*

(2) *Der Vorsitz und die Kommission unterrichten das Europäische Parlament regelmäßig über die in den Bereichen dieses Titels durchgeführten Arbeiten.*

(3) *Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat richten. Einmal jährlich führt es eine Aussprache über die Fortschritte in den in diesem Titel genannten Bereichen.*

Artikel 40

(1) *Eine verstärkte Zusammenarbeit in einem unter diesen Titel fallenden Bereich hat zum Ziel, dass sich die Union unter Wahrung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft sowie der in diesem Titel festgelegten Ziele rascher zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entwickeln kann.*

(2) *Für eine verstärkte Zusammenarbeit nach diesem Artikel gelten die Artikel 29 bis 39 und die Artikel 40 a, 40 b und 41, soweit nicht in Artikel 40 a und in den Artikeln 43 bis 45 etwas anderes bestimmt ist.*

(3) *Die Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die Zuständigkeit des Gerichtshofs und die Ausübung dieser Zuständigkeit finden auf diesen Artikel sowie auf die Artikel 40 a und 40 b Anwendung.*

Artikel 40 a

(1) *Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit nach Artikel 40 zu begründen, richten einen Antrag an die Kommission, die dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen kann. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, so teilt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre Gründe dafür mit. Diese können dann dem Rat eine Initiative unterbreiten, die auf die Erteilung einer Ermächtigung zur Einleitung der betreffenden verstärkten Zusammenarbeit abzielt.*

(2) *Die Ermächtigung nach Absatz 1 wird nach Maßgabe der Artikel 43 bis 45 vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission oder auf Initiative von mindestens acht Mitgliedstaaten und nach Anhörung des Europäischen Parlaments erteilt. Die Stimmen der Mitglieder des Rates werden nach Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewogen.*

Ein Mitglied des Rates kann verlangen, dass der Europäische Rat befasst wird. Nach dieser Befassung kann der Rat gemäß Unterabsatz 1 beschließen.

Artikel 40 b

Jeder Mitgliedstaat, der sich einer nach Artikel 40 a begründeten verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat und der Kommission seine Absicht mit; die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor, der gegebenenfalls eine Empfehlung für die spezifischen Regelungen beigelegt ist, die sie für notwendig hält, damit sich der Mitgliedstaat der betreffenden Zusammenarbeit anschließen kann. Der Rat entscheidet über den Antrag binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung. Die Entscheidung gilt als angenommen, es sei denn, der Rat beschließt innerhalb dieser Frist mit qualifizierter Mehrheit, sie zurückzustellen; in diesem Fall gibt der Rat die Gründe für seinen Beschluss an und setzt eine Frist für dessen Überprüfung.

Für die Zwecke dieses Artikels beschließt der Rat nach Maßgabe des Artikels 44 Absatz 1.

Artikel 41

(1) Die Artikel 189, 190, 195, 196 bis 199, 203, 204, Artikel 205 Absatz 3 sowie die Artikel 206 bis 209, 213 bis 219, 255 und 290 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft finden auf die Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche Anwendung.

(2) Die Verwaltungsausgaben, die den Organen aus den Bestimmungen über die in diesem Titel genannten Bereiche entstehen, gehen zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften.

(3) Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Bestimmungen gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften, mit Ausnahme von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt. In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen, gehen sie nach dem Brutto-sozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt.

(4) Das im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgesehene Haushaltsverfahren findet auf die Ausgaben Anwendung, die zulasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften gehen.

Artikel 42

Der Rat kann auf Initiative der Kommission oder eines Mitgliedstaats und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig beschließen, dass Maßnahmen in den in Artikel 29 genannten Bereichen unter Titel IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft fallen, und gleichzeitig das entsprechende Abstimmungsverfahren festlegen. Er empfiehlt den Mitgliedstaaten, diesen Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

TITEL VII¹

BESTIMMUNGEN ÜBER EINE VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT

Artikel 43

Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit zu begründen, können die in diesem Vertrag und im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgesehenen Organe, Verfahren und Mechanismen in Anspruch nehmen, sofern die Zusammenarbeit

- a) darauf ausgerichtet ist, die Ziele der Union und der Gemeinschaft zu fördern, ihre Interessen zu schützen und diesen zu dienen und ihren Integrationsprozess zu stärken;*
- b) die genannten Verträge und den einheitlichen institutionellen Rahmen der Union beachtet;*
- c) den Besitzstand der Gemeinschaft und die nach Maßgabe der sonstigen Bestimmungen der genannten Verträge getroffenen Maßnahmen beachtet;*
- d) im Rahmen der Zuständigkeit der Union oder der Gemeinschaft bleibt und sich nicht auf die Bereiche erstreckt, die unter die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen;*
- e) den Binnenmarkt im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt nach Titel XVII des genannten Vertrags nicht beeinträchtigt;*
- f) keine Behinderung oder Diskriminierung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellt und die Wettbewerbsbedingungen zwischen diesen nicht verzerrt;*
- g) mindestens acht Mitgliedstaaten umfasst;*
- h) die Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der nicht an der Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten beachtet;*
- i) die Bestimmungen des Protokolls zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union unberührt lässt;*
- j) allen Mitgliedstaaten gemäß Artikel 43 b offen steht.*

¹ Dieser Titel wird durch Teil I abgedeckt.

Artikel 43 a

Eine verstärkte Zusammenarbeit kann nur als letztes Mittel aufgenommen werden, wenn der Rat zu dem Schluss gelangt ist, dass die mit dieser Zusammenarbeit angestrebten Ziele unter Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verträge nicht in einem vertretbaren Zeitraum verwirklicht werden können.

Artikel 43 b

Eine verstärkte Zusammenarbeit steht bei ihrer Begründung allen Mitgliedstaaten offen. Sie steht ihnen ferner jederzeit nach Maßgabe der Artikel 27 e und 40 b dieses Vertrags und des Artikels 11 a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft offen, sofern sie dem Grundbeschluss und den in jenem Rahmen gefassten Beschlüssen nachkommen. Die Kommission und die an einer verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass eine möglichst große Zahl von Mitgliedstaaten zur Beteiligung angeregt wird.

Artikel 44

(1) Für die Annahme der Rechtsakte und Beschlüsse, die für die Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit nach Artikel 43 erforderlich sind, gelten die einschlägigen institutionellen Bestimmungen dieses Vertrags und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Alle Mitglieder des Rates können an den Beratungen teilnehmen, jedoch nehmen nur die Vertreter der an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten an der Beschlussfassung teil. Als qualifizierte Mehrheit gelten derselbe Anteil der gewogenen Stimmen und derselbe Anteil der Anzahl der betreffenden Mitglieder des Rates, wie sie in Artikel 205 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und hinsichtlich einer verstärkten Zusammenarbeit aufgrund des Artikels 27 c in Artikel 23 Absatz 2 Unterabsätze 2 und 3 dieses Vertrags festgelegt sind. Die Einstimmigkeit bezieht sich allein auf die betroffenen Mitglieder des Rates.

Solche Rechtsakte und Beschlüsse sind nicht Bestandteile des Besitzstands der Union.

(2) Die Mitgliedstaaten wenden, soweit sie betroffen sind, die Rechtsakte und Beschlüsse an, die für die Durchführung der verstärkten Zusammenarbeit, an der sie sich beteiligen, angenommen wurden. Solche Rechtsakte und Beschlüsse binden nur die Mitgliedstaaten, die sich daran beteiligen, und haben gegebenenfalls nur in diesen Staaten unmittelbare Geltung. Die Mitgliedstaaten, die sich an der verstärkten Zusammenarbeit nicht beteiligen, stehen deren Durchführung durch die daran beteiligten Mitgliedstaaten nicht im Wege.

Artikel 44 a

Die sich aus der Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit ergebenden Ausgaben, mit Ausnahme der Verwaltungskosten der Organe, werden von den beteiligten Mitgliedstaaten finanziert, sofern der Rat nicht nach Anhörung des Europäischen Parlaments durch einstimmigen Beschluss sämtlicher Ratsmitglieder etwas anderes beschließt.

Artikel 45

Der Rat und die Kommission stellen sicher, dass die auf der Grundlage dieses Titels durchgeführten Maßnahmen untereinander sowie mit den Politiken der Union und der Gemeinschaft im Einklang stehen, und arbeiten entsprechend zusammen.

TITEL VIII ¹

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 46

Die Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft betreffend die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und die Ausübung dieser Zuständigkeit gelten nur für folgende Bestimmungen dieses Vertrags:

- a) die Bestimmungen zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Hinblick auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft;*
- b) die Bestimmungen des Titels VI nach Maßgabe des Artikels 35;*
- c) die Bestimmungen des Titels VII nach Maßgabe der Artikel 11 und 11 a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des Artikels 40 dieses Vertrags;*
- d) Artikel 6 Absatz 2 in Bezug auf Handlungen der Organe, soweit der Gerichtshof im Rahmen der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und im Rahmen dieses Vertrags zuständig ist;*

¹ Dieser Titel wird in die allgemeinen und Schlussbestimmungen (Teil III) aufgenommen.

Konsolidierter Bericht der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 - Band II - Teil B (EU-Vertrag)

- e) *die reinen Verfahrensbestimmungen des Artikels 7, wobei der Gerichtshof auf Antrag des betroffenen Mitgliedstaats binnen eines Monats nach der Feststellung des Rates gemäß dem genannten Artikel entscheidet;*
- f) *die Artikel 46 bis 53.*

Artikel 47

Vorbehaltlich der Bestimmungen zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Hinblick auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie dieser Schlussbestimmungen lässt der vorliegende Vertrag die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie die nachfolgenden Verträge und Akte zur Änderung oder Ergänzung der genannten Verträge unberührt.

Artikel 48

Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung der Verträge, auf denen die Union beruht, vorlegen.

Gibt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an den genannten Verträgen vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren. Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört.

Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

Artikel 49

Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.

Die Aufnahmebedingungen und die durch eine Aufnahme erforderlich werdenden Anpassungen der Verträge, auf denen die Union beruht, werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 50

(1) *Die Artikel 2 bis 7 und 10 bis 19 des am 8. April 1965 in Brüssel unterzeichneten Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften werden aufgehoben.*

(2) *Artikel 2, Artikel 3 Absatz 2 und Titel III der am 17. Februar 1986 in Luxemburg und am 28. Februar 1986 in Den Haag unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Akte werden aufgehoben.*

Artikel 51

Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

Artikel 52

(1) *Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.*

(2) *Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1993 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.*

Artikel 53

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Nach dem Beitrittsvertrag von 1994 ist der Wortlaut dieses Vertrags auch in finnischer und schwedischer Sprache verbindlich.